



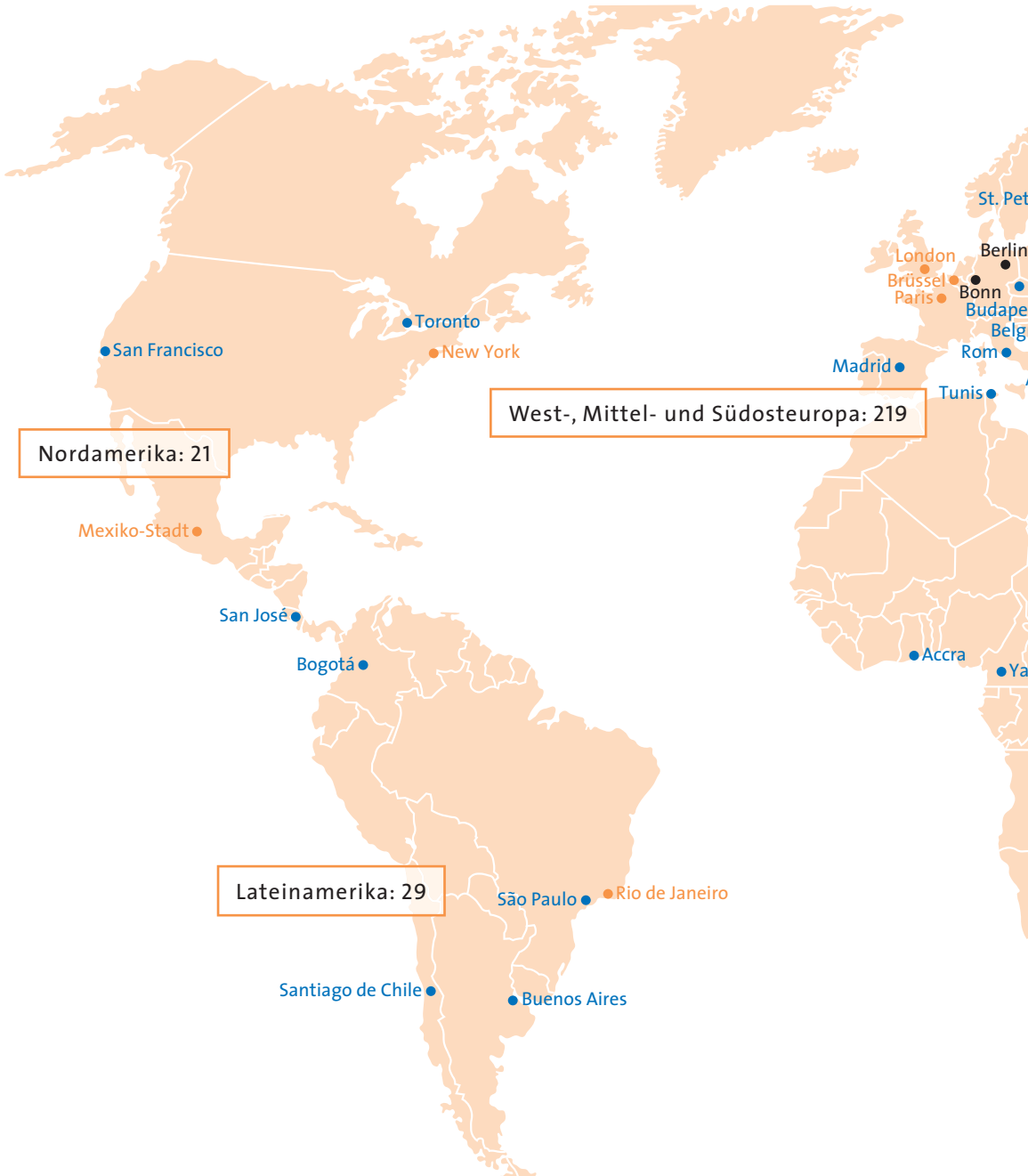
2017

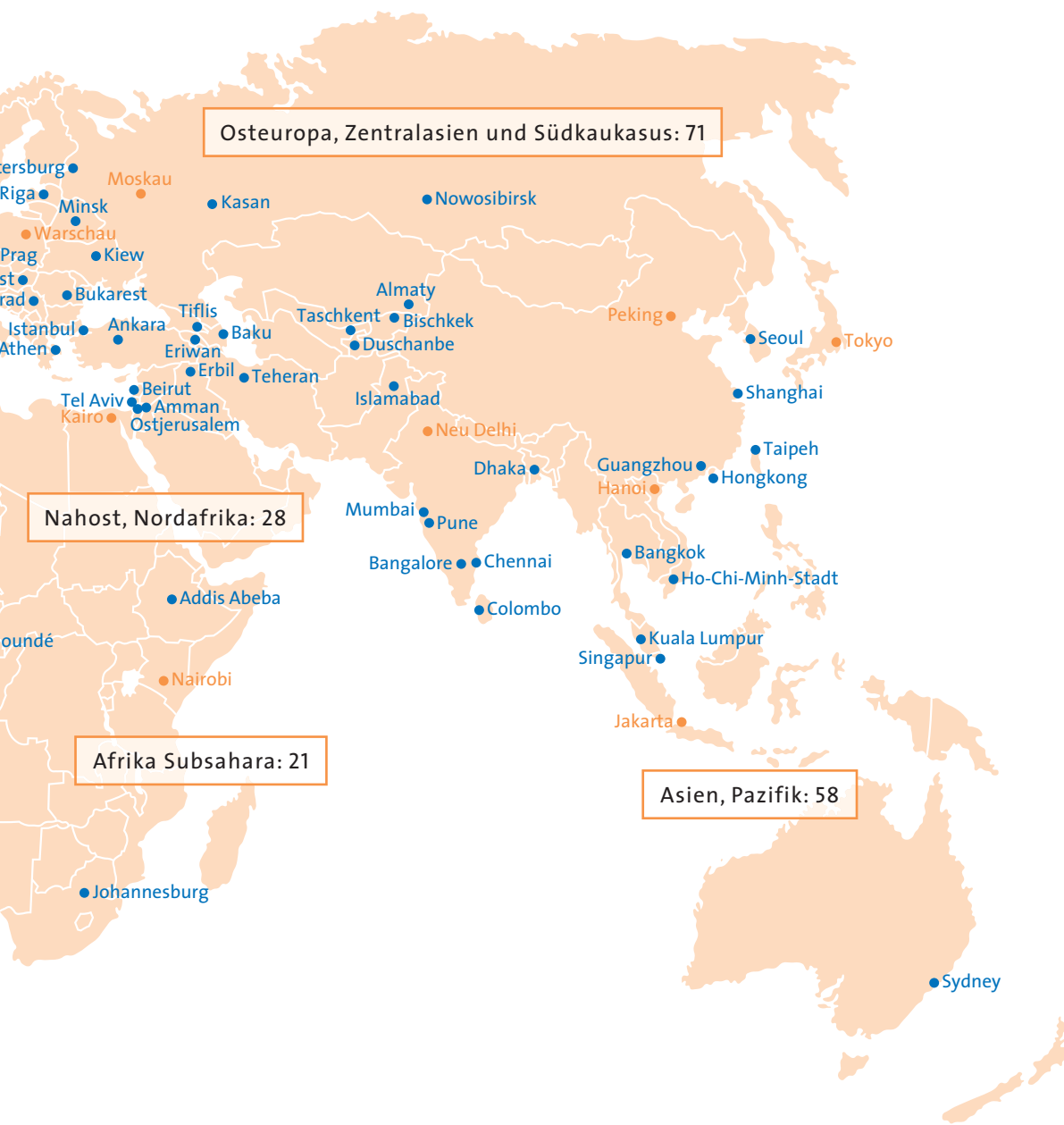
# Berichte der Außenstellen

**DAAD**

Deutscher Akademischer Austauschdienst  
German Academic Exchange Service

## DAAD-Präsenz weltweit





Osteuropa, Zentralasien und Südkaukasus: 71

Nahost, Nordafrika: 28

Afrika Subsahara: 21

Asien, Pazifik: 58

- 15 Außenstellen
- 57 Informationszentren (IC)
- DAAD-Zentrale Bonn und Büro Berlin
- 447 Lektorate

**Berichte der Außenstellen**

des Deutschen

Akademischen

Austauschdienstes

**2017**







2017 lag der Anteil  
der Frauen unter  
den DAAD-Geförderten  
bei 50 Prozent.

Vorwort . . . . . 4

## Afrika

---

Kairo (Dr. Roman Luckscheiter) . . . . . 7  
 Nairobi (Dr. Helmut Blumbach) . . . . . 17

## Amerika

---

Mexiko-Stadt (Dr. Alexander Au) . . . . . 27  
 New York (Dr. Nina Lemmens) . . . . . 37  
 Rio de Janeiro (Dr. Martina Schulze) . . . . . 47

## Asien

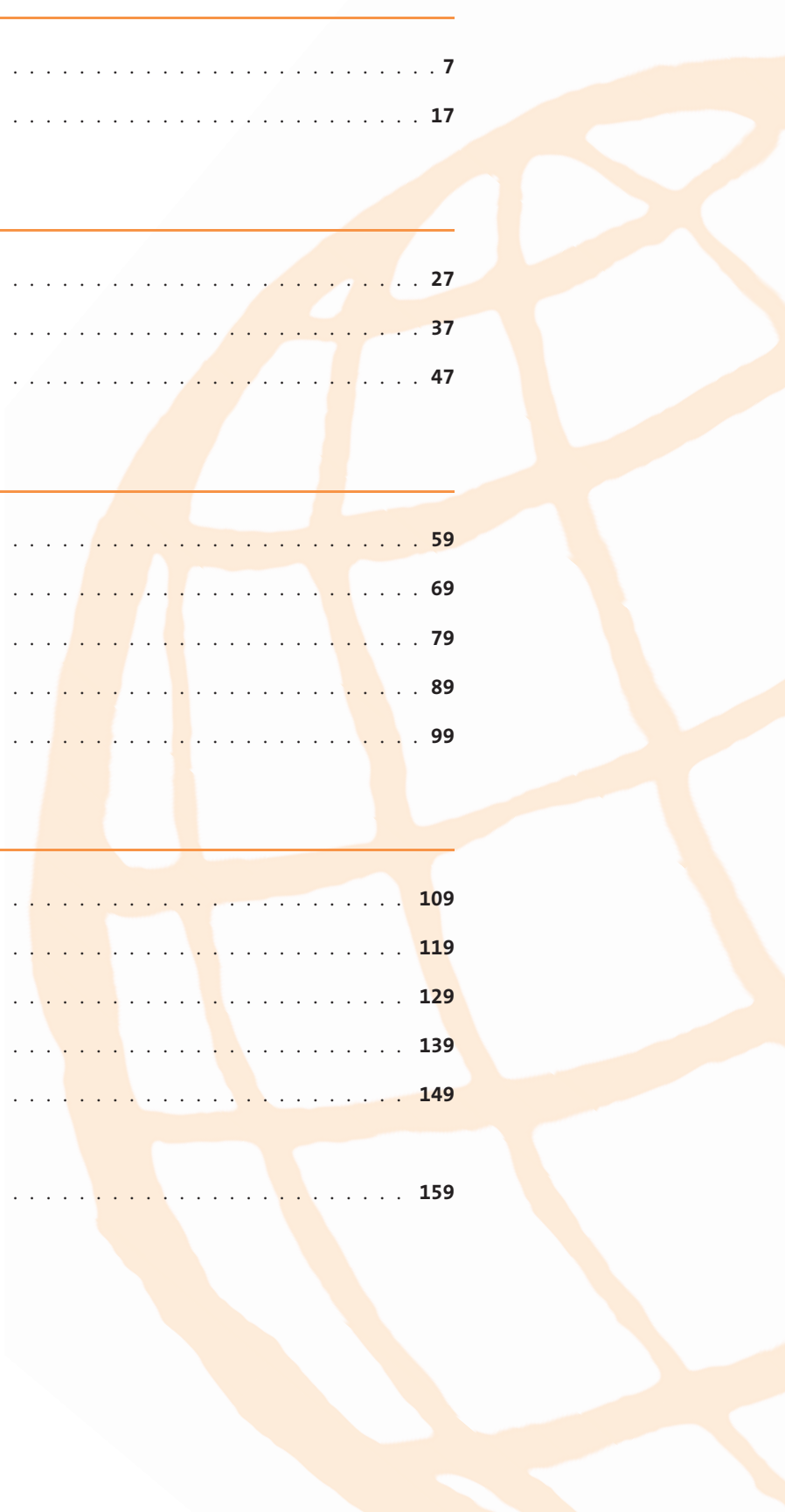
---

Hanoi (Stefan Hase-Bergen) . . . . . 59  
 Jakarta (Dr. Irene Jansen) . . . . . 69  
 Neu Delhi (Heike Mock) . . . . . 79  
 Peking (Hannelore Bossmann) . . . . . 89  
 Tokyo (Dorothea Mahnke) . . . . . 99

## Europa

---

Brüssel (Nina Salden) . . . . . 109  
 London (Dr. Georg Krawietz) . . . . . 119  
 Moskau (Dr. Peter Hiller) . . . . . 129  
 Paris (Dr. Christian Thimme) . . . . . 139  
 Warschau (Dr. Klaudia Knabel) . . . . . 149  
  
 Adressen . . . . . 159



Ulrich Grothus,  
Stellvertretender  
Generalsekretär  
des DAAD



### „Make our planet great again!“

Das war die auf Englisch ausgesprochene selbstbewusste Reaktion des neu gewählten französischen Präsidenten Emmanuel Macron auf den Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem Pariser Klimaschutzabkommen. Diese Antwort und ihr Anlass waren kennzeichnend für das Jahr 2017. In vielen Ländern versuchte der populistische Nationalismus weiter an Einfluss zu gewinnen. Aber an vielen Orten wuchs auch der Widerstand und offene Befürworter regionaler und globaler Kooperation gewannen Wahlen und schlossen sich zusammen. In den folgenden Berichten werden Sie einerseits konkrete Beispiele für die Konsequenzen der Abschottung im Wissenschaftsbereich finden: Durch die Trump'sche Antimigrationspolitik stehen die mexikanischen Hochschulen vor der Frage, wie sie Zehntausende zurückkehrende Studierende integrieren sollen. Der bevorstehende Brexit führt zu einer beginnenden Abwanderung von Wissenschaftlern aus dem Vereinigten Königreich. Aber auch die Rolle der Hochschulen in den Gegenbewegungen wird in den Berichten anschaulich. Europäische Netzwerk-Universitäten werden geplant, das Programm „Europa macht Schule“ fördert ganz praktisch das gemeinsame Lernen von Studierenden und Schülern aus unterschiedlichen europäischen Ländern.

Regionale Integration im Hochschulbereich ist ein Thema auch außerhalb Europas, so in Südostasien im Rahmen des SHARE-Projekts, in Ostafrika durch die Kooperation von weit über hundert Universitäten im Rahmen des IUCEA oder durch HOPES, das gemeinsame Programm von DAAD und drei europäischen Partnern zur Förderung von Flüchtlingen in den Nachbarländern Syriens.

Eine weitere aktive Reaktion auf nationalistische Tendenzen war die verstärkte Zusammenarbeit von Hochschulen über Grenzen hinweg. Beispiele dafür finden sich in den Berichten aus London, wo ausgeführt wird, warum gerade jetzt Oxford und die drei großen Berliner Universitäten ihre Kooperation formalisieren, oder aus Warschau, in dem die Gründung der Austauschorganisation NAWA beschrieben wird.

Die Förderung von Exzellenz durch Wettbewerb war ein weiteres Thema, nicht nur in Deutschland. Auch in Russland, China, Japan oder Indien gab es ähnliche Ansätze. Exzellenz, Widerstand und Kooperation verbinden sich exemplarisch im schnell, konsequent und gemeinsam aufgelegten französisch-deutschen Förderprogramm „Make our planet great again!“, das 2017 startete. Konkrete Informationen dazu und wie die wichtigsten Partnerländer der deutschen Hochschulen auf die jeweiligen nationalen und internationalen Herausforderungen reagieren, welche neuen Entwicklungen sich in deren Hochschulpolitik daraus ergeben und was das für die deutschen Hochschulen bedeutet, erfahren Sie auf den folgenden Seiten. Dabei steht den deutschen Hochschulen das Netzwerk der 15 Außenstellen und 57 Informationszentren (IC) des DAAD beratend zur Seite.

Die Außenstellen und IC halten den Kontakt mit den Partnern vor Ort und verfolgen die politische, wirtschaftliche, soziale und vor allem hochschulpolitische Situation im jeweiligen Gastland und stellen diese Expertise den deutschen Hochschulen zur Verfügung.

Umgekehrt bieten sie auch den Hochschulen, Studenten und Ministerien in den Gastländern einen Informations- und Beratungsservice für Fragen über das deutsche Hochschulwesen und Studiemöglichkeiten in Deutschland an. Dabei arbeiten sie eng mit den deutschen Botschaften, dem Goethe-Institut, der Alexander von Humboldt-Stiftung, den Hochschulen und den anderen Wissenschaftsorganisationen zusammen.

Für die Internationalisierungsstrategien der deutschen Hochschulen ist differenziertes Wissen über Wissenschaftssysteme, Standorte und zuverlässige Partner dringend erforderlich. Hier leisten die Außenstellen, die Informationszentren, die vom DAAD vermittelten Lektorinnen, Lektoren, Dozentinnen und Dozenten eine wichtige und einzigartige Arbeit.

Die Berichte der Außenstellen und der Jahresbericht des DAAD stehen Ihnen auf der Website ([www.daad.de/berichte](http://www.daad.de/berichte)) auch elektronisch zur Verfügung. Dort finden Sie außer den Berichten auch zusätzliche Informationen zu einzelnen Ländern und Programmen. Selbstverständlich können Sie auch das Auslandsnetzwerk zur Beratung und Planung Ihrer Vorhaben in den verschiedenen Regionen nutzen.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!



Ulrich Grothus

Ulrich Grothus  
Bonn, im April 2018





# Wachstum in der Wüste



**Dr. Roman Luckscheiter**  
leitet die Außenstelle  
Kairo seit September 2014.  
Die Vertretung des DAAD  
in Ägypten besteht seit  
1960 und hat zurzeit  
14 Mitarbeiterinnen  
und Mitarbeiter.

Ägypten wächst: Die Wirtschaft legt zu, die Touristinnen und Touristen kommen wieder zurück und auch die Bevölkerung wird deutlich größer. Gleichzeitig steigt die Armut kräftig, herrscht eine hohe Inflation, bleiben Terroranschläge nicht aus. Die Hochschulen können den gestiegenen Bedürfnissen nicht immer gerecht werden, schaffen es aber, ihre Qualität zu steigern: Neun der besten 25 Hochschulen Afrikas sitzen im Land am Nil.

## Allgemeine Lage

Zum ersten Mal seit 28 Jahren hat sich Ägypten wieder für eine Fußball-Weltmeisterschaft qualifiziert. Selten sah man in letzter Zeit so ausgelassen fröhliche junge Leute auf der Straße wie am 8. Oktober 2017, als der alles entscheidende Treffer gegen den Kongo gefallen war. Dass die „Pharaonen“ 2018 in Russland dabei sind, wird als Genugtuung für den eigenen Stolz empfunden. Als auch noch der Ägypter Mohamed Salah als Afrikas Fußballer des Jahres 2017 ausgezeichnet wurde, konnte das Land am Nil der Welt endlich wieder demonstrieren, welche Talente es hervorbringen kann.

In den schwierigen Jahren nach der missglückten Revolution von 2011 sind Gefühle kollektiven Glücks rar geworden. Dabei liefert nicht nur der Sport positive Daten. Auch die Wirtschaft weist einen Aufschwung aus: Das Wachstum lag bei über vier Prozent und soll 2018 sogar 4,9 Prozent betragen. Dank des seit Ende 2016 nahezu halbierten Wechselkurses zum

Dollar und der damit verbundenen Austrocknung des Schwarzmarktes konnte Ägypten seine Devisenreserven verdoppeln und auch die ausländischen Direktinvestitionen stiegen an. Nationale Großprojekte wie die neue Hauptstadt, die mit Hochdruck 60 Kilometer östlich von Kairo gebaut wird, nehmen erste Formen an, weitere neue Städte werden der Wüste abgerungen, und das Land modernisiert in rekordverdächtigem Tempo auch das Autobahnnetz.

Aber der Aufschwung hat eine Kehrseite. Die Konsequenzen des ökonomisch heilsamen IWF-Kredits sind sozial gesehen eine hohe Belastung. Die Inflation erreichte im Sommer mit 31 Prozent ihren Höhepunkt. Je nach Marktsegment lag sie aber auch deutlich darüber, etwa beim Fleisch mit über 40 Prozent und beim Benzin mit 50 Prozent. Das führte zu spürbaren Einschnitten in der privaten Lebensgestaltung – etwa, wenn sich die Leute das traditionelle Festessen nach dem Fastenmonat oder die Fahrt im eigenen Auto zur Arbeit nicht mehr leisten konnten. Der Anteil der Bevölkerung, der



unterhalb der Armutsgrenze lebt, ist auf über 30 Prozent angewachsen.

Damit steigt das Misstrauen in die Politik, die seit Nassers Zeiten vorgibt, gemeinsam mit dem Militär die Versorgung und Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten zu können. Was für den Kampf der Regierung um ökonomisches Wachstum gilt, trifft auch auf ihren Kampf gegen den Terror zu: Er kennt keine Differenzie-

rung. Die dringende Notwendigkeit, extremistische Angriffe auf den Staat von innen wie außen abzuwehren, nimmt sie zum Anlass, das staatliche Kontrollsystem immer weiter auszuweiten. Ein im Sommer 2017 ratifiziertes NGO-Gesetz soll der Zivilgesellschaft nur noch eng umrissene Spielräume erlauben. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, selbst auf Nebenschauplätzen. Längst kann nicht nur die Teilnahme an politischen Demonstrationen ins Gefängnis



Kairo wächst sehr viel schneller, als Stadt und Staat die Infrastruktur anpassen können. Bezahlbare Wohnungen fehlen, genauso ein effizienter öffentlicher Nahverkehr.



**Eine Kreuzfahrt zwischen Assuan und Luxor ist nach wie vor eine traumhaft schöne Reise. Seit den politischen Umbrüchen seit 2011 sind die Besucherzahlen zwar deutlich zurückgegangen, stiegen zuletzt jedoch wieder an.**

führen, sondern auch – wie im Herbst passiert – das Schwenken einer Regenbogenflagge als Symbol der Schwulen- und Lesben-Bewegung auf einem öffentlichen Konzert.

Dass sich das Land in einer realen Gefährdungslage befindet, war auch 2017 wieder mehrfach schmerzlich bewusst. Die massive Präsenz von Polizei, Militär und anderen Diensten konnte einige schwere Anschläge nicht verhindern: In einem Hinterhalt kamen 16 Offiziere südlich von Kairo in der Wüste ums Leben, mehrere Dutzend Opfer waren bei Anschlägen auf koptische Kirchen in Tanta und Alexandria am Palmsonntag zu beklagen. Über 300 Menschen starben, als Ende November eine Sufi-Moschee im Nordsinai überfallen wurde.

Das Kalkül der Massenmörder, die sich dem sogenannten Islamischen Staat oder anderen Terrororganisationen angeschlossen haben, geht

indes nicht auf. Die ägyptische Gesellschaft will sich durch diese Attentate nicht spalten lassen, sondern rückt eher enger zusammen in Solidarität gegen religiöse Eiferer. Der Tourismus wiederum scheint sich mit solchen Nachrichten abgefunden zu haben. Ägypten, dessen Brutto-sozialprodukt und Arbeitsmarkt zu mehr als zehn Prozent vom Fremdenverkehr abhängig ist, war laut Vereinten Nationen 2017 das Land mit dem zweitschnellsten Wachstum im Tourismusbereich. Mit rund acht Millionen Reisenden lag Ägypten zwar noch deutlich hinter den über 14 Millionen von 2010, aber rund 70 Prozent über dem Vorjahr. Auch die Besuche politischer Delegationen nahmen zu. Bundeskanzlerin Angela Merkel kam am 2. März an den Nil, um mit Staatspräsident el Sisi über Kooperationen bei der Terrorbekämpfung und der Migration zu sprechen. >



## Regionale Fachcluster: COSIMENA

Für die Kooperation deutscher Wissenschaftler mit der MENA-Region gibt es seit 2017 eine neue Plattform: Mit den „Clusters of Scientific Innovation in the Middle East and North Africa (COSIMENA)“ fördert das Auswärtige Amt Aktivitäten, mit denen die Außenstelle des DAAD und die benachbarten Verbindungsbüros deutscher Wissenschaftseinrichtungen erhebliche Synergieeffekte erzeugen können. Bestehende Partnerschaften werden in fachlichen Clustern miteinander vernetzt und in Kontakt mit weiteren potenziellen Partnern gebracht, die nicht nur aus der Wissenschaft, sondern auch aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft kommen. 2017 wurden solche Verbände aus Theorie und Praxis in den Bereichen Wasser, Energie, Gesundheit, Ökonomie und Städteplanung geschaffen. Zu den erfolgreichen Formaten gehören nicht nur Konferenzen und Workshops, sondern auch Veranstaltungen für die Öffentlichkeit oder den akademischen Nachwuchs. So organisierte die Außenstelle mitten im Ramadan die erste „Deutsche Nacht der Wissenschaften“ in Kairo. Eröffnet wurde die Nacht in einem Kino mit Filmen zu Bionik, Robotik und islamischer Gelehrsamkeit. Um die Ecke konnte man sich im Garten der Außenstelle

an den Ständen der Büros informieren und wissenschaftliche Kurzvorträge unter anderem zu Recycling, Krebsheilung oder Entrepreneurship anhören. Mehr als 1.000 Besucher nutzen den Abend für lockere Gespräche zwischen Jung und Alt, Deutschen und Ägyptern, Studierenden und Forschern. Mit der COSIMENA Summer School vom 16. bis 29. September 2017 wiederum wurden 30 Graduierte aus Nordafrika, dem Nahen Osten und Deutschland erreicht (ausgewählt aus 300 Bewerbungen), die sich auf dem Campus der Arab Academy of Science and Technology and Maritime Transport, einer Einrichtung der Arabischen Liga in Alexandria, mit Innovationen in den Bereichen Wasser, Gesundheit und Energie beschäftigten. Die Teilnehmer tauschten dabei auch ihre Erfahrungen aus ihren Heimatländern aus, etwa über die jeweiligen Bedingungen, unter denen Innovationen überhaupt erreicht werden können – und erarbeiteten am Ende konkrete Ideen für gemeinsame, interdisziplinäre Projekte.



**Fast 1.000 Interessierte kamen zur COSIMENA Nacht der Wissenschaften, um Filme zu sehen und Vorträge zu hören.**

Weitere Informationen zu COSIMENA mit ausführlichen Berichten zu den Aktivitäten 2017 finden sich unter  
 ► <https://www.daad.de/en/about-us/cosimena/>

## ALMENA: REGIONALE GERMANISTIKKONFERENZ UND LEKTORENTREFFEN IN KAIRO



Vom 14.–18. Mai war Kairo Zentrum der DaF- (Deutsch als Fremdsprache)-Szene in Nordafrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten. Rund 30 Germanistinnen und Germanisten sowie zwölf Lektorinnen und Lektoren aus 14 Ländern der Region waren dem Aufruf gefolgt, um aktuelle Entwicklungen der Germanistik mit über 50 Teilnehmenden aus Ägypten zu diskutieren. In ausgesprochen kollegialer Atmosphäre fand der fachliche Austausch statt, der eine breite Palette gemeinsamer Themen von Kulturdidaktik über Medieneinsatz im Unterricht bis zur konkreten Berufsqualifikation abdeckte. In Paneldiskussionen und Workshops loteten sie neue Möglichkeiten der Kooperation aus, nicht nur vor dem Hintergrund, dass Vertretende von drei DaF-Masterstudiengängen anwesend waren – aus Kairo, Amman und Nairobi.

Unter dem Markenzeichen „alMena“ soll künftig die Vernetzung der regionalen Hochschullehrenden für die deutsche Sprache und Kultur ausgebaut werden.

Die Tagungsbeiträge sind abrufbar unter <https://www.daad.eg/en/study-research-in-egypt/german-studies-in-egypt/almena-conference/>

**Auf der Germanistik-Konferenz im Mai diskutierten 21 DAAD-Lektoren aus 14 Ländern über aktuelle Entwicklungen der Germanistik und besuchten auch einige Sehenswürdigkeiten Ägyptens.**

### Hochschulen

Das ökonomisch schwierige und politisch angespannte Umfeld ist eine Hypothek für das ägyptische Bildungssystem und seine Absolventinnen und Absolventen. Als Anfang des Jahres das Kabinett umgebildet wurde, gelangten zwei durchaus moderne Wissenschaftler auf die Posten des Bildungs- und Hochschulministers. Der eine ist ausgebildeter Ingenieur von der American University in Cairo, der andere Zahnmediziner von der Ain Shams Universität. Beide vertreten einen Reformwillen, der sich an westlichen Qualitätsstandards und dem Gedanken des internationalen Wettbewerbs auch im Bildungswesen orientiert.

Die staatlichen Schulen und Hochschulen stehen vor dem Dilemma, dass ihre Infrastruktur dem immensen Bevölkerungswachstum von jährlich rund 2 Prozent bei einer Bevölkerung von bald 100 Millionen Menschen seit Jahrzehnten nicht nachgekommen ist. Auch die Anpassung der Curricula, die bisher nur selten an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes ausgerichtet sind, steht an. Der talentierte Nach-

wuchs sucht sein Heil daher allzu oft im Ausland oder versucht sich selbstständig zu machen. Die Start-up-Szene boomt in Ägypten, was dem Staat bei einer Arbeitslosenquote von etwa 12 Prozent nur recht sein kann. Daher versuchen nun auch die größten der 24 staatlichen Universitäten, von denen einige Studierendenzahlen von mehreren Hunderttausend verkraften müssen, ihre Graduierten mit Einrichtungen wie Inkubatoren, Karriereberatungszentren und Messen auf eine unternehmerische Zukunft vorzubereiten, so wie das einige der deutlich kleineren 23 Privathochschulen schon länger tun.

Ansonsten gilt auch für die Hochschulen, dass Sicherheit vor Freiheit geht. Das schränkt nicht nur die Forschung in einigen Fächern ein, sondern auch die Mobilität, die in eigenen und teils langwierigen Verfahren an den Universitäten genehmigt werden muss. Gleichwohl stehen Forschungsförderung und Internationalisierung ganz oben auf der politischen Agenda. So machte der ägyptische Staatspräsident am Tag der Wissenschaft deutlich, dass beträchtlich mehr Geld in Forschung und Innovation investiert

## 10 Jahre Deutsch-Ägyptisches Wissenschaftsjahr

Es gibt vermutlich wenige Wissenschaftsjahre, die so viele Spuren hinterlassen haben, wie das deutsch-ägyptische von 2007. Die vier damals vereinbarten kofinanzierten Förderprogramme (zwei für die Individualförderung, zwei für Projektförderung) haben bis heute rund 700 Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie über 60 Kooperationsprojekte hervorgebracht. Um diese Errungenschaften zu feiern und mit neuen Perspektiven für die nächsten zehn Jahre an diese anzuknüpfen, gab es drei über das Jahr verteilte Großveranstaltungen: Der Parlamentarische Staatssekretär im BMBF, Thomas Rachel, kam im März zu einer „Science Matinee“ an die Außenstelle, bei der er den früheren wie den aktuellen Hochschulminister, Prof. Hany Helal und Prof. Khaled Abdel Ghaffar, begrüßen konnte. Das gab Gelegenheit, Erfolge zu präsentieren: Die Gefördertenzahlen haben sich seit 2007 verdreifacht und Kooperationen in der Forschung und in praxisorientierten Studiengängen sich etabliert. Im November dann wurde in Anwesenheit von DAAD-Präsidentin Prof. Dr. Margret Wintermantel und Unterabteilungsleiter Frithjof Maennel (BMBF) insbesondere die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft thematisiert, auch im Hinblick



auf die Weiterentwicklung des German Egyptian Research Funds (GERF). Die Alumni und die neu ausreisenden Stipendiatinnen und Stipendiaten der gemeinsam mit der ägyptischen Regierung finanzierten Stipendienprogramme GERLS (Langzeit) und GERSS (Kurzzeit) waren die Hauptakteure einer Zeremonie im Oktober. Nach einem begeisterten Auftritt einer DAAD-Alumna an der Harfe erhielten fünfzig Stipendiatinnen und Stipendiaten ihre Urkunden aus der Hand der DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüland. Von deutscher wie ägyptischer Seite wurde die Hoffnung ausgedrückt, dass diese Stipendiaten einmal Ägyptens Zukunft mitgestalten können.



**Oben: Der parlamentarische Staatssekretär im BMBF, Thomas Rachel, trifft den ägyptischen Hochschulminister, Prof. Abdel Ghaffar, bei der „Science Matinee“ an der DAAD-Außenstelle.**

**Unten: DAAD-Generalsekretärin Dorothea Rüland spricht im Oktober anlässlich der Zeremonie zum zehnjährigen Jubiläum der GERLS- und GERSS-Programme.**





**DAAD-Präsidentin Prof. Dr. Margret Wintermantel traf junge ägyptische Start-Ups, einen DAAD-Alumnus als „Angel Investor“ und die Leiterin eines Entrepreneurship-Projekts an der GUC.**

werden soll. Mit aktuell 0,72 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hat Ägypten im internationalen Vergleich deutlichen Aufholbedarf.

Auch Rankings spielen eine zunehmend wichtige Rolle in der Hochschulpolitik. Sie dokumentieren erste Erfolge. Im Shanghai Ranking erhielt die Cairo University einen Platz unter den Top 500, das Times Higher Education Ranking für Universitäten auf dem afrikanischen Kontinent verortet neun der am besten bewerteten Hochschulen in Ägypten. Vermehrt machen auch kleinere Universitäten aus der Provinz, wie Mansoura oder Suez Canal, auf sich aufmerksam. Der Überlastung ihrer Strukturen begegnen einige staatliche Hochschulen mit der Einführung zahlungspflichtiger Studiengänge, die ein besseres Betreuungsverhältnis garantieren und zum Teil auch auf Englisch angeboten werden. Die größte Internationalisierungs-Offensive ist jedoch für die neue Verwaltungshauptstadt geplant, wo bereits einige Hektar Land für den Bau internationaler Filialcampusse reserviert sind.

## DAAD

Für den DAAD in Ägypten stand das Jahr 2017 zum einen im Zeichen des zehnjährigen Jubiläums des Deutsch-Ägyptischen Wissenschaftsjahrs von 2007. Damals waren gemeinsame Förderprogramme ins Leben gerufen worden, deren Erfolge nun in mehreren Veranstaltungen gefeiert werden konnten (siehe Highlight

Seite 13). Zum anderen wurde 2017 das Projekt „Clusters of Scientific Innovation in the Middle East and North Africa (COSIMENA)“ aus der Taufe gehoben, das an die Arbeit des 2012 bis 2016 geförderten Deutschen Wissenschaftszentrums anknüpft (siehe Highlight Seite 11). Der Studieninformationstag für die deutschen Auslandsschulen, für deren Abiturientinnen und Abiturienten der DAAD gemeinsam mit der Sawiris-Stiftung Stipendien anbietet, sowie wöchentliche Info-Sessions und tägliche Beratungs-Sprechstunden zu Studium oder Forschung in Deutschland stießen wie immer auf enorme Nachfrage. Auf die Stipendienprogramme bewarben sich über 300 qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten, auf die Hochschulsommerkurse über 200 Studierende. Die Zahl der Deutschlernerinnen und -lerner an den Hochschulen steigt weiter stetig an, inzwischen gibt es 19 Deutschabteilungen im Land.

Starkes Interesse an einer intensivierten Zusammenarbeit in den Bereichen Weiterbildung und gemeinsame Forschung äußerten denn auch die Spitzen des ägyptischen Wissenschaftssystems bei einem runden Tisch mit der Präsidentin und der Generalsekretärin des DAAD anlässlich deren gemeinsamen Kairo-Besuchs im Oktober. Hintergrund für diesen Besuch war ein weiteres Jubiläum: Die German University in Cairo (GUC) feierte ihr fünfzehnjähriges Bestehen und den ersten Rektorenwechsel – auf Prof. Mahmoud Abdel Kader folgte Prof. Yasser

Hegazi. Der Erfolg dieses größten deutschen Projekts transnationaler Bildungsangebote (TNB) weltweit lässt sich nicht nur an der Zahl seiner Studierenden (über 12.000), sondern auch an der Dauer seiner Graduierungsfeiern bemessen. Wie schon in den Vorjahren waren drei Abende notwendig, um über 2.000 frisch Graduierte zu verabschieden.

Etwas später konnte ein weiteres TNB-Projekt Geburtstag feiern – die TU Berlin betreibt seit fünf Jahren einen eigenen Campus in El Gouna am Roten Meer und damit einen der ganz wenigen deutschen Filialcampusse weltweit, mit nunmehr fünf Masterstudiengängen. In beiden Großprojekten konnten auch 2017 wieder syrische Geflüchtete eingeschrieben und mit Stipendien des Auswärtigen Amtes unterstützt werden.

Ägypten war also geradezu prädestiniert für eine Konferenz zum Thema transnationale Bildungspolitik, zu der der DAAD gemeinsam mit dem British Council Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den arabischen Ländern nach Kairo einlud, um mit Prof. Jane Knight und John McNamara über Definitionen, Datenerhebungen und Weiterentwicklungen grenzüberschreitender Bildungsangebote zu diskutieren.

Auch im Hinblick auf bestimmte Fächer rückte das Potenzial Ägyptens 2017 in den Fokus. Als Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt im April nach Kairo kam, diskutierte er in der Außenstelle des DAAD mit Alumni aus den Agrarwissenschaften aktuelle Fragen der Ernährungssicherheit und der nachhaltigen Landwirtschaft, bevor er vor 150 Studierenden sowie Professorinnen und Professoren mit einem Vortrag über Agrarpolitik auf starke Resonanz stieß. Ägyptens Wirtschaft fußt zu einem Drittel auf der Landwirtschaft und ist schon aufgrund der begrenzten Ackerfläche von gerade einmal vier Prozent der Gesamtfläche des Landes auf Innovationen angewiesen. Neben zahlreichen Fakultäten an den Hochschulen

**Tabelle 1 : Daten zum Bildungssystem Ägypten**

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	93,39 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	15,77 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	11.150
Wirtschaftswachstum	4,3 %
Inflation	13,81 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 41
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 61
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 97
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	3,76 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	2,87 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	48,01 %
Immatrikulationsquote	36,23 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	541.042
PhD	6.877
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	0,72 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	18.109
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	1,88 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. Malaysia	
2. Kuwait	
3. Indonesien	
4. Thailand	
5. Syrien	
68. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	25.719
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,90 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	3.287
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. Vereinigte Arabische Emirate	
2. Saudi Arabien	
3. USA	
4. Deutschland	
5. Frankreich	

Quellen: DAAD, Statistik  
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt  
 Wissenschaft weltoffen  
 The World Bank, Data  
 UNESCO, Institute for Statistics

bietet auch das Agricultural Research Center (ARC) mit 16 Instituten und fast 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausreichend Gelegenheiten für gemeinsame Projekte.

Im Bereich Weiterbildung hat die Kairoer Außenstelle des DAAD 2017 zwei besondere

**Tabelle 2 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2017 Ägypten**

A = Geförderte aus dem Ausland  
D = Geförderte aus Deutschland

		Ägypten
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>		<b>388</b>
	A	35
	D	35
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	82
	D	4
Studierende auf Master-Niveau	A	64
	D	14
Doktoranden	A	225
	D	17
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	17
	D	17
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	51
	D	2
1–6 Monate	A	32
	D	4
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	305
	D	29
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>		<b>1.100</b>
	D	372
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	147
	D	66
Studierende auf Master-Niveau	A	460
	D	72
Doktoranden	A	120
	D	47
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	247
	D	159
andere Geförderte *	A	126
	D	28
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	676
	D	302
1–6 Monate	A	216
	D	61
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	208
	D	9
<b>III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt</b>		<b>127</b>
	D	22
<b>Mobilität mit Partnerländern</b>		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	66
	D	8
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	61
	D	14
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)</b>		<b>1.615</b>
	D	429
<b>DAAD-Förderung – A und D gesamt (I + II + III)</b>		<b>2.044</b>

\* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltöffner Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung mit Programmländern). Darüber hinaus wurden im Projekt 2015 erstmals Fördermittel an Hochschulen vergeben, die in Partnerländern der EU ansässig sind (EU-Mobilitätsförderung mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2015 und damit auf die Laufzeit 1.6.2015 – 31.5.2017.

Akzente gesetzt. Zum einen veranstaltete sie gemeinsam mit dem Goethe-Institut einen Workshop zum Wissenschaftsjournalismus, um die öffentliche Wahrnehmung von Forschung und Innovation zu steigern und dabei auch unseren Alumni und Projektleitern und -leiterinnen zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen. In einem zunächst getrennten Training und einem anschließenden Matchmaking konnten Journalisten wie Akademiker die eigene Sprache des jeweiligen Gegenübers verstehen lernen. Am Ende gab es Prämien für journalistische Artikel über laufende Forschungen, die von wechselseitiger Neugierde und Entdeckungslust zeugten.

Zum anderen konnten im Rahmen der DAAD Kairo Akademie erstmals Module für Administratoren ägyptischer Hochschulen angeboten werden – für eine Zielgruppe also, von der der Erfolg bilateraler Projekte ganz besonders abhängt und die von den Angeboten zu Projektmanagement und interkulturellem Training begeistert war. Zum Trend-Thema „Unternehmertum an Hochschulen“ wiederum konnte mit einem „Falling Walls Lab“, das nach Indien die zweitgrößte Vorauswahl zum Berliner Wettbewerb für Forschertalente hatte, ebenso ein Zeichen gesetzt werden wie mit einer regionalen DIES-Tagung zu „Unternehmerische Universitäten“. Die Moral der Tagung: Es kommt nicht nur auf Strukturen an, sondern auch auf den Spirit. Wenn das Thema Unternehmertum dazu führt, dass Hochschulen die Selbständigkeit ihrer Absolventinnen und Absolventen fördern, dann ist das vor dem Hintergrund der ansonsten eher enger werdenden akademischen Spielräume sehr zu begrüßen, auch im Hinblick auf die zahlreichen Herausforderungen, vor denen das Land und die Region stehen. Die zahlreichen Partnerschaften zwischen ägyptischen und deutschen Hochschulen, die auf Partizipation, Kreativität und Innovation setzen, bieten hierfür Beispiele guter Praxis in Forschung und Lehre. <<



Nairobi

# Im Laboratorium der Modernisierung



Dr. Helmut Blumbach leitet die Außenstelle Nairobi seit 2014. Die Außenstelle besteht seit 1973 und hat zurzeit 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

In Ostafrika streben einige Machthaber die „immerwährende Präsidentschaft“ an und setzen sich dafür auch über Kernelemente der Demokratie hinweg, so zum Beispiel 2017 die Präsidenten in Uganda und Ruanda. In Kenia konkurrierten bei den Wahlen zwei fast gleich starke Kandidaten. Am Ende mussten die Wählenden zweimal an die Urnen. Wenn Ostafrika aber etwas eint, ist es der Glaube, dass nur eine gute Bildung den Lebensstandard verbessern kann. Dafür braucht es gute Hochschulen. Die ostafrikanischen Staaten erhöhen deshalb die Qualitätsstandards der Hochschulen, stoßen Bildungsreformen an und in Kenia denken sie ihre Hochschulpolitik neu.

## Demokratie auf dem Prüfstand

Das „African strong men syndrom“ kommt zurück: So jedenfalls fürchtet die ostafrikanische Zivilgesellschaft und mit ihr die liberale Wochenzeitung „The East African“, die diese Diagnose in ihrem Jahresrückblick stellte. Gemeint sind Machthaber, die sich einerseits demokratischer Verfahren wie Wahlen zur Legitimation bedienen, sich bei Bedarf aber über die Kernelemente der Demokratie wie Gewaltenteilung, Verfassungstreue und Rechtsstaatlichkeit hinwegsetzen. Indizien aus 2017: Präsident Yoweri Museveni in Uganda hatte bereits 2006 für eine Verfassungsänderung gesorgt, die es ihm immer wieder erlaubte, sich zur Wahl zu stellen. Jetzt beseitigte das Parlament die letzte Hürde für seine „immerwährende“ Präsidentschaft, indem es auch noch die Altersbegrenzung für das Amt (bisher 75 Jahre) aufhob. Sein Amtskollege Kagame in Ruanda hatte

ebenfalls per Verfassungsreferendum die Beschränkung auf zwei Amtszeiten aufheben lassen. Am 5. August wurde er laut offizieller Lesart mit 99 Prozent der Wählerstimmen als Präsident bestätigt.

Wahlen mit offenem Ausgang gab es dagegen in Kenia. Nicht weil es hier an „strong men“ mangelte, sondern weil im Kampf um das Präsidentenamt zwei annähernd gleichgewichtige Kontrahenten gegeneinander antraten: Amtsinhaber Uhuru Kenyatta und der langjährige Oppositionsführer Raila Odinga. Beide stehen auch für die Rivalität der beiden größten Ethnien des Landes: Kenyatta als Kikuyu, Odinga als Luo, beide mit „Koalitionspartnern“ anderer Volksgruppen. In diesem Wettbewerb geht es nicht um politische Programme, sondern um die Verteilung von Macht, Ressourcen und Chancen zwischen den Ethnien. In Erinnerung geblieben sind die Unruhen nach den Wahlen von



### Die Welt schaut gespannt auf die Wahlen in Kenia

2007, deren strittiger Ausgang zu gewalttätigen Auseinandersetzungen von Angehörigen verschiedener Volksgruppen sowohl untereinander als auch mit den Sicherheitskräften führte. Die Bilanz damals: Mehr als 1.000 Todesopfer und Hunderttausende Binnenflüchtlinge, die zum Teil bis heute in Camps hausen.

Nicht nur wegen dieser traumatischen Ereignisse blickte die Welt anlässlich der Wahlen vom 8. August nach Kenia. Das Land ist das wirtschaftliche Zugpferd der ganzen Region, technologisch auf dem Sprung, international gut vernetzt, Hoffnungsträger des „Africa Rising“,







**Panelisten des Election Dialogue Forums im April (in Vorbereitung der allgemeinen Wahlen in Kenia im August 2017) von links: Dr. Samuel Ndogo, Moi University; John Githongo, Antikorruptionsaktivist; Prof. Kimani Njogu, Moderator; Dr. Milcah Mulu-Mutuku, Egerton University, DAAD-Alumna; Dr. Lena Kroeker, Universität Bayreuth**



ein faszinierendes Laboratorium der Modernisierung mit all ihren Errungenschaften, Zumutungen und Widersprüchen: Wolkenkratzer neben Slums, Wirtschaftsboom neben Arbeitslosigkeit, junge Bevölkerung und ein veraltetes, aus allen Nähten platzendes Bildungssystem – eine Versuchsanordnung mit Relevanz für den ganzen, im Umbruch befindlichen Kontinent.

Zunächst beeindruckte der gut organisierte Urnengang in 40.000 Wahllokalen, der Datenabgleich in einem elektronischen Wählerverzeichnis, die zeitnah online gestellten „vorläufigen“ Ergebnisse aus den Wahlbezirken. Unerwartet schnell, am Abend des 9. August, wurde das „offizielle“ Ergebnis verkündet: 54 Prozent der Stimmen für Kenyatta, 45 Prozent für Odinga. Ebenso schnell verweigerte die Opposition diesem Resultat ihre Anerkennung: Die Computer der Wahlkommission seien manipuliert worden.

## Democracy at Work?

Zur allgemeinen Erleichterung wurde der Konflikt nicht auf der Straße ausgetragen, sondern vor dem Obersten Gerichtshof. Was dann am 1. September eine Mehrheit von vier der sechs Obersten Richter verkündete, war eine politische Sensation. Der „East African“ betitelte es begeistert mit der Schlagzeile: „Democracy at Work“: Die Wahldurchführung sei nicht verfassungskonform gewesen, weil die verantwortliche Wahlkommission bei der Übertragung und Zusammenführung der Ergebnisse „Unregelmäßigkeiten“ und „Gesetzwidrigkeiten“ begangen habe. Die Richter erklärten die Präsidentschaftswahlen für ungültig. Diese mussten innerhalb von 60 Tagen wiederholt werden, wofür der 26. Oktober festgesetzt wurde. Dann, zwei Wochen vor der Wiederholungswahl, eine weitere Überraschung: Oppositionskandidat Odinga zog seine Kandidatur zurück und rief seine Anhänger zum Wahlboykott auf. Die Begründung: Die vom Gericht festgestellten Unregelmäßigkeiten seien nicht wirklich beseitigt worden, so dass die zweiten Wahlen nicht glaubwürdiger werden würden als die ersten. Nichtsdestotrotz fanden sie statt. Versuche von verschiedenen Seiten, in letzter Minute eine gerichtliche Verschiebung zu erwirken, scheiterten schon daran, dass die Mehrzahl der Obersten Richter kurz vor dem Wahltag nicht zum angesetzten Termin erschienen. Mit 98,26 Prozent der Stimmen, bei einer Wahlbeteiligung von nur 48 Prozent, sicherte sich Kenyatta nun endgültig seine zweite Amtszeit als Kenias Präsident.

Es liegt nahe, die Ereignisse rund um die Wahlen als einen Rückschlag für Kenias Entwicklung zu sehen: Unverhältnismäßige Polizeieinsätze gegen Demonstranten in den Hochburgen der Opposition forderten wohl über 50 Menschenleben, der phasenweise Stillstand des öffentlichen Lebens hat die Wirtschaftsleistung stark gedrosselt, der Wahlkommission wurden

## Stipendien für Flüchtlinge

Ausgelöst durch Bürgerkriege und die aktuelle Dürre erlebt das östliche Afrika eine Flüchtlingskrise ungekannten Ausmaßes. Allein aus dem Südsudan sind seit dem erneuten Scheitern der Friedensbemühungen Mitte 2016 bis heute laut UNHCR 1,87 Millionen Menschen geflohen. Somalia wiederum bietet nach wie vor keine Rückkehrperspektiven für seine fast 900.000 Flüchtlinge, die in den Nachbarländern leben. Zu den „Failing States“ der Region zählen auch Burundi und die Demokratische Republik Kongo, deren andauernde innere Konflikte ebenfalls 900.000 Menschen zur Flucht über die Grenzen getrieben haben. Hauptaufnahmeland in Ostafrika sind nach Angaben des UNHCR Uganda (1,3 Millionen Flüchtlinge), Äthiopien (630.000) und Kenia (450.000).

2017 feierte die Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI) ihr 25-jähriges Jubiläum. Sie ist weltweit in mehr als 30 Ländern aktiv. DAFI vergibt Stipendien an Flüchtlinge, damit sie an

Hochschulen in ihren Aufnahmelandern ein Bachelorstudium absolvieren können. Das Auswärtige Amt stellt 80 Prozent der Fördermittel für diese Initiative bereit, koordiniert wird sie vom UNHCR. 2016 förderte DAFI 1.729 Studierende in Afrika. Die meisten davon – 552-DAFI-Stipendiaten – studieren in Äthiopien. Kenia und Uganda liegen (Stand 2016) auf den Plätzen 2 und 3 mit 263 beziehungsweise 212 Geförderten.

In Äthiopien setzt die „Association of Ethiopians Educated in Germany“, eine Partnerorganisation des DAAD, das Programm operativ um. Auch die Regierung in Addis Abeba unterstützt das Studium von Flüchtlingen, indem es sich an den Kosten der DAFI-Stipendien beteiligt sowie mit einem eigenen Stipendienprogramm. 2017 öffnete der DAAD sein Surplace-/Drittlandprogramm in Äthiopien für DAFI-Alumni. Sie können sich damit um DAAD-Stipendien für acht ausgewählte Masterstudiengänge an sechs äthiopischen Hochschulen bewerben.

Angesichts der Lage in den „Failing States“ der Region mit ihren



Teilnehmer eines DAFI-Workshops in Jijiga (Ost-Äthiopien)

zusammengebrochenen oder maroden Bildungssystemen sind Flüchtlinge eine wichtige Ressource, wenn sie eines Tages mit guter Ausbildung in ihre Heimat zurückkehren können. Der DAAD hat der Bundesregierung vorgeschlagen, in den Aufnahmelandern Äthiopien, Kenia, Uganda und Tansania pro Jahr 160 zusätzliche Stipendien zur Verfügung zu stellen. Die begabtesten Absolvierenden des DAFI-Programms sollen damit die Möglichkeit eines Masterstudiums erhalten. Zusätzlich zum Fachstudium sollen sie mithilfe begleitender Weiterbildungsmaßnahmen auch mit den Grundlagen guter Regierungsführung, nachhaltiger Entwicklung und demokratischer Gesellschaftsverfassung vertraut gemacht werden. Das sind wichtige Voraussetzungen, um eine verantwortungsvolle Führungsrolle beim späteren Wiederaufbau ihrer Länder spielen zu können.

gerichtlich gravierende Fehlleistungen bescheinigt, das Oberste Gericht entzog sich nach mutigem Start am Ende seiner Verantwortung, Raila Odinga hat mit der Absage der Kandidatur seine Anhänger verwirrt und das ganze Land in Ungewissheit über seine weiteren Absichten zurückgelassen, Präsident Kenyatta

schließlich muss auf der schwachen Legitimationsbasis einer Wahl regieren, an der sich weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten beteiligt haben.

Die Dialektik historischer Prozesse könnte selbst aus diesem Scherbenhaufen Positives





**Rechtsanwältin und DAAD-Alumna Lyla Latif spricht auf dem Election Dialogue Forum im Juni 2017.**

erwachsen lassen: Vielleicht hat sich 2017 Kenias 50 Jahre alte postkoloniale Tradition eines autoritären, personenfixierten und tribalistisch aufgeladenen Politikstils nachhaltig diskreditiert. Wirtschaft, Kirchen und Gewerkschaften fordern einen nationalen Dialog, der die irrationale Spaltung der Gesellschaft, wie sie bei jeder Wahl wieder aufbricht, überwindet. Vielleicht bewegt sich das Land damit auf eine seiner sonstigen sozialen und wirtschaftlichen Dynamik angemessene, moderne Form des politischen Wettbewerbs zu, der sich endlich den vielfachen sachlichen Herausforderungen widmet, die es zu bewältigen gilt.

### **Auf dem Weg zu einer modernen Bildungspolitik**

Teilhabe am Fortschritt und einen angemessenen Lebensstandard gibt es nur mit guter Bildung: Wenn etwas Ostafrika eint, ist es diese Überzeugung, nur ein Studium führe zu besser bezahlten Jobs und gesellschaftlichem Aufstieg. Die Familien tun alles, um ihren Kindern den Weg dorthin zu ebneten. Verbesserte

Zugangschancen und das Bevölkerungswachstum lassen die Zahl der Schulabgänger stetig wachsen. Entsprechend steigt die Nachfrage nach Studienplätzen und weitet sich das staatliche und private Hochschulsystem in der ganzen Region rasant aus. Kenia, Tansania und Uganda verfügten 1995 über 25 Hochschulen, heute sind es 172. Das Wachstum war politisch gewollt, aber es musste mit unzureichender staatlicher Finanzierung und einem gravierenden Mangel an qualifiziertem wissenschaftlichem Personal bewerkstelligt werden. Die Lösung, die die meisten staatlichen Hochschulen gefunden haben, ist die Teilprivatisierung: Die Einrichtung von parallelen Bezahlstudiengängen für Berufstätige und diejenigen, die die Kriterien für staatlich finanzierte Studienplätze nicht erfüllten, von Abend- und Ferienkursen, von zahlreichen miteinander konkurrierenden Zweigstellen der Universitäten mit Dozenten und Dozentinnen, die wie Handlungsreisende in Sachen Lehre von Hochschule zu Hochschule ziehen. So verdienen die Universitäten (und die Hochschullehrenden) das Geld, das sie über ihre staatlichen Budgets hinaus benötigen.

### **Missmanagement wird bekämpft**

2017 wurde fast überall in der Region untersucht, ob und wie weit die Universitäten den staatlich dekretierten Vorgaben entsprachen, insbesondere in der Qualität der Lehre und bei der Vergabe von Abschlüssen. In Kenia enthüllte ein Audit der Commission for University Education (CUE) ein beträchtliches Maß an Missmanagement und Regelverstößen – insbesondere in den Bereichen, in denen die Universitäten als kommerzielle Anbieter operieren: Hier wurden Studienprogramme ohne Akkreditierung angeboten, Studierende zugelassen, die nicht für einen Hochschulzugang qualifiziert sind, Anwesenheit und Studienleistungen ungenügend nachgehalten und dokumentiert sowie akademische Grade ohne entsprechende Leistungen verliehen.



Auch in Ruanda gab es, ausgelöst durch Mitglieder des Senats, eine Untersuchung der Qualitätsstandards der Hochschulen durch das zuständige Higher Education Council. Ruanda hat nur eine staatliche Universität, alle anderen 33 Universitäten sind privat.

Nach der Überprüfung verloren zehn der privaten Hochschulen ganz oder teilweise ihre staatliche Zulassung. Die Schließungen waren bitter für viele Studierende, die zu diesem Zeitpunkt bereits beträchtliche Studiengebühren gezahlt hatten. In Tansania gaben die Behörden im Juli bekannt, dass sie 19 privaten Universitäten für das Hochschuljahr 2017/2018 untersagen, Studienanfänger aufzunehmen. Pikanterweise gehören dazu auch die tansanischen Filialen der renommierten kenianischen Kenyatta University und der Jomo Kenyatta University of Agriculture and Technology. Auch das angesehenes Kilimanjaro Christian Medical College steht auf der Liste.

### **Kenia denkt Hochschul- und Bildungspolitik neu**

Nur in Kenia führten die Befunde, über die Schließung einzelner Hochschulen oder Programme hinaus, zu einem Umdenken in der Hochschul- und Bildungspolitik. Damit trug die Regierung, ohne es öffentlich einzugestehen, der Tatsache Rechnung, dass die Probleme im Kern auf eine über Jahrzehnte verfehlte Politik des forcierten Wachstums ohne entsprechende staatliche Ressourcen zurückgehen.

Kenias neue Bildungspolitik trägt die Handschrift von Bildungsminister Fred Matiang'i, der Ende 2015 ins Amt kam und sich schnell als entschlossener Reformers profilierte: Seine erste große Tat war, korrupte Kartelle aus Lehrern, Eltern und Prüfungsbehörden zu neutralisieren, die die Primarschul-Abschlussklausuren (nach Klasse 8) zur Aufbesserung entweder ihres Einkommens oder der Noten ihrer Kinder manipulierten.

Das Gleiche geschah mit der Sekundarschulabschlussprüfung (Kenya Certificate of Secondary Education, KCSE), so dass die Zahl der Absolventinnen und Absolventen, deren Gesamtnote sie für den Hochschulzugang qualifiziert, von 89.000 (2016) auf 70.000 (2017) sank. Für exakt diese Zahl sollen nun auch staatlich finanzierte Studienplätze garantiert werden. Niemand, der sich für ein Studium qualifiziert hat, soll mehr auf das Geschäftsmodell angewiesen sein, in dem staatliche und natürlich auch private Hochschulen gebührenpflichtige Studienplätze für Selbstzahler anbieten. Viele Universitäten werden damit in eine ernste Finanzkrise geraten.

### **Hochschulen sollen nachfrageorientiert ausbilden**

Die Hochschulen sind nur eine der Großbaustellen in Kenias Bildungssystem. Es ist spannend zu verfolgen, wie erstmals eine Bildungspolitik formuliert und implementiert wird, die einen holistischen Ansatz verfolgt – darin besteht der eigentliche Paradigmenwechsel, der sich in Kenia anbahnt. Die Primarschulabschlussprüfung wurde zunächst von Korruption gesäubert, nun aber wird sie ganz abgeschafft: Nicht eine einzelne Prüfung soll in Zukunft über Wohl oder Wehe einer Bildungsbiografie entscheiden, sondern eine kontinuierliche Überprüfung der erworbenen Kompetenzen. Und auch auf der nächsten Stufe zeichnet sich ein Umdenken ab: Nicht jeder qualifizierte Sekundarschulabschluss muss an die Universität führen, wenn – insbesondere in technischen Disziplinen – eine bisher nicht vorhandene, aber hochwertige berufliche Bildung ebenfalls Karriere- und Einkommenschancen eröffnet. Die Aufwertung technischer Kollegs hat begonnen. Und schließlich: Auch die Universitäten müssen stärker nachfrageorientiert ausbilden. Nicht jeder kann und sollte Anwalt, Arzt, Journalist oder „CEO“ werden. Ingenieure, Sozialarbeiter, Start-up-Unternehmer und eine

## ANWENDUNGSORIENTIERTES FACHZENTRUM IN VOI ERÖFFNET



Die Taita Hills in Kenia

ten afrikanischen Fachzentren und ihrer deutschen Partnerhochschulen aus und brachte so internationales und panafrikanisches Flair in die kenianische Provinz.

Mit Orientierung auf praxis- und industrie-nahe Hochschulausbildung im Bereich des Bergbaus, arbeitet das seit 2016 vom DAAD geförderte Fachzentrum CEMEREM (Centre of Excellence for Mining, Environmental Engineering and Resources Management) an der Universität von Taita Taveta (TTU) in Voi. Am 6. April wurde das Zentrum feierlich eröffnet. Botschafterin Jutta Frasch, der Gouverneur des Taita Taveta County, John Mruttu, und die Leiterin der deutschen Außenhandelskammer in Nairobi, Maren Dialle-Schellschmidt, gehörten zu den Gästen. Zeitgleich richtete die Taita Taveta Universität die jährliche internationale Netzwerktagung aller vom DAAD unterstützten

entsprechende praxisnahe Hochschulausbildung sind vorrangig, wenn das Land seine ehrgeizigen Modernisierungspläne realisieren will.

Das bildungspolitische Umsteuern wird zusätzliche Ressourcen erfordern – und dies betrifft berufliche Bildung ebenso wie Hochschulen. Eine arbeitsmarktgängige, praxisnahe Ausbildung hat ihren Preis. Sie benötigt qualifizierte und motivierte Lehrende, moderne technische Ausstattung und funktionstüchtige, gut gemanagte Institutionen. Hier zeichnet sich auch ein hochschulpolitischer „New Deal“ ab: Mehr

Alumni des Regierungsstipendienprogramms Kenia bei einem Treffen im DAAD-Büro am 27.9.2017



nachfrage- und anwendungsorientierte Hochschulbildung gegen kostendeckende staatliche Finanzierung. Hier wartet eine von vielen Herausforderungen für Kenias sich soeben konstituierende neue Regierung. Steigende Staatsverschuldung – ein Drittel der Steuereinnahmen fließt in den Schuldendienst – und wachsende Zurückhaltung internationaler Kreditgeber erhöhen nicht eben die Reformspielräume in Kenia.

### Aus der Arbeit des DAAD

Kenias bildungspolitische Entscheidungsträger blicken vielfach nach Deutschland: Sie sehen in der weithin anerkannten Qualität der deutschen technischen Ausbildungen, im berufsbildenden wie im Hochschulbereich, ein interessantes Referenzmodell für die Reform des eigenen Bildungssystems. Hier bieten sich auch aus deutscher Sicht interessante Perspektiven der Zusammenarbeit. Tatsächlich hat sich die Reform der beruflichen Bildung als ein Thema der deutsch-kenianischen Entwicklungszusammenarbeit etabliert. Komplementärer Arbeitsschwerpunkt des DAAD sind die Vorbereitungen zum Aufbau einer ostafrikanisch-deutschen Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Orientiert am deutschen Fachhochschulmodell sollen in Kooperation mit der Industrie praxis-



nahe Studiengänge vor allem in den Ingenieurwissenschaften etabliert werden, zunächst unter dem Dach einer bestehenden kenianischen Universität. Sowohl die kenianische Trägerhochschule als auch eine oder mehrere projektverantwortliche deutsche Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sollen im wettbewerblichen Verfahren ermittelt werden. Im Februar 2017 unterzeichneten Minister Matiang'i und die deutsche Botschafterin Jutta Frasch dazu eine Absichtserklärung am Rande eines in Nairobi abgehaltenen Deutsch-Afrikanischen Wirtschaftsgipfels. In Vorbereitung ist ein förmliches Regierungsabkommen, dessen Unterzeichnung sich durch den politischen Prozess in Kenia verzögert hat.

### Doktorandenausbildung: Kernanliegen des DAAD

Aufgrund des gravierenden Mangels an zumindest durch eine Promotion qualifizierten Hochschullehrenden bleibt die Doktorandenausbildung ein Kernanliegen des DAAD in der Region. Für Ostafrika stehen jedes Jahr zwischen zehn und zwölf DAAD-Stipendien für die Promotion in Deutschland zur Verfügung, die von einer in Nairobi tagenden deutsch-afrikanischen Gutachterkommission vergeben werden. 2017 gingen hierfür 70 Bewerbungen ein. Ergänzt wird dieses Angebot durch Stipendien, die auf der Basis von Vereinbarungen mit den Regierungen der Partnerländer anteilig von diesen und dem DAAD finanziert werden. Mit Ruanda wurde ein entsprechendes Programm zur Vergabe von 20 Doktorandenstipendien pro Jahr ab 2016 verabredet. Die ersten gemeinsamen Auswahlen haben am 2. und 3. Februar in Kigali stattgefunden. Deutsche und ruandische Gutachter arbeiteten motiviert und konzentriert zusammen und wählten aus 22 Bewerberinnen und Bewerbern, die eine Betreuungszusage aus Deutschland vorlegen konnten, zwölf geeignete Kandidaten aus. ▶

Tabelle 3 : Daten zum Bildungssystem Kenia

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	47,25 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	9,16 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	3.161
Wirtschaftswachstum	5,85 %
Inflation	6,30 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 89
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 92
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 110
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,27 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	539.749
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	41,2 %
Immatrikulationsquote	4,05 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	k.A.
PhD	k.A.
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	0,79 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	2.527
Internationalisierung und Bildungs Kooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	k.A.
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. k.A.	
2. k.A.	
3. k.A.	
4. k.A.	
5. k.A.	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	13.372
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	8,23 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	634
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Vereinigtes Königreich	
3. Australien	
4. Südafrika	
5. Saudi-Arabien	
11. Deutschland	

Quellen: DAAD, Statistik  
DESTATIS – Statistisches Bundesamt  
Wissenschaft weltweit  
The World Bank, Data  
UNESCO, Institute for Statistics

**Tabelle 4 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2017 Kenia**

A = Geförderte aus dem Ausland  
D = Geförderte aus Deutschland

		Kenia
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>		<b>440</b>
	A	34
	D	34
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	18
	D	23
Studierende auf Master-Niveau	A	170
	D	3
Doktoranden	A	244
	D	1
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	8
	D	7
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	7
	D	3
1–6 Monate	A	43
	D	26
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	390
	D	5
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>		<b>413</b>
	D	189
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	33
	D	66
Studierende auf Master-Niveau	A	76
	D	41
Doktoranden	A	38
	D	4
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	178
	D	62
andere Geförderte *	A	88
	D	16
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	316
	D	123
1–6 Monate	A	48
	D	64
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	49
	D	2
<b>III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt</b>		<b>853</b>
	D	223
<b>Mobilität mit Partnerländern</b>		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	853
	D	223
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	853
	D	223
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)</b>		<b>1.076</b>
<b>DAAD-Förderung – A und D gesamt (I + II + III)</b>		<b>1.076</b>

\* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltöffnender Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung mit Programmländern). Darüber hinaus wurden im Projekt 2015 erstmals Fördermittel an Hochschulen vergeben, die in Partnerländern der EU ansässig sind (EU-Mobilitätsförderung mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2015 und damit auf die Laufzeit 1.6.2015 – 31.5.2017.

## Das Team der Außenstelle mit Nachwuchs



Mit Kenia hatte ein ähnliches Programm seit einigen Jahren bestanden, war aber 2016 ausgefallen. Erfreulicherweise gelang es 2017, einen Anschlussvertrag abzuschließen. Die Zahl der jährlich zu vergebenden Stipendien wurde auf bis zu 30 gesteigert.

Einen substanziellen Beitrag zur Ausbildung auf Master- und PhD-Ebene leistet auch das Surplace-/Drittlandstipendienprogramm, das der DAAD weltweit in Entwicklungsländern zur Qualifizierung von Hochschullehrernachwuchs an ausgewählten Universitäten und Forschungseinrichtungen im Heimat- oder Drittland anbietet. Durch vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zusätzlich bereitgestellte Mittel konnten auch 2017 im östlichen Afrika erneut fast 300 Neustipendien zum Studium an 36 qualitätsgeprüften Hochschulen und Forschungszentren vergeben werden.

Auch die traditionsreiche Zusammenarbeit mit dem Inter-University Council for East Africa (IUCEA), dem regionalen Dachverband der Hochschulen, setzte der DAAD 2017 vereinbarungsgemäß fort. Im Fokus der nächsten Phase der Kooperation steht die Verbesserung der Qualität von Doktorandenprogrammen und -betreuung. Es werden regionale Standards für eine gute forschungsbasierte Doktorandenausbildung erarbeitet, die innerhalb der Ostafrikanischen Gemeinschaft verbindliche Geltung erhalten sollen. Außerdem soll überregional ein Trainingsprogramm zur Verbesserung der Betreuung von Master- und PhD-Kandidaten als Fernlehrgang entstehen. <<

# Mexiko-Stadt

# Mexiko vor neuen Herausforderungen



**Dr. Alexander Au leitet die Außenstelle Mexiko-Stadt seit März 2014. Die Außenstelle besteht seit 2001 und hat zurzeit fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.**

**Seismische und politische Beben: Das Jahr 2017 war neben den schweren Erdbeben vor allem vom radikalen Politikwechsel der US-amerikanischen Politik gegenüber Mexiko unter dem neuen Präsidenten Trump geprägt. Deutschland wird sowohl in der Wirtschaft als auch in der Wissenschaft ein immer wichtigerer Partner Mexikos.**

Die gesellschaftlichen und politischen Reaktionen auf den Politikwechsel des traditionell wichtigsten Handelspartners und nördlichen Nachbarn beeinflussten viele Entscheidungen der mexikanischen Politik im vergangenen Jahr. Ob es um den Bau der 3.000 Kilometer langen Grenzmauer und Trumps Ankündigung einer erzwungenen Kostenübernahme des vermutlich 10 Mrd. US-Dollar teuren Mauerbaus durch Mexiko ging, ob Trump die Neuverhandlung des Freihandelsabkommens NAFTA forderte, eine Importsteuer von bis zu 35 Prozent auf mexikanische Importe androhte oder wiederholt die Abschiebung tausender mexikanischer Migranten und Migrantinnen aus den USA ankündigte: Quer durch die mexikanischen Parteien und die Bevölkerung kam es während des gesamten Jahres zu Stürmen der Entrüstung und heftigen politischen Reaktionen bis hin zum Boykottaufruf nordamerikanischer Produkte. Daneben waren die Korruption, die zunehmende Gewalt sowie die Positionierung der Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2018 die beherrschenden politischen Themen des geografisch zu Nordamerika gehörenden Mexikos.

Doch trotz großer Befürchtungen, dass die radikale Neuausrichtung der US-Politik Mexiko wirtschaftlich hart treffen würde, bewies sich die mexikanische Wirtschaft auch 2017 mit einem minimal schlechteren Wirtschaftswachstum von 2,15 Prozent als äußerst robust. Die von der US-Regierung angestrebte Einigung in der Neuverhandlung des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen Kanada, Mexiko und den USA wurde auf 2018 vertagt, so dass der Handel mit den USA weiterhin auf hohem Niveau läuft. Mit der Ankündigung des Austritts der USA aus dem Freihandelsabkommen drohte, dass diverse

**Anhänger des 2014 gegründeten Links-Bündnisses Morena (Bewegung der nationalen Erneuerung) demonstrierten 2017 gegen die aktuelle Regierung.**







US-Unternehmen ihre Produktionsstätten aus Mexiko in die USA oder in andere Länder verlagern könnten. Eine mögliche Sogwirkung hätte für das von ausländischen Investitionen stark abhängige Mexiko ein deutlich schwächeres internationales Investitionsklima nach sich ziehen können. Tatsächlich stoppte der Automobilhersteller Ford im Januar abrupt seine Pläne für den Bau einer 1,7 Mrd. US-Dollar teuren Produktionswerkstätte in San Luis Potosí zugunsten einer Investition in Michigan. Dann drehte sich die Entwicklung um.

Überraschend stiegen die ausländischen Direktinvestitionen in Mexiko. Das sogenannte ForeignDirect Investment (FDI) wuchs bereits im ersten Quartal 2017 um fast 3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im dritten Quartal lag das FDI laut mexikanischem Wirtschaftsministerium sogar um über 30 Prozent höher. Interessanterweise haben auch die US-Investitionen in den nördlichen Bundesstaaten an der Grenze zu den USA deutlich gegenüber dem Vorjahr zugenommen. >

**Neben malerischen Küstenstreifen und üppigen Urwäldern sind auch karge, weitläufige Landschaften typisch für das nicht nur geografisch vielfältige Land.**



Die größte Kathedrale des amerikanischen Kontinents steht im Zentrum von Mexiko-Stadt. Über 100 Jahre hatte es gedauert, bis sie im 17. Jahrhundert eingeweiht werden konnte.

Mexiko nimmt inzwischen auf dem weltweiten Foreign Direct Investment Index Platz 14 ein.

Was Deutschland als Mexikos wichtigster Handelspartner innerhalb der EU betrifft, so ist der starke Zuwachs der bereits über 2.000 deutschen Unternehmen vor Ort ungebrochen. Nach Information der deutschen Konzernleitung soll das derzeit im Bau befindliche BMW-Werk im zentralmexikanischen Bundesstaat San Luis Potosí das drittgrößte und modernste Werk im BMW-Premiumsegment werden. Der Produktionsbeginn ist für 2019 vorgesehen. DHL kündigte den Ankauf weiterer sechs Flugzeuge zur Erweiterung ihrer Logistikflotte für den nationalen und internationalen Versandhandel mit Mexiko an. Die kumulierten Investitionen der in Mexiko aktiven deutschen Unternehmen beliefen sich auf 35 Milliarden Euro.

### Dank Trump: Mexikos Politik stellt sich strategisch neu auf

Insgesamt hat die seit dem Regierungswechsel in den USA dynamischer gewordene mexikanische Wirtschafts- und Außenpolitik zu einer stärkeren strategischen Diversifizierung ausländischer Partner und Industrieprodukte und damit zu einer geringeren Abhängigkeit von den USA geführt. Zu dieser Neuausrichtung gehört auch eine stärkere Zusammenarbeit mit der südamerikanischen Pazifikallianz. Sie hat die Handelsbeziehungen mit dem pazifischen Raum intensiviert und Assoziierungsverhandlungen mit Kanada, Australien, Neuseeland und Singapur angestoßen. Ein bis dato undenkbarer Schritt. Die mexikanische Regierung nannte Deutschland bei der Neuausrichtung ihrer Außenwirtschaftspolitik neben Kanada,



Frankreich und Korea immer wieder als eines der internationalen Hauptkooperationsländer. Dies bestätigte Präsident Peña Nieto beim Besuch von Kanzlerin Merkel im Juni 2017 mehrfach.

### **Trotz schlechter Sicherheitslage: Mexiko empfängt mehr Touristen als je zuvor**

Ungeachtet der stabilen Wirtschaft Mexikos verschlechterte sich im Laufe des Jahres die Sicherheitslage aufgrund heftiger interner Verteilungskämpfe der Drogenkartelle und allgemein zunehmender Gewaltkriminalität merklich. Tatsächlich ist in fünf der 32 Bundesstaaten von einer erhöhten Gefährdungslage auszugehen. Trotzdem erlebte das Urlaubsland Mexiko 2017 einen wahren Boom. Mit 39 Millionen Touristen kamen mehr Urlaubende nach Mexiko als je zuvor. Das brachte der Tourismusbranche, in der rund neun Millionen Mexikanerinnen und Mexikaner arbeiten, Einnahmen in Höhe von 21 Mrd. US-Dollar ein. Mexiko rangiert inzwischen auf Platz sechs der beliebtesten Fernziele. Akademische Kooperationsaktivitäten sind übrigens bisher kaum von der Sicherheitslage beeinträchtigt.

### **Mittelknappheit bremst die mexikanische Wissenschaftsförderung**

Nach mexikanischem Gesetz ist eine Wiederwahl des Präsidenten Enrique Peña Nieto nicht möglich. Daher wird seine Amtsperiode 2018 enden, ohne dass die Regierung ihr Ziel erreicht, den Sektor Technologie und Innovation und damit auch den Hochschulbereich mit 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) deutlich stärker als vorherige Regierungen zu fördern: Mit knapp 0,5 Prozent liegt Mexiko nach wie vor hinter lateinamerikanischen Ländern wie Brasilien (1,2) und Argentinien (0,6) zurück. Die Gründe für die schlechte finanzielle Ausstattung des Sektors lagen einerseits an den knappen Finanzmitteln der Regierung, bedingt durch das nach wie vor relativ niedrige Preisniveau für Erdöl, die anhaltende Schwäche des Pesos sowie die enormen Folgekosten durch die Erdbeben. Andererseits waren auch Mittelverlagerungen innerhalb der Regierung für die knappe Finanzierung des Sektors verantwortlich. Allerdings bleibt festzuhalten, dass die staatlichen Investitionen der aktuellen Regierung in den Technologie- und Innovationssektor auch in den Vorjahren mit ihrem höheren Wirtschaftswachstum eher verhalten waren. >

### **VERHEERENDE ERDBEBEN IN MEXIKO IM SEPTEMBER**



Die zwei Erdbeben, die im September verschiedene Regionen Mexikos erschütterten, erregten weltweit Betroffenheit. Besonders das zweite Beben am 19. September mit einer Stärke von 7,1 führte in der Metropolregion Mexico City zu schweren Schäden. Neben den knapp über 500 Toten zieht das Naturereignis enorme Folgekosten nach sich. Allein der Wiederaufbau von 153.000 beschädigten und zum Teil unbewohnbaren Wohnungen oder Wohnhäusern wird auf über 48 Milliarden Pesos (rund 2,1 Mrd. Euro, Stand Februar 2018) geschätzt.

Aber auch der Bildungssektor mit bis zu 10.000 beschädigten Schulen, von denen 400 komplett neu aufgebaut werden müssen, wird lange unter den Folgen leiden. Über 20 öffentliche und private Hochschulen sind so stark beschädigt, dass es zu langanhaltenden Unterrichtsausfällen oder zur Verlegung von Kursen an andere Standorte kam.

**Viele Gebäude in Mexiko-Stadt sind aufgrund des schweren Erdbebens unbewohnbar und müssen abgerissen werden.**

## Das mexikanische Hochschulsystem bereitet sich auf Zehntausende abgeschobene Studierende aus den USA vor

**Auf Informationsveranstaltungen erkundigen sich immer mehr Dreamer nach Möglichkeiten, ein in den USA begonnenes Studium in Deutschland fortzuführen.**

Allein die Ankündigung der US-Regierung, das Schutzprogramm für die Migrantinnen und Migranten einzustellen, die als Kinder ohne Papiere in die USA eingereist waren, löste in Mexiko und in anderen Ländern Lateinamerikas heftige politische Reaktionen aus. Im September wurde das Programm schließlich ausgesetzt. Damit sind rund 800.000 Menschen, von denen inzwischen die Mehrzahl in den

USA zur Schule geht, studiert oder arbeitet, von einer möglichen Abschiebung betroffen. Dabei sollte der Schutzstatus der sogenannten Dreamer – in Anlehnung an die Vorstellung des Traumes von einem besseren Leben in den USA – zunächst für ein weiteres halbes Jahr erhalten bleiben.

Die mexikanische Migrationsbehörde schätzt, dass es bis zu 600.000 Studierende aus Lateinamerika geben könnte, die ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in den USA leben. Die mexikanische Hochschulrektorenkonferenz ANUIES geht von bis zu 56.000 Dreamern aus, die möglicherweise aufgrund ihrer Herkunft zu einem Studium nach Mexiko kommen könnten. Daraufhin entwickelte das mexikanische Bildungsministerium gemeinsam mit öffentlichen Hochschulen einen Maßnahmenkatalog, um dem möglichen „Tsunami of DACA Students“,

wie „The Chronicle of Higher Education“ die mögliche Welle an unfreiwillig zurückkehrenden Studierenden bezeichnete, bestmöglich zu begegnen. Ziel des Programms Puente (Brücke) ist es, die Rückkehrenden so schnell und unbürokratisch wie möglich in die mexikanischen Hochschulen vor Ort oder in das Arbeitsleben zu integrieren.

Elemente des Programms sind unter anderem die Einrichtung von Büros an mexikanischen Hochschulen als Erstkontaktstelle für ausgewiesene Studierende sowie möglichst unbürokratische Anerkennungsrichtlinien für in den USA erbrachte Studienleistungen. Ein für Mexiko positiver Nebeneffekt der neuen US-Abschiebepolitik macht sich schon jetzt bemerkbar: Die Zahl qualifizierter Englischlehrerinnen und -lehrer in Mexiko steigt wie nie zuvor. Dies nutzt auch die mexikanische Regierung gezielt, um dem eklatanten Mangel an Englischlehrenden und Englischkenntnissen unter Schülerinnen und Schülern entgegenzuwirken.



Möglicherweise auch deshalb liegt der Anteil Mexikos an den weltweiten Patentanmeldungen bei gerade 0,2 Prozentpunkten.

Von dramatischen Mittelkürzungen von teilweise bis zu 40 Prozent war der öffentliche Hochschulsektor besonders betroffen. Bei fünf öffentlichen Hochschulen führte die Situation zum Jahresende beinahe zur Zahlungsunfähigkeit. Sowohl das Bildungsministerium (SEP) als auch der Technologie- und Wissenschaftsrat Conacyt, der in Mexiko quasi den Rang einer

Wissenschaftsbehörde hat, mussten mit deutlich weniger Mitteln auskommen. Conacyt verfügte über rund 23 Prozent weniger Budget als noch im Jahr zuvor, suspendierte einige Programme und senkte die Stipendienzahlen. Zudem haben sich durch den Wertverlust des mexikanischen Pesos von bis zu 30 Prozent gegenüber US-Dollar und Euro die Kosten für Auslandsaufenthalte mexikanischer Wissenschaftler, Wissenschaftlerinnen und Studierender für mexikanische Institutionen deutlich erhöht. Trotzdem kann der Conacyt, mit Abstand



Mexikos bedeutendster Stipendienggeber, auf die stolze Zahl von über 25.000 neu vergebenen nationalen und internationalen Stipendien für das Jahr 2017 verweisen.

### Private Hochschulen entdecken die Forschung für sich und holen gegenüber den staatlichen auf

In Mexiko unterschieden sich öffentliche und private Hochschulen beim Thema Forschung bisher überdeutlich. Angewandte Forschung, besonders aber die Grundlagenforschung, fand traditionell in großem Umfang an staatlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Conacyt statt. Die Mission der privaten Hochschulen war, Studierende für den heimischen oder internationalen Arbeitsmarkt auf Brotjobs vorzubereiten. Dementsprechend konzentrierten sich die Privaten tendenziell auf die arbeitsmarktorientierte Ausbildung Studierender in MINT-Fächern, boten im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften nur ein sehr begrenztes Fächerportfolio an und waren auch in der angewandten Forschung nur eingeschränkt aktiv. Ebenso waren PhD-Studiengänge nur vereinzelt an privaten Einrichtungen zu finden. Doch das ändert sich seit einigen Jahren in einem immer dynamischer werdenden Prozess.

Interessanterweise ist der Trigger, der private Universitäten in den letzten Jahren motiviert hat, sich noch intensiver mit angewandter Forschung und teilweise auch mit Grundlagenforschung zu beschäftigen, in den internationalen Rankings zu finden. Da die Konkurrenz um zahlungskräftige Studierende auf dem privaten und inzwischen stark globalisierten Hochschulmarkt immer härter wird, gewinnt die Positionierung der eigenen Hochschule in den diversen internationalen Rankings stetig an Bedeutung. Ohne eigene PhD-Angebote und wissenschaftliche Veröffentlichungen hochschuleigener Forschender und Lehrender war in bedeutenden Rankings schlichtweg kein Boden

gutzumachen. So mussten sich die privaten Spitzenhochschulen diesem Thema zunächst zwangsweise widmen. Mittlerweile bietet das TEC de Monterrey seinen rund 55.000 Studierenden an verschiedenen Standorten zwölf PhD-Studiengänge an, Tendenz steigend. Das Instituto Politécnico Nacional (IPN) mit 178.000 Studierenden hat als eine der vier besten öffentlichen Hochschulen des Landes 34 PhD-Studiengänge.

In den international viel beachteten Rankings spiegeln sich diese Bemühungen inzwischen überdeutlich wider: Im QS World University Ranking der lateinamerikanischen Hochschulen belegt das TEC de Monterrey jetzt direkt hinter der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM) den fünften Platz. Im weltweiten Times Higher Education Ranking liegt das TEC mit Rang 601 sogar vor der UNAM. Im lateinamerikanischen Vergleich belegen brasilianische und argentinische Universitäten die Spitzenplätze. >

### ENORME NACHFRAGE NACH DEUTSCH IN MEXIKO

Die an sich schon sehr hohe Nachfrage nach Deutschunterricht im Rahmen eines Hochschulstudiums steigt weiter. An Mexikos größtem universitärem Sprachenzentrum, der Escuela Nacional de Lenguas, Lingüística y Traducción (ENALLT) an der UNAM, ist Deutsch als Fremdsprache gemeinsam mit Englisch, Französisch und Chinesisch eine der vier beliebtesten Fremdsprachen, obwohl beide Sprachkurszentren insgesamt 17 Sprachen anbieten. Im vergangenen Wintersemester bewarben sich rund 1.800 Studierende auf 220 Sprachkursplätze in den Niveaustufen A1 bis B2. Insgesamt sind rund 900 Studierende in Deutschkursen am ENALLT eingeschrieben. Aufgrund der hohen Nachfrage wird Deutsch nun auch als Zielsprache in einem Studiengang für Angewandte Linguistik angeboten. Im ebenfalls neuen Studiengang für Übersetzungswissenschaften ist zwar Englisch die Zielsprache, aber Deutsch wird als Drittsprache zur Wahl gestellt. Sprachunabhängig bietet ENALLT auch einen Master- und einen Promotionsstudiengang in Linguistik an, in denen Forschungen auch zum Erwerb der deutschen Sprache geführt werden können.

## VIELFÄLTIGE INFORMATIONSANGEBOTE DANK EINES WACHSENDEN DAAD-NETZWERKS



Ein breites Netzwerk von Partnerinnen und Freunden ermöglicht dem DAAD die Beteiligung an einer Vielzahl von Kultur- und Informationsveranstaltungen im ganzen Land. Traditionell gehören diesem Netzwerk die DAAD-Lektoren und ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten an. Letztere unterstützen ganz besonders im Rahmen des Programms „Young Ambassadors“ das Team der DAAD-Außenstelle Mexiko bei Messeauftritten und organisieren eigene Veranstaltungen. Dank der Zusammenarbeit mit den Studienberatern an den deutschen Schulen kann der DAAD außerdem eine breitgefächerte Informationsarbeit auch an den Deutschen Auslandsschulen anbieten. Erstmals organisierte die DAAD-Außenstelle Mexiko 2017 eine Netzwerkveranstaltung mit neun deutschen Sprach- und Kulturinstituten mit dem Ziel, das Netz der Multiplikatoren im Land weiter auszubauen. Das Treffen bot Gelegenheit, mögliche Kooperationen im Bereich des Marketings zu erörtern und die Teilnehmenden in die grundständige Beratungsarbeit zum Studienstandort Deutschland einzuweisen.

**Teilnehmende am Young-Ambassadors-Programm des DAAD nutzten die Pause des zweitägigen Vorbereitungsseminars für ein gemeinsames Foto.**

### Deutschland bleibt im Wissenssachftsbereich eines der prioritären Zielländer

Als internationales Ziel für einen Studien- oder Forschungsaufenthalt oder eine institutionelle Kooperation bleibt Deutschland nicht nur sehr beliebt, sondern gewinnt für die Mexikanerinnen und Mexikaner im Hochschulbereich immer mehr an Bedeutung. Deutschland wird in Mexiko als eines der wirtschafts- und forschungstärksten Länder weltweit wahrgenommen. Das belegen die ständig wachsenden Kooperationszahlen: So stieg die Zahl der registrierten institutionellen Kooperationen zwischen deutschen und mexikanischen Hochschulen seit 2014 um 20 Prozent auf 378 und die Zahl der mexikanischen Studierenden in Deutschland im gleichen Zeitraum von 2.245 Studierenden um fast 35 Prozent auf 2.971. Auch auf Regierungsebene war für die Wissenschaftsbehörde Conacyt trotz Mittelknappheit und hohem Eurokurs eine Weiterführung der intensiven Kooperationsaktivitäten mit Deutschland auf hohem Niveau eine der prioritären Aufgaben. Im kofinanzierten Stipendienprogramm mit dem DAAD, das mexikanischen Studierenden über Vollstipendien ein Master- oder Promotionsstudium an deutschen Hochschulen ermöglicht, konnten wie im Vorjahr erneut 70 Plätze vergeben werden.



Logo des Deutschlandjahres in Mexiko 2016/2017.

Gerade weil von der mexikanischen Regierung kofinanzierte Programme und Projekte stark auf die Kooperation im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich ausgerichtet sind, ist es umso erfreulicher, dass beide Länder mit dem Start des Maria Sibylla Merian Center for Advanced Latin American Studies (CALAS) einen neuen sozial- und geisteswissenschaftlichen Schwerpunkt in der Zusammenarbeit gesetzt haben. Das direkt vom BMBF geförderte Zentrum ist 2017 am Campus für Geistes- und Sozialwissenschaften von Mexikos zweitgrößter Universität, der Universidad de Guadalajara, eröffnet worden. Am Hauptstandort Guadalajara arbeiten Forschende des deutschen Konsortiums mit den Universitäten Bielefeld, Jena, Kassel und Hannover an diversen Forschungsschwerpunkten zu Konfliktlösungsstrategien in Lateinamerika. Regionale Partner sind Spitzenuniversitäten aus Mexiko, Ecuador, Costa Rica und Argentinien.

### Auch im Deutschlandjahr unterstützte der DAAD wichtige Kooperationsaktivitäten in der Wissenschaft

Die DAAD-Außenstelle Mexiko war neben den regulären Programmen mit zahlreichen Veranstaltungen an knapp 100 Events des Deutsch-Mexikanischen Jahres beteiligt und konnte im Wissenschaftsbereich sichtbare Akzente setzen.

Das vom damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier eröffnete Deutschlandjahr zog mit über 1.000 Events rund 3,5 Millionen Besucher und Besucherinnen an. Kanzlerin Angela Merkel beendete es im Rahmen eines Staatsbesuchs im Juni 2017.

Der DAAD beteiligte sich als Wissenschaftsorganisation maßgeblich mit weiteren deutschen Institutionen aus dem Kultur- und Wirtschaftsbereich sowie deutschen Unternehmen an den unterschiedlichen Beratungs- und Informationsangeboten einer 50-tägigen Pop-Up-Tour, die Lastzüge in hochmodernen Multifunktionscontainern in unterschiedliche Städte transportierten. Ganz im Zeichen eines mobilen und zielpublikumsorientierten Marketings stand auch 2017 die Hochschulmesse EuroPosgrados, die als Roadshow mit über 80 Ausstellern aus neun europäischen Ländern – darunter neun deutsche Hochschulen – in Puebla, Guadalajara und Mérida rund 3.600 Besucher über postgraduale Studienmöglichkeiten und entsprechende Fördermöglichkeiten informierte.

Abgesehen von den zahlreichen Informationsveranstaltungen zum Forschungs- und Studienstandort Deutschland ging es in diversen weiteren Projekten und Veranstaltungen des DAAD um die Förderung des wissenschaftlichen Austauschs zwischen Mexiko und Deutschland sowie die Weiterentwicklung von Kooperationsaktivitäten in unterschiedlichen gesellschaftlich relevanten Fachbereichen. ➤



Tabelle 5 : Daten zum Bildungssystem Mexiko

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	128,63 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	23,4 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	17.877
Wirtschaftswachstum	2,29 %
Inflation	2,82 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 23
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 35
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 72
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,31 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	3.419.391
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	49,35 %
Immatrikulationsquote	29,94 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	540.992
PhD	5.782
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	0,55 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	21.005
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	3,93 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. k.A.	
2. k.A.	
3. k.A.	
4. k.A.	
5. k.A.	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	29.813
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,83 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	2.947
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Spanien	
3. Deutschland	
4. Frankreich	
5. Vereinigtes Königreich	

Quellen: DAAD, Statistik  
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt  
 Wissenschaft weltoffen  
 The World Bank, Data  
 UNESCO, Institute for Statistics

Im Rahmen ihres Staatsbesuches im Juni 2017 beendete Bundeskanzlerin Merkel offiziell das Deutschlandjahr in Mexiko.

**Tabelle 6 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2017 Mexiko**

A = Geförderte aus dem Ausland  
D = Geförderte aus Deutschland

		Mexiko
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>	A	716
	D	92
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	361
	D	49
Studierende auf Master-Niveau	A	202
	D	8
Doktoranden	A	142
	D	7
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	11
	D	28
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	25
	D	19
1–6 Monate	A	10
	D	40
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	681
	D	33
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>	A	310
	D	527
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	75
	D	299
Studierende auf Master-Niveau	A	64
	D	167
Doktoranden	A	17
	D	18
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	65
	D	39
andere Geförderte *	A	89
	D	4
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	215
	D	87
1–6 Monate	A	79
	D	423
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	16
	D	17
<b>III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt</b>	A	5
	D	1
<b>Mobilität mit Partnerländern</b>		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	3
	D	0
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	2
	D	1
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)</b>	A	1.031
	D	620
<b>DAAD-Förderung – A und D gesamt (I + II + III)</b>		1.651

\* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltöffner Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung mit Programmländern). Darüber hinaus wurden im Projekt 2015 erstmals Fördermittel an Hochschulen vergeben, die in Partnerländern der EU ansässig sind (EU-Mobilitätsförderung mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2015 und damit auf die Laufzeit 1.6.2015 – 31.5.2017.

Ein internationales Seminar des vom DAAD in Mexiko geförderten Humboldt-Lehrstuhls diskutierte Migrationsmuster in Europa und Zentral- und Nordamerika sowie adäquate Konfliktlösungsstrategien. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft im Ausbildungs- und Forschungsbereich ist ein weiterer intensiver Arbeitsschwerpunkt der DAAD-Außenstelle Mexiko. Der DAAD unterstützte diesen Interessenschwerpunkt deutscher und mexikanischer Hochschulen mit der Wirtschaft unter anderem mit einem zweitägigen Workshop im Rahmen des Programms „Dialogue on Innovative Higher Education Strategies“ (DIES) mit Teilnehmenden aus Deutschland, Mexiko, Kolumbien und Ecuador. Thema war die Implementierung kooperativer Studienmodelle.

Eine sicherlich ganz eigene langjährige Tradition innerhalb der deutsch-mexikanischen Wissenschaftskooperation nehmen Archäologie und Paläontologie ein. Seit Jahrzehnten arbeiten beide Länder in diesen Bereichen eng zusammen und haben einen wichtigen gemeinsamen Erfahrungsschatz aufgebaut. Das machte auch das hochkarätig besetzte und vom DAAD organisierte mehrtägige Symposium „Archäologie-Einblicke in eine deutsch-mexikanische Erfolgsgeschichte“ deutlich. <<

New York

# Hinter den Kulissen drehen sie die politische Uhr zurück



Dr. Nina Lemmens leitet die Außenstelle New York seit 2014. Die Außenstelle besteht seit 1971 und hat zurzeit zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Einem Wirbelsturm gleich rüttelt die neue Präsidentschaft mit ihren Twitter-Tiraden und alternativen Fakten an den Grundfesten der amerikanischen Demokratie. Verdeckt vom politischen Getöse legt die Administration Hand an Obamas Gesetze. Der Leitspruch „America First“ strahlt auch auf den Campus ab. Abgesagte Auslandsreisen und zurückgehende Einschreibungen internationaler Studierender treffen die US-Hochschulen hart. Alarmierend auch: In den DAAD-Stipendienprogrammen für Studierende ging die Zahl der Bewerbungen aus den USA und für Studienaufenthalte dort um je 20 Prozent zurück.

## Allgemeine politische Lage

Märsche zur National Mall, Kundgebungen und Menschenansammlungen mitten im politischen Herzen der Hauptstadt Washington D.C. haben eine lange Tradition in den USA. Die Bilder der ergreifenden „I Have a Dream“-Rede von Martin Luther King Jr. im Jahre 1963 oder auch die Aufnahmen von den friedlichen Protesten gegen den Vietnam-Krieg 1979 sind fest im historischen Gedächtnis der Nation eingebrannt. Gleich zu Anfang des Jahres 2017, am 20. und 21. Januar, kamen zwei Ereignisse hinzu, die jedes für sich Geschichte schreiben und zudem den Ton für das neue Jahr setzen sollten: die Amtseinführung des 45. US-Präsidenten, Donald J. Trump, und die zentrale Kundgebung des weltumspannenden „Women’s March“.

Was also konnten die staunenden Beobachter in der ganzen Welt von den beiden Tagen lernen?

Zum Beispiel: „size matters!“ Nämlich die Größe der Zuschauermenge bei der Amtseinführung, die nach allen fotografischen Belegen vergleichsweise überschaubar war, laut Interpretation des Weißen Hauses jedoch die größte je dagewesene Personenzahl bei einem solchen hochoffiziellen Akt darstellte – Punkt, Schluss, Ende! Gleich im Nachgang lernte das Fernsehpublikum die Parallelwelt der „alternativen Fakten“ kennen, die fortan noch viele politische Diskussionen



Hunderttausende Frauen setzten im Januar 2017 ein Zeichen für Vielfalt und gegen Trumps „America first“-Politik.





Lake Waccabuc im  
Westchester County,  
New York

dominieren sollten. Der überwältigende Erfolg des „Women’s March“, der – nach allen verfügbaren Schätzungen – die zahlenmäßig größte politische Demonstration in der Geschichte der Vereinigten Staaten war (über vier Millionen Menschen im ganzen Land, zudem mehrere Millionen auf der ganzen Welt), zeigte aber auch: Die Bürgerrechtsbewegung in den USA „is alive and kicking!“.

### Twitter-Tiraden, Provokationen und ein effektiver Roll-Back hinter den Kulissen

Einem Wirbelsturm gleich rüttelt die neue Präsidentschaft nicht nur an den Grundfesten der amerikanischen Gesellschaftsordnung, sondern auch der des Weltgefüges. Dabei sind es vor allem die innen- und außenpolitischen Provokationen, die Twitter-Tiraden und das Personal-Karussell, die das Bild der Mannschaft

im Weißen Haus nach außen hin prägen. Gleichzeitig ist die neue Administration hinter den Kulissen sehr viel effektiver, als es die Protagonisten im Rampenlicht vermuten lassen: So ernannte Präsident Trump bereits 19 Bundesrichter, darunter einen der auf Lebenszeit ernannten Richter am Supreme Court – eine Schlüsselentscheidung für künftige Grundsatzurteile, die Folgen für die Zukunft des ganzen Landes haben können. >



Vor dem Geheimdienst-  
ausschuss bezichtigt der  
geschasste FBI-Chef James  
Comey US-Präsident Trump  
offen der Lüge.





**Der Hurrikan „Maria“ verwüstete Puerto Rico im September 2017.**

Auch die Bemühungen um Deregulierung – eines der Lieblingsthemen konservativer Meinungsspitzen – schreiten voran. Wenn man alleine verfolgt, wie viele Verordnungen Präsident Obamas zum Umwelt- und Klimaschutz die staatliche Energie- und Umweltbehörde EPA still und leise rückgängig gemacht hat (über 50), wird klar: Dieses Vorgehen hat Methode.

**Auf dem „March for Science“ in Washington und anderen US-Städten demonstrierten viele zehntausend Menschen für die Wissenschaft und für eine auf Evidenz basierende Forschung.**

Dazu passt der Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen. Daran änderten auch die verheerenden Naturkatastrophen nichts, die 2017 das ganze Land beutelten – wie zum Beispiel Hurricane Maria, ein Sturm der Kategorie 5, der im September katastrophale und bis heute nicht behobene Schäden in Puerto Rico verursachte. Oder die schlimmste Waldbrand-Saison in den Annalen des Bundesstaates Kalifornien etwas später im Herbst.

## Aus Hochschul- und Forschungswelt

2017 marschierten auch die amerikanischen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Der „March for Science“ am 22. April, dem Earth Day, brachte Zehntausende Forscher, Hochschullehrer sowie Bürgerinnen und Bürger landauf, landab auf die Straße. Auch wenn diese Art der Meinungsäußerung für Akademiker ziemlich ungewohnt ist, brachten sie ihrer Sorge über die Unabhängigkeit und Ausstattung der berühmten amerikanischen Forschungsstätten gleichwohl lautstark, engagiert und mit Galgenhumor zum Ausdruck. Anlass zur Sorge besteht durchaus: Denn die neue Regierung geht systematisch daran, gewisse Webseiten – zum Beispiel mit Daten zum Klimawandel – abzuschalten und damit die öffentliche Verfügbarkeit von Forschungsergebnissen einzuschränken. Sie hat auch starke Einschnitte in wichtige Forschungsbudgets bei Trumps Budgetvorschlägen für die Jahre 2018 und 2019 zum Ziel erklärt. Zwar konnte das Schlimmste für das Jahr 2018 durch einen überparteilichen Beschluss im Kongress abgewendet



## Deutsches Wissenschafts- und Innovationshaus – Fixpunkt der New Yorker Wissenschaftsgemeinde

Das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus (DWIH) New York besteht seit Ende 2009 und hat sich über die Jahre zu einer gut besuchten Plattform sowie von Gästen und Partnern gleichermaßen geschätzten Einrichtung für den Austausch zwischen Forschenden aus Deutschland und den USA etabliert. Das Programm umfasst rund 20 Veranstaltungen pro Jahr, bei denen deutsche und amerikanische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Vertreter forschender Unternehmen ihre Arbeiten präsentieren und mit einer interessierten Öffentlichkeit diskutieren. Ziel ist dabei stets, dass diese Events entweder die Initialzündung für weiterführende Kooperationen bieten oder dazu beitragen, die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren zu vertiefen und auf ein neues Niveau zu heben.

Im Oktober 2017 trafen sich beispielsweise Repräsentanten der Universität zu Köln mit Experten und Expertinnen der Columbia University, der City University of New York und der University of Washington, um mit einem interessierten Publikum über alternde Gesellschaften aus Sicht der Biologie, Sozialwissenschaften und Ethik zu diskutieren. Am Folgetag setzten Fachleute ihre Gespräche in kleinem Kreise fort. Die Kombination aus Publikumsveranstaltung und

Expertenrunde hob inhaltliche Schnittpunkte hervor und half, wertvolle Kontakte auf- und auszubauen. Die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wollen in den kommenden Jahren weiter zusammenarbeiten und Ergebnisse bei einer DWIH-Veranstaltung vorstellen.

Auch wenn das DWIH somit zu einem Fixpunkt in der New Yorker Wissenschaftsgemeinschaft geworden ist, beschränkt es seinen Wirkungskreis keineswegs nur auf Manhattan und New York. Einerseits ist das Team des DWIH auf zahlreichen Konferenzen und Messen in den ganzen USA präsent, um über die deutsche Forschungslandschaft zu informieren. Andererseits bieten diese Treffen der „Science Community“ auch die Gelegenheit, brandheiße Forschungstrends aus erster Hand kennenzulernen und auf diese Weise neue Themen und Partner für Veranstaltungen zu identifizieren. Verstärkt zeigt sich das DWIH auch außerhalb New Yorks mit eigenen Veranstaltungen. So organisierte das DWIH einen politisch hochkarätig besetzten „Roundtable“ zum Thema Entrepreneurship im Rahmen der GAIN-Jahrestagung in San Francisco. Dort verglichen Expertinnen, Politiker und junge Unternehmende die deutsche und amerikanische Gründungslandschaft mit Blick auf einen produktiven Ideenaustausch.

Der monatliche Newsletter des DWIH New York versorgt die Personen, die an deutscher Spitzenforschung interessiert sind, aber den Einladungen zu



DWIH-Symposien, Workshops oder Paneldiskussionen nicht persönlich Folge leisten können, mit aktuellen Nachrichten und Ergebnissen aus der deutschen Forschungslandschaft. Jeden Monat wird ein Thema, das meist in Zusammenhang mit einer zentralen Veranstaltung im DWIH steht, von allen Seiten beleuchtet, so dass über das Jahr ein Kompendium entsteht. Den November-Newsletter zum Thema „Social Innovation“ erhielten über 10.000 Abonnierende, darin ein Interview mit Dr. Volker Then, Geschäftsführer des Centrums für soziale Investitionen (CSI) der Universität Heidelberg.

Für den Erfolg der Arbeit des DWIH sind gerade die auch räumlich engen Beziehungen zu den Verbindungsbüros deutscher Hochschulen in den USA, zu den Niederlassungen der DFG und anderen deutschen Wissenschaftseinrichtungen unerlässliche Quellen für die Entwicklung gemeinsamer Ideen und Projekte.



**Das German Center for Research and Innovation (GCRI) New York, die Universität zu Köln und das Kölner CERES-Center veranstalteten eine Podiumsdiskussion zur Frage „Wie werden wir morgen alt?“.**



Seit September 2017 berät die Molekularbiologin **Mona Nemer (rechts)** als Chief Science Advisor die kanadische Regierung in den Bereichen Forschung und Wissenschaft.



### **Kanada: Zeichen setzen für Gleichstellung und Grundlagenforschung**

Die 2017 veröffentlichten Zensus-Daten zeigen: Die kanadische Bevölkerung wird immer diverser. Der Anteil der Kanadier und Kanadierinnen, die sich als sichtbare Minderheiten („visible minorities“) identifizieren, steigt stetig und liegt in Städten wie Toronto mittlerweile bei

über 50 Prozent. Auch die indigene Bevölkerung wächst stark. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen diese Vielfalt abbilden. Wie dies gelingen könnte, stand im Zentrum wissenschaftspolitischer Debatten des letzten Jahres.

Zahlreiche Hochschulen realisieren bereits vielfältige Maßnahmen, um die Zahl und die Sichtbarkeit indigener

Studierender und Wissenschaftler sowie Forschungs- und Studienprogramme auf dem Campus zu steigern. Die bislang unzureichende Diversifizierung bei der Besetzung der prestigeträchtigen Canada Research Chairs führte zu tiefgreifenden Änderungen im Programm. Um antragsberechtigt zu bleiben, mussten die Hochschulen Aktionspläne verabschieden, wie sie Minderheiten und Frauen angemessen berücksichtigen wollen. Nun haben sie bis zu zwei Jahre Zeit, um diese umzusetzen. Es ist sicherlich kein Zufall, dass bei der mit großer Spannung erwarteten Ernennung des Chief Science Advisors die Wahl auf eine Naturwissenschaftlerin fiel.

werden, die Abgeordneten erhöhten die Forschungsmittel teilweise sogar deutlich. Aber die Gefahr ist keineswegs gebannt. Ganz oben auf der präsidentialen Streichliste steht, wenig überraschend, unter anderem die Forschung zum Klimaschutz. Wie genau die Budgets für 2018 und 2019 aussehen werden, ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts (Februar 2018) leider noch nicht entschieden.

### **America First – Hochschulen spüren fremdenfeindliche US-Politik**

Auch durch andere Maßnahmen drohen der Wissenschaft die Ressourcen zu versiegen, zum Beispiel die Ressource „Mensch“. Da gibt es den sogenannten „travel ban“, der die Einreise von Bürgerinnen und Bürgern aus sechs vornehmlich muslimischen Ländern sowie Venezuela und Nordkorea verbietet. Die Auswirkungen dieser fremdenfeindlichen Politik sind schon jetzt an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen spürbar. Das traurige Ergebnis:

abgesagte Auslandsreisen von Forschern aus den fraglichen Ländern, die derzeit in den USA leben und arbeiten, abgesagte Kongressteilnahmen von Wissenschaftlern aus der ganzen Welt, die entweder selbst vom Einreisestopp bedroht sind oder aus Solidarität mit ihren Kolleginnen und Kollegen nicht mehr in die USA reisen wollen, und inzwischen auch um sieben Prozent sinkende Einschreibungen internationaler Studierender.

Problematisch dürfte zudem die Anwerbung hoch qualifizierter Arbeitskräfte für Technologieunternehmen und Universitäten werden, da die Regierung die „H1B“-Visa, mit denen Unternehmen Fachkräfte in die USA holen können, fortan jeweils nur für ein Jahr ausstellen will. Mit diesem Plan will Trump unter dem Schlagwort „American Hire“ erreichen, dass weniger dieser ohnehin zeitlich befristeten Visa an Ausländer vergeben werden: genau jene Visa also, mit denen jedes Jahr neben einer großen Zahl in der Tat „billiger“ Arbeitskräfte vor

Auf große Zustimmung trafen die Resultate der „Fundamental Science Review“ („Naylor-Report“). Diese bislang umfassendste Studie zur Finanzierung der Grundlagenforschung in Kanada belegt eindruckliche Mängel und enthält 35 Empfehlungen, wie diese behoben werden können – etwa durch eine Erhöhung der staatlichen Forschungsförderung um 1,3 Mrd. kanadische Dollar (rund 900 Mio. EUR) innerhalb der nächsten vier Jahre. Nicht nur große Hochschulverbände und Wissenschaftsorganisationen stellten sich uneingeschränkt hinter die Forderungen des Reports. Auch hunderte Studierende, Doktorandinnen und Postdocs gaben unter dem Hashtag #supportthereport

ihre Unterstützung in den sozialen Medien kund. Die Regierung hat die Mittel für den Natural Sciences and Engineering Council (NSERC) deutlich erhöht und damit die ersten Schritte eingeleitet, diese umzusetzen.

Im Bereich Internationalisierung bleibt der Blick auf die Rekrutierung internationaler Studierender gerichtet. 2016 brachte Rekord-Einschreibungszahlen, mit einem Plus von 17,5 Prozent bei internationalen Studierenden an Universitäten und Colleges gegenüber dem Vorjahr. Weiterhin ein Schattendasein fristet die Auslandsmobilität, die seit Jahren unverändert niedrig bei wohlwollend geschätzten 11 Prozent auslandsmobilen Absolventen und Absolventinnen

liegt. Die im Oktober veröffentlichte Studie „Global Education for Canadians“ und die Kampagne „Learning beyond Borders“ haben die öffentliche Diskussion über den Nutzen von Auslandsaufenthalten noch einmal angefacht, doch ist mit einem baldigen Anstieg der Austauschzahlen wohl eher nicht zu rechnen.

**Dr. Alexandra Gerstner,**  
**IC Toronto**

allein aus Indien und China auch ausländische Spitzenwissenschaftler und Tüftler in die USA geholt werden. Übrigens: Alle sechs US-amerikanischen Wissenschafts-Nobelpreisträger des Jahres 2017 sind Immigranten.

### **Weniger ausländische Studierende führen zur Ausdünnung von Kursangeboten an US-Hochschulen**

Das Fernbleiben internationaler Studierender ist übrigens nicht allein dem „Trump-Effekt“ geschuldet. Immer weiter steigende Studiengebühren an amerikanischen Colleges und Universitäten, die wirtschaftlich angespannte Situation in einigen der wichtigsten Herkunftsländer (zum Beispiel Brasilien, Indien, Saudi-Arabien), die Sorge um die persönliche Sicherheit auf dem Campus auch angesichts von zahlreichen Schießereien sind weitere Ursachen für die geringere Zahl von Einschreibungen. Und die Konkurrenz schläft nicht: Kanada (siehe Highlight oben), Australien und Großbritannien

verzeichnen steigende Einschreibungen internationaler Studierender. Das Ergebnis jedenfalls stellt Gesellschaft und Hochschulen vor handfeste wirtschaftliche Konsequenzen. Wie das Institute of International Education (IIE) ermittelte, tragen die studentischen Gäste aus aller Welt rund 39 Mrd. US-Dollar zur Wirtschaftsleistung bei, wobei dieses Geld zu 75 Prozent aus dem Ausland – also vermutlich zumeist den Heimatländern der Studierenden – stammt. Abgesehen von Verlusten beim allgemeinen Konsum durch die ausländischen Gäste bedeuten weniger Einnahmen durch Studiengebühren vor allem auch weniger finanzielle Verfügungsmasse für die Hochschulen. Streichungen von vermeintlich weniger wichtigen Studienangeboten sind immer wieder dabei: Fremdsprachen und musische Fächer sind vielerorts die erste Reaktion. Dies passt zu einem Trend, der gerade an öffentlichen Hochschulen republikanisch geführter Bundesstaaten zu beobachten ist: Die Auswahl der Fächer wird immer weiter eingeschränkt, so dass sich das





**Ein Studium an einer deutschen Hochschule wird unter US-amerikanischen Studierenden immer beliebter.**

ursprüngliche Bildungsideal zum Beispiel der Liberal Arts Colleges – eine solide Allgemeinbildung – hin zu einem anwendungsorientierten Fächerkanon verengt. Am schlimmsten betroffen sind nicht die forschungsstarken (privaten) Universitäten, sondern die Institutionen der zweiten Reihe, zum Beispiel im Mittleren Westen.

Gleichzeitig müssen sich die Hochschulen auf demographische Veränderungen des inner-amerikanischen Studentenpools vorbereiten. Geburtenschwache Jahrgänge bedeuten sinkende Erstsemesterzahlen. Hinzu kommt die Tatsache, dass immer mehr Studierende aus bildungsfernen Schichten und mit diversen Bildungsbiographien an die Hochschulen streben, die wiederum sehr viel mehr Betreuung und Anleitung und auch mehr Stipendien benötigen. Vor diesem Hintergrund würde der Verlust der sogenannten „Dreamers“, also derjenigen Studierenden, die unter dem Schutz der „Deferred Action for Childhood Arrivals (DACA)“ trotz eines illegalen Status an den Hochschulen aufgenommen wurden und dort mittlerweile gut integriert sind, doppelt schwer wiegen; sie sollen nach dem Willen der neuen Regierung in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden.

### **Aus der Arbeit der Außenstelle**

Stipendienarbeit, Marketing, Deutschlandstudien, Veranstaltungen – dies sind die vier Grundpfeiler, auf denen die Arbeit des New Yorker DAAD-Büros beruht. Gerade angesichts der ersten beiden Themenkreise ist es hochinteressant, die allgemeinen Studierendenströme – nicht nur die unserer eigenen Stipendiatinnen und Stipendiaten – zu beobachten. So führen

wir die wachsende Zahl von jungen US-Amerikanern und -Amerikanerinnen, die sich für eine deutsche Hochschule als Zielort für ihr Auslandsstudium entscheiden, auch auf unsere vielfältigen und ständig weiterentwickelten Marketinginstrumente zurück. Von 2014/2015 auf 2015/2016 ist die Zahl der Studierenden um 8,1 Prozent gestiegen, die von West nach Ost über den Atlantik gezogen sind. Mittlerweile ist Deutschland auf dem fünften Rang der beliebtesten Gastländer. Ganz grundsätzlich kommt uns hier der Trend entgegen, dass die amerikanischen Studierenden immer mobiler werden; die Zahl derjenigen, die zum Erwerb von Credits ins Ausland gingen, stieg im gleichen Zeitraum um 3,7 Prozent. Umgekehrt scheint bei den deutschen Studierenden ein gewisses Plateau erreicht: Nur um 0,2 Prozent stieg die Zahl derjenigen, die 2016/2017 im Vergleich zum Vorjahr den Atlantik überquerten. Deutschland liegt damit auf dem 16. Platz der Herkunftsländer ausländischer Studierender in den USA.

Bei unseren eigenen Stipendienprogrammen überraschten uns in der Bewerbungssaison 2016/2017 alarmierende Zahlen: Sowohl die Anzahl deutscher Studierender, die sich für ein Stipendium in die USA bewarben, als auch die der US-Studierenden, die mit dem DAAD nach Deutschland gehen wollten, gingen um 20 Prozent zurück; bei Wissenschaftlern blieben die Zahlen dagegen gleich. Sollte sich hier in den nächsten Jahren ein Trend abzeichnen, wäre dies ein Grund zur Sorge. Über die Ursachen dieser Entwicklungen kann man letztlich nur spekulieren; abgesehen von der oben erwähnten Politik der amerikanischen Regierung und den immensen Studienkosten spielt sicher auch eine allgemeine Verunsicherung über die Weltlage eine Rolle. Grund genug für uns, weiter aktives Marketing und intensive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, um die traditionell engen und guten Kontakte zwischen beiden Ländern im Bereich von Wissenschaft und Forschung zu unterstützen und möglichst zu

vertiefen. Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus (DWIH) in New York, das seit Anfang 2017 vom DAAD als alleinigem Konsortialführer geleitet wird (siehe Highlight Seite 41).

Ein wichtiges Mittel bei der Arbeit des DAAD sind zudem die verschiedenen Veranstaltungen, die die Büros in New York und San Francisco entweder selbst organisieren oder an denen sich Mitglieder des Teams beteiligen – mit Vorträgen, auf Paneldiskussionen, mit Poster-Präsentationen oder durch die Organisation von Workshops. Dabei geht es auch darum, den DAAD und seine ganze „Familie“ – Stipendiaten, Alumni, Partner und Freunde – mit all ihren Facetten zu präsentieren und auf diese Weise ein lebendiges Bild Deutschlands zu transportieren.

### Zahlreiche Veranstaltungen vermitteln lebendiges Bild von Deutschland

Allen voran ist hier die Jahreskonferenz der GAIN-Initiative zu nennen, die 2017 zum 17. Mal stattfand; GAIN wird von DAAD, Deutscher Forschungsgemeinschaft und Alexander von Humboldt-Stiftung gemeinsam getragen. Knapp 400 deutsche und internationale Nachwuchswissenschaftler aus den USA und Kanada trafen mit 185 Teilnehmern deutscher Hochschulen, Wissenschaftseinrichtungen und aus der Wirtschaft in San Francisco zusammen, um über Karrierechancen in Deutschland zu diskutieren und die verschiedenen Wissenschaftssysteme zu vergleichen.

Zum ersten Mal veranstalteten der DAAD und die Technische Universität München unter dem Motto „Transatlantic Ties – Then and Now“ ein großes Treffen im deutschen Generalkonsulat San Francisco, zu dem weit über 100 Gäste kamen. Zudem legten wir im Berichtsjahr einen besonderen Schwerpunkt auf Kunst und Kultur,

Tabelle 7 : Daten zum Bildungssystem USA

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	324,12 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	43,77 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	57.638
Wirtschaftswachstum	1,49 %
Inflation	1,26 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 1
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 4
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 12
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,38 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	19,53 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	56,24 %
Immatrikulationsquote	85,80 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	3.813.956
PhD	67.449
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	2,79 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	601.990
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	3,93 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. China	
2. Indien	
3. Korea	
4. Saudi-Arabien	
5. Kanada	
20. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	67.665
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,35 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	6.394
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. Vereinigtes Königreich	
2. Kanada	
3. Deutschland	
4. Frankreich	
5. Australien	

Quellen: DAAD, Statistik  
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt  
 Wissenschaft weltoffen  
 The World Bank, Data  
 UNESCO, Institute for Statistics

denn schließlich ist der DAAD auch eine der größten Förderorganisationen für junge Künstlerinnen und Künstler aller Sparten. Gleich im Januar eröffneten wir im Foyer der „German Mission“ in New York eine Kunstaussstellung mit Werken von vier Künstlerinnen und Künstlern, die mit einem DAAD-Stipendium an



**Tabelle 8 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2017 USA**

A = Geförderte aus dem Ausland  
D = Geförderte aus Deutschland

		USA	
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>		A	682
		D	1.463
<b>1. nach akademischem Status</b>			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	282	
	D	251	
Studierende auf Master-Niveau	A	150	
	D	209	
Doktoranden	A	128	
	D	502	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	122	
	D	501	
<b>2. nach Förderdauer</b>			
< 1 Monat	A	108	
	D	778	
1–6 Monate	A	363	
	D	336	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	211	
	D	349	
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>		A	908
		D	2.845
<b>1. nach akademischem Status</b>			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	349	
	D	1.419	
Studierende auf Master-Niveau	A	127	
	D	929	
Doktoranden	A	147	
	D	297	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	234	
	D	162	
andere Geförderte *	A	51	
	D	38	
<b>2. nach Förderdauer</b>			
< 1 Monat	A	613	
	D	932	
1–6 Monate	A	245	
	D	1.784	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	50	
	D	129	
<b>III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt</b>		A	47
		D	24
<b>Mobilität mit Partnerländern</b>			
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	18	
	D	14	
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	29	
	D	10	
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)</b>		A	1.637
		D	4.332
<b>DAAD-Förderung – A und D gesamt (I + II + III)</b>		5.969	

\* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltöffnender Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung mit Programmländern). Darüber hinaus wurden im Projekt 2015 erstmals Fördermittel an Hochschulen vergeben, die in Partnerländern der EU ansässig sind (EU-Mobilitätsförderung mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2015 und damit auf die Laufzeit 1.6.2015 – 31.5.2017.



**Oben: Das 16. Sound Understanding-Konzert war ein Veranstaltungshöhepunkt im Frühjahr 2017.**

**Unten: Im März 2017 präsentierte der DAAD den Film „Agonie“ im SVA Theatre.**

verschiedenen Hochschulen in New York studierten. Im Mai luden wir zum ersten Mal zu einem Filmabend ein; für diesen Anlass hatten wir ein renommiertes Programmkinos in Chelsea angemietet und zeigten den Film „Agonie“ von David Clay Diaz, ein packender Krimi, der auf einem wahren Mordfall in Wien basiert. Das 16. Sound Understanding-Konzert in der Carnegie-Hall war unser Veranstaltungshöhepunkt im Frühjahr. Im Dezember präsentierten wir gemeinsam mit dem Deutschen Haus an der New York University (NYU) die Lesung und Diskussion mit unserer langjährigen Gutachterin, Prof. Joyce Mushaben, die kurz zuvor ein Buch über Angela Merkel mit dem Titel „Becoming Madame Chancellor“ veröffentlicht hatte. Zum Ende des Jahres luden wir unseren Stipendiaten Lukas Stepp ein, zusammen mit zwei Geschwistern und Freunden ein Weihnachtskonzert in den Räumen der German Mission zu geben. Die Darbietung der „Verklärten Nacht“ von Arnold Schönberg bildete den krönenden Abschluss dieses in vieler Hinsicht aufwühlenden, unruhigen und zugleich von spannenden Projekten und Aktivitäten erfüllten Jahres des DAAD in Nordamerika. <<

Rio de Janeiro



# Ohne Wissenschaft in die Zukunft?



**Dr. Martina Schulze leitet die Außenstelle in Rio de Janeiro seit 2014. Die Außenstelle besteht seit 1972 und hat sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Martina Schulze ist auch für das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus in São Paulo (DWIH-SP) und seine vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verantwortlich.**

Die brasilianischen Politikerinnen und Politiker sind noch stärker in Korruption verstrickt als bis dato angenommen. Zeitweilig lag die Zustimmungsrage der Bevölkerung zur brasilianischen Regierung bei nur 3,4 Prozent. Die Hochschullandschaft muss weiter bluten und teilweise deutlich zweistellige Einbußen verkraften: Brasilien war schon mal viel besser aufgestellt.

## Neue Machtverteilung ...

Unter der Regierung von Michel Temer (Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung, PMDB) entwickelte sich der oberste Gerichtshof immer mehr zu der entscheidenden politischen Kraft. Wohl in keinem anderen Land sind oberste Bundesrichter, von denen sich einige medienwirksam zu ihren persönlichen Vorlieben und Beziehungen bekennen, in der Öffentlichkeit bekannter als die Mitglieder des Kabinetts.

## ... und immer weitere Anklagen

Der gigantische Korruptionsskandal „Lava Jato“ (etwa: Autowaschanlage) bekam 2017 eine neue Dynamik. Weit mehr Politikerinnen und Politiker der großen Parteien als bisher bekannt sind darin involviert. Auch Präsident Temer rückte in das Visier der Staatsanwaltschaft, die ihn 2017 gleich zweimal anklagte. Im Mai erhob der Oberste Gerichtshof Anklage gegen Temer wegen Bestechlichkeit, versuchter Strafvereitelung und Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Über die Zulassung der Anklage stimmte das Parlament Anfang August ab. Wie nicht anders zu erwarten, sprach sich die Mehrheit des Parlaments gegen die Anklage aus. Vorausgegangen waren kleinteilige Verhandlungen des Präsidenten mit Abgeordneten, die die Gunst der Stunde nutzten und für ihre Stimme Gegenleistungen zugunsten ihrer Wählerschaft verlangten. Im September ging es dann um die Anklagepunkte Vereitelung von Strafverfolgung sowie Begünstigung im Amt. Erneut ging das Abstimmungsverfahren im Parlament zugunsten Temers aus. Allerdings blieb der größte Koalitionspartner, die Partei der Brasilianischen Sozialen Demokratie (PSDB), nicht geschlossen auf Linie. Die Abstimmung spaltete die Fraktion und die geschwächte PSDB musste verschiedene Ministerien räumen.

Bereits im Juli war der charismatische Ex-Präsident Luiz Inácio Lula da Silva (Arbeiterpartei, PT) wegen Korruption und Geldwäsche zu neuneinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Ende des Jahres war Lula weiterhin auf freiem Fuß; das Berufungsverfahren läuft.



## Eine unbeliebte Regierung

Die Zustimmungsrates zur Regierung in der Bevölkerung sank in der zweiten Jahreshälfte auf das historische Tief von 3,4 Prozent. Noch nie war eine Regierung so unbeliebt wie diese. Anders als 2016 bei der Absetzung von Dilma Rousseff oder auch noch Anfang des Jahres 2017 äußerte sich der Unmut der Brasilianerinnen und Brasilianer aber nicht mehr mit großen Protestaktionen auf der Straße. So folgten im November nur wenige tausend Beschäftigte in den Großstädten einem Aufruf zum Generalstreik. Das Ausmaß der Korruption, die die Brasilianer 2017 – erstmals für ein lateinamerikanisches Land überhaupt – als größtes Problem ihres Landes benannten, lähmt die gesamte politische Auseinandersetzung und außerparlamentarische Opposition.

## Aufwärts für die Wirtschaft

Anders als die Politik, die immer tiefer im (Korruptions-)Sumpf versinkt, erholte sich die Wirtschaft im Jahr 2017 und legte knapp ein Prozent zu. Die Inflation sank auf 2,07 Prozent. Die Arbeitsrechtsreform, die das Parlament am 11. Juli billigte, begrüßten die Unternehmen. Sie flexibilisiert Arbeitszeiten und ermöglicht Befristungen.

## Rio im Notstand

Seit 2017 regiert Marcelo Crivella, ein erzkonservativer Bischof einer der größten evangelikalen Sekten, Rio de Janeiro. Er strich den Samba-Schulen mehr als die Hälfte der Mittel für den Karneval 2018 und schockte damit die ansässige Tourismusbranche, die wegen der schlechten

**Noch immer ist der Zuckerhut Symbol für Samba, Strand und Leichtigkeit. Doch in Rio de Janeiro leiden die Menschen unter der Wirtschaftskrise und der grassierenden Gewalt.**



**Soldaten unterstützten die örtlichen Polizeikräfte vor dem Museu do Amanhã.**

Sicherheitslage in der Stadt ohnehin schon große Einbußen hatte hinnehmen müssen.

Bei Polizeieinsätzen in Rio de Janeiro starben 2017 1.035 Personen. Die Zahl der Gewaltopfer stieg auf über 6.500 Tote. Im Nordteil der Stadt war die Sicherheitslage schon in der ersten Jahreshälfte extrem angespannt und hatte große negative Auswirkungen für die Menschen und die öffentlichen Einrichtungen. Trotz der Präsenz von über 11.000 Soldaten, die die örtlichen Polizeikräfte unterstützen sollten, waren im Juli auch strand- und touristennahe Gebiete Schauplätze von Bandenkriegen. Die gut hunderttausend Einwohner der lange befriedet geglaubten Favela Rocinha zum Beispiel standen im September fast vierzehn Tage unter Beschuss. Im nahe gelegenen Viertel Gávea musste die Katholische Universität (PUC-RJ) für einige Tage schließen.

Auch wenn die Situation in Rio de Janeiro sicher besonders kritisch ist, haben auch Städte wie Porto Alegre, São Paulo, Brasília, Recife und Salvador mit Gewaltkriminalität und organisiertem Drogen- und Waffenhandel in einem bisher nicht gekannten Ausmaß zu kämpfen.

## Hinter Gittern

Was die Korruption der Mächtigen betrifft, erlebte Rio de Janeiro einen denkwürdigen Moment: Die Justiz brachte im November alle fünf noch lebenden früheren Gouverneure, die das Amt seit dem Ende der Diktatur 1985 innehatten, in das Gefängnis Benfica, wo sie entweder langjährige Haftstrafen verbüßen sollen oder auf ihre Verurteilung warten. Besonders sticht der ehemalige Gouverneur Sergio Cabral aus dieser Gruppe heraus (2007-2014, PMDB). Cabral erwirkte in seiner Amtszeit illegale Steuerbefreiungen für große Firmen und soll über 75 Mio. Euro Bestechungsgelder erhalten haben.

## Die Wissenschaft wird kaputtgespart

Die Regierung Temer setzte ungeachtet der nationalen und internationalen Proteste ihre wissenschaftsfeindliche Politik fort: 2017 wurde der Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Technologie, Innovation und Kommunikation (MCTIC) um 44 Prozent – und damit das zweite Mal in Folge überproportional – gekürzt. Der Nationale Rat für Wissenschaftliche und Technologische Entwicklung (CNPq), dessen Programme sich aus diesem Haushalt speisen, war dadurch auch 2017 praktisch handlungsunfähig. Viele Forschungsprojekte an den Universitäten und Forschungszentren stehen still. Sogar die Forschung zum Zika-Virus wurde zurückgefahren, nachdem die Neufälle von Mikrozephalie 2017 dank effektiverer Mückenbekämpfung zurückgingen.

Sowohl den CNPq als auch die Koordinierungsstelle zur Personalförderung im Hochschulwesen (CAPES) erteilte Anfang April zusätzlich eine Haushaltssperre von 20 Prozent, die CAPES aber relativ gelassen aufnahm, da sowieso einige Programmlinien verkleinert werden sollten.



Viele Stiftungen der Bundesländer zur Forschungsförderung (sogenannte FAPs) mussten 2017 mit weniger als 20 Prozent ihres vorgesehenen Haushalts auskommen. Am schlechtesten erging es der FAPERJ im Pleitestaat Rio de Janeiro. Hier droht die Schließung von über tausend Labors, da weder Verbrauchsmittel noch Stipendien ausgezahlt werden konnten.

### Weniger Geld für die Hochschulen

Zwar mussten die brasilianischen Bundeshochschulen 2017 weniger Kürzungen hinnehmen als im Vorjahr, die Kürzung von 15 Prozent wurde aber fortgeschrieben. Damit war der Lehrbetrieb weitgehend gesichert, nicht aber die Forschung. Um auf die prekäre Situation an den Universitäten aufmerksam zu machen, wurden große Anzeigetafeln aufgestellt, sogenannte „Tesourômetro“, die die Mittelkürzungen bei den bundesstaatlichen Universitäten veranschaulichten.

Schlechter noch als den Bundeshochschulen ergeht es vielen anderen öffentlichen Universitäten. Besonders schlimm traf es die staatliche Universität von Rio de Janeiro (UERJ), die sich schon vor Jahren für Sekundarschulabgänger aus bildungsfernen, armen Schichten geöffnet hatte. Die UERJ blieb praktisch das ganze Jahr 2017 geschlossen. Der Unterricht fand nur in einigen postgradualen Studiengängen statt. Hintergrund für den Stillstand war, dass die Gehälter der Angestellten (einschließlich des Lehrkörpers) über Monate nicht gezahlt wurden.



### OFFENER BRIEF DER NOBELPREISTRÄGER

Für eine angemessene Finanzierung der Wissenschaft in Brasilien setzten sich im September 23 Nobelpreisträger in einem offenen Brief an Präsident Temer ein.

29. September 2017

Exzellenz, Präsident Michel Temer,

wir, die unterzeichnenden Nobelpreisträger, schreiben, um unsere große Besorgnis über die Situation von Wissenschaft und Technologie in Brasilien zum Ausdruck zu bringen. Das Forschungsbudget des Ministeriums für Wissenschaft, Technologie, Innovation und Kommunikation wurde im Jahr 2017 um 44 Prozent gekürzt, und für 2018 wird eine neue Kürzung von 15,5 Prozent erwartet. Dies wird dem Land auf viele Jahre durch das Auflösen von international renommierten Forschergruppen und einem Braindrain, der die besten jungen Wissenschaftler betreffen wird, schaden.

Während Wirtschaftskrisen in anderen Ländern bisweilen zu Haushaltskürzungen für die Wissenschaft in der Größenordnung von 5 bis 10 Prozent geführt haben, ist eine Kürzung um mehr als 50 Prozent unmöglich tragbar und wird die Zukunft des Landes ernsthaft gefährden.

Wir wissen, dass die wirtschaftliche Situation in Brasilien sehr schwierig ist, aber wir bitten Sie dringend, Ihre Entscheidung zu überdenken, bevor es zu spät ist.

Mit freundlichen Grüßen

Auch die Bezahlung der Dienstleister, unter anderem für Reinigung und Bewachung, wurde ausgesetzt.

### Wechsel an der Spitze

Ende September veröffentlichte CAPES das Ergebnis der im vierjährigen Rhythmus durchgeführten Evaluierung der postgradualen Studienangebote. Diesmal ließ CAPES 6.303 Studiengänge in insgesamt 4.175 postgradualen Programmen (PPG) begutachten, darunter 2.202 PhD-Programme. Besonders schmerzlich fiel das Ergebnis für die Universität São Paulo (USP) aus, die schon im nationalen Ranking der besten brasilianischen Universitäten RUF auf den dritten Platz hinter die Bundesuniversität Rio de Janeiro (UFRJ) und die viel kleinere, aber offensichtlich wissenschaftlich besser aufgestellte UNICAMP in der Nachbarstadt Campinas gerutscht war. >

Das „Tesourômetro“ auf dem Campus der UFRJ



## INTERNATIONALISIERUNG STEHT HOCH IM KURS

### Programm für die institutionelle Internationalisierung (PrInt)

Die Ausschreibung richtet sich an Universitäten mit mindestens vier gut evaluierten Graduate Studies Programmes (Master und Promotion). PrInt soll die Zusammenarbeit mit den besten und strategischen Partnern im Ausland festigen. Dies sind die wichtigsten Förderziele des Programms:

- Entwicklung und Implementierung von Internationalisierungsstrategien
- Bildung internationaler Forschungsnetze
- Steigerung der Zahl internationaler Veröffentlichungen
- Erhöhung der Mobilität von ausländischen und brasilianischen Doktoranden, Postdocs und Professoren

Die Hochschulen sind aufgerufen, Kernteams für die Internationalisierung zu bilden, denen jeweils wenigstens ein Hochschullehrer, eine Hochschullehrerin einer ausländischen Universität angehören soll. Mindestens 70 Prozent der PrInt-Mittel sind für die Kooperation mit den im Antrag genannten strategischen ausländischen Partnern vorzuhalten. PrInt fördert Arbeits- und Forschungsaufenthalte, Stipendien für Brasilianerinnen und Brasilianer im Ausland, Ausländer und Ausländerinnen in Brasilien sowie die Durchführung von Sommerschulen. Die Ausschreibung wurde am 17. November 2017 veröffentlicht und war für fünf Monate offen.

Im Times Higher Education-Ranking 2018 belegt die USP einen Platz zwischen 251 bis 300, nachdem sie 2017 noch unter den Top-100-Universitäten gelistet war.

### Gefahr für die Autonomie?

Im August machte die Regierung einen Vorstoß, die Bundesuniversität für die lateinamerikanische Integration (UNILA) im Dreiländereck Brasilien, Paraguay und Argentinien durch einen Federstrich zu eliminieren, scheiterte damit aber im Parlament. Anfang Oktober rüttelte der Selbstmord des Rektors der Bundesuniversität Santa Catarina (UFSC) in Florianópolis die Hochschulen auf, der sich – selbst Jurist – durch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft und der Polizei „entehrt“ fühlte. Statt ihn und weitere Mitglieder der Verwaltung ordnungsgemäß vorzuladen – der Vorwurf lautete

„Behinderung der Ermittlungen“ –, ließ man sie öffentlichkeitswirksam verhaften und verbot ihnen den Zugang zur Universität. Wenige Wochen später wiederholte sich das Spiel an der Bundesuniversität Minas Gerais (UFMG). Wie in Florianópolis erhielten verschiedene Professoren Zugangsverbot zu ihrer Hochschule. In universitären Kreisen halten viele diese Aktionen für gezielte Einschüchterungsversuche und sehen die Autonomie der Universitäten bedroht.

### Internationalisierung durch PrInt

Im November schrieb CAPES das Internationalisierungsprogramm PrInt aus (siehe Infokasten). Durch PrInt sollen bis zu 40 Hochschulen Mittel erhalten, um eigene Internationalisierungsstrategien zu entwickeln und zu verwirklichen. 230 Hochschulen sind antragsberechtigt. Im Dezember besuchte der Präsident von CAPES den DAAD und warb für das neue Programm, dessen Erfolg in starkem Maße von der Bereitschaft ausländischer Hochschulen abhängt, einen intensiveren Austausch mit einer brasilianischen Hochschule einzugehen.

### Steigende Nachfrage nach einem Studium im Ausland

Die Ungewissheit einer akademischen Zukunft und die fehlende Finanzierung für das Studium drückte massiv auf die Studierendenzahlen und Anmeldungen zur Hochschuleignungsprüfung ENEM. Für die Prüfung registrierten sich diesmal nur 6,1 Millionen Sekundarschulabsolventen und damit 3,1 Millionen weniger als im Jahr zuvor. Als Reaktion auf die Krise im Bildungsbereich suchen immer mehr brasilianische Studierende einen Studienplatz im Ausland, bevorzugt in Portugal, wo Studienanfänger mit ENEM seit 2017 direkt zugelassen werden können. Die Außenstelle verzeichnete im Laufe des Jahres einen spürbaren Anstieg von Anfragen zu Bachelorstudiengängen in Deutschland. >

## REBRALINT

Am 30. März gründete sich mit Unterstützung der Außenstelle das „Netzwerk Brasilien-Deutschland für die Internationalisierung des Hochschulwesens – REBRALINT“ (<https://rebralint.alumniportal.com>). Die 31 Gründungsmitglieder stammen fast ausschließlich aus forschungsstarken brasilianischen Hochschulen. Sie sehen ihre Aufgabe darin, den Zugang ihrer Hochschulen zu Austauschprogrammen mit Deutschland zu erleichtern und Deutschland als Kooperationspartner an ihren Hochschulen präsen- ter zu machen. REBRALINT bemüht sich sehr um eine regionale Ausgewogenheit, sowohl im Vorstand als auch bei den Veranstaltungen und Aktivitäten. Hierfür wurden fünf Regionen mit unterschiedlichen Kooperationsbedürfnissen definiert. Den Vorsitz für die ersten drei Jahre übernahm die DAAD-Alumna Prof. Dr. Gabriela Marques-Schäfer, Professorin an der UERJ. Schirmherr des Netzwerks ist Prof. Dr. Abilio Baeta Neves, der derzeitige CAPES-Präsident. Im Laufe des Jahres organisierte das Netzwerk sieben Veranstaltungen in unterschiedlichen Teilen des Landes. Das erste regionale Seminar im Mai



des Jahres richtete die Vizepräsidentin des Netzwerks, Prof. Dr. Maria do Carmo Sobral an der Bundesuniversität Pernambuco (UFPE) aus. Die fünf beteiligten Universitäten zeigten großes Interesse, mit dem DAAD ein Förderprogramm für Studierende der Ingenieurwissenschaften aufzulegen. In Rio de Janeiro brachte das zweite von REBRALINT gestaltete Symposium Beteiligte von elf Hochschulen zusammen. Der Verbund der International Offices der Hochschulen im Staat, REARI-RJ, sorgte dafür, dass alle akademischen Auslandsämter mit ihren Leiterinnen und Leitern vertreten waren. Das Treffen gab einen guten Überblick über die Schwerpunkte der

Zusammenarbeit mit deutschen Hochschulen. An der Bundesuniversität ABC (UFABC) lud das International Office (IO) auf Betreiben des dortigen REBRALINT-Mitglieds alle im DWIH São Paulo vertretenen Hochschulen sowie die DFG und den DAAD zu einem Deutschlandtag ein.

Neben diesen Veranstaltungen bemüht sich REBRALINT auch um die Weiterbildung seiner Mitglieder und interessierter Stellen an den Hochschulen. Der thematische Schwerpunkt lag 2017 auf „Praxis von Doppelabschlüssen“. Hierzu gab es ein Webinar, an dem Mitglieder des Netzwerks wie auch Mitarbeitende verschiedener IO teilnahmen.

**Die Mitglieder des Netzwerkes REBRALINT und Botschafter Georg Witschel (Mitte) bei der Gründungsveranstaltung**

## „SPRACHEN OHNE GRENZEN“ (SOG) UND „SOG-DEUTSCH“

Im SoG-Programm stellt das Bildungsministerium (MEC) seit 2015 kostenlose Fremdsprachenkurse für Studierende und Hochschulangehörige zur Verfügung. Deutsch wird in einer Zusammenarbeit zwischen MEC und DAAD seit dem zweiten Halbjahr 2016 angeboten. Die Pilotphase soll 2018 mit einer Evaluierung abgeschlossen werden. Für die Pilotphase stehen aus DAAD- und CAPES-Mitteln 1.558 Lizenzen zur Verfügung. Nach Englisch mit rund 47.600 im Portal des MEC registrierten Interessensbekundungen ist Deutsch mit mehr als 14.600 Bewerbungen die im Programm am stärksten nachgefragte Sprache, gefolgt von Französisch mit rund 7.800 Anträgen.

Sprache	Registrierungen im Portal	Anzahl der Plätze/Lizenzen
Englisch	47.583	28.006
Deutsch	14.649	892
Französisch	7.802	919
Spanisch	6.154	1.328
Italienisch	5.398	629
Japanisch	4.357	788
Portugiesisch (als FS)	655	548

Tabelle: Plätze und Einschreibungen in den SoG-Sprachkursen 2017 (Quelle: MEC).

Ziel des weitgehend online durchgeführten Unterrichts ist es, brasilianische Studierende auf einen Studien- oder Forschungsaufenthalt in Deutschland vorzubereiten. Der DAAD arbeitet dabei eng mit der „Gesellschaft für Akademische Studienvorbereitung und Testentwicklung“ (g.a.s.t.) und der „Deutsch Uni Online“ (DUO) zusammen. 2017 wurde die vorgesehene Zahl von vierzehn Hochschulen erreicht, die das Programm durchführen. Die lokale Betreuung der Deutschlernenden erfolgt unter anderem in Präsenztutorien, bei denen brasilianische Nachwuchslehrende und deutsche Lehrassistenten zusammenarbeiten. Diese, wie auch die Koordinierenden des Programms am jeweiligen Standort, schult und begleitet DUO in regelmäßigen Webinaren.

Betreuung durch den virtuellen Tutor. Dennoch belegte nur gut ein Drittel den Folgekurs. Die Gründe hierfür sind vielfältig; meist ist es die hohe Studienbelastung. Ein oft genannter Grund ist auch, dass Studierenden-Mobilität auf brasilianischer Seite fast nicht mehr gefördert wird.

Im August fand unter der Federführung des Bildungsministeriums und der Beteiligung des TestDaF-Instituts (Dr. Achim Althaus) sowie zweier Mitarbeiterinnen von DUO eine Schulung der SoG-Deutsch-Koordinatoren statt. Das Bildungsministerium MEC war durch die Präsidentin des SoG-Programms, Prof. Dr. Denise de Lima Abreu, und den für Deutsch zuständigen Vizepräsidenten und Grimme-Preisträger, Prof. Dr. Paulo Soethe, vertreten. Für SoG-Deutsch stellte CAPES 2017 zusätzlich zur DAAD-Förderung 585 Lizenzen zur Verfügung, trotzdem musste die Kursvergabe – das Programm ist noch in der Pilotphase – sehr restriktiv gehandhabt werden.

### Starke DAAD-Präsenz in Porto Alegre

Am 10. April feierten in Porto Alegre mehr als 500 Personen die feierliche Eröffnung des neuen Zentrums für Deutschland und Europastudien (CDEA). Ein ausführlicher Bericht über die Veranstaltungen findet sich im Jahresbericht des DAAD 2017, Seite 57. Der Eröffnung vorausgegangen war ein Implementierungsworkshop, zu dem auch der Direktor des Duitsland Instituut Amsterdam, Prof. Dr. Ton Nijhuis, angereist war. Unter den Gästen der Eröffnung waren der Präsident von CAPES, der Vizegouverneur von Rio Grande do Sul, der Bürgermeister von Porto Alegre und der deutsche Botschafter. Der DAAD war hochrangig durch seinen Vizepräsidenten, Prof. Dr. Joybrato Mukherjee, vertreten. Das Zentrum leiten Prof. Dr. Claudia Lima Marques und ihr Stellvertreter Prof. Dr. Draiton Gonzaga de Souza. Wie in den Vorjahren nahm die Außenstelle an der größten internationalen

## Aus der Arbeit des DAAD

### Immer mehr Studierende wollen Deutsch lernen

Die hohen Bewerberzahlen für Deutsch im Programm „Sprachen ohne Grenzen“ (SoG, siehe Infokasten) zeigen das große Interesse brasilianischer Studierender an dieser allgemein als besonders schwierig empfundenen Fremdsprache.

Die erste Kohorte beendete Anfang 2017 mit gutem Lernerfolg ihren Kurs. Deutlich mehr als die Hälfte der Teilnehmenden zeigte sich sehr zufrieden mit dem Präsenzunterricht und der

Hochschulveranstaltung in Brasilien, der FAUBAI, teil. Etwa die Hälfte der gut 500 Teilnehmenden kam aus dem Ausland. DAAD-Vizepräsident Prof. Mukherjee hielt einen Plenarvortrag zum Thema „Higher Education Made in Germany – a Success Story“. Die Außenstelle war mit einem gut besuchten Stand vertreten.

Beim „8. Deutsch-Brasilianischen Symposium für Nachhaltige Entwicklung“ im Oktober, ebenfalls in Porto Alegre, organisierte die Außenstellenleiterin eine gut vierstündige Veranstaltung zur deutsch-brasilianischen Hochschulzusammenarbeit, bei der herausragende gemeinsame Projekte vorgestellt und Fördermöglichkeiten der unterschiedlichen Agenturen vorgestellt wurden.

### Auswahl der Besten

Mehr als 320 Brasilianerinnen und Brasilianer bewarben sich 2017 auf die Stipendien für Doktoranden, die nach einjähriger Pause wieder zusammen mit den Partnerorganisationen CAPES und CNPq ausgeschrieben und vergeben wurden. 20 Doktorandinnen und Doktoranden erhielten ein DAAD-Stipendium. Rund 140 weitere Personen können an einem Hochschulwinterkurs in Deutschland teilnehmen.

### Betreuung von Geförderten ...

Im März trafen sich die ‚brasilianischen‘ Lektorinnen und Lektoren in der Außenstelle. Sie nutzten die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch untereinander und mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Zum netten Beisammensein am Abend bei der Außenstellenleiterin gesellte sich auch Botschafter Dr. Georg Witschel. Zum ersten Mal konnte 2017 außerdem ein Betreuungstreffen für die Sprachassistenten und DAAD-CAPES-Lehrassistentinnen durchgeführt werden. Die Veranstaltung galt vor allem der Vernetzung der Stipendiaten untereinander. Sie informierten sich über die Programme des



**Oben: Einweihung der Räumlichkeiten des CDEA. Von links: Draiton de Souza, stellvertretender Direktor CDEA; Evilázio Teixeira, Rektor PUCRS; Martina Schulze, Außenstellenleiterin DAAD; Joybrato Mukherjee, Vizepräsident DAAD; Rui Oppermann, Rektor UFRGS; Botschafter Georg Witschel; Generalkonsul Stefan Traumann; Claudia Lima Marques, Direktorin CDEA**



**Unten: Prof. Dr. Joybrato Mukherjee beim FAUBAI-Kongress in Porto Alegre**

### ... und ehemaligen Stipendiaten

Im Rahmen des „2. Start-up Day“ der Außenhandelskammer (AHK) Rio de Janeiro konnten im August ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten an einem von der Außenstelle organisierten Workshop für Firmengründer teilnehmen. Die Außenstelle organisierte außerdem zum dritten Mal eine Karrieremesse für ehemalige DAAD-Stipendiaten und Deutschland-Alumni des brasilianischen Programms „Ciência sem fronteiras“ (CsF) gemeinsam mit der AHK São Paulo. Es gab drei Roundtables zu den folgenden Themen: „Rolle der Wissenschaft in der Innovation“, „Digitale Transformation und neue Möglichkeiten“ und „Start-ups und Firmengründung“.



**Prof. Marcelo Neves (UnB)**  
**bei der Jahresabschluss-**  
**feier der Außenstelle**  
**Rio de Janeiro**



Die Teilnehmenden nutzten die Pausen und die Verleihung des Start-up-connected-Preises der AHK-SP (in Zusammenarbeit mit dem DWIH São Paulo) zum Networking mit den zahlreich erschienenen Führungskräften deutsch-brasilianischer Firmen.

Im Rahmen des „Internationalen Kongresses für Kirchenmusik“ organisierte die DAAD-Alumna Prof. Dr. Valéria Matos das Seminar „Die Katholische Kirchenmusik im XX. und XXI. Jahrhundert“. Die in das Seminar eingebetteten Workshops und Konzerte fanden großen Anklang. Zu der Veranstaltung war auch der Kölner Domorganist, Winfried Bönig, angereist.

Bei der Jahresabschlussfeier der Außenstelle, zu der traditionell DAAD-Alumni, Vertreter der deutschen Mittler in Rio de Janeiro und Freundinnen und Freunde des DAAD eingeladen waren, berichtete der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Marcelo Neves von der Bundesuniversität Brasília (UnB) über seine Erfahrungen als Wahlbeobachter in Deutschland.

### **Kontinuität bei Marketing und Beratung – viel Bewährtes ...**

Im Rahmen des Forschungsmarketings trat der DAAD zusammen mit den „Research in Germany“ (RiG)-Partnern Alexander von Humboldt-Stiftung und Deutsche Forschungsgemeinschaft

auf drei wissenschaftlichen Weltkongressen (Chemie, Angewandte Linguistik, Physiologie) auf. Außerdem organisierte der DAAD den Auftritt der drei RiG-Partner beim Fachkongress „Internationales Recht“ und war bei dem traditionellen „RiG-Lunchtalk“ prominent durch die diesjährige Preisträgerin der Bunge-Stiftung und Direktorin des brasilianischen Zentrums für Deutschland- und Europa-Studien in Porto Alegre (CDEA), Prof. Cláudia Marques, vertreten.

An Studierende und frisch Graduierte richtete sich die „Study in Europe Road Show“, die 2017 durch acht Städte führte. Zusammen mit den europäischen Partnerorganisationen nahm die Außenstelle auch wieder an der Eduexpo-Messe teil und beriet in Recife, Salvador und São Paulo viele Schüler und Schülerinnen sowie andere Interessierte an einem Bachelorstudium in Deutschland.

Die beiden „Tage der offenen Tür“ der Außenstelle zogen wieder viele Studierende und junge Forschende an, die sich über Studien- und Forschungsmöglichkeiten in Deutschland informieren wollten. Neben Vorträgen über die Zugangswege zum Studium in Deutschland, das deutsche Hochschulsystem und das Stipendienangebot des DAAD gab es Erfahrungsberichte von zwei DAAD-Alumnae. Außerdem stellten die Freie Universität Berlin, die Universität Münster, die TU München und der Hochschulverbund UAS7 ihre Institutionen und Angebote vor. Viele Interessierte kamen mit sehr konkreten Plänen und Fragen zur Veranstaltung.

### **... und etwas Neues**

Zum ersten Mal wurde einer der Vorträge beim „Tag der offenen Tür“ live in Facebook übertragen und konnte so einem noch breiteren Publikum zugänglich gemacht werden. Ebenfalls zum ersten Mal führte die DAAD-Außenstelle ein mehrtägiges „Study in Germany“-Webinar



durch, bei dem 15 deutsche Einrichtungen ihre Angebote bekannt machten. Das Webinar wurde intensiv und mit Erfolg beworben: Weit über tausend Personen registrierten sich für die Teilnahme. Die Außenstelle nutzte das Format Webinar auch erstmalig für die Online-Beratung zu den DAAD-Stipendienprogrammen.

### Woche der deutschen Sprache

Zum zweiten Mal fand Anfang April unter der Federführung der deutschen Botschaft brasilienweit die „Woche der deutschen Sprache“ statt, bei der sich auch Österreich, die Schweiz, Luxemburg und Belgien engagierten. Insgesamt fanden annähernd 500 Einzelveranstaltungen statt. Die DAAD-Lektorinnen und -Lektoren beteiligten sich mit Filmwochen, Improvisationstheater, landeskundlichen Veranstaltungen sowie einem wissenschaftlichen Kolloquium zum Einfluss Luthers auf die deutsche Sprache.

### Reisen generiert Wissen und Austausch

Im Oktober lud die Außenstelle Prof. Dr. Klaus Schützer von der Methodistischen Universität in Piracicaba (UNIMEP) und Prof. Dr. Vicente Lucena Junior von der Bundesuniversität Amazonas (UFAM) zu einer Gutachterreise nach Recife ein, um von ihnen eine Einschätzung zur Einrichtung eines Jungingenieurprogramms

Tabelle 9 : Daten zum Bildungssystem Brasilien

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	209,57 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	34,25 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	15.153
Wirtschaftswachstum	-3,59 %
Inflation	8,74 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 30
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 26
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 60
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,99 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	8.285.475
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	57,06 %
Immatrikulationsquote	50,60 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	1.077.321
PhD	16.745
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	1,17 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	68.908
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	k.A.
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. Angola	
2. Kolumbien	
3. Peru	
4. Paraguay	
5. Argentinien	
19. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	40.891
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,49 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	3.274
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Portugal	
3. Frankreich	
4. Vereinigtes Königreich	
5. Deutschland	

Quellen: DAAD, Statistik  
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt  
 Wissenschaft weltoffen  
 The World Bank, Data  
 UNESCO, Institute for Statistics

**Oben: Das Publikum beim zweiten „Tag der offenen Tür“ des Jahres an der Außenstelle Rio de Janeiro**

**Tabelle 10 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2017 Brasilien**

A = Geförderte aus dem Ausland  
D = Geförderte aus Deutschland

		Brasilien
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>		<b>671</b>
	D	226
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	199
	D	115
Studierende auf Master-Niveau	A	131
	D	18
Doktoranden	A	314
	D	21
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	27
	D	72
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	31
	D	40
1–6 Monate	A	237
	D	121
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	403
	D	65
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>		<b>494</b>
	D	<b>526</b>
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	105
	D	140
Studierende auf Master-Niveau	A	123
	D	182
Doktoranden	A	79
	D	70
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	131
	D	124
andere Geförderte *	A	56
	D	10
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	364
	D	260
1–6 Monate	A	116
	D	250
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	14
	D	16
<b>III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt</b>		<b>31</b>
	D	<b>3</b>
<b>Mobilität mit Partnerländern</b>		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	22
	D	
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	9
	D	3
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)</b>		<b>1.196</b>
	D	<b>755</b>
<b>DAAD-Förderung – A und D gesamt (I + II + III)</b>		<b>1.951</b>

\* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltöffnender Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung mit Programmländern). Darüber hinaus wurden im Projekt 2015 erstmals Fördermittel an Hochschulen vergeben, die in Partnerländern der EU ansässig sind (EU-Mobilitätsförderung mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2015 und damit auf die Laufzeit 1.6.2015 – 31.5.2017.

in Pernambuco zu erhalten. Die Außenstellenleiterin fuhr zum Brasiliertag des BMBF und stellte dort die Arbeit des DWIH-São Paulo vor. An der Veranstaltung nahm auf Vermittlung der Außenstelle auch der Präsident von CAPES teil. Im Mai brachte die Botschaft alle Konsuln im Land und die wichtigsten Mittler sowie die politischen Stiftungen in Brasilia zusammen. Zuvor hatte die Außenstellenleiterin als externe Referentin für die Sektion „Bildung und Wissenschaft“ an der regionalen Botschafterkonferenz in Bogotá teilgenommen. <<

Hanoi



# Machtkonzentration und Hochschulautonomie



**Stefan Hase-Bergen leitet seit September 2017 die 2003 gegründete Außenstelle Hanoi am Vietnamisch-Deutschen Zentrum der TU Hanoi mit derzeit fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Außenstelle ist auch für Kambodscha, Laos und Myanmar zuständig.**

2017 war innen- und außenpolitisch ein schwieriges Jahr für Vietnam: Die Innenpolitik war durch einen Machtkampf innerhalb der Kommunistischen Partei Vietnams und das rigorose Vorgehen der Regierung gegen jegliche Art von Opposition geprägt. Die Außenpolitik zeichnete sich durch das komplizierte Verhältnis zum großen Nachbarn China aus. Hochschulpolitisch macht sich Vietnam auf den Weg und bietet deutschen Hochschulen gute Kooperationsmöglichkeiten.

## Eiszeit in den Beziehungen zwischen Vietnam und Deutschland

In der zweiten Jahreshälfte 2017 verschlechterten sich die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Vietnam drastisch und gerieten in eine neue Eiszeit: Am 23. Juli entführte der vietnamesische Geheimdienst in dreister Manier im Berliner Tiergarten unter Zeugen den um Asyl in Deutschland nachsuchenden vietnamesischen Top-Manager und Politiker Trinh Xuan Thanh über Prag nach Hanoi. Thanh, bis 2012 Vorstandschef der staatlichen Öl- und Gasgesellschaft PetroVietnam sowie bis 2016 Vizechef der Kommunistischen Partei Vietnam (KPV) in der Provinz Hau Giang, wurde nach seiner Flucht nach Deutschland per internationalem Haftbefehl wegen Korruption und Missmanagement gesucht. Im Januar 2018 wurde er in Hanoi zu lebenslanger Haft verurteilt.

Die Entführung von Thanh muss vor dem Hintergrund eines in Vietnam laufenden

Machtkampfs zwischen zwei Fraktionen innerhalb der KPV betrachtet werden. Der 2016 an die Spitze der KPV gekommene Nguyen Phu Trong sichert seine Macht momentan gegen seinen Vorgänger Nguyen Tan Dung, zu dessen Gefolgsleuten Thanh zählt. Dabei geht es einerseits um den Kampf um Macht und Geld zwischen einflussreichen Personen und Familienclans, andererseits aber auch um unterschiedliche politische Richtungen innerhalb der Führungsschicht. Der KPV-Führer Trong gilt als konservativer „Hardliner“, der die Macht der Partei stark ausbaut. Sein Vorgänger Dung hatte dagegen den Parteieinfluss zugunsten der Regierung beschnitten und zugleich einer freien kapitalistischen Marktwirtschaft die Tore geöffnet. Unter Dungs KPV-Führung wuchs die Staatsverschuldung enorm an (2017 war die politisch festgelegte Höchstverschuldung von 65 Prozent des BIP fast erreicht), eine ausufernde Korruption sowie ein verschwenderischer Lebensstil von Dung und seinen Gefolgsleuten zählen zu den Vorwürfen gegen ihn. Vietnam gilt als besonders korruptes Land, auf dem



Die moderne Skyline am  
Hafen von Ho Chi Minh City

Korruptionsindex von Transparency International steht es auf Platz 113 von 176 Staaten.

Wie andere Länder, zum Beispiel China, führt Vietnam zurzeit eine intensive Antikorruptionskampagne durch, die auch zur Verfolgung der innerparteilichen Opposition genutzt wird, um unliebsame Gefolgsleute von Dung aus ihren Ämtern zu drängen und mit teilweise drakonischen Strafen (bis hin zur Todesstrafe) zu verfolgen. So verloren in diesem Jahr die Parteichefs von Ho Chi Minh City und der viertgrößten Stadt Danang ihre Posten. Nachfolger in der einflussreichen Position in Ho Chi Minh City ist mit Prof. Nguyen Thien Nhan ein DAAD-Alumnus.

Die deutsche Bundesregierung reagierte stark verärgert auf den Bruch des Völkerrechts durch

Vietnam auf deutschem Boden und bezeichnete die Entführung Thanks als „unakzeptablen Rechtsbruch“. Infolgedessen wies Deutschland zwei Mitarbeiter der vietnamesischen Botschaft in Berlin aus, im September setzte die Bundesregierung die strategische Partnerschaft beider Länder aus. Nach dem Abbruch aller höherrangigen politischen Kontakte laufen seit Monaten intensive Gespräche im Hintergrund, um einen Weg aus der bilateralen Krise zu finden. Es gibt erste vorsichtige Anzeichen einer Entspannung: Das seit der Krise von der deutschen Seite zurückgehaltene Regierungsabkommen zur Vietnamesisch-Deutschen Universität (VGU), die als Teil der strategischen Partnerschaft direkt von deren Aussetzung betroffen war, wurde Ende des Jahres an das vietnamesische Ministerium für Bildung und Training (Ministry of Education and Training – MoET) weitergeleitet. ▶

## Hartes Vorgehen gegen Oppositionelle

Anders als in China sind die sozialen Medien wie Facebook oder Youtube in Vietnam nicht verboten. Gleichwohl forderte das Ministerium für Information und Kommunikation von Google und Facebook wiederholt, regierungskritische Einträge zu entfernen, worauf beide über 1.000 Einträge gelöscht haben. Besonders Facebook ist äußerst populär, mehr als die Hälfte der 93 Millionen Vietnamesen ist in Facebook unterwegs. Diese enorme Reichweite nutzen Aktivisten der kleinen politischen Opposition sowie vor allem auch des Umweltschutzes, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Gegen diese kritischen Stimmen insbesondere von Bloggern geht der vietnamesische Staat unerbittlich vor. Für ihre Veröffentlichungen werden sie drangsaliert, Polizisten in Zivilkleidung schlagen sie zusammen, die bekanntesten werden zu teilweise langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Die große Mehrheit der Bevölkerung verhält sich aber ruhig und zumindest nach außen hin unkritisch. Die Zufriedenheit mit der Regierung und der Kommunistischen Partei hängt dabei wesentlich davon ab, ob es auch weiterhin gelingt, den Lebensstandard der Menschen durch ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum zu verbessern. Für das Jahr 2017 hat Vietnam ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 6,8 Prozent erreicht und damit mehr als geplant. Auch die Antikorruptionkampagne trägt zur Unterstützung der Regierung bei, da erstmalig auch innerhalb der Partei massive Korruption eingeräumt und gegen hohe Parteikader vorgegangen wird.

## Das problematische Verhältnis zu China

KPV-Chef Nguyen Phu Trong steht ähnlich wie sein chinesischer Amtskollege Xi Jinping für eine Fortsetzung der Wirtschaftsreformen. Er ist aber strikt gegen eine politische Öffnung des Landes und gegen mehr Meinungsfreiheit. >



**Prof. Hoang Minh Son spricht auf der internationalen, vom DAAD finanzierten Konferenz „Water and Environmental Management in Southeast Asia“.**

## WEITGEHENDE AUTONOMIE FÜR DIE HUST

Die renommierte Hanoi University of Science and Technology (HUST) hat 2017 unter Führung ihres in Dresden ausgebildeten Rektors Prof. Hoang Minh Son eine weitgehende Autonomie erreicht und bekommt vom MoET keine Grundfinanzierung mehr. Über 50 Prozent des jährlichen Budgets von rund 35 Mio. Euro erzielt sie durch Studiengebühren, die bei 600 Euro für Bachelor-, 800 Euro für Masterstudiengänge und 1.000 Euro für Promotionen und damit unter dem Landesdurchschnitt pro Studienjahr liegen. Durch Projektanwerbungen und vor allem durch Kooperationen mit der Industrie soll der Haushalt ausgeglichen werden. Dafür darf die Universität nun zum Beispiel über ihre Curricula und internationalen Partner

sowie in Zukunft auch über das wissenschaftliche Personal selbst entscheiden. Sie strebt die völlige Unabhängigkeit vom MoET an, das aber beispielsweise noch bei der Besetzung von Posten in der Hochschulleitung mitentscheidet. Die HUST legt nun einen noch größeren Wert auf die Forschungszusammenarbeit mit der Industrie. Mit dem administrativen Umbau strebt Professor Son auch eine Veränderung von Lehr- und Lerngewohnheiten an: Studierende der HUST sollen ihren Stoff nicht einfach auswendig lernen, sondern sie sollen vor allem kompetenzorientiert unterrichtet werden und selbstständig denken lernen.



## Förderung des Hochschullehrer- nachwuchses

Um die Ausbildungsqualität an vietnamesischen Hochschulen zu verbessern, ist es nötig, dass die Hochschullehrer besser ausgebildet sind. Das „911-Programm“ des MoET, mit dem die Doktorandenausbildung vor allem im Ausland intensiv durch Stipendien gefördert werden sollte, war bisher ein Eckpfeiler der Hochschulreformen. 2017 setzte die Regierung das Programm nach einer Evaluierung aus, da sie mit den Ergebnissen nicht zufrieden war. Unter anderem war die Rückkehrquote der Stipendiaten zu gering, mit der Qualität der Promotionen war man nicht zufrieden und es gab auch nicht genügend Bewerbungen. Das MoET hat der Regierung als Teil des Hochschulplans 2018 bis 2030 den Entwurf eines 911-Nachfolgeprogramms vorgelegt, das nach mündlichen Aussagen aus dem Ministerium Folgendes plant: Vietnamesische Hochschulen bewerben sich beim MoET mit konkreten fachbezogenen Projekten sowie möglichst renommierten internationalen Partnern auf die Stipendien, die dann von den Hochschulen dezentral an die Studierenden vergeben werden. Gefördert werden neben Promotionen im Inland vor allem Voll- und Sandwichpromotionen im Ausland, wobei auch bei Sandwichpromotionen der



Dokortitel von der ausländischen Hochschule vergeben werden soll. Da nach der grundsätzlichen Genehmigung durch die Regierung noch viele administrative Umsetzungsfragen zu klären sind, plant das MoET, dass erst 2019 die ersten Stipendiaten ins Ausland gehen können. Bis 2025 (und nicht mehr 2020) soll dann zum Beispiel das Ziel von 35 Prozent promovierter Hochschullehrer erreicht sein.

Die umfassende Förderung von Promotionen ist in Vietnam sehr umstritten. Medien kritisieren, dass die dafür eingesetzten Mittel besser in die Schulen gesteckt werden sollten, um dadurch von Grund auf bessere Bildungschancen zu ermöglichen. Zudem sei die Qualität vieler Promotionen ungenügend, die Titel würden oft nicht nach wissenschaftlichen Kriterien vergeben.

Deutschland zählt zu den bevorzugten Partnerländern des neuen Förderprogramms zur Ausbildung von vietnamesischen Promovierenden. Für deutsche Hochschulen eröffnen sich damit sehr gute Kooperationsmöglichkeiten mit vietnamesischen Hochschulen. Das gilt insbesondere für anwendungsbezogene Forschungen. Denen messen vietnamesische Hochschulen eine besondere Bedeutung bei, da sie durch Forschungsaufträge aus der Industrie bei der Hochschulfinanzierung helfen können. Durch Partnerschaften in Forschung und Lehre und die damit verbundenen fachlichen und persönlichen Kontakte können vietnamesische Promovierende gewonnen werden.

**Die Ausbildung von Hochschullehrenden soll besser werden. Die umfassende Förderung von Promotionen ist jedoch umstritten.**





**Der Mekong ist die Lebensader Vietnams. Er dient als Wasserstraße und versorgt die Reis-kammer des Landes, das Mekong-Delta, mit Süßwasser.**

So verwundert es nicht, dass Trong, im Gegensatz zu seinem Vorgänger Dung, eine Annäherung an China wünscht. Dem steht aber das aggressive Verhalten Chinas im südchinesischen Meer (oder Ostmeer, wie es in Vietnam genannt wird) im Weg. Denn China sichert seine weitreichenden Gebietsansprüche (80 Prozent der Seefläche) durch den Ausbau militärischer Anlagen auf den Vietnam vorgelagerten Inseln. Die vietnamesische Führung versucht in diesem Spannungsfeld einerseits, standhaft bei seinen eigenen Gebietsansprüchen zu bleiben, ohne eine militärische Eskalation zu provozieren. Andererseits weiß man um die Stärke und wirtschaftliche Bedeutung des großen und bei der Bevölkerung sehr ungeliebten Nachbarn im Norden.

In diesem diplomatischen Balanceakt sucht die Regierung geostrategische Partnerschaften und Annäherungen zu anderen Ländern wie beispielsweise Indien und Japan. Eine wichtige Rolle könnten hierbei auch die ASEAN-Länder spielen, die aber in ihrer Haltung zu China sehr unterschiedlich agieren. So kann sich China beispielsweise der Unterstützung Kambodschas sicher sein. Die kambodschanische Regierung hat mithilfe Chinas im Vorfeld der 2018 anstehenden Wahlen vor Kurzem die einzige Oppositionspartei verboten und damit die Ansätze einer Demokratisierung zunichtegemacht.

In dieser politisch labilen Gemengelage ist das indifferente Verhalten der aktuellen US-Regierung wenig hilfreich für die vietnamesische Regierung. Bei dem APEC-Gipfel in Danang im November 2017 betonte US-Präsident Trump erneut den Rückzug der USA aus dem transpazifischen Freihandelsabkommen TPP, was den Weg Chinas für noch mehr Einfluss in Südostasien frei macht.

### **Reformen im Hochschulbereich**

Die Modernisierung des Bildungssystems sieht die vietnamesische Regierung als eine der zentralen strategischen Aufgaben an, um auch weiterhin nachhaltig wirtschaftliches Wachstum zu generieren. Entsprechend sind die Bildungsausgaben in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, auf 6,3 Prozent des BIP im Jahr 2016 (2013: 5,7 Prozent). Der Hochschulbereich formuliert in der Higher Education Reform Agenda (HERA) 2006–2020 ehrgeizige Ziele, darunter eine arbeitsmarktgerechtere Ausbildung an den Hochschulen sowie eine Erhöhung des Anteils von Masterabsolventen (60 Prozent) und Promovierten (35 Prozent) am wissenschaftlichen Personal. Die wissenschaftlich-technologische Forschung und Entwicklung an den Schlüsseluniversitäten soll ausgebaut werden und die Haushalte der Hochschulen zu mindestens 25 Prozent finanzieren, indem Projektmittel

insbesondere von Ministerien eingeworben und Forschungsaufträge vor allem der Industrie gewonnen werden. Da die Ziele zum Teil nicht erreichbar sind und neue Schwerpunkte bei den Hochschulreformen gesetzt werden sollen, hat Bildungsminister Phung Xuan Nha Ende 2017 der Regierung einen neuen umfassenden Hochschulplan zur Reformierung des vietnamesischen Hochschulsystems 2018 bis 2030 vorgelegt. Bisher sind nur wenige Details dieses Hochschulplans bekannt, der zunächst noch von der Regierung diskutiert und verabschiedet werden muss. Im Mittelpunkt sollen die Innovationsfähigkeit der Hochschulen sowie die verbesserte Ausbildung von Hochschullehrenden und Wissenschaftlern stehen.

Für die Modernisierung des Hochschulsystems spielt eine zunehmende Autonomie der viet-

namesischen Hochschulen eine zentrale Rolle. Durch mehr Entscheidungsfreiheit bei der Gestaltung von Curricula und Lehrplänen, Forschungsschwerpunkten oder internationalen Partnerschaften sollen die vietnamesischen Hochschulen innovativer und flexibler werden. Allerdings wird in Vietnam unter Autonomie vor allem auch finanzielle Unabhängigkeit verstanden: Die staatliche Finanzierung der Hochschulen wird deutlich reduziert und teilweise ganz beendet. Hochschulen müssen in Zukunft durch Studiengebühren, die Einwerbung von Lehr- und Forschungsprojekten des MoET, des Ministeriums für Wissenschaft und Technologie, und anderer Ministerien sowie durch Kooperationen mit der Industrie ihre Finanzierung sicherstellen. Das MoET weist den Hochschulen zudem zweckgebundene Mittel gemäß konkreten Anforderungen der Regierung zu. >

#### 14. DEUTSCHE HOCHSCHULMESSE: VIEL INTERESSE AUF BEIDEN SEITEN



**Viele junge Vietnamesen und Vietnamesinnen wollen in Deutschland studieren.**

Das Interesse vietnamesischer Studierender an einem Studium in Deutschland ist ungebrochen, zuletzt waren es mehr als acht Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Entsprechend war die 14. deutsche Hochschulmesse in Hanoi und Ho Chi Minh City sehr gut besucht. Für die teilnehmenden deutschen Hochschulen bot die Messe einen guten Anlass, Kooperationen mit vietnamesischen Hochschulen anzustoßen oder auszubauen.

„Die Hochschulmesse in Vietnam hat uns neben der Möglichkeit, Studierende zu rekrutieren, vor allem auch den Weg zu neuen Partnerschaften eröffnet und uns wichtige Einblicke in die vietnamesische Hochschullandschaft ermöglicht“, sagt Birgit Barden, Leiterin des International Office der Leibniz Universität Hannover.

Die im Rahmen der Messe angebotenen Netzwerkveranstaltungen mit Vertretern vietnamesischer Hochschulen bot Partnern auf deutscher und vietnamesischer Seite Gelegenheit, sich kennenzulernen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu besprechen.

Für die Hochschule Bremen resümierte die Leiterin des International Office, Heike Tauer Schmidt: „Wir haben wertvolle Kontakte zu vietnamesischen Hochschulen knüpfen können, die viel Potenzial für eine zukünftige Zusammenarbeit haben. Die vietnamesischen Partner zeigten ein großes Interesse und hätten die Kontakte am liebsten sofort mit konkreten Vorschlägen vertieft.“





## DAAD-Alumni diskutieren zu Umwelt und Gesundheit

2016 waren über 200 Kilometer vietnamesischer Küste von einem massiven Fischsterben betroffen. Ins Meer eingeleitete giftige Chemikalien eines taiwanesischen Unternehmens waren schuld an dem Massensterben. Neben dem mangelhaften Umgang der vietnamesischen Regierung mit der Katastrophe wurde einmal mehr deutlich, welche negativen und weit reichenden Einflüsse der Mensch auf die Umwelt und damit auf die eigene Gesundheit haben kann.

Wie wichtig die Verknüpfung zwischen Umwelt und Gesundheit ist, diskutierten knapp 200 Alumni aus neun verschiedenen Ländern Südostasiens bei dem großen regionalen DAAD-Alumni-Treffen „Environment and Health“ Ende Mai in Hanoi. Bei der dreitägigen Konferenz waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu aufgefordert, in sechs zum Thema passenden Workshops ihre Ideen und Vorschläge in gemeinsamen Diskussionen einzubringen. 14 kurze und inspirierende „Talks“ boten

die Möglichkeit, neue und anregende Impulse zu erhalten. An eine „Wall of Ideas“ brachten die Teilnehmenden über 60 Vorschläge für künftige grenzüberschreitende Alumni-Aktivitäten und konkrete Kooperationsmöglichkeiten an.

Vor allem der mitreißende Vortrag der Umweltwissenschaftlerin und Hauptrednerin Dr. Ajantha Perera, DAAD-Alumna aus Sri Lanka, war eine große Motivation für alle. Sie schaffte es, in Worte zu fassen, was alle tief beschäftigte: „Jedes menschliche Wesen wurde mit dem Wissen in diese Welt geboren, dass wir Wasser zum Trinken, Luft zum Atmen und Nahrung zum Essen brauchen. Wir wissen auch, dass uns all dies von der Umwelt geschenkt wird. Jetzt müssen wir der Umwelt etwas zurückgeben.“

„Wir alle haben hier in Deutschland studiert oder geforscht und das ist natürlich eine große Chance, um effizientes Networking zu betreiben“, so Nguyen Thi Thu Huyen (Vietnam). Damit tragen Alumni auch eine große Verantwortung, dieses Wissen weiterzugeben. Nicht immer und überall gelingt das gut. Noch zu oft hat Wissenschaft ein Kommunikationsproblem. Vor allem, wenn es darum geht, Entscheidungsträger von klugen, nachhaltigen wissenschaftlichen Lösungen zu überzeugen.

Auf Initiative von Dr. Perera entstand noch während der dreitägigen Konferenz eine konkrete Initiative, die Bemühungen der Alumni für die Umwelt zu bündeln und weiter voranzutreiben. Am Weltumwelttag (5. Juni) wurde der Startschuss zum einjährigen Wettbewerb „Green Champions of South-East Asia“ gegeben. Bei diesem bewarben sich DAAD-Alumni aus der Region mit einem Umweltprojekt, das bereits nach einem Dreivierteljahr eine erste sichtbare Wirkung entfalten sollte. Eine Jury wird im Mai 2018 die innovativsten und wirksamsten Projekte auszeichnen.

Bei dem Alumni-Treffen wurde Anke Stahl nach vier Jahren erfolgreicher Arbeit als Leiterin der DAAD-Außenstelle Hanoi von DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ sowie vom Rektor der HUST, Prof. Son, verabschiedet.



**HUST-Rektor Prof. Son verabschiedete auf dem Treffen die langjährige Leiterin der Außenstelle Anke Stahl mit einem Bild.**



**Ende Mai diskutierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Alumni-Treffen in Hanoi über die Bedeutung der Umwelt auf die Gesundheit. Den Zusammenhang betonten zum Beispiel die Alumna Dr. Ajantha Perera (drittes Bild von oben), genauso DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ.**

## Aus der Arbeit der Außenstelle Hanoi

Die Förderung des Hochschullehrernachwuchses gehört nicht nur für das MoET zu den wichtigen Aufgaben, sondern auch für den DAAD in der Region. Er möchte vor allem durch seine Stipendienprogramme helfen, exzellente junge Akademiker in Deutschland weiter zu qualifizieren, damit sie nach ihrer Rückkehr in ihre Heimatländer an den Hochschulen ihr erworbenes Wissen weitergeben können. Damit unterstützt der DAAD die Bemühungen der vietnamesischen Regierung, den Anteil von Hochschullehrern mit einem Masterabschluss und vor allem mit einer im Ausland erworbenen Promotion zu erhöhen. Zugleich werden deutsche Hochschulen durch sehr gute Studierende und Promovenden in ihrer Internationalisierung und auch in ihrer Forschung unterstützt. Neben den Promotionsstipendien sind in der Region vor allem Masterstipendien des Helmut-Schmidt-Programms sowie der entwicklungsbezogenen Postgraduiertenstudiengänge („EPOS“) von besonderer Bedeutung.

Die Förderung des Hochschullehrernachwuchses ist insbesondere auch in den drei Germanistik-Abteilungen Vietnams sowie auch in Laos und Myanmar eine für die weitere Entwicklung der Germanistik in der Region zentrale Herausforderung. Entsprechend wurde sie bei der vierten regionalen Deutschlehrertagung an der Hanoi-Universität, organisiert vom vietnamesischen Deutschlehrerverband, neben anderen wissenschaftlichen Fragestellungen diskutiert.

Der Kontakt zu den Alumni in der Region ist sowohl für die Alumni selbst wie auch für den DAAD und die deutschen Hochschulen gewinnbringend. Der DAAD bietet zahlreiche Fördermöglichkeiten für Alumni an: So organisierten Alumni mit DAAD-Unterstützung fachlich ausgerichtete Alumni-Workshops zu Themen wie zum Beispiel „Governance – Internationalisation

Tabelle 11 : Daten zum Bildungssystem Vietnam

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	94,44 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	15,27 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	6.434
Wirtschaftswachstum	6,8 %
Inflation	0,88 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 49
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 23
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 103
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	6,3 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	2.466.643
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	48,91 %
Immatrikulationsquote	28,84 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	384.467
PhD	965
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	0,37 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	5.563
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,12 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. Laos	
2. Kambodscha	
3. China	
4. Korea	
5. Mongolei	
130. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	63.703
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	2,58 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	4.192
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Australien	
3. Japan	
4. Frankreich	
5. Vereinigtes Königreich	
7. Deutschland	

Quellen: DAAD, Statistik  
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt  
 Wissenschaft weltweit  
 The World Bank, Data  
 UNESCO, Institute for Statistics

– Quality Assurance: Challenges and Prospects for Universities in Vietnam and SEA“, „Rural Development and Agro Biodiversity“ oder „The Role of Alumni towards Environment and Social Aspects in Myanmar“.



**Tabelle 12 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunft/- Zielländern und Förderbereichen 2017 Vietnam**

		Vietnam
A = Geförderte aus dem Ausland		
D = Geförderte aus Deutschland		
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>		<b>151</b>
	D	46
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	10
	D	19
Studierende auf Master-Niveau	A	42
	D	3
Doktoranden	A	87
	D	3
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	12
	D	21
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	16
	D	7
1–6 Monate	A	5
	D	25
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	130
	D	14
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>		<b>447</b>
D		<b>280</b>
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	94
	D	51
Studierende auf Master-Niveau	A	135
	D	47
Doktoranden	A	34
	D	9
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	142
	D	166
andere Geförderte *	A	42
	D	7
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	216
	D	214
1–6 Monate	A	154
	D	66
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	77
	D	
<b>III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt</b>		<b>30</b>
D		<b>18</b>
<b>Mobilität mit Partnerländern</b>		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	22
	D	
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	8
	D	18
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)</b>		<b>628</b>
D		<b>344</b>
<b>DAAD-Förderung – A und D gesamt (I + II + III)</b>		<b>972</b>

\* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltöffner Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung mit Programmländern). Darüber hinaus wurden im Projekt 2015 erstmals Fördermittel an Hochschulen vergeben, die in Partnerländern der EU ansässig sind (EU-Mobilitätsförderung mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2015 und damit auf die Laufzeit 1.6.2015 – 31.5.2017.

In einem Alumni-Talk diskutierten vietnamesische und deutsche Experten mit Alumni das Thema „Management und effiziente Nutzung von Ressourcen im Kontext des Klimawandels“. Auch das Sachmittelprogramm nutzen Alumni gut. Umgekehrt unterstützen Alumni die Arbeit des DAAD als „Ambassadors“ und informieren über die DAAD-Förderprogramme an ihren Hochschulen. Sie sind wichtige Partner für die Zusammenarbeit mit den Hochschulen, Ministerien und Einrichtungen in der Region.

In der Hochschulzusammenarbeit zielt die Arbeit und Förderung des DAAD darauf ab, „Leuchttürme“ in der Region zu entwickeln, die beispielgebend für weitere Kooperationen mit deutschen Hochschulen sein können. So fördert der DAAD den gemeinsam mit der Universität Göttingen und der TU Dresden betriebenen internationalen Studiengang „Tropical Forestry in the Lower Mekong Region“ an der Vietnam National University of Forestry in Xuanmai bei Hanoi. In einem Strategieworkshop entwickelten die Partner das weitere Vorgehen, um den Studiengang langfristig zu einem regionalen Zentrum auszubauen. Auch der erste internationale Studiengang der National University of Laos „Hydraulic Engineering“, bei dem die Universität Siegen seit Jahren erfolgreicher Partner ist, soll nach einer Akkreditierung weiter ausgebaut und zu einem beispielgebenden Projekt in Laos entwickelt werden. Insbesondere möchte der DAAD in der Region praxisnahe und internationale Studiengänge unterstützen. <<



# Identitätspolitik und Demokratieabbau



**Dr. Irene Jansen leitete die Außenstelle Jakarta von Februar 2012 bis Ende 2017. Ihr Nachfolger seit Februar 2018 ist Thomas Zettler. Die Außenstelle besteht seit 1990 und hat zurzeit zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.**

Indonesien ist reich an Rohstoffen, die Wirtschaft boomt. Aber vier von fünf Menschen profitieren nicht davon, auch weil einflussreiche Kreise ihre Pfründe sichern. Licht und Schatten gibt es auch bei den Hochschulen. Diese müssen ihre Qualität verbessern, wenn sie Studierenden gute Chancen auf dem umkämpften Arbeitsmarkt sichern wollen.

## Wirtschaftliche und politische Entwicklung

Am ersten Tag des G20-Gipfels in Hamburg stand Indonesien an dreizehnter Stelle der in den sozialen Medien meistgenannten teilnehmenden Länder, vor Saudi-Arabien und Südkorea, direkt nach Großbritannien, wie der Wirtschaftsteil der größten englischsprachigen Tageszeitung Indonesiens postete. Mit Indonesien muss man rechnen, so die Botschaft. Die Wirtschaftsexpertinnen und -experten scheinen sich jedenfalls sicher zu sein, dass das Brutto-sozialprodukt weiterhin um jährlich mindestens 5 Prozent wachsen wird. Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) schätzt das Wachstumspotenzial Indonesiens sogar auf 7 Prozent.

Die Rohstoffvorkommen sind immens. Indonesien exportiert Mineralstoffe wie Kohle, Zinn, Nickel, Kupfer, Bauxit und Gold, aber auch Agrarprodukte wie Palmöl, Kautschuk und Kakao. Der Binnenmarkt des an Menschen viertgrößten Landes der Erde ist riesig, und der Mittelstand wird sich bis 2030 auf 140 Millionen Menschen verdoppeln. Indonesien gehörte

2017 zu den zehn Ländern weltweit, deren Wirtschaftsumfeld die größten Fortschritte gemacht hatte. Die European Free Trade Association (EFTA) verhandelt derzeit über ein umfassendes Freihandelsabkommen mit Indonesien.

Allerdings profitierten bislang nur wenige leistungsstarke Zentren des Archipels von der wirtschaftlichen Entwicklung. Die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen ist seit 1998, als Demokratisierung und Dezentralisierung begannen, sogar gewachsen. In den 1990er Jahren betrug der Gini-Koeffizient, der die Ungleichheit eines Landes misst, für Indonesien 0,30 Punkte, 2016 war er auf 0,40 angewachsen. Laut Weltbank sind 80 Prozent der Bevölkerung und damit 200 Millionen Menschen vom Aufschwung ausgeschlossen. Wachstum ohne ausreichend Entwicklung könnte sich als soziale Zeitbombe erweisen, denn „an der Grenze der Geduld beginnen die Konflikte“, wie Oscar Wilde wusste.

Die politischen Eliten um Präsident Joko Widodo, von allen Jokowi genannt, sind sich dessen durchaus bewusst. Mit neuen Steuergesetzen



und großen Infrastrukturprojekten haben sie sich darangemacht, das Schwellenland zukunftsfähig zu machen. Eine Steueramnestie führte dazu, dass sich die Steuermoral der Unternehmen deutlich erhöhte und die

Staatseinnahmen stiegen. Zugleich reduzierte die Regierung die den Staatshaushalt extrem belastenden Treibstoffsubventionen. Das setzte erhebliche Mittel für Investitionen in die Infrastruktur des Landes frei. Diese flossen zum





**Der Prambanan-Tempel in Yogyakarta ist UNESCO-Weltkulturerbe und die größte hinduistische Tempelanlage auf Java.**

Beispiel in den Ausbau des Flughafens Jakarta und in eine neue U-Bahn für die chronisch vom Verkehr überlastete Hauptstadt. Auch Regionen außerhalb der Hauptstadt profitierten deutlich von den Investitionen. Zugleich vereinfachte die Regierung die bürokratischen Vorgaben für Unternehmensgründer und (auch ausländische) Investoren, was die Wirtschaft sehr belebte. Deutliche Erfolge verzeichnete die Regierung auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung. Mit ihrer Sozialpolitik setzte die Regierung neue Maßstäbe: Erstmals wurde 2014 eine staatliche Krankenversicherung eingerichtet, mittlerweile sind über zwei Drittel der Indonesier und Indonesierinnen – wenn auch in bescheidenem Umfang – krankenversichert. Die Bevölkerung nahm die Regierungsbilanz Jokowi und seines „Teams“ – vor allem die des ehemaligen Gouverneurs von Jakarta, Basuki Tjahaja Purnama (kurz: Ahok), der ein enger Vertrauter des amtierenden Präsidenten war –, entsprechend sehr positiv auf. Diese Erfolge machten es zunehmend wahrscheinlich, dass die Mannschaft der pluralistisch gesinnten, überzeugten Demokraten und Korruptionsbekämpfer, zu

**Bis 2018 soll die erste U-Bahn-Strecke Jakartas fertiggestellt werden. Sie ist eines von zahlreichen Infrastrukturprojekten der derzeitigen Regierung.**



denen die beiden gezählt werden, nicht nur die Gouverneurswahlen 2017, sondern auch die 2019 anstehenden Präsidentschaftswahlen erneut gewinnen würden.

Um das zu verhindern, so kolportieren politische Beobachterinnen und Beobachter, habe sich die konservative Geldelite mit Militärs und Islamisten verbündet, um sicherzustellen, dass 2019 ein Jahr zurück in die Vergangenheit werde – mit sicheren Steueroasen für die Reichen, einer geschwächten Anti-Korruptionsbehörde, gestärkten Machtbefugnissen für Militär und Polizei und fern einer liberalen hin zu einer stärker an Scharia-Rechten orientierten Gesetzgebung.

Tatsache ist, dass ein vage formuliertes Blasphemie-Gesetz und ein von anti-chinesischen Hass-Parolen gekennzeichneter Wahlkampf den oben genannten protestantischen Gouverneur und Weggefährten von Jokowi, Basuki Tjahaja Purnama, 2017 nicht nur um sein Amt, sondern ins Gefängnis brachte. Der nun an seiner Stelle amtierende neue Gouverneur Anies Baswedan stützte sich im Wahlkampf auf den früheren General Prabowo Subianto, der Jokowi bei den Präsidentschaftswahlen von 2014 knapp unterlegen war. Seinem Wahlvolk empfahl er sich mit explizit rassistisch konnotierten, islamistischen Identitätsparolen, die selbst desillusionierte Beobachtende erstaunten: Galt Anies doch als die moderate, verbindliche Version eines muslimischen Politikers. Das Fazit der Neuen Zürcher Zeitung: „Fünfzehn Jahre nach

## Das Projekt SHARE – für einen gemeinsamen Hochschulraum

Im Jahr 2017 leistete das „European Union Support to Higher Education in the ASEAN Region“ (SHARE) erneut wichtige Beiträge für einen gemeinsamen Hochschulraum in der ASEAN-Region. Der DAAD als Teil eines internationalen Konsortiums unterstützt regionale Akteure dabei, die Qualität in Lehre und Forschung an internationalen Standards auszurichten sowie nationale Systeme an den regionalen ASEAN-Qualifikationsrahmen heranzuführen.

Für das Projekt-Team an der Außenstelle Jakarta und der DAAD-Zentrale in Bonn war 2017 ein besonders ereignisreiches Jahr. Sie führten gleich in sieben ASEAN-Mitgliedsstaaten (Indonesien, Kambodscha, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Thailand, Vietnam) nationale Workshops durch. Dabei kamen rund 1.000 Hochschulvertretende, Qualitätsbeauftragte sowie politische Entscheidungsträger und -trägerinnen zusammen und identifizierten gemeinsam mit europäischen Hochschulexperten Potenziale und Schwierigkeiten einer engeren Zusammenarbeit im ASEAN-Raum.

Zudem führte SHARE mit dem Partner ENQA vier Pilotanalysen bei nationalen Agenturen für externe Qualitätssicherung in ASEAN durch. Dies bot den Agenturen die Möglichkeit, eine „Schein-Prüfung“ in realitätsnaher Atmosphäre zu durchlaufen – konkrete Empfehlungen eines professionellen, internationalen Expertenteams inklusive. Ein entsprechendes Angebot für elf ASEAN-Hochschulen ist für 2018 geplant.

Diese Maßnahmen sind für einige nationale Akteure der ASEAN-Mitgliedsstaaten gänzlich neu, in anderen fügten sie sich in bereits bestehende Strukturen ein. Das betont auch Irene Jansen, Leiterin der Außenstelle Jakarta: „Diese Vielfalt stellt für uns natürlich eine große Herausforderung dar. Gleichzeitig nutzen wir die länderübergreifende Arbeit und die damit einhergehenden lokalen Erfolgsbeispiele, um damit die regionale Kooperation und Integration zu fördern.“

Das auf eine Laufzeit von vier Jahren (2015–2019) angelegte Projekt implementiert ein



Auf dem SHARE-Workshop im Juni 2017 zum Thema Qualitätssicherung im vietnamesischen Da Nang sprechen Concepcion V. Pijano, Direktorin der Philippine Accrediting Association of Schools, Colleges and Universities (PAAACU), (Bild oben) und Michael Högig, DAAD-Referatsleiter und Experte für Hochschulmanagement auf dem gleichen Workshop (Bild unten).

internationales Konsortium im Auftrag der Europäischen Union: Neben British Council (Projektleitung), Campus France, Nuffic sowie den europäischen Organisationen ENQA (European Association for Quality Assurance in Higher Education) und EUA (European University Association) ist der DAAD dabei einer der verantwortlichen Projektpartner.

Teilnehmende des SHARE Symposiums in Bangkok im August 2017 (Bild Mitte)

der Demokratisierung und gesellschaftlichen Öffnung des Landes machen konservative Kreise Boden gut. Der Islam muss nach der Wahl als politische Kraft nunmehr auch in Indonesien ernst genommen werden.“

Wird die junge Demokratie diese disruptiven Tendenzen verkraften oder wird Indonesien sich zukünftig wieder in autoritären Strukturen bewegen? Der Vorwahlkampf 2018 dürfte spannungsgeladen sein. ➤





**Auch 2017 verzeichnete die in Jakarta jährlich stattfindende European Higher Education Fair erneut über 9.000 Besucherinnen und Besucher.**

## Hochschulentwicklung: Von internationalen Rankings getrieben

Die Bildungschancen sind ähnlich ungleich verteilt wie der Reichtum des Landes. Das mag nicht verwundern, wenn man sich vor Augen hält, dass das postkoloniale Bildungssystem kaum 70 Jahre alt ist und das größte Archipel der Erde aus 17.000 Inseln besteht, von denen viele weitab vom Weltgeschehen sind. Von den 58 mit A akkreditierten indonesischen Universitäten liegen 48 auf Java, der größten indonesischen Insel. Dazu gehören die drei indonesischen Hochschulen, die es im QS-Ranking der besten Hochschulen Asiens unter die ersten 100 schafften: auf Platz 54 die Universitas Indonesia (UI) in Depok bei Jakarta, auf Platz 65 das Bandung Institute of Technology (ITB) und auf Platz 85 die Universität Gadjah Mada (UGM) in Yogyakarta. Alle drei Hochschulen gehören zu den großen, alten staatlichen Institutionen, die auch in indonesischen Rankings Bestnoten bekommen.

Die Freude über diese Bilanz war besonders groß angesichts der Skandalnachrichten, die erst im September die Runde gemacht hatten. Ein Rektor einer weniger renommierten, aber großen staatlichen Hochschule war des Amtes enthoben worden, nachdem ein 2015 ins Leben gerufenes Evaluations-Komitee des Hochschulministeriums gravierende Missstände an seiner Universität aufgedeckt hatte. Offenbar waren unverhältnismäßig viele Doktorarbeiten in vergleichsweise sehr kurzer Zeit von nur ganz

wenigen Professoren, unter anderem vom Rektor selbst, betreut und abgenommen worden. Die Einzelfallprüfungen wiesen fünf Plagiatsfälle nach, einer davon in der Dissertation eines Gouverneurs, die mit summa cum laude bewertet worden war; gelistete Unterrichtsveranstaltungen konnten nicht nachgewiesen werden und zahlreiche Teilnahmebescheinigungen waren anscheinend gefälscht worden.

Indonesienkenner und -kennerinnen werden diese Geschichte möglicherweise achselzuckend zu den Akten legen, haben sie sie so oder so ähnlich doch erwartet oder schon zu oft gehört. Indonesien steht auf Platz 90 von 168 Ländern im Korruptionsindex und auch die Qualität der Ausbildungsstätten rangiert im weltweiten Vergleich auf bescheidenem Niveau. Im World University Ranking 2018 steht die erste indonesische Universität auf Platz 801 von 1.000, das oben bereits genannte Bandung Institute of Technology (ITB), gefolgt von der Gadjah Mada (UGM) und der Universitas Indonesia (UI).

Sowohl die QS-Erfolgsmeldung als auch dieser Skandal erzählen die Geschichte eines typischen Schwellenlandes, das 260 Millionen Menschen versorgen, beschäftigen, bilden und fortbilden muss, das über ein sehr divergentes Bildungswesen verfügt, ein Land, das erst vor wenigen Jahren dezentrale, demokratische Verwaltungsstrukturen eingeführt hat. Indonesien muss Jahrzehnte von Fehlentwicklungen rasch aufholen, und die Regierung stellt vor diesem Hintergrund außergewöhnlich große Erwartungen an ihre Hochschulen. Sie unternimmt beträchtliche Anstrengungen, um die Qualität in Forschung und Lehre zu verbessern und die Universitäten zukunftsfähig zu machen.

Von den knapp 230.000 Hochschullehrerinnen und -lehrern Indonesiens sind bislang weniger als 35.000 promoviert, eine Qualifikation, die an sich Voraussetzung wäre, in akademischen

**Junge Studentinnen in der Deutschabteilung der Universitas Indonesia**



Programmen unterrichten zu dürfen. 40.000 Dozenten verfügen lediglich über einen Bachelorabschluss. Um die Weiterqualifizierung zu beschleunigen, bot das Ministerium im Berichtsjahr 250 Stipendien für besonders gute Bachelorabsolvierende an, die an elf ausgewählten Universitäten in einem sogenannten Fast-Track-Programm in insgesamt vier Jahren promovieren können.

Eine weitere Maßnahme des Ministeriums zur Verbesserung der Qualität der indonesischen Hochschulen ist das sogenannte Foster-Programm: 26 mit A akkreditierte Universitäten unterstützen und beraten bislang nicht akkreditierte oder lediglich mit C akkreditierte Institutionen. Allerdings erhalten sie dafür nur 500 Mio. Rupiah pro Jahr, knapp 32.000 Euro.

Alle Universitäten forcieren an nationale Standards angelehnte Qualitätssicherungssysteme, die sich wiederum am ASEAN Quality Assurance System (AQAF) orientieren. Für bestimmte Fachbereiche wie etwa Medizin wurden zur Qualitätssicherung und Vereinheitlichung der 2.200 Studienprogramme verbindliche Graduate Competency Tests auf nationaler Ebene entwickelt.

### Ambitionierte Ziele – das World-Class-Professor-Programm (WCP)

Ganz neu legte das Bildungsministerium 2017 das höchst ambitionierte World-Class-Professor-Programm (WCP) auf. Dabei handelt es sich um ein Gastprofessorenprogramm, das indonesische Universitäten finanziell so ausstattet, dass sie erstklassige Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen für einen Zeitraum von drei bis sechs Monaten an ihre Universität einladen können. Diese sollten im Umfeld eines Nobelpreisträgers oder einer Nobelpreisträgerin arbeiten und aus einer der 100 besten Universitäten der Welt kommen, gemessen am QA Ranking. Die Gastwissenschaftler sollen dabei helfen, die Anzahl der internationalen



Publikationen zu erhöhen und die indonesische Gastuniversität in die Liga der weltweit besten 500 Institutionen im QS World Universities Ranking zu katapultieren. Noch habe das Programm allerdings nicht gegriffen, wie man aus Hochschulkreisen hören konnte. Viel zu spät seien die Gelder in diesem ersten Jahr ins System geflossen, die Administration sei zu schwerfällig.

Schaut man sich die Publikationsbilanz Indonesiens an, so stellt man fest, dass sie in der Tat nicht allein im internationalen Vergleich, sondern auch innerhalb der Region schwach ist, trotz der bereits 2012 erlassenen Vorschrift, dass alle Dozierenden, auch Postgraduierte und Doktoranden, international publizieren müssen. Das kleine Malaysia hat innerhalb der zehn ASEAN-Länder die beste Bilanz, gefolgt vom Stadtstaat Singapur, dem einzigen Land der Region mit einem global wettbewerbsfähigen Hochschul- und Forschungssystem. Thailand folgt an dritter und Indonesien mit seinen mehr als 4.000 Hochschulen erst an vierter Stelle. Wieder sind es die schon eingangs genannten drei Vorzeigeuniversitäten, das ITB, die UI und die UGM, die die beste Bilanz vorweisen, sowie das Institut Pertanian (Landwirtschaftliche Hochschule) in Bogor (IPB) und LIPI, das Indonesian Institute of Sciences. Als Gründe für die schwachen Leistungen nennt das Ministerium: mangelnden Zugriff auf aktuelle wissenschaftliche Quellen, fehlende Forschungsinfrastruktur, unzulängliche internationale

**Eine junge Forscherin vom LIPI (Indonesian Institute of Sciences) hat das zweite Falling Walls Lab in Jakarta gewonnen und Indonesien beim Finale in Berlin im November vertreten.**





**Teilnehmende der QA-Fortbildung im Februar 2017 in Kuala Lumpur. Diese Fortbildungen werden gemeinschaftlich von DAAD, HRK, Uni Potsdam, AUN und AQAN im Rahmen des DIES-Programms organisiert.**

**Alumni und junge Studierende aus ASEAN-Ländern formulieren ihre Vorstellungen von einem gemeinsamen Hochschulraum.**



Zusammenarbeit, Mängel beim wissenschaftlichen Schreiben und unzureichende Fremdsprachenkenntnisse, zu wenig indonesische Journale von internationalem Ruf sowie mangelnde Unterstützung und Anreize für das Publizieren auf internationaler Ebene.

Auch wenn Indonesien bislang keine explizit formulierte Internationalisierungsstrategie hat, ist doch bemerkenswert, dass alle guten indonesischen Universitäten auf international vernetztes Arbeiten setzen. Bereits 2003 hatte das Hochschulministerium einen Wettbewerb gestartet, der die besten Internationalisierungsmodelle und -initiativen finanziell belohnte. Gut entwickelte Universitäten wurden vom Hochschulministerium darin unterstützt, internationale Büros auf- und auszubauen und in Lehre und Forschung international zu kooperieren. Programme, die mindestens mit B akkreditiert sind, werden angeregt, gemeinsame Abschlüsse mit starken Partnern zu entwickeln. Heute gehört Indonesien zusammen mit Malaysia, Thailand und den Philippinen zu den vergleichsweise gut entwickelten und international kompatiblen Hochschulsystemen Südostasiens.

### **1,5 Milliarden Euro – 16.293 Stipendien für In- und Ausland**

Um junge Indonesierinnen und Indonesier fit zu machen, standen mit dem Indonesian Endowment Fund (LPDP) für den Zeitraum 2010 bis 2017 Stipendienmittel im Wert von umgerechnet etwa 1,5 Mrd. Euro bereit.

16.293 Stipendien sind inzwischen ausgezahlt, davon 8.404 für ein Studium innerhalb Indonesiens und 7.889 für ein Auslandsstudium. Die wichtigsten Zielländer der LPDP-Stipendiaten und -Stipendiatinnen sind Großbritannien mit 1.679 Geförderten, die Niederlande mit 758, Australien mit 684 und die USA mit 338. Unter den im Bewerbungsportal von LPDP angeführten 246 Ziel-Universitäten, aus denen Kandidierende auswählen können – allesamt gut platziert in den einschlägigen Rankings –, sind lediglich 19 deutsche Universitäten, darunter keine Fachhochschulen.

Die Hochschulentwickler Indonesiens befinden sich in einem Wettlauf gegen demografische und marktpolitische Veränderungen in der gesamten Region. Etwa 43 Prozent der indonesischen Bevölkerung sind unter 25 Jahren. Sie drängen in die Universitäten und anschließend auf einen regionalen Arbeitsmarkt, der ebenfalls international hart umkämpft ist. Die ASEAN Economic Community (AEC) verbindet zehn Nationen mit mehr als 620 Millionen Menschen. Universitäten wirken in diesem Hochschulraum als Katalysator für ASEANs wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung. Die AEC strebt Freizügigkeit an, was einen weitgehend harmonisierten Hochschulraum und internationale Kompatibilität voraussetzt, damit nicht große Teile der Bevölkerung oder ganze Länder ausgeschlossen werden. Zwei wichtige Weichen zur Harmonisierung wurden 2015 mit der Verabschiedung eines regionalen Qualifikationsrahmens und 2016 mit der Anerkennung des ASEAN Quality Assurance Agency Network (AQAN) als einer ASEAN-Körperschaft gestellt. Ihren Vorsitz hat seit 2017 die indonesische Akkreditierungsbehörde BAN PT inne. Das gemeinsam von der EU und dem ASEAN-Sekretariat in Jakarta aufgelegte 10-Mio.-Euro-Förderprogramm SHARE unterstützt seit 2015 den Vereinheitlichungsprozess des Hochschulraums ASEAN (für weitere Information zu diesem Projekt

siehe Highlight-Kasten). Nicht zuletzt durch dieses Engagement ist die EU bemüht, die Mobilität zwischen ASEAN und Europa zu erleichtern und so zum Ziel der ASEAN-Mitgliedsstaaten beizutragen, bis 2030 zum viertgrößten Wirtschaftsraum der Erde zu werden.

### Die DAAD-Arbeit vor Ort: mit starken Partnern gut vernetzt

Verstärkter vernetzt zu sein und interregional zu arbeiten stand denn auch im Zentrum der Strategie der Außenstelle in den letzten fünf Jahren. Im SHARE-Projekt arbeitete die Außenstelle eng mit den oben erwähnten Projektpartnern, aber auch mit dem ASEAN-Sekretariat und Institutionen innerhalb der Region wie den nationalen Ministerien und Universitäten, den Akkreditierungsagenturen und ihren Dachverbänden zusammen.

In einer 2015 ins Leben gerufenen Alumni-Initiative, die die Außenstelle Jakarta gemeinsam mit dem Direktorat der südostasiatischen Bildungsministerkonferenz (South East Asian Ministers of Education Organisation / SEAMEO) durchführt, geht es darum, möglichst vielen Studierenden und Dozenten aus ganz ASEAN eine niedrigschwellige Fortbildungsmöglichkeit anzubieten. Von SEAMEO organisiert, bieten DAAD-Alumni verschiedener Fachbereiche aus Südostasien webbasierte Vorlesungs- und Seminarreihen an. „Give Back!“ heißt die Parole der DAAD SEAMEO Lecture Series, die die Ehemaligen unentgeltlich zur Verfügung stellen. Die Vorlesungsreihe soll nun um eine Mobilitätsschiene für Hochschullehrende und Studierende erweitert werden.

Anlässlich der Jubiläumsveranstaltung „50 for 50“ zu 50 Jahren ASEAN, 40 Jahren ASEAN-EU-Partnerschaft und 30 Jahren Erasmus, die die Außenstelle im Oktober 2017 zusammen mit dem ASEAN-Sekretariat und der Deutschen Botschaft Jakarta organisierte, entwarfen zehn

Tabelle 13 : Daten zum Bildungssystem Indonesien

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	260,58 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	44,42 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	11.631
Wirtschaftswachstum	5,02 %
Inflation	3,53 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 54
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 38
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 107
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	3,59 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	5,11 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	52,19 %
Immatrikulationsquote	24,25 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	732.402
PhD	5.363
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	0,08 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	11.470
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,12 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. k.A.	
2. k.A.	
3. k.A.	
4. k.A.	
5. k.A.	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	41.919
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,82 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	4.668
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. Australien	
2. USA	
3. Malaysia	
4. Japan	
5. Ägypten	
7. Deutschland	

Quellen: DAAD, Statistik  
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt  
 Wissenschaft weltoffen  
 The World Bank, Data  
 UNESCO, Institute for Statistics

DAAD-Ehemalige aus zehn ASEAN-Ländern zusammen mit vierzig ihrer Studierenden ein zukunftsweisendes Papier zu Grundlagen und Prinzipien eines ASEAN-Hochschulraums. Das Papier wurde dem Gremium der Senior High Officials for Education in ASEAN überreicht, in der Hoffnung, dass die Stimme der jungen



**Tabelle 14 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2017 Indonesien**

		Indonesien
A = Geförderte aus dem Ausland		
D = Geförderte aus Deutschland		
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>		<b>219</b>
	D	42
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	42
	D	13
Studierende auf Master-Niveau	A	66
	D	1
Doktoranden	A	93
	D	6
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	18
	D	22
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	35
	D	6
1–6 Monate	A	14
	D	20
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	170
	D	16
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>		<b>359</b>
D		<b>263</b>
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	68
	D	159
Studierende auf Master-Niveau	A	43
	D	57
Doktoranden	A	31
	D	7
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	127
	D	30
andere Geförderte *	A	90
	D	10
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	290
	D	50
1–6 Monate	A	60
	D	212
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	9
	D	1
<b>III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt</b>		<b>54</b>
D		<b>9</b>
<b>Mobilität mit Partnerländern</b>		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	40
	D	
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	14
	D	9
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)</b>		<b>632</b>
D		<b>314</b>
<b>DAAD-Förderung – A und D gesamt (I + II + III)</b>		<b>946</b>

\* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltöffner Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung mit Programmländern). Darüber hinaus wurden im Projekt 2015 erstmals Fördermittel an Hochschulen vergeben, die in Partnerländern der EU ansässig sind (EU-Mobilitätsförderung mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2015 und damit auf die Laufzeit 1.6.2015 – 31.5.2017.

Leute in diesem höchsten Gremium der Entscheidungsträger angemessen gehört wird.

Bei all diesen Aktivitäten konnte die Außenstelle auf ein hoch motiviertes, junges Team von Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und DAAD-Lektoren setzen, die in Informationsveranstaltungen, Webinaren und sozialen Medien sicherstellen, dass die vielen Möglichkeiten der Vernetzung und Förderung, die der DAAD bietet, auch wahrgenommen werden. Die Zahl der Indonesier und Indonesierinnen, die es zu einem Studium oder Studierendenpraktikum nach Deutschland gezogen hat, ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, auf inzwischen über 4.100. Erfreulicherweise ist 2017 nach einigen Jahren Stagnation auch wieder die Zahl der Bewerber gestiegen, die sich für ein Promotionsstipendium in Deutschland interessieren – DAADs wichtigste Partner für die Hochschulzusammenarbeit der Zukunft. <<

Neu Delhi



# Indien – Licht und Schatten



**Die DAAD-Außenstelle Neu Delhi wurde 1960 gegründet. Sie hat 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist neben Indien auch für die Länder Bangladesch, Bhutan, Nepal und Sri Lanka zuständig. Heike Mock leitet die Außenstelle seit 2014 und ist gleichzeitig die Direktorin des DWIH Neu Delhi.**

**2017 war für die regierende hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) mit ihrem Premierminister Narendra Modi in vieler Hinsicht ein wichtiges und erfolgreiches Jahr. Die indische Hochschul-landschaft bleibt trotz Reformbemühungen wenig international.**

Außenpolitisch musste sich der weiterhin oft und gern auf internationalem Parkett agierende Premierminister insbesondere regionalstrategischen Herausforderungen stellen. Neben Pakistan avanciert China zunehmend zum Konfliktpartner. Während militärische Grenzkonflikte mit Pakistan seit Jahrzehnten zur Tagesordnung gehören, war es an der indisch-chinesischen Grenze lange Zeit vergleichsweise ruhig, auch wenn deren Verlauf durch den Himalaya ebenfalls strittig ist. Nachdem China nun auf von Bhutan beanspruchtem Gebiet mit dem Bau einer Straße begann, kam es im Sommer im Grenzgebiet zwischen Indien, China und Bhutan jedoch zu erheblichen Spannungen.

Indien eilte seinem Verbündeten Bhutan umgehend zu Hilfe, nicht zuletzt, weil es sich selbst geostrategisch bedroht fühlte. Das Gebiet befindet sich in der Nähe des sogenannten Hühnerhalses, eines teilweise nur 30 Kilometer breiten Streifens, der das indische Kernland mit seinen nordöstlichen Bundesstaaten verbindet und für die Versorgung in beide Richtungen essenziell ist. Beide Länder verstärkten umgehend ihre Truppen in dem Gebiet, begleitet von martialischer Rhetorik. Nach gut zwei Monaten endete die Krise mit der Unterzeichnung eines Abkommens. Beigelegt ist der Streit jedoch nicht.

Dieser Vorgang ist exemplarisch für das zunehmende geostrategische Konfliktpotenzial zwischen den beiden großen Nachbarn. China hat in den letzten Jahren seinen Einfluss in Südasien massiv ausgebaut. Vor allem im chinesischen Prestigeprojekt „One belt – one road“ sieht Indien eine große Bedrohung. Mit dem auch als „neue Seidenstraße“ bekannten Projekt will China seine Handelswege mit massiven Investitionen in die Infrastruktur bis nach Europa ausbauen. Indien und Bhutan sind die einzigen Länder, die sich dem gigantischen Projekt verschließen. China hat zudem seine Beziehungen zu Pakistan erheblich intensiviert und dort wie auch schon in anderen Nachbarstaaten Indiens mittels großer Investitionen wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten geschaffen. Indien fühlt sich eingekreist, hat dem chinesischen Vordringen in der Region aber nicht viel entgegenzusetzen.

Innenpolitisch werfen die Wahlen für das nationale Parlament 2019 bereits ihre langen Schatten voraus. Der Ausgang der mit Spannung erwarteten Wahlen in sieben Bundesstaaten gilt als Richtungsbarometer für die nationale Wahl. In sechs der regionalen Wahlen ging die BJP als Sieger hervor, darunter im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Uttar Pradesh sowie in Gujarat,



dem Heimatstaat von Ministerpräsident Modi. In Uttar Pradesh errang sie gar drei Viertel der Parlamentssitze. Modis hindu-nationalistische Regierung scheint gefestigt und seine Wiederwahl 2019 derzeit aussichtsreich.

Auch bei der Wahl zum repräsentativen Amt des Staatspräsidenten konnte sich die national-

istische BJP mit ihrem Kandidaten deutlich durchsetzen. Damit ist erstmals in der Geschichte des Landes ein BJP-Mitglied Staatsoberhaupt. Die größte Oppositionspartei, die Kongresspartei, hat sich immer noch nicht von ihrer hohen Wahlniederlage 2014 erholt. Sie konnte bisher kein Kapital daraus schlagen, dass insbesondere die mittleren und unteren Schichten unter den





**Auf einer DAAD Fact Finding Mission deutscher Professoren wurde auch der oberste Gerichtshof Bhutans besucht.**

tief greifenden Reformmaßnahmen der Modi-Regierung leiden. Ende Dezember übergab Sonia Gandhi nach 19 Jahren ihrem Sohn Rahul Gandhi die Parteiführung der Kongresspartei. Damit übernimmt das fünfte Mitglied der Gandhi-Familie den Parteivorsitz. Diese dynastische Struktur gilt als Hauptproblem für die notwendige Erneuerung der Partei. Auch Rahul Gandhi wird nicht zugetraut, der Partei, die die indische Politik seit der Unabhängigkeit nahezu durchgängig bis 2014 bestimmt hat, zu neuen Erfolgen zu verhelfen.

### **Wirtschaft auf Wachstumskurs**

Nach seinem Wahlsieg 2014 war Premier Modi mit großen Versprechen gestartet. Die Themen Wirtschaftswachstum, Ausbau der Infrastruktur, Schaffung von Arbeitsplätzen und Kampf gegen Korruption prägten seinen Wahlkampf. Die Kehrseite der Medaille, die hindu-nationalistischen Töne aus den Reihen seiner Partei sowie die drohende Gefahr politisch forcierter Intoleranz gegenüber religiösen Minderheiten, nahm die Mehrheit der Wähler in Kauf.

Mehr als drei Jahre später hat die Regierung Modi vor allem wirtschaftspolitisch einige

Erfolge vorzuweisen. Die Einführung einer landesweiten Mehrwertsteuer im Sommer des Jahres, die als größte Steuerreform seit der Unabhängigkeit 1947 gilt, ist ein großer Durchbruch. Mit dem Wegfall der bisherigen Zollgrenzen zwischen den einzelnen Bundesstaaten ist ein großer, einheitlicher Binnenmarkt entstanden, der das Wachstum weiter ankurbeln dürfte. Die nun landesweit einheitlichen Steuern auf Güter und Dienstleistungen werden den Handel deutlich erleichtern und Indien auch attraktiver für die erhofften Auslandsinvestitionen machen.

Bereits jetzt wächst die Wirtschaft Indiens konstant auf hohem Niveau. 2017 betrug das Wachstum etwa 6,7 Prozent, trotz der stark bremsenden Auswirkungen, die die überraschende Bargeldreform Ende 2016 sowie die Einführung der Mehrwertsteuer kurzfristig auf die Wirtschaft hatten. Die Aussichten sind weiterhin gut. Die Weltbank erwartet für die nächsten zehn Jahre weiter zunehmende Wachstumsraten, während Chinas relative Zuwächse langsam sinken. Indien gilt unter den Schwellenländern als das Land mit den besten Wachstumsprognosen. Neben den wichtigen Wirtschaftsreformen, die auf den Weg gebracht wurden, scheint die Regierung auch die Bekämpfung

der Korruption ernst zu nehmen. Nur auf dem Arbeitsmarkt bleiben die Ergebnisse weit hinter den Erwartungen zurück. Lediglich zehn Prozent aller Beschäftigten arbeiten im formellen Sektor und zahlen somit Steuern und Sozialabgaben.

Die Hälfte der Bevölkerung Indiens ist unter 25 Jahren alt, was Kapital und Risiko zugleich ist. Jährlich kommen zwölf Millionen Menschen neu auf den Arbeitsmarkt, viele davon nur gering qualifiziert. Für sie müssen ausreichend adäquate Jobs und Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden, um einen weiteren Anstieg der ohnehin schon hohen Arbeitslosigkeit zu verhindern und ökonomisch von der demografisch günstigen Konstellation zu profitieren. Mit großen Initiativen wie „Make in

India“ oder „Skill in India“ versucht die Regierung, den Anteil der Industrieproduktion zu steigern. 100 Millionen Arbeitsplätze sollen entstehen. Gleichzeitig ist auch in Indien der Produktionssektor durch die weltweit voranschreitende Automatisierung betroffen.

### Hochschulen sollen internationaler werden

Im Einklang mit der generellen Politik Narendra Modis, Indien mehr globale Bedeutung verleihen zu wollen, soll auch das Ansehen der Hochschulen Indiens weltweit steigen. In diesem Zusammenhang hat die indische Hochschulpolitik das Thema Internationalisierung für sich entdeckt, fokussiert dabei jedoch ausschließlich auf die Frage, wie mehr ausländische Studierende und



### BHUTAN IM FOKUS

Die akademische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und dem Königreich Bhutan ist vergleichsweise jung. An der einzigen Universität des Landes, der 2003 gegründeten Royal University of Bhutan (RUB), sind insgesamt 10.000 Studierende an elf, über das ganze Land verteilten Colleges eingeschrieben. Im gleichen Jahr verlieh der DAAD das erste Stipendium an einen Masterstudierenden aus Bhutan. Seitdem folgten rund 30 weitere Stipendiaten, die erfolgreich ein Master- oder PhD-Programm in Deutschland beendet haben.

Der erfolgreiche Abschluss des ersten DAAD-geförderten Hochschulkooperationsprojekts zwischen der RUB und der Universität Rostock im Bereich Wasserkraft war für den DAAD Anstoß, Möglichkeiten für weitere Kooperationen zwischen beiden Ländern zu eruieren. In Gesprächen mit Alumni sowie bei Besuchen an verschiedenen Colleges und im zuständigen Ministerium festigte sich unser Eindruck, dass auch im kleinen Bhutan Potenzial für akademische Kooperationen und großes Interesse an internationaler Zusammenarbeit vorhanden ist. Neben der Wasserkraft, von der Bhutan wirtschaftlich abhängig ist, bieten sich insbesondere der Agrarsektor und die Lehrerausbildung als Felder für eine langfristige Zusammenarbeit an. Nachhaltige Entwicklung, ökologischer Landbau sowie eine ganzheitliche Ausbildung von Lehrenden, die auch philosophische Aspekte umfasst, sind Stärken des Landes, die auch für deutsche Studierende und Wissenschaftler von Interesse sind.



Eine Delegation deutscher Professoren und Professorinnen erkunden auf einer DAAD Fact Finding Mission das Potenzial für Hochschulkooperationen.





**DAAD-Stipendiaten und -Stipendiatinnen treffen sich vor ihrer Ausreise in der DAAD Außenstelle in Neu Delhi.**

Forschende gewonnen werden können. Anlass hierfür ist das schlechte Abschneiden in den internationalen Rankings, wo es indische Institutionen wegen fehlender Internationalität kaum unter die Top 500 schaffen.

Obwohl Indien aus kultureller, wirtschaftlicher und politischer Sicht ein höchst interessantes Land ist, zieht es kaum ausländische Studierende an. Nach Angaben des für Hochschulbildung zuständigen Ministeriums waren 2014/2015 gerade einmal 42.293 ausländische Studierende an indischen Hochschulen eingeschrieben. Das sind gemessen an der Gesamtzahl von rund 35 Millionen Studierenden gerade 0,1 Prozent. Das Gros der ausländischen Studierenden kommt zudem aus der Region, die zahlenmäßig stärkste Gruppe aus Nepal, gefolgt von Afghanistan und Bhutan. Die Gründe für das mangelnde Interesse vor allem westlicher Studierender sind vielfältig. Die oft als mangelhaft bewertete Qualität der Ausbildung sowie veraltete Curricula und Lehrmethoden, aber auch die Frage der persönlichen Sicherheit spielen eine Rolle. Gleichzeitig sind die meisten indischen Hochschulen administrativ derzeit nicht dafür ausgelegt, internationale Studierende und Wissenschaftler in größerem Umfang aufzunehmen. Das spiegelt sich in unklaren Zulassungsbedingungen und dem Mangel an adäquaten Unterkünften wider. Außerdem fehlen designierte Stellen, die sich um die Belange ausländischer Studierender kümmern, wie zum Beispiel

International Offices. Nur sehr wenige Institutionen bilden hier eine Ausnahme. Dazu zählen zum Beispiel einige private Hochschulen sowie die meisten Indian Institutes of Technology (IIT).

Schwierig gestaltet sich auch der Versuch, ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu gewinnen. Die beiden für Forschung und Bildung zuständigen Ministerien haben hierzu in den letzten zwei Jahren diverse Initiativen gestartet, bisher jedoch mit mäßigem Erfolg. Zwar machten die Hochschulen rege Gebrauch von der „GAIN-Initiative“, mit der sie kurze Lehraufenthalte ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler finanzieren konnten. Der in den meisten Fällen recht kostenintensive Besuch blieb jedoch ohne nachhaltige Folgen. Eine weitere 2017 gestartete Initiative namens „VAJRA“ zielt darauf ab, ausländische Forschende aus bestimmten Technologiebereichen für längerfristige Aufenthalte zu gewinnen. 1.000 sollen pro Jahr eingeladen werden und sich zu attraktiven finanziellen Konditionen an indischen Hochschulen um den wissenschaftlichen Nachwuchs kümmern. Nach einer ersten Ausschreibung wurden 70 Bewerber ausgewählt.

Nicht zuletzt fällt in diesen Kontext auch die Ausschreibung für den Status einer „Institution of Eminence“, auf die sich 100 Hochschulen beworben haben. Zehn privaten und zehn öffentlichen Einrichtungen soll im April 2018 dieser Titel verliehen werden. Er geht einher mit dem Versprechen größerer akademischer, finanzieller und administrativer Autonomie und zusätzlichen Fördergeldern für die staatlichen Universitäten in Höhe von bis zu 150 Mio. US-Dollar für fünf Jahre. Auch hier spielt das Thema internationale Studierende und Wissenschaftler eine zentrale Rolle: Bis zu 30 Prozent der Studienplätze sowie bis zu 25 Prozent der Stellen für eine Professur sollen laut Ausschreibung mit Ausländern besetzt werden. >

## Das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus Neu Delhi setzt Akzente

2017 hat der DAAD die Gesamtverantwortung für alle weltweit bestehenden Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH) übernommen. Das brachte für das DWIH Neu Delhi, dessen Geschäftsstelle an der DAAD-Außenstelle angesiedelt ist, neue Herausforderungen und Chancen. Durch die neue zentrale Steuerung einiger Prozesse war es möglich, vor Ort Entlastung zu schaffen und Strukturen zu professionalisieren.

Gemeinsam mit den 15 Partnern, die die Arbeit des DWIH Neu Delhi vor Ort unterstützen, konnte das DWIH auch 2017 wieder eine Reihe von hochkarätigen Veranstaltungen unter seinem Dach organisieren. Highlight des Jahres war die zweitägige Konferenz „Waterscapes“, auf der deutsche und indische Experten das Thema Wasser aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchteten. Themen wie integriertes Wassermanagement und Wasserkontamination standen ebenso auf dem Programm wie Risikomanagement bei Hochwasser, die Gefahr nationaler und internationaler Konflikte um Wasser sowie technologische Lösungen und ihre industrielle Umsetzung. Die Konferenz fand wegen ihrer interdisziplinären Vielfalt



und der versammelten fachlichen Expertise großen Anklang. Dazu haben alle Partner des DWIH mit der Nominierung von Experten und Expertinnen beigetragen.

Ein weiterer Veranstaltungshöhepunkt war das Falling Walls Lab India, das das DWIH zum zweiten Mal in Indien organisierte. Mit 274 erreichte uns die höchste, weltweit jemals für ein nationales Falling Walls Lab erhaltene Zahl an Bewerbungen. Die Gewinnerin des indischen Finales am Indian Institute of Technology Madras nahm mit ihrem Beitrag zum Thema Wassermanagement im November am internationalen Falling Walls Lab in Berlin sowie der anschließenden Falling Walls Conference teil.

Wir haben auch neue Formate ausprobiert. So organisierte das DWIH Neu Delhi die erste „Indo-German Tour of Young Innovators“. Hierfür lud das DWIH deutsche und indische Studierende und junge Graduierte ein, ihre innovativen Projekte und Start-ups vor Studierenden verschiedener Universitäten vorzustellen.



**Auf der Jahreskonferenz des DWIH Neu Delhi diskutierten deutsche und indische Experten das Thema Wasser aus interdisziplinärer Perspektive.**



Die Tour ging von Neu Delhi über Bangalore nach Mumbai und war ein großer Erfolg. Insbesondere das Team der TU München, das bereits zweimal den vom amerikanischen Unternehmer Elon Musk ausgeschriebenen Hyperloop-Wettbewerb gewonnen hat, stieß mit seiner Präsentation auf eine überwältigende positive Resonanz.

**Die Gewinnerin (Mitte) des zweiten Falling Walls Lab India, organisiert durch DAAD und DWIH Neu Delhi am Indian Institute of Technology Madras, reiste nach Deutschland zur Falling Walls Conference.**

## DAAD ERÖFFNET INFORMATIONSZENTRUM IN SRI LANKA

Das regionale DAAD-Netzwerk in Südasiens hat 2017 Verstärkung erhalten: Im Oktober eröffnete der DAAD ein neues Informationszentrum (IC) in den Räumen der Deutschen Botschaft in Colombo.

Nach dem Ende des langen Bürgerkriegs und dem Amtsantritt der derzeitigen Regierung befindet sich Sri Lanka im Aufbruch. Das Wirtschaftswachstum liegt um die 5 Prozent, und die Regierung betreibt nicht nur eine wirtschaftsfreundliche Politik, sondern ist auch bestrebt, die nationale Aussöhnung voranzutreiben. Überall ist der Wille spürbar, die Möglichkeiten des neuen stabilen und liberalen Klimas zu nutzen und das Land voranzubringen. Die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft bildet hier keine Ausnahme. Die Hochschulen sind offen für bilaterale Kooperationen und das Interesse an einem Studium im Ausland wächst. Das IC Colombo wird die Anbahnung von Kontakten zwischen deutschen und sri-lankischen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen beratend begleiten und über Möglichkeiten von Studium und Forschung in Deutschland informieren. Damit erfährt die Arbeit



der Außenstelle Neu Delhi, die auch für Sri Lanka zuständig ist, künftig wertvolle Unterstützung.

**Nadeesha Palliyaguru (Mitte) betreut das neu eröffnete IC Colombo in Sri Lanka.**

International kooperieren dürfen diese Hochschulen nur mit den Top-500-gelisteten Institutionen internationaler Rankings. Der klare Auftrag für die Institutionen ist, es in den nächsten zehn Jahren in die Top 100 der internationalen Rankings zu schaffen.

### Probleme an Hochschulen führen zu Abwanderung von Studierenden

Insgesamt hat sich die Situation an indischen Hochschulen jedoch kaum verbessert. Die Initiativen der Regierung sind zwar begrüßenswert, aber so ausgelegt, dass am Ende nahezu immer dieselben Institutionen profitieren. Die Verbesserung der Qualität in Lehre und vor allem in der Forschung wird sich daher vermutlich künftig noch stärker auf eine kleine Gruppe von Institutionen konzentrieren. Das Gros der derzeit 864 Universitäten und 40.026 Colleges

kämpft weiter mit chronischer Unterfinanzierung, schlechter Infrastruktur und oft geringer akademischer Qualität.

So sind quer durch alle Institutionen rund 40 Prozent der Stellen für Professoren und Professorinnen vakant. Das liegt zum einen an der zu geringen Zahl Promovierter, die über die letzten Jahre ausgebildet wurden, zum anderen aber auch an administrativem Versagen und regulatoriven Auflagen, die den Hochschulen die Besetzung von Stellen erschweren. Gleichzeitig wächst der Bedarf an qualifizierter Hochschulbildung. Die Regierung selbst hat das ehrgeizige Ziel formuliert, die Studierendenzahl in der Gruppe der 18- bis 23-Jährigen von derzeit 25 auf 50 Prozent bis 2030 zu erhöhen und somit breiteren Schichten den Zugang zu Hochschulbildung zu ermöglichen. Diese anvisierte Erhöhung der Gesamtzahl der Studierenden von jetzt rund 35 Millionen auf mehr als 71 Millionen erfordert eine Verdopplung der derzeitigen Studienkapazitäten. Dafür bedarf es unter anderem viel Geld. Das seit Jahren unter 3 Prozent des BIP stagnierende Budget für den Bildungssektor insgesamt wird dem kaum gerecht werden können.

Angesichts dessen verwundert es nicht, dass die Zahl indischer Studierender im Ausland rasant steigt. Obwohl China absolut gesehen die mit Abstand meisten Auslandsstudierenden hat, hat Indien inzwischen bei den jährlichen Zuwachsraten die Nase vorn. Derzeit sind ca. 255.000 indische Studierende im Ausland, rund 15.500 davon in Deutschland.

Während die Studierenden bislang hauptsächlich nach dem Bachelor ins Ausland gingen, zeichnet sich mittlerweile der Trend ab, dass Familien ihre Kinder bereits zum Bachelorstudium ins Ausland schicken. Das ist angesichts der Situation auf dem heimischen Markt wenig überraschend. Auch neue Studienziele werden entdeckt. Während die Zuwächse bei



den Neueinschreibungen in den USA stark gesunken und in Großbritannien die Zahlen gar rückläufig sind, profitieren Kanada, Australien und Neuseeland, aber auch Deutschland. Für indische Familien sind neben der Qualität der Ausbildung die anschließenden Arbeits- und Bleibemöglichkeiten besonders wichtig bei der Wahl des Studienortes. So sind vor allem die Länder gefragt, die in diesem Punkt Anreize schaffen. Der Braindrain, der mit der Abwanderung der jungen, besser qualifizierten Generation in größeren Zahlen verbunden ist, hat neben den absehbaren langfristigen auch schon kurzfristige ökonomische Auswirkungen. Etwa 3,7 Milliarden Dollar überwiesen indische Familien 2017 für Studienzwecke ins Ausland. Dieser Betrag hat sich in den letzten fünf Jahren verdreizehnfacht.

### Aus der Arbeit der Außenstelle

Dass das Interesse an einem Studium in Deutschland stark wächst, erfahren die Kolleginnen und Kollegen in der Außenstelle sowie im IC-Netzwerk hautnah in ihrer täglichen Arbeit. Rund 20.000 Anfragen haben sie 2017 allein per E-Mail beantwortet, hinzu kommen unzählige Telefonanrufe sowie regelmäßige persönliche Beratungen. Mithilfe von Webinaren und Informationsveranstaltungen informierte der DAAD mehrere Tausend Interessierte über Studienmöglichkeiten. >



Tabelle 15 : Daten zum Bildungssystem Indien

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	1.326,8 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	243,1 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	6.583
Wirtschaftswachstum	7,11 %
Inflation	3,8 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 24
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 28
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 109
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	2,9 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	34 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	47,19 %
Immatrikulationsquote	26,87 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	8.406.308
PhD	22.528
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	0,63 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	138.986
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,13 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. Nepal	
2. Afghanistan	
3. Bhutan	
4. Malaysia	
5. Irak	
75. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	255.030
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,79 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	14.878
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Australien	
3. Vereinigtes Königreich	
4. Kanada	
5. Vereinigte Arabische Emirate	
6. Deutschland	

Quellen: DAAD, Statistik  
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt  
 Wissenschaft weltweit  
 The World Bank, Data  
 UNESCO, Institute for Statistics

Die Generalsekretärin des DAAD, Dr. Dorothea Rüländ trifft während eines Besuchs der Außenstelle Neu Delhi auf künftige Stipendiatinnen und Stipendiaten.



**Tabelle 16 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2017 Indien**

		Indien
A = Geförderte aus dem Ausland		
D = Geförderte aus Deutschland		
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>		<b>628</b>
	D	81
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	222
	D	42
Studierende auf Master-Niveau	A	189
	D	3
Doktoranden	A	185
	D	4
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	32
	D	32
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	28
	D	24
1–6 Monate	A	244
	D	40
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	356
	D	17
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>		<b>728</b>
	D	<b>547</b>
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	48
	D	176
Studierende auf Master-Niveau	A	346
	D	157
Doktoranden	A	165
	D	77
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	151
	D	117
andere Geförderte *	A	18
	D	20
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	388
	D	338
1–6 Monate	A	314
	D	206
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	26
	D	3
<b>III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt</b>		<b>47</b>
	D	<b>8</b>
<b>Mobilität mit Partnerländern</b>		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	38
	D	
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	9
	D	8
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)</b>		<b>1.403</b>
	D	<b>636</b>
<b>DAAD-Förderung – A und D gesamt (I + II + III)</b>		<b>2.039</b>

\* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltöffnender Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung mit Programmländern). Darüber hinaus wurden im Projekt 2015 erstmals Fördermittel an Hochschulen vergeben, die in Partnerländern der EU ansässig sind (EU-Mobilitätsförderung mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2015 und damit auf die Laufzeit 1.6.2015 – 31.5.2017.

Unsere GATE Messe im Februar, die in Neu Delhi und Hyderabad Station machte und an der 15 deutsche Hochschulen teilnahmen, registrierte etwa 3.500 Besucherinnen und Besucher. Die indische Facebook-Seite des DAAD hat mehr als eine halbe Million Follower.

Die Webseite der Außenstelle wurde grundlegend überarbeitet und stellt jetzt noch übersichtlicher vielfältige Informationen für unterschiedliche Zielgruppen dar. Für Bangladesch und Sri Lanka wurden neue Webseiten erstellt.

Großer Beliebtheit erfreuen sich weiterhin die DAAD-Stipendienprogramme. Für alle Programme sind die Bewerberzahlen von indischen Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern konstant hoch. Sie kommen überwiegend von den sehr guten Institutionen und sind meist hervorragend qualifiziert.

Auch das Interesse an bilateralen Hochschul- und Forschungskooperationen wächst. Die Außenstelle berät hier bei der Wahl geeigneter Partner, was angesichts der unüberschaubaren und stark divergierenden Hochschullandschaft essenziell für den Erfolg eines Kooperationsprogramms ist. Herausragende Beispiele erfolgreicher Kooperationen sind die Partnerschaften im Deutsch-Indischen Partnerschaftsprogramm des DAAD sowie das Indo-German Centre for Sustainability (IGCS) am Indian Institute of Technology Madras. Letzteres blickt auf inzwischen sieben erfolgreiche Jahre deutsch-indischer Forschungskooperation zurück und hat dieses Jahr neue, erweiterte Räumlichkeiten bezogen. <<

Peking

# Neue Ära mit chinesischen Charakteristika



**Die DAAD-Außenstelle Peking besteht seit 1994 und hat zurzeit zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Geleitet wird sie seit Oktober 2017 von Hannelore Bossmann.**

China will das mit der Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten entstandene Machtvakuum füllen und seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluss ausbauen. Dabei spielen Hochschulen eine wichtige Rolle. Denn in der Breite ist China noch nicht so innovativ aufgestellt, wie es die chinesische Regierung anstrebt.

Mit dem Präsidentenwechsel in den USA ist mit Blick auf die internationalen Entwicklungen ein Vakuum entstanden, das China für sich zu nutzen weiß. Die Volksrepublik ist willens, die sich daraus ergebenden Gestaltungsmöglichkeiten für ihre Interessen einzusetzen, und ist dafür gut gerüstet. Es gibt eine stabile Regierung, denn der 19. Parteitag hat den Staatspräsidenten und Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Xi Jinping, für weitere fünf Jahre bestätigt. Die Wirtschaft boomt und ist im vergangenen Jahr laut Nationalem Statistikbüro erneut um 6,8 Prozent gewachsen. Damit sind die Voraussetzungen gut, um das Ziel zu erreichen, dass China den ihm aus Sicht der Regierung zustehenden Platz im Zentrum der Welt einnimmt.

Dabei schaut Staatspräsident Xi Jinping nicht nur auf den nächsten Fünfjahresplan, sondern darüber hinaus. Er entwirft Visionen, die auf 30 Jahre angelegt sind und bis zum 100-jährigen Bestehen der VR China im Jahre 2049 umgesetzt sein sollen. Bis dahin will China die größte Volkswirtschaft mit der stärksten Innovationskraft sein, eine Weltmacht, die die globalen Geschicke maßgeblich beeinflusst.

Auf dem 19. Parteitag, der im Oktober in der Großen Halle des Volkes in Peking stattfand, hat Xi Jinping eine neue Ära des Sozialismus mit chinesischen Charakteristika eingeläutet. Das chinesische Modell von Staat und Wirtschaft könnte sich dabei als sehr effektiv erweisen.

Die innen- und außenpolitische Ausrichtung des Landes prägt maßgeblich Xi Jinping. Er drückt diesem Land immer stärker den Stempel seiner Politik auf. Seine Gedanken finden sogar Eingang in die Parteistatuten, eine Wertschätzung, die bisher nur Mao vorbehalten war. Durch die als Anti-Korruptionskampagne ausgegebenen politischen Säuberungsaktionen ist es Xi Jinping gelungen, die wichtigsten Schaltzentralen des Landes unter seine Kontrolle zu bringen. Sowohl nach außen als auch nach





Blauer Himmel über Peking

innen zeigt die Kommunistische Partei unter seiner Führung ein wachsendes Selbstvertrauen. Aus eben diesem Grund bewundern und unterstützen ihn weite Teile der Bevölkerung. Die rigorose Bekämpfung von Gegnerinnen und Gegnern der Parteilinie und ein zunehmendes System von Kontrolle und Eindämmung ausländischer Einflüsse sollen Stabilität und Ordnung aufrechterhalten. Dabei nutzt die Regierung die Möglichkeiten der Digitalisierung und die erzielten Errungenschaften in künstlicher Intelligenz und Big Data.

Die bisherige Amtsperiode als Staatspräsident ist auch geprägt von einer Re-Ideologisierung des öffentlichen Lebens und damit auch der Universitäten. Bildungsminister Chen Baosheng legte in einer Pressekonferenz im Dezember dar, dass die Partei dem Bildungsbereich besondere Aufmerksamkeit widmen müsse,

da hier die zukünftige Generation heranwachsen, die man vor falschen Einflüssen schützen und besonders schulen müsse. Daher nehmen ideologische und politische Schulungskurse an den Universitäten eine immer größere Rolle im Curriculum ein und „richtiges Lernen“ findet sich auch in den Lehrwerken wieder. Ziel ist es, nicht nur gute Fachkräfte auszubilden. Die Absolventen und Absolventinnen sollen ihre Hochschulen politisch und ideologisch geschult verlassen.

Die Reform- und insbesondere die Öffnungspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat die Regierung vorläufig beendet. Stattdessen propagiert sie offensiv einen genuin chinesischen und patriotisch motivierten Weg. Spätestens seit Beginn der Amtszeit des US-Präsidenten Donald Trump fällt es der politischen Elite inzwischen auch leichter, das







**2,5 Mio. Leihfahrräder stehen für die letzte Meile zur Verfügung, leicht mit QR-Codes zu entsperren.**

westliche Wertgefüge und die daraus resultierende globale Ordnung als schwach und fehlerhaft zu deuten und dem nun die neuen, eigenen Ansätze mit globalem Vorbildcharakter entgegenzusetzen.

Auch in der Außenpolitik setzt China immer deutlichere Zeichen. Sinnbildlich dafür steht das aktuelle Prestige-Projekt, das unter dem Namen „Belt and Road Strategy“ (früher „One

Belt, one Road“) firmiert. Ziel dieses dem Marshall-Plan nicht unähnlichen langfristigen Entwicklungsprojekts ist die Anbindung Chinas an Europa und Afrika durch Infrastrukturprojekte. Im Ergebnis soll dies den geopolitischen Einfluss Chinas auf dem eurasischen Kontinent vergrößern. Der wichtigste Grund für diese Initiative liegt darin, dass das Entwicklungsmodell, das über Jahre hinweg die Wirtschaft der Volksrepublik getragen hat und maßgeblich aus der Durchführung großer Infrastrukturprojekte bestand, an seine Grenzen stößt. Nun werden die eigenen Überkapazitäten genutzt, um entlang der Seidenstraße Straßen und Eisenbahnlinien zu bauen.

Die Regierung bewirbt die umgangssprachlich auch als „neue Seidenstraße“ bezeichnete Initiative nicht nur stark nach außen. Sie dient der chinesischen Propaganda auch dazu, dem chinesischen Volk eine Art Ersatzprogramm für die Reform- und Öffnungspolitik der vergangenen Jahrzehnte zu bieten. Die angestrebte Öffnung ist allerdings eher wirtschafts- und machtpolitisch motiviert, knüpft an die alten Handelstraditionen Chinas an und soll das Reich der Mitte weiter mit der Welt verbinden. >

## SYSTEM FÜR SOZIALE VERTRAUENSWÜRDIGKEIT – GESELLSCHAFTLICHES BONITÄTSSYSTEM



Seit 2014 arbeitet China an einem System der sozialen Vertrauenswürdigkeit, das Chinesen und Chinesinnen zu guten Bürgern machen soll. Mithilfe von Big Data und Gesichtserkennung will das Land flächendeckend ein differenziertes Profil jedes chinesischen Bürgers und jeder Bürgerin erstellen.

Alle Chinesinnen und Chinesen erhalten ein Punktekonto, das sie durch gute Taten aufbessern können, das sich bei Fehlverhalten jedoch auch reduziert. In Zukunft soll der Punktestand nicht nur wie bei der Schufa in Deutschland über die Kreditvergabe, sondern auch über Zugang zu Reisen, bessere Schulen für die Kinder und bevorzugte Behandlung bei Behördengängen entscheiden. Dieses Projekt befindet sich zwar

noch in Shanghai und kleineren Städten in der Testphase, soll aber ab 2020 im ganzen Lande gelten.

Erste Erfolge gibt es bereits bei der Verkehrsüberwachung. Weil jeder Verstoß sofort per Mobiltelefon geahndet und die Strafe eingezogen wird, verhalten sich Verkehrsteilnehmende disziplinierter. Die Verantwortlichen haben auch das Gebaren von Regierungsstellen in das Bewertungssystem aufgenommen. Damit möchten sie die Akzeptanz in der Bevölkerung stärken.

## 45 Jahre diplomatische Beziehungen

1972 nahmen die Bundesrepublik Deutschland und China diplomatische Beziehungen auf. Vor dem Hintergrund der vielfältigen Entwicklungen in diesem Zeitraum verabredeten beide Seiten den hochrangigen deutsch-chinesischen Dialog für den gesellschaftlich-kulturellen Austausch. Die Schirmherrschaft auf chinesischer Seite hat Vizepremierministerin Liu Yandong und auf deutscher Seite Bundesaußenminister Sigmar Gabriel, der aus Anlass der Auftaktveranstaltung im Mai 2017 nach Peking reiste.

Einen wichtigen Eckpfeiler der deutsch-chinesischen Beziehungen bildete und bildet der Studierendenaustausch, der kurz nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen in beide Richtungen einsetzte. Viele ehemalige Teilnehmende aus China und Deutschland gestalten heute aktiv die deutsch-chinesischen Beziehungen mit.

Daher fand im Rahmen der Feierlichkeiten am 24. Mai 2017 eine Gedenkveranstaltung im Pekinger Diaoyu State Guesthouse statt, die vom China Scholarship Council (CSC) und vom DAAD organisiert wurde. Vor 200 geladenen chinesischen und deutschen Gästen, die alle selbst am deutsch-chinesischen Studierendenaustausch



teilgenommen hatten, würdigte die chinesische Vizepremierministerin Liu Yandong zum Auftakt den Beitrag der chinesischen Austauschstudierenden für den Aufbau ihres Landes und für den Aufbau von freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland und Europa.

Bei der Veranstaltung kamen ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten aus vier Jahrzehnten zu Wort, die China kurz nach der Kulturrevolution erlebten und die Entwicklung bis zur Gegenwart nachzeichnen konnten. Allen Erfahrungsberichten gemein ist, dass der Auslandsaufenthalt bis zum heutigen Tage die sehr unterschiedlichen beruflichen Karrieren geprägt hat. Freundschaften aus der Zeit haben sich über die Jahre weiterentwickelt und stellen heute einen wichtigen Teil des persönlichen Alltags dar.

Den Übergang von der Vergangenheit zur Gegenwart stellte die anschließende Diskussionsrunde dar, in der Studierende und Interessenten Fragen an die Podiumsteilnehmenden stellten. Besonderes Interesse bestand an der Frage, wie ein Studienaufenthalt in China oder Deutschland die berufliche Karriere positiv beeinflussen kann. Die jetzt in China studierenden Stipendiaten und Stipendiatinnen werden wie ihre Vorgänger ihren Beitrag zu den zukünftigen bilateralen Beziehungen leisten und diese mitgestalten.

**Der damalige Bundesaußenminister Sigmar Gabriel als Schirmherr der Auftaktveranstaltung in Peking**



Zwar betonen offizielle Stellen stets, dass sowohl der Entwicklungsgürtel auf dem Landweg (Belt) als auch das Netz von Wasserstraßen (Road) nur zusammen mit den Partnerländern vorangebracht werden können. Es ist aber offensichtlich, dass China die treibende Kraft ist und dass es vor allem darum geht, durch den Export des chinesischen Entwicklungsmodells die Einflussosphäre Chinas auszuweiten.

### Education Hub China?

China flankiert diese außenpolitischen Interessen Chinas auch durch Stipendien. Das Ziel, im Jahre 2020 500.000 ausländische Studierende anzuziehen, könnte die VR China vorfristig erreichen. Waren es 2014 noch 377.000, so sind nach Angaben des Bildungsministeriums im Jahre 2016 bereits 442.773 ausländische Studierende an chinesischen Hochschulen eingeschrieben, das entspricht einem Anstieg von 11,35 Prozent zum Vorjahr.

**Deutsche Hochschullehrer und Vertreter von Forschungseinrichtungen werben für chinesische Doktoranden.**

Über 50 Prozent von diesen sind Austauschstudierende, die keinen Abschluss in China anstreben. Es ist davon auszugehen, dass es sich dabei um Austauschstudierende aus den Industrieländern handelt, die im Heimatland ihr Studium abschließen. Studierende aus Entwicklungsländern dagegen absolvieren das komplette Studium in China und erhalten dafür Stipendien der chinesischen Regierung.

Selbstkritisch räumte der Bildungsminister Chen Baosheng bei einer Pressekonferenz im Rahmen des 19. Parteitages ein, dass die hohe Zahl der ausländischen Studierenden noch kein Indikator für die Qualität des chinesischen Hochschulwesens sei. Er sagte, dass es zwar in anderen Ländern Auswahlverfahren gebe, um die besten chinesischen Studierenden auszuwählen, dass China selber aber bisher kein Auswahlverfahren für ausländische Studierende anwende. Es sei also davon auszugehen, dass nicht alle Studierende den



### AUSLANDSMOBILITÄT

Insgesamt studierten 2017 nach Angaben des chinesischen Bildungsministeriums insgesamt 544.500 Chinesinnen und Chinesen im Ausland. Davon haben sich die meisten Studierenden in den USA eingeschrieben, das zu den beliebtesten Gastländern mit inzwischen 350.700 Studierenden aus China gehört, gefolgt von Australien, Großbritannien, Japan und Kanada. In Deutschland waren zum Wintersemester 2016/2017 34.997 Studierende immatrikuliert und damit 8,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Studienanfänger ist ebenfalls von 7.922 auf 8.314 und damit um 4,9 Prozent angestiegen. Dennoch steht Deutschland erst an neunter Stelle der beliebtesten Gastländer. Die Geschlechterverteilung ist nahezu gleich, 17.324 Studenten stehen 17.673 Studentinnen gegenüber – ein Verhältnis, das erstaunt, wenn man berücksichtigt, dass 63 Prozent der Studierenden

in den Ingenieurwissenschaften und Naturwissenschaften eingeschrieben sind. Der Anstieg der chinesischen Studierenden in Deutschland ist auch auf die Marketingbemühungen der DAAD-Außenstelle Peking und der Informationszentren in Shanghai und Guangzhou zurückzuführen. Der DAAD beteiligte sich zusammen mit deutschen Hochschulen an der China Education Expo, die jährlich im Oktober in den großen Städten Chinas veranstaltet wird, um für Studium und Forschung in Deutschland zu werben.

## Der DAAD als NGO in China

Zum 1. Januar 2017 trat in der Volksrepublik (VR) China das Gesetz über ausländische Nichtregierungsorganisationen (NGO) in Kraft. Da die Registrierung beim Ministerium für öffentliche Sicherheit erfolgen muss, liegt dieses Gesetz einerseits im Trend, westliche Einflüsse und Wertevorstellungen von China fernhalten zu wollen, andererseits bietet es erstmalig eine rechtliche Grundlage für die Arbeit ausländischer NGOs in der Volksrepublik. Aufgrund fehlender Durchführungsbestimmungen war und ist der Prozess von vielen Unsicherheiten gekennzeichnet.

Als Verein der deutschen Hochschulen, obwohl aus staatlichen



Die Registrierungsurkunde der DAAD-Außenstelle in Peking

Mitteln gefördert, fiel der DAAD in die Zuständigkeit dieses Gesetzes. Daher musste die DAAD-Außenstelle Peking, die seit 1994 auf der Grundlage einer Vereinbarung mit dem chinesischen Bildungsministerium in China arbeitete, einen erheblichen Teil seiner Kapazität der Registrierung des DAAD in der VR China widmen.

Für die DAAD-Außenstelle Peking konnte mit Überreichung der Registrierungsurkunde am 27. November 2017 dieser Prozess erfolgreich abgeschlossen werden. Hochschulen sind von diesem Gesetz ausdrücklich ausgenommen und können eine Anbindung an ihre Partnerhochschulen vornehmen.

Qualitätsanforderungen gerecht würden. Ob es in Zukunft ein eigenes – der Gaokao (Hochschulaufnahmeprüfung für chinesische Studierende) vergleichbares – Auswahlssystem für ausländische Studierende geben werde, ließ er offen.

Aus deutscher Sicht ernüchternd ist ein Vergleich der Zahlen deutscher und französischer Studierender in China. 10.414 Franzosen und Französinen stehen nur 8.145 Deutschen gegenüber. Ein Grund ist sicherlich das weitaus positivere Chinabild in Frankreich im Vergleich zu Deutschland. Mehr deutsche Studierende und Nachwuchsforschende nach China, dem größten Handelspartner Deutschlands, zu

vermitteln, stellt eine der größten Herausforderungen für den DAAD in China dar.

## Doppelsexzellenz

Auch im Hochschulbereich verfolgt China ehrgeizige Pläne. Ziel ist es, dass chinesische Hochschulen in internationalen Rankings aufsteigen. Bisher konnten sich nur die Tsinghua- (Platz 48) und die Peking-Universität (Platz 71) unter den ersten hundert Hochschulen des sogenannten Shanghai-Rankings platzieren. Anders als in den Vorjahren verzichten die Verantwortlichen darauf, genaue Vorgaben zu formulieren, wie viele Hochschulen in internationalen Rankings vertreten sein sollen. >



## DEUTSCHE SPRACHE IN CHINA

China gehört weltweit zu den wenigen Ländern, in denen nach wie vor mehr Menschen die deutsche Sprache lernen wollen. Angetrieben wird diese Entwicklung vom Wunsch vieler junger Chinesinnen und Chinesen, in Deutschland zu studieren. Aktuell lernen an Schulen, die vom Goethe-Institut oder der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen betreut werden, 18.000 Schüler und Schülerinnen. Hinzu kommen nach eigenen Erhebungen circa 45.000 Studierende an den Hochschulen mit weiterhin steigender Tendenz. Dies bedingt eine Nachfrage nach Deutschlehrenden, die bisher in China nur unzureichend ausgebildet werden, obwohl die Zahl der Deutschabteilungen in den zurückliegenden zwanzig Jahren von 45 bis 50 auf 116 angewachsen ist. Der DAAD unterstützt die Deutschabteilungen mit 30 DAAD-Lektoraten und -Sprachassistenzen. Zusätzlich werden die Hochschulen selbst aktiv, um qualifizierte Deutschlehrkräfte in Deutschland, sogenannte Ortslektoren, anzuwerben. Dennoch kann der riesige Bedarf nicht gedeckt werden. Gründe dafür liegen in den gestiegenen Anforderungen an die Arbeitsgenehmigung sowie am mangelnden Interesse junger Germanisten und Germanistinnen, in China zu lehren. Ein eigens geschaffenes Lehrerfortbildungssektorat an der Tongji-Universität besucht daher insbesondere die Hochschulen, an denen kein Lektorat angesiedelt ist, um Kontakt zu halten und die Dozierenden über neuere Entwicklungen in der Germanistik zu informieren. Diesem Ziel dienen auch die fünf Germanistischen Institutspartnerschaften, die zwischen deutschen und chinesischen Deutschabteilungen vereinbart wurden und vom DAAD gefördert werden.



**Immer mehr junge Chinesen und Chinesinnen wollen Deutsch lernen.**

Stattdessen ist von einigen, weiteren und mehreren Universitäten und Fachbereichen in Spitzenpositionen bis 2050 die Rede. Denn es ist davon auszugehen, dass die bisher in den obersten Rängen gelisteten Hochschulen ihre Platzierungen verteidigen werden.

Im September veröffentlichten mehrere Ministerien endlich die bereits im Vorjahr erwarteten Ergebnisse des Hochschulstrukturprogramms zur Doppelsexzellenz. Dieses Programm wird die alten Programme 211 und 985 ablösen.

**DAAD und Ortslektoren beim jährlichen Fortbildungsseminar an der Peking-Universität**



Wer Überraschungen erwartet hatte, wurde enttäuscht, denn die ausgewählten 42 Doppelsexzellenz-Universitäten sind identisch mit den 39 Hochschulen des 985er Programms. Außerdem gehören dem Programm drei weitere Hochschulen an, die vormals zu den 211er Hochschulen gehörten. Schließlich benennt es für weitere 95 Hochschulen herausragende Fachrichtungen, die eine besondere Förderung erhalten werden. Der DAAD hat dazu einen DAAD-Blickpunkt erstellt, der Details zu den geförderten Institutionen auflistet.

Dieses aus Mitteln des Bildungsministeriums und Geldern aus den Provinzhäushalten geförderte Programm wird die chinesische Hochschullandschaft verändern. Auswirkungen sind auch auf die Hochschul Aufnahmeprüfung – gaokao – zu erwarten, deren Reform bereits in einigen Provinzen in Pilotprojekten getestet wird. Die damit verbundenen Konsequenzen für den Hochschulzugang in Deutschland müssen noch von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz festgelegt werden.

## China Innovationsmotor?

Wie steht es um die politisch forcierte Innovationsfähigkeit Chinas? Der von acatech und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gemeinsam erstellte Innovationsindikator bescheinigt dem Land einen niedrigen Indexwert, da dieser Indikator die Innovationskraft der ganzen Volkswirtschaft abbildet. In der Breite ist die Volksrepublik also nicht gut aufgestellt. Betrachtet man allerdings die Internet- und Telekommunikationsbranche allein, steht China weltweit sehr gut da. Förderanreize sollen mehr Start-ups auf den Weg bringen, außerdem wird für Start-up-Gründungen in zahlreichen Technologieparks geworben.

Maßstab für die Innovationskraft ist die Zahl und Qualität der Patente sowie der wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Laut Angaben des Staatlichen Amtes für geistiges Eigentum ist die Zahl der chinesischen Patentanmeldungen im Jahre 2017 erneut um 14,2 Prozent gestiegen. Neue Patentanmeldungen beliefen sich auf 1,38 Millionen, von denen etwa 420.000 angenommen wurden. Patentanmeldungen erfolgten auch für eine Reihe von inländisch entwickelten Kerntechnologien in den Bereichen Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt, Hochgeschwindigkeitszüge und Kernenergie. Auch die Qualität habe sich verbessert. Dennoch bescheinigt die Weltbank den chinesischen Patenten bisher eine geringe Verwertbarkeit, 23.980 Mio. US-Dollar Investitionen standen nur 1.161 Mio. US-Dollar an Einnahmen gegenüber (Deutschland 17.596 Mio. US-Dollar Einnahmen/10.489 Mio. US-Dollar Ausgaben).

Auch bei der Zahl der wissenschaftlichen Publikationen macht China weiterhin große Fortschritte. Laut der amerikanischen National Science Foundation (NSF) hat China 2017 erstmals die USA bei der Zahl der Publikationen übertroffen. Damit hat sich die Politik Chinas, Wissenschaftler und Forscherinnen für

Tabelle 17 : Daten zum Bildungssystem China

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	1.382,32 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	175,92 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	15.559
Wirtschaftswachstum	6,8 %
Inflation	2,01 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 5
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 1
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 84
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	k.A. %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	43,37 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	51,47 %
Immatrikulationsquote	43,39 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	6.051.384
PhD	54.891
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	2,07 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	471.472
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,28 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. Südkorea	
2. USA	
3. Thailand	
4. Russland	
5. Japan	
k.A. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	544.500
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,09 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	34.997
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Australien	
3. Vereinigtes Königreich	
4. Japan	
5. Kanada	
9. Deutschland	

Quellen: DAAD, Statistik  
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt  
 Wissenschaft weltweit  
 The World Bank, Data  
 UNESCO, Institute for Statistics

Publikationen zu vergüten, bezahlt gemacht. Die finanziellen Anreize richten sich nach dem Impact-Faktor des wissenschaftlichen Publikationsorgans, wobei ein Artikel in „Nature“ den höchsten Preis erzielt. Auch entwickelte sich ein Geschäftszweig der Publikationsmakler, um die Artikel möglichst lukrativ zu platzieren. ➤

**Tabelle 18 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2017 China**

		China
A = Geförderte aus dem Ausland		
D = Geförderte aus Deutschland		
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>		<b>325</b>
		<b>218</b>
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	67
	D	61
Studierende auf Master-Niveau	A	36
	D	28
Doktoranden	A	71
	D	40
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	151
	D	89
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	77
	D	63
1–6 Monate	A	61
	D	50
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	187
	D	105
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>		<b>1.330</b>
		<b>1.473</b>
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	480
	D	521
Studierende auf Master-Niveau	A	447
	D	524
Doktoranden	A	123
	D	113
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	229
	D	243
andere Geförderte *	A	51
	D	72
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	529
	D	700
1–6 Monate	A	598
	D	657
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	203
	D	116
<b>III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt</b>		<b>119</b>
		<b>29</b>
<b>Mobilität mit Partnerländern</b>		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	99
	D	
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	20
	D	29
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)</b>		<b>1.774</b>
		<b>1.720</b>
<b>DAAD-Förderung – A und D gesamt (I + II + III)</b>		<b>3.494</b>

\* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltöffner Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung mit Programmländern). Darüber hinaus wurden im Projekt 2015 erstmals Fördermittel an Hochschulen vergeben, die in Partnerländern der EU ansässig sind (EU-Mobilitätsförderung mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2015 und damit auf die Laufzeit 1.6.2015 – 31.5.2017.

Die Qualität der wissenschaftlichen Veröffentlichungen sowie die gute wissenschaftliche Praxis blieben häufig hinter den Erwartungen zurück, so dass eine Reihe von Publikationen zurückgezogen werden mussten. Das chinesische Wissenschaftsministerium geht mit einer Null-Toleranz-Politik gegenüber Autoren und Autorinnen vor, die der Täuschung überführt werden, um das Ansehen der chinesischen Wissenschaft nicht weiter zu beschädigen.

Die Rahmenbedingungen in China für Bildung, Wissenschaft und Forschung sind also günstig für die Zusammenarbeit mit deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Mit dem „Sino-German Postdoc Scholarship Program“ (CSC-DAAD) haben der DAAD und der „China Scholarship Council“ (CSC) ihre Programmpalette seit 2013 auf die Förderung chinesischer Postdoktorandinnen und Postdoktoranden erweitert. Das Programm soll die deutsch-chinesische Zusammenarbeit in der Forschung weiter intensivieren. Es richtet sich insbesondere an PhD-Absolventinnen und -Absolventen chinesischer Spitzenhochschulen sowie Forschungsinstitute und fördert Forschungsaufenthalte von sieben bis 18 Monaten, die an einer Universität oder einem außeruniversitären Forschungsinstitut in Deutschland durchgeführt werden können. Aufgrund des großen Interesses wurde die Vereinbarung nicht nur verlängert, sondern auch um weitere Stipendien auf insgesamt 45 pro Jahr aufgestockt. Die Generalsekretärinnen, Dr. Liu Jinghui für den CSC und Dr. Dorothea Rüländ für den DAAD, unterzeichneten diese Absichtserklärung, die auch eine Verlängerung des projektorientierten Personenaustauschprogramms vorsieht. <<

Tokyo



# Demografischer Wandel – Japan wappnet sich



Seit März 2017 leitet Dorothea Mahnke die Außenstelle Tokyo. Zu ihrem Team gehören fünf Mitarbeiterinnen in Teilzeit. Die Arbeit am DWIH wird von drei weiteren Vollzeitstellen übernommen. Zudem unterstützt der ehrenamtliche Alumniverein „Tomo no kai“ (Freundeskreis) die Arbeit des DAAD mit Wort und Tat.

Japan will Forschung und Innovation stärken und auf den demografischen Wandel reagieren. Dazu reformiert es seine Hochschulen. Diese erhalten kontinuierlich weniger Grundfinanzierung, sollen stattdessen mehr Drittmittel einwerben und darüber hinaus intensiver mit Unternehmen zusammenarbeiten. Damit Studierende lösungsorientierter agieren und besser auf internationaler Bühne kommunizieren können, fördert die Regierung zudem Hochschulen bei ihrer Internationalisierung. Dem demografischen Wandel in der Hochschullandschaft begegnet sie mit neuen Programmen.

## Die politische Entwicklung im Land

Japan wird in den nächsten Jahrzehnten einschneidende Veränderungen durchlaufen. Der demografische Wandel und der globale Innovationswettbewerb in Zeiten der Digitalisierung und künstlichen Intelligenz zwingen das Land zu Reformen, wobei neue Technologien als zukunftsweisende Chancen wahrgenommen werden. Gerade für Deutschland ist es spannend, nach Japan zu blicken. Denn es ist das erste Industrieland, das mit den gesellschaftlichen,

wirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen, die eine alternde und schrumpfende Bevölkerung mit sich bringt, umgehen und Antworten auf die Frage finden muss, wie die wissenschaftliche und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aufrechterhalten werden kann.

## Parlamentswahlen – Abe wirbt mit kostenloser Bildung

Das wohl wichtigste innenpolitische Ereignis im Jahr 2017 war die vorgezogene Wahl für das Unterhaus im Oktober, bei der Shinzo Abe als 98. Premierminister Japans in seinem Amt bestätigt wurde. Der Wahl gingen in der ersten Hälfte des Jahres zwei Skandale voraus, bei denen Abe Vetternwirtschaft vorgeworfen wurde. Die Folge war eine historische Wahlschlappe seiner Partei, der LDP (Liberaldemokratische Partei) bei den Kommunalwahlen in Tokyo im Juli gegen die Gouverneurin Yuriko Koike. Im Sommer lagen die Zustimmungsraten Abes auf einem Rekordtief, auf das er mit



einer Kabinettsumbildung reagierte. Die Forderung Abes, den sogenannten Friedensartikel (siehe Seite 102) der Verfassung zu ändern und damit die Existenz der Selbstverteidigungskräfte verfassungsrechtlich anzuerkennen, stieß ebenfalls auf wenig Zustimmung in der Bevölkerung. Dennoch sahen viele Wähler und Wählerinnen angesichts der sehr schwachen

und zersplitterten Opposition keine Alternative zur LDP. In die Hände spielte Abe auch die Nordkorea-Krise, während der er mit Forderungen nach höheren militärischen Ausgaben und der Verfassungsreform erneut punkten konnte. Zudem wurde das starke Ergebnis durch das Mehrheitswahlrecht, das die LDP bevorteilt, und eine historisch niedrige Wahlbeteiligung

Der Stadtteil Shinjuku ist ein kommerzielles und administratives Zentrum in Tokyo.







von 53,8 Prozent begünstigt. Die LDP gewann, gemeinsam mit der konservativ-buddhistischen Komeito, eine Zweidrittelmehrheit im Parlament und Abe könnte nun eine Verfassungsänderung anstoßen. Dafür benötigt er neben den Mehrheiten im Ober- und Unterhaus auch die direkte Zustimmung des Volkes durch ein Referendum.

### Verfassungsänderung

Die Reform des Friedensartikels (Artikel 9) ist ein hochsensibles Thema. Es wird befürchtet, dass eine Verfassungsänderung der erste Schritt zu einem autoritären, nationalistischen Staat sein und weitere Spannungen mit den ehemaligen Kriegsgegnern Korea und China provozieren könnte. Von jenen, die eine Änderung befürworteten, wird auf die Situation mit Nordkorea und das aggressive Auftreten Chinas im südchinesischen Meer verwiesen. Den unpopulären Vorschlag der Änderung des Friedensartikels verknüpfte Abe mit einer Forderung nach kostenfreier Bildung. Er schlug vor, einkommensschwachen Familien die Kosten für Kindergärten zu erlassen, bis 2020 die Gebühren für private Oberschulen und nationale Universitäten abzuschaffen und die Gebühren für private Universitäten auf einen festen Betrag zu reduzieren. Die Ausbildungskosten sind im weltweiten Vergleich in Japan besonders hoch und werden größtenteils durch die Eltern oder durch die Aufnahme von hohen Krediten

finanziert. Diese Ausgangslage benachteiligt Kinder aus einkommensschwachen Familien und nur ein geringer Anteil von ihnen beginnt daher ein Studium. Angesichts der zu erwartenden sinkenden Studierendenzahlen, des drohenden Fachkräftemangels und der werdenden Schere zwischen Arm und Reich werden die von Abe angekündigten Maßnahmen von vielen als unabdingbar angesehen.

Wirtschaftlich geht es Japan so gut wie lange nicht. Es hat die geringste Arbeitslosenrate seit 24 Jahren (2,7 Prozent, Stand: November 2017), einen Handelsüberschuss von 21 Prozent und ein Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent. Im Dezember einigten sich die EU und Japan auf ein umfassendes Freihandelsabkommen, das 2019 in Kraft treten soll. Dies umfasst 30 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung und verspricht Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf beiden Seiten. Der Rückzug der USA aus dem TPP-Handelsabkommen hatte dem Abkommen mit der EU Aufwind gegeben.

Die Kehrseite des Aufschwungs ist der akute Fachkräftemangel – Ende des Jahres meldete das Arbeitsministerium 1,55 offene Stellen pro Bewerber. In den nächsten Jahren ist Japan daher auf eine Steigerung der Produktivität, die Automatisierung von Arbeitsprozessen und die Ausbildung von hochqualifizierten Fachkräften in Zukunftsindustrien angewiesen. Die Regierung hat sich die Förderung von

Humanressourcen vorgenommen. Im September rief sie dafür eigens einen Regierungsausschuss ins Leben.

### Entwicklungen im Hochschulsektor

Mit seinen 777 Hochschulen – 86 nationale, 91 öffentliche und 600 private – kann Japan auf eine große und diverse Hochschullandschaft blicken. 71 Prozent der Oberschulabsolventen besuchen eine tertiäre Ausbildungsinstitution, davon knapp 80 Prozent eine Hochschule. Besonders prestigeträchtig sind die nationalen Universitäten. Laut dem 2017 erstmalig

erschienenen THE-Japan-Ranking gehören zu den besten 15 japanischen Universitäten 13 nationale und zwei private Institutionen. Im internationalen Ranking, das tendenziell englischsprachige Hochschulen begünstigt, wurden die japanischen Hochschulen inzwischen von Singapur und China überholt. Unter den laut THE besten 100 Hochschulen weltweit sind nur zwei japanische Hochschulen zu finden, unter den besten 1.000 hingegen 89.

2004 wurden die nationalen Universitäten in Selbstverwaltungskörperschaften umgewandelt und durchlaufen seitdem einen Reformprozess. >

### Netzwerk unterstützt Germanistiken

Für die Förderung des Deutschen als Fremdsprache sowie der Germanistik ist an der DAAD-Außenstelle in Tokyo ein Lektor tätig, der die Aktivitäten in diesem Bereich koordiniert. Dazu gehören neben der Zusammenarbeit mit den germanistischen Fachverbänden und Institutionen die Organisation von Fortbildungsveranstaltungen für an japanischen Hochschulen tätige deutsche Lektorinnen und Lektoren.

Die Germanistik in Japan ist nach wie vor eine der großen Auslandsgermanistiken weltweit, hat aber wie andere Philologien einen schweren Stand, da Universitäten gehalten sind, „anwendungsorientiertere“ Lehrangebote zu schaffen. Deshalb ist es notwendig und im genuinen Interesse der deutschen Universitäten,

dass Partnerinstitutionen wie der DAAD die Germanistiken unterstützen. Die Zahl der germanistischen Fachbereiche an japanischen Universitäten bleibt stabil, ausbleibende Neubesetzungen von Stellen führen aber in vielen Fällen zu einer Verkleinerung der Institute. Deutsch wird auch außerhalb der Germanistiken gelernt. Etwa ein Drittel der Studienanfänger und -anfängerinnen wählen diese Fremdsprache laut einer Untersuchung der japanischen Gesellschaft für Germanistik

von 2012. Der Trend ist dennoch unverkennbar: Seit zweite Fremdsprachen an Universitäten nicht mehr notwendig Pflichtfächer sind (Hochschulgesetz von 1991), nimmt die Zahl der Deutschlernenden ab, insbesondere derer, die Deutsch oder andere zweite Fremdsprachen über das Anfängerniveau hinaus lernen wollen. Die Außenstelle versucht, die Lehrenden so gut es geht bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Sie kann dabei auf ein großes Netzwerk von Dozentinnen und Dozenten zurückgreifen, die der Außenstelle wertvolle Partner sind.

**Viele japanische Studierende lernen Deutsch. Allerdings nimmt ihre Zahl ab, seit eine zweite Fremdsprache kein Pflichtfach mehr ist.**







**Motivierte Studentinnen nach einer Informationsveranstaltung an der Frauenuniversität Kyoto**

Jedes Jahr erhalten sie ein Prozent weniger Grundfinanzierung und sind angehalten, Drittmittel einzuwerben. Parallel setzt die Regierung darauf, die Reformen durch Programme zu steuern, die insbesondere drei Aktionsfelder betreffen: die praxisnahe Ausbildung, die Vorbereitung auf den demografischen Wandel und die Stärkung von Forschung und Innovation. Betont wird bei allen Programmen der Wunsch nach verstärkter Zusammenarbeit zwischen Firmen und Universitäten.

**Praxisnahe Ausbildung**

Die Absolventinnen und Absolventen der Zukunft sollen für die Anforderungen der globalen, digitalen und alternden Gesellschaft gewappnet sein. Sie sollen kreativ und lösungsorientiert agieren und auch auf internationaler Bühne kommunizieren können. Um dies zu erreichen, setzte die Regierung eine Reihe neuer Programme auf. Das größte und bekannteste unter ihnen ist das „Top Global University Program“, mit dem 37 private und nationale Universitäten seit 2014 mit dem Ziel gefördert werden, Internationalisierungsmaßnahmen durchzuführen und Studierenden die Fähigkeit zu vermitteln, global zu agieren. Es soll außerdem dabei helfen, die von der japanischen Regierung ausgegebene Zielmarke von 300.000 internationalen Studierenden bis 2020 zu erreichen. 2017 zählte die Statistik der Japanese Student Services Organization (JASSO) bereits 267.040 ausländische Studierende, die Zahl der Schüler und Schülerinnen an Sprachschulen mit einberechnet.

2017 wurde eine Reform der Universitätseingangsprüfung in die Wege geleitet. Ab 2020 wird der jetzige zentrale Eingangstest durch eine neue Prüfung abgelöst. Abgefragt werden soll verstärkt die Denkfähigkeit, das Urteils- und Ausdrucksvermögen sowie die (internationale) Kooperationsfähigkeit. Der Englischtest soll an private Anbieter ausgelagert werden, um die Kommunikations- und Schreibfähigkeit zu testen und nicht nur wie bisher das Lese- und Hörverständnis. Das MEXT (Ministerium für Bildung, Kultur, Sport, Wissenschaft und Technologie) erhofft sich von dieser Reform auch die Änderung der Lehrmethoden an japanischen Oberschulen, die bisher noch auf Frontalunterricht und Auswendiglernen setzen.

Zudem kündigte das MEXT an, dass im April 2019 eine neue Hochschulform geschaffen werde. Die „Fachberufshochschulen“ werden zukünftig Spezialisten für kleine und mittlere Unternehmen in der Informationstechnologiebranche und Tourismusbranche ausbilden. Die Ausbildung soll durch praktisches Training in Firmen flankiert und mit einem Bachelorabschluss zertifiziert werden.

**Demografischer Wandel: keine neuen Hochschulen im Großraum Tokyo**

40,8 Prozent der Studierenden sind an einer der Hochschulen im Großraum Tokyo eingeschrieben, davon kommt die Hälfte ursprünglich nicht aus der Hauptstadt. Um dem Zuzug dieser Erstsemester entgegenzuwirken, hat die Regierung eine Regelung erlassen, die es privaten Hochschulen in Tokyo ab 2018 untersagt, ihre Zulassungszahlen zu erhöhen. Zudem dürfen ab 2019 keine neuen Hochschulen im Großraum Tokyo gegründet werden.

Dass aufgrund des demografischen Wandels einige Hochschulen geschlossen werden müssen, ist vielen deutlich geworden. So gibt es

## Society 5.0: Von künstlicher Intelligenz und autonomem Fahren

Die „supersmarteste Gesellschaft“, die Vision eines neuen Gesellschaftsmodells, die im 5th Science and Technology Basic Plan (2016–2020) entworfen wird, steht für eine digitalisierte Gesellschaft, in der das Individuum im Zentrum der technischen Entwicklungen steht. Technik, Wissenschaft und Innovation unterstützen dabei den Menschen in einer nachhaltigen, wohlhabenden und inklusiven Gesellschaft. Möglich gemacht wird dies durch den Einsatz neuer Technologien wie der künstlichen Intelligenz. Die Strategie zur künstlichen Intelligenz beleuchtet die Möglichkeiten und Gefahren dieser neuen Technologien in den Feldern Mobilität, Produktion, Dienstleistungen und Kommunikation kritisch. Sie

fokussiert sich darüber hinaus auf ethische, rechtliche, wirtschaftliche, gesellschaftliche Fragen sowie Bildung, Forschung und Entwicklung. Generell wird Deutschland dabei als wichtiger Partner wahrgenommen, der mit Japan ein gemeinsames Wertesystem teilt.

Auf dem STS-Forum (Science and Technology in Society) im Oktober erwähnte Premierminister Abe die Zusammenarbeit mit Deutschland im Bereich des autonomen Fahrens als herausragendes Beispiel. Vorausgegangen war eine bilaterale Absichtserklärung zur Kooperation in diesem Bereich, das der japanische Staatsminister für Wissenschafts- und Technologiepolitik, Yosuke Tsuruho, und

die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Johanna Wanka, unterzeichnet hatten.

Das DWIH veranstaltete gemeinsam mit dem „Consortium of co-creation for drone society“ der Keio Universität SFC und mit Unterstützung der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Japan und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) ein Symposium über Fahrerassistenzsysteme und autonomes Fahren.

**Das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus Tokyo veranstaltete im November 2017 zusammen mit der Keio Universität SFC ein Symposium zu Fahrerassistenzsystemen und autonomem Fahren.**



Vorschläge, ganze Fakultäten mitsamt ihrer Curricula und ihres Lehrpersonals an andere Hochschulen zu verkaufen. Der abnehmende Bedarf an Lehrern und Lehrerinnen in Grund- und Mittelschulen in den nächsten zehn Jahren führte zu dem Vorschlag, erziehungswissenschaftliche Fakultäten verschiedener regional nah beieinanderliegender Hochschulen zusammenzulegen.

### Ziele der Forschungsförderung

Im Bereich der Forschung kann Japan die dritthöchsten Ausgaben nach den USA und China vorweisen. Der größte Teil stammt aus der Industrie und geht in die anwendungsbezogene Forschung. Japan hat auch die drittgrößte

Anzahl Forschender weltweit, davon 73 Prozent in der Industrie, sowie die höchste Zahl an Patenten. Die Regierung finanziert größtenteils die Grundlagenforschung. Allerdings werden warnende Stimmen laut. Im März berichtete die Zeitschrift Nature, dass der Anteil der Artikel von japanischen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen in führenden wissenschaftlichen Zeitschriften von 9,2 Prozent im Jahre 2012 auf 8,6 Prozent 2016 gefallen sei. Japan ist laut NISTEP (National Institute of Science and Technology Policy) bei der Anzahl von Zitierungen von Artikeln von Platz 2 auf Platz 4 abgestiegen, bei besonders gewichtigen Artikeln („high citations“) sogar auf Platz 9. Die staatlichen FuE-Ausgaben blieben seit 2001 konstant, während andere Staaten wie



Zur „European Higher Education Fair“ (EHEF) 2017 kamen 1.300 Besucherinnen und Besucher – und viele davon wollten nach Deutschland.

China und Südkorea aufholen. Der Anteil des Bildungsbudgets am BIP ist unter allen OECD-Ländern am niedrigsten. Das renommierte Forschungsinstitut RIKEN musste in den letzten zehn Jahren Budgetkürzungen um 20 Prozent hinnehmen.

### Fehlender Nachwuchs in der Wissenschaft

Weil die staatliche Finanzierung zurückgeht, sinken die unbefristeten Stellen an den Forschungsinstituten der Universitäten. Junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen erhalten nur noch befristete Arbeitsverträge von drei bis fünf Jahren. Sie stehen unter enormem Druck, in dieser kurzen Zeit verwertbare Forschungsergebnisse zu produzieren.

Die prekäre Situation von Nachwuchswissenschaftlern, die gute Konjunktur und die Einstellungspraxis vieler Unternehmen, Bachelorabsolventen den promovierten Bewerberinnen und Bewerbern vorzuziehen, führen dazu, dass sich immer weniger Studierende für einen Master oder gar für eine Promotion einschreiben. Von 2001 bis 2016 ist die Zahl der Doktoranden von 15 Prozent der Masterabsolventen auf 9,3 Prozent gesunken.



Stipendiaten und Stipendiatinnen des 33. Jahrgangs der „Sprache und Praxis in Japan“ besuchen den Denim-Hersteller Kaihara.

### Stärkung der Forschungsfähigkeit der Hochschulen

Mit mehreren Programmen möchte das MEXT den Misständen in der Forschung entgegenwirken. So wurden im Sommer 2017 drei „desig-nierte nationale Universitäten“ ernannt, die zukünftig eine besondere Rolle bei der Reform der Universitäten spielen und sich im weltweiten Wettbewerb als Leuchtturm-Forschungs-universitäten behaupten sollen. Ausgewählt wurden die Universität Tohoku, die Universität Tokyo und die Universität Kyoto. Sie mussten für die Auswahl Konzepte vorlegen, in denen sie ihre Forschungsstärke, ihre Zusammenarbeit mit der Gesellschaft und ihre internationalen Kooperationen darstellten. Die ausgewählten Universitäten erhalten neben einem eher geringen zusätzlichen Budget einen gewissen Grad an finanzieller Autonomie und größere Flexibilität bei Berufungsverfahren und Investitionen.

Ein anderes Beispiel ist das „Program for Promoting the Enhancement of Research Universities“, mit dem 22 ausgewählte Hochschulen und Forschungsinstitute für zehn Jahre Forschungsreferenten einstellen können, wurde 2013 aufgesetzt und dieses Jahr zwischenevalu-iert. Dabei erhielten die Universität Kyoto, die Universität Osaka, die Universität Tohoku, die Universität Waseda und das Forschungsinstitut NINS („National Institute of Natural Sciences“) Bestnoten. Die Forschungsreferenten sollen die Forschungsfähigkeit der Hochschulen verbessern und Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen bei Management und Planung ihrer Projekte unterstützen.

Für das Jahr 2018 hat das MEXT eine Ausschreibung für den Aufbau exzellenter Graduiertenschulen vorbereitet, die ab April für zehn Jahre gefördert werden. Sie sollen interdisziplinär agieren, mit der Wirtschaft zusammenarbeiten und Nachwuchs für Wissenschaft und Industrie ausbilden.



## Die DAAD-Arbeit vor Ort

Die Außenstelle beriet auch 2017 wieder viele Studierende und deren Eltern über ein Studium in Deutschland und Stipendienmöglichkeiten. Sie nahm an zahlreichen Infomessen und Informationsveranstaltungen in und außerhalb von Tokyo teil. Der Höhepunkt war die European Higher Education Fair (EHEF), die mit über 70 europäischen Hochschulen die bislang größte ihrer Art in Japan war. Unter den 1.300 Besuchern und Besucherinnen in Tokyo und Kyoto war Deutschland eines der meistgefragten Länder.

Auch für deutsche Hochschulen sowie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die mit Japan kooperieren möchten, ist der DAAD in Tokyo eine beliebte Anlaufstelle. Bei mehreren Veranstaltungen kamen (ehemalige) Geförderte sowie Freundinnen und Freunde des DAAD zusammen, um sich zu vernetzen und auszutauschen. Besonders hervorzuheben ist das Treffen der Deutschland-Alumni des ostasiatischen Fachnetzwerkes für Rechtswissenschaften, ein wissenschaftlicher Gesprächskreis mit der renommierten Japanologin Prof. Irmela Hijiya-Kirschner über das Thema „Kein Ende der Exotik? Ein Versuch über das Japanbild in mitteleuropäischen Köpfen“ und eine Veranstaltung über „Die deutsche Bundestagswahl aus japanischer Perspektive“ mit der DAAD-Wahlbeobachterin Prof. Yuko Kawamura. >



Tabelle 19: Daten zum Bildungssystem Japan

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	126,32 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	11,97 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	41.476
Wirtschaftswachstum	1,4 %
Inflation	-0,12 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 17
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 15
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 22
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	3,59 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	3,86 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	46,93 %
Immatrikulationsquote	71,13 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	662.361
PhD	16.039
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	3,28 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	121.262
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	3,44 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. China	
2. Südkorea	
3. Vietnam	
4. Nepal	
5. Indonesien	
14. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	30.179
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,86 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	1.905
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Vereinigtes Königreich	
3. Australien	
4. Deutschland	
5. Frankreich	

Quellen: DAAD, Statistik  
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt  
 Wissenschaft weltoffen  
 The World Bank, Data  
 UNESCO, Institute for Statistics

Beim wissenschaftlichen Gesprächskreis diskutierten die neuen und ehemaligen Wahlbeobachter Prof. Kawamura, Prof. Morii und Prof. Agata die deutsche Bundestagswahl.



**Tabelle 20 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2017 Japan**

		Japan
A = Geförderte aus dem Ausland		
D = Geförderte aus Deutschland		
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>		<b>105</b>
		<b>193</b>
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	10
	D	40
Studierende auf Master-Niveau	A	16
	D	57
Doktoranden	A	29
	D	54
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	50
	D	42
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	13
	D	57
1–6 Monate	A	13
	D	52
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	79
	D	84
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>		<b>253</b>
		<b>704</b>
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	112
	D	293
Studierende auf Master-Niveau	A	40
	D	219
Doktoranden	A	39
	D	89
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	58
	D	102
andere Geförderte *	A	4
	D	1
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	169
	D	306
1–6 Monate	A	61
	D	332
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	23
	D	66
<b>III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt</b>		<b>37</b>
		<b>26</b>
<b>Mobilität mit Partnerländern</b>		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	8
	D	9
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	29
	D	17
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)</b>		<b>395</b>
		<b>923</b>
<b>DAAD-Förderung – A und D gesamt (I + II + III)</b>		<b>1.318</b>

\* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltöffnender Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung mit Programmländern). Darüber hinaus wurden im Projekt 2015 erstmals Fördermittel an Hochschulen vergeben, die in Partnerländern der EU ansässig sind (EU-Mobilitätsförderung mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2015 und damit auf die Laufzeit 1.6.2015 – 31.5.2017.

Die Außenstelle hat im Berichtsjahr zwei Jahrgänge des Studienganges „Sprache und Praxis in Japan“ betreut und im Rahmen von Begleitveranstaltungen wie Firmenbesuchen, Netzwerkveranstaltungen und Exkursionen in den japanischen Arbeitsmarkt eingeführt.

## Deutsches Wissenschafts- und Innovationshaus Tokyo

Ein besonderes Ereignis war die Überführung des Deutschen Wissenschafts- und Innovationshauses (DWIH) Tokyo in die Verantwortung des DAAD. Das DWIH organisierte gemeinsam mit EURAXESS Japan das Falling Walls Lab und unterstützte den German Innovation Award. Dieser Preis wird einmal pro Jahr an in Japan tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vergeben und fördert den bilateralen Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Das DWIH organisierte zwei Symposien über „Regional Innovation and Cluster Collaborations“ und über „autonomes Fahren“. Letzteres wurde von DAAD-Präsidentin Prof. Margret Wintermantel eröffnet.

Das ereignisreiche Jahr 2017 schloss mit dem traditionellen Weihnachtskonzert in der Außenstelle, bei dem sich Stipendiatinnen und Stipendiaten, Vertreter von Partnerinstitutionen und Freunde des DAAD einfanden, um gemeinsam dem Klavierspiel der ehemaligen DAAD-Stipendiatin und mehrfach ausgezeichneten Pianistin Prof. Hiroko Miki zu lauschen und danach bei Stollen und Glühwein den Abend in weihnachtlicher Stimmung ausklingen zu lassen. <<

Brüssel

# Wieder Wind in den Segeln der Union?



**Nina Salden leitet die Außenstelle Brüssel seit 2012. Seit 2007 unterhält der DAAD ein Büro in Brüssel, das die Zusammenarbeit mit den Institutionen der Europäischen Union pflegt. Die Außenstelle hat derzeit drei Mitarbeiterinnen.**

**Links: Ende März 2017 übergab Tim Barrow, der Ständige Vertreter des Vereinigten Königreichs in Brüssel, EU-Ratspräsident Donald Tusk das Unterrichtungsschreiben zur Auslösung von Artikel 50 („Brexit“).**

**Rechts: Emmanuel Macron, französischer Präsident, ist neuer Hoffnungsträger Europas.**

Die Wahl des Europäers Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten verschaffte der Europäischen Union 2017 politischen Auftrieb. Um Europa weiter zu stärken, hat Macron auch gemeinsame Bildungsprojekte vorgeschlagen, zum Beispiel die Gründung Europäischer Universitäten. Auch für den DAAD stand das Jahr 2017 im Zeichen Europas.

Zu Beginn des Jahres 2017 war die Stimmung in der Europäischen Union noch angespannt, die großen Krisen von 2016 – der Brexit und die Wahl Trumps – waren noch frisch im Bewusstsein. Im französischen Wahlkampf führte die rechtsnationalistische Politikerin Marine Le Pen – einen Wahlsieg Le Pens und damit einen dritten Schock hätte die EU vielleicht nicht verkraftet. Stattdessen ist mit dem jungen, dynamischen französischen Präsidenten Emmanuel Macron ein neuer Hoffnungsträger für Europa an die Spitze eines der wichtigsten EU-Mitgliedstaaten gewählt worden. 2017: das Jahr des Comeback Europas? Kommissionspräsident Juncker jedenfalls war in

seiner Rede zur Lage der Union im September deutlich positiver gestimmt als im Jahr davor, als er noch vor „einer existentiellen Krise“ der Union gewarnt hatte. Im September 2017 sah er „wieder Wind in den Segeln der Union“.

Der EU bleiben jedoch eine ganze Reihe ernstzunehmender Sorgen. Der Brexit war mit dem Austrittsgesuch der Briten am 29. März formell besiegelt. Zudem lasten die Auseinandersetzungen um die Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn, die Krise in Katalonien und die unge löste Flüchtlingsfrage auf der EU.







*„Was Europa am stärksten zusammenhält, werden immer die Kultur und das Wissen sein.“*

*Emmanuel Macron*

2017 will die EU sich neu-gestalten. Die Themen Bildung und Kultur stehen dabei mit auf der Agenda.

In vielen europäischen Mitgliedstaaten sind die Ansichten populistischer Parteien in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Vor dem Hintergrund der immensen Herausforderungen ist die EU auf der Suche nach Themen, die sie zusammenhalten und die nahe an den Bürgerinnen und Bürgern liegen. Bildung und Kultur bieten sich hierfür an. Diese Themen haben im Jahr 2017, auch dank der allgemeinen Krisenstimmung in Europa, eine Aufwertung erfahren.

dem gesamten Kontinent studieren und Arbeit finden können“.

Großbritannien hatte sich aufgrund des bevorstehenden EU-Austritts dazu entschlossen, an diesen Treffen nicht mehr teilzunehmen. >

Bei den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der EU-Gründungsakte in Rom bekräftigen die Staats- und Regierungschefs ihre Mitgliedschaft im Bündnis.

### 60 Jahre Europäische Verträge – „Unsere Union ist ungeteilt und unteilbar“

Das Jubiläum „60 Jahre Unterzeichnung der Römischen Verträge“ bot Anlass, den Zusammenhalt der EU zu betonen. Die EU-27 formulierten in Rom unter anderem das Ziel für eine Europäische Union, „in der junge Menschen die beste Bildung und Ausbildung erhalten und auf







**Das Projekt HOPES vergab allein 2017 417 Stipendien an Flüchtlinge aus Syrien sowie Jugendliche ihrer Gastländer.**

### **Mehr Engagement der EU für Syrien**

Seit Ausbruch des Krieges im Jahr 2011 haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten insgesamt mehr als 9,4 Milliarden Euro für Syrien und seine Nachbarländer bereitgestellt. Ein Großteil der Gelder kam der Verbesserung der humanitären Lage vor Ort zugute. Darüber hinaus hat die Europäische Union auch in Bildung, den Gesundheitssektor und in die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure investiert. Als Beispiel der Unterstützung im Bildungssektor führt die 2017 neu aufgesetzte EU-Strategie für Syrien das vom DAAD geleitete Projekt HOPES auf. Das Programm stellt Stipendien, Bildungsberatung und Sprachtraining für geflüchtete Syrer und Jugendliche der Aufnahmegemeinschaften in Jordanien,

Libanon, Ägypten, dem Irak und der Türkei zur Verfügung.

In einer von der Außenstelle Brüssel in Kooperation mit der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU und der Europäischen Kommission ausgerichteten Veranstaltung wurden die ersten Ergebnisse des HOPES-Projekts präsentiert. Im Januar 2017 waren bereits 205 Stipendien an syrische Studierende für ein Studium im Hochschuljahr 2016/2017 vergeben worden. Ende des Jahres 2017 waren es 417.

**Die syrische HOPES-Stipendiatin Ghazieh schildert in einem Video die Herausforderungen, die Geflüchtete auf sich nehmen müssen, wenn sie ein Studium aufnehmen wollen.**

Die Nachfrage übersteigt bei Weitem das Angebot. Allein in der Türkei hat HOPES gemeinsam mit seinen Partnern UNHCR und der türkischen Regierungsbehörde „YTB“ die Rekordzahl von 13.500 Bewerbungen in der ersten Stipendienausschreibung erhalten. Der HOPES-Projektleiter, Dr. Carsten Walbiner, erläuterte in der Veranstaltung in Brüssel die Dringlichkeit, mehr zu tun: „Es frustriert mich zu sehen, wenn junge Syrer und Syrerinnen ihre Hoffnungen und Ambitionen für die Zukunft aufgeben.“ Die Herausforderungen für diese jungen Menschen, ein Hochschulstudium in den Gastländern der Region aufzunehmen, sind vielfältig. Sie reichen von der Finanzierung und fehlenden Sprachkenntnissen über die Notwendigkeit, passende Studienkurse zu finden, die Anerkennung bereits erbrachter Studienleistungen bis hin zu den Kapazitätsproblemen der Hochschulinstitutionen in den Gastländern, die bereits mit steigenden Zahlen einheimischer Studierender umzugehen haben.



Kurz nach den Rom-Feierlichkeiten begannen die Brexit-Verhandlungen. Diese haben sich im Laufe des Jahres als äußerst zäh erwiesen. Auf EU-Seite besteht Unverständnis über die Langsamkeit und über die unrealistischen Vorstellungen der Briten für eine zukünftige Partnerschaft. Der Brexit scheint sich aus EU-Perspektive mehr und mehr als Eigentor der Briten herauszustellen. Dies ist nicht unwichtig für die Union, denn die größte Sorge europäischer Politiker und Politikerinnen ist, dass weitere europaskeptische Mitgliedstaaten es den Briten nachtun könnten.

### Britische Beteiligung an den EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen

Die Frage nach der langfristigen Beteiligung Großbritanniens an den EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen blieb auch 2017 ungeklärt; vor Ende 2018 ist mit keinem Ergebnis zu rechnen. Ein Etappenziel ist Ende 2017 jedoch erreicht worden: Mit der grundsätzlichen Zusicherung Großbritanniens, seinen finanziellen Verpflichtungen im laufenden



EU-Finanzrahmen 2014–2020 nachzukommen (damit auch post-Brexit), erhalten britische Einrichtungen die Zusicherung, an den laufenden EU-Programmen Horizont 2020 und Erasmus+ weiterhin teilnehmen zu können. Allerdings gilt hierfür, wie für die gesamte politische Einigung vom Dezember, „no deal without a deal“. Ohne Verständigung, das heißt einen gemeinsam ausgehandelten Austrittsvertrag, gilt auch diese Vereinbarung nicht. >

Science March in Brüssel

### NEUE VORSITZENDE DES AUSSCHUSSES FÜR BILDUNG UND KULTUR IM EU-PARLAMENT



**Petra Kammerevert, Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Kultur im Europäischen Parlament**

Anfang 2017 wählte das Europäische Parlament die deutsche Abgeordnete Petra Kammerevert zur neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung und Kultur im Europäischen Parlament. Sie ist Mitglied der Fraktion der Sozialdemokraten. Das Europäische Parlament entscheidet beim Haushalt sowie bei den legislativen Vorschlägen, wie zum Beispiel dem zukünftigen Erasmus+-Programm, gemeinsam mit dem Rat und ist damit auch in einem Bereich wie Bildung, der nicht unter die Kompetenz der EU fällt, ein wichtiger Akteur. Für das Erasmus+-Programm setzt sich Petra Kammerevert dafür ein, dass Mobilität und Bildung kein Privileg weniger bleiben und auch junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen von einer Erasmus+-Förderung profitieren können. Der Ausschuss für Bildung und Kultur hatte eine entsprechende Erklärung zur zukünftigen Entwicklung von Erasmus+ bereits im September verabschiedet. Der Ausschuss will die Europäische Kommission in ihren Forderungen für ein zukünftig deutlich erhöhtes Erasmus+-Budget unterstützen.

## KERNFORDERUNGEN FÜR ERNEUERTE EU-AGENDA

### Wie können qualitativ hochwertige Hochschulsysteme in Europa entwickelt werden?

Die Europäische Kommission hat in ihrer im Mai veröffentlichten Strategie „Eine erneuerte EU-Agenda für die Hochschulbildung“ vier Kernforderungen aufgestellt, die für die Entwicklung von qualitativ hochwertigen Hochschulsystemen unerlässlich seien:

1. Die Fähigkeiten, die Absolvierende an den Hochschulen vermittelt bekommen, müssen besser auf die Bedürfnisse in der Gesellschaft und des Arbeitsmarktes abgestimmt werden. Dies betrifft die Vermittlung sozialer sowie digitaler Kompetenzen.
2. Es müssen inklusive Hochschulsysteme geschaffen werden, die in ihrer Zusammensetzung die soziale Diversität der Bevölkerung abbilden und die in ihrer Gesellschaft und Umgebung verankert sind.
3. Der Beitrag von Hochschulen zur Innovation muss gestärkt werden, indem Wissenschaftler, Wissenschaftlerinnen und Studierende enger mit Unternehmen und Behörden zusammenarbeiten und das unternehmerische Denken besser in Lehrplänen verankert wird.
4. Es müssen effektive Finanzierungssysteme für die Hochschulen mit Anreizsystemen für besondere Leistung entwickelt werden.

### Bildung und Kultur stehen wieder ganz oben auf der EU-Agenda

Der französische Präsident Macron hat im September an der Sorbonne eine viel beachtete Grundsatzrede zu Europa gehalten. Neben den großen Herausforderungen für Europa – Sicherheit, Verteidigung, Migration, Klimawandel, Finanzen – griff er das Thema Bildung und Kultur prominent auf: „Was Europa am stärksten zusammenhält, werden immer die Kultur und das Wissen sein.“ Konkret schlägt Macron vor, bis 2024 mindestens 20 europäische Universitäten zu gründen, die ein Netzwerk von Universitäten aus mehreren Ländern Europas bilden und die einen Studienverlauf schaffen, in dem jeder Studierende auch im Ausland studieren kann. Sie sollen Orte pädagogischer Neuerung und exzellenter Forschung sein.

Die EU-Ebene griff die Vorschläge Macrons dankbar auf. Die Staats- und Regierungschefs hatten im Oktober eine Reihe von Themen identifiziert (die „Leader’s Agenda“), die in den kommenden zwei Jahren auf Ebene der

Staats- und Regierungschefs diskutiert werden sollten. Sie begannen mit den Themen Bildung und Kultur. In einer Art Überraschungscoup präsentierte die Europäische Kommission als Beitrag für die Diskussion der Staatschefs im November die Mitteilung „Stärkung der europäischen Identität durch Bildung“. Diese enthält weitreichende Forderungen: Ein europäischer Bildungsraum soll bis 2025 geschaffen, europäische Universitäten entwickelt, Hochschul- und Schulabschlüsse verstärkt anerkannt, mehrere Fremdsprachen erlernt sowie die Mobilität verstärkt und das Erasmus+ Budget in der kommenden Programmperiode deutlich erhöht werden.

Die Mitteilung zeigt, dass sich die Kommission in den letzten Jahren zunehmend von einer rein ökonomistischen Bildungsvorstellung verabschiedet hat. Die Persönlichkeitsbildung und die Befähigung zum gesellschaftlichen Engagement werden in dieser Strategie gleichbedeutend betont.

### 30 Jahre Erfolgsgeschichte Erasmus

2017 wurde ein weiteres Jubiläum begangen. Das Erasmus-Programm feierte seinen 30-jährigen Geburtstag. Erasmus wird unter allen europäischen Programmen als eines der nützlichsten gesehen, da es Europa für die Menschen erlebbar macht. Kein EU-Programm ist bekannter als Erasmus. Dem Anlass entsprechend wurde dieses Jubiläum mit zahlreichen Veranstaltungen in Brüssel und den Nationalstaaten gebührend gefeiert.

Seit dem Start des Programms 1987 haben neun Millionen Menschen von Erasmus profitiert, darunter 4,4 Millionen Studierende. Gegenüber nur 3.200 Studierenden im ersten Jahr fördert das Programm nun 300.000 Studierende jährlich. Ausgehend von elf teilnehmenden Staaten sind nun 33 Länder an Erasmus beteiligt.



Seit 2014 ermöglicht das Programm, auch mit Partnern außerhalb der EU zu kooperieren.

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker würdigte die Bedeutung des Erasmus-Programms auf der zentralen Jubiläumsfeier in Straßburg: „Jeder Euro, den wir in Erasmus+ investieren, ist eine Investition in die Zukunft – nicht nur in die Zukunft eines jungen Menschen, sondern eine Investition in unsere europäische Idee.“ Anlässlich der Ehrung des neunmillionsten Teilnehmers an Erasmus forderte er dazu auf, „zukünftig gemeinsam mindestens neunmal mehr Ehrgeiz“ in das Programm zu stecken. Dies war Musik in den Ohren der Unterstützer und Unterstützerinnen des Programms. Denn die Feierlichkeiten für Erasmus hatten vor allem ein Ziel: Sie sollten den Ausbau des Programms in der zukünftigen Programmgeneration befördern.



### Erasmus+ ab 2021 größer und umfassender?

2021 wird das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ neu aufgesetzt. 2017 führte die Europäische Kommission eine Zwischenbewertung des laufenden Programms durch, um aus den Ergebnissen sowie den Empfehlungen der Programm-beteiligten Rückschlüsse für dessen zukünftige Entwicklung zu ziehen (siehe Empfehlungen des DAAD S.117). Inklusion, Digitalisierung, verstärkte Synergien mit der Forschung und ein vereinfachter Zugang für Nutzer und Nutzerinnen kristallisieren sich als die zentralen Themen für das kommende Programm heraus. Seit Ende des Jahres werden auch die Europäischen Universitäten im Rahmen der Erasmus+-Entwicklung diskutiert. Sie sollen eine der Maßnahmen sein, stärkere Synergien zwischen Bildung und Forschung zu schaffen.

**Kein EU-Programm ist bekannter und unter jungen Leuten populärer als Erasmus.**



Die vielen guten Vorschläge für den Ausbau des Programms werden jedoch nur mit einem entsprechenden Budget umzusetzen sein. Nach dem Brexit fehlen jährlich rund 13 Mrd. Euro im EU-Haushalt; dies erschwert die Diskussion erheblich. Die EU-Kommission hat angekündigt, die Programme Erasmus+ und Horizont 2020 trotz der Herausforderungen des Brexits von jeglichen Kürzungen ausnehmen zu wollen und hat darüber hinaus einen Aufwuchs der Mittel in Aussicht gestellt. In der November-Mitteilung forderte die Kommission, die Zahl der Begünstigten unter Erasmus+ zukünftig zu verdoppeln. Um diese Forderung realisieren zu können, benötigt die Kommission jedoch die Unter-







„Was kann in Kriegzeiten wichtiger sein als Bildung?“, fragt Kalaa Kanaieh, syrische DAAD-Stipendiatin an der RWTH Aachen.

stützung der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments. Die Budgetverhandlungen sind 2018 gestartet.

### Europa bewegen, denn Europa ist unsere Zukunft

Der DAAD hat sich 2017 schwerpunktmäßig dem Thema Europa verschrieben. Sondermaßnahmen und die Kampagne in den sozialen Medien #Europabewegen sollten den europäischen Zusammenhalt stärken und Bürgern und Bürgerinnen aufzeigen, dass es sich lohnt, für Europa einzutreten. Auch die Außenstelle in Brüssel beteiligte sich an dieser Aktion. Gemeinsam mit der Nationalen Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit Erasmus+ im DAAD richtete sie eine europäische Vernetzungskonferenz zur Stärkung europäischer Werte in Brüssel aus.

Ein exzellentes Beispiel für die Stärkung europäischer Werte ist das Programm „Europa macht Schule“, das seit 2006 in Deutschland umgesetzt wird und das der DAAD mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung organisiert. Mit „Europa macht Schule“ können europäische Austauschstudierende

ein kulturelles Projekt an deutschen Schulen durchführen, um den Schülerinnen und Schülern so die Vielfalt und Gemeinsamkeiten Europas lebendig und authentisch nahezubringen.

100 Teilnehmende aus mehr als 13 verschiedenen Ländern haben in Brüssel diskutiert, wie vergleichbare Programme in ganz Europa angestoßen, ihre Nachhaltigkeit gesichert und mehr Synergien zwischen den laufenden Initiativen hergestellt werden können. Thibaut Jacques, französischer Studierender in Deutschland und Austauschstudent in der Tschechischen Republik, hat die Ziele des Programms in dieser Veranstaltung auf den Punkt gebracht: „Ich bin Europäer – das Programm ist so wie ich. Schüler mögen heute die Daten der europäischen Einigungsgeschichte in der Schule lernen, aber ich möchte ihnen das europäische Gefühl vermitteln.“

„Europa macht Schule“ passt auch nach Auffassung der EU-Kommission hervorragend zu den Zielen der EU. Im Anschluss an die Konferenz ist die Nationale Agentur gebeten worden, einen Vorschlag für die Integration dieser Initiativen in das zukünftige Erasmus+ -Programm zu entwickeln.

### Eine europäische Wissenschaftsdiplomatie

Die Europäische Union hat in den letzten Jahren erkannt, welchen wichtigen Beitrag Bildung, Kultur und Wissenschaft für die Beziehungen zu Staaten außerhalb der Union leisten können. Insbesondere in Zeiten von Krisen und Konflikten ist es von besonderer Bedeutung, einen Raum der Diskussion und des Austausches aufrechtzuerhalten. In Deutschland besteht seit langem das Konzept der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, in dessen Rahmen der DAAD Austausch und wissenschaftliche Zusammenarbeit weltweit fördert.

In einer Veranstaltung mit Unterstützung der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU in Brüssel hat der DAAD Programmbeispiele aus dem Iran, Kolumbien, Russland, den Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäusern und das „Good Governance“-Begleitprogramm für syrische Stipendiatinnen und Stipendiaten vorgestellt. Damit hat Deutschland einen Beitrag zur Konzeption einer Wissenschaftsdiplomatie auf EU-Ebene geleistet, wie sie künftig mit Schwerpunkt auf die Hochschulkooperation ausgestaltet werden könnte.

### Der DAAD engagiert sich im EU-Forschungsrahmenprogramm

Mit einem Gesamtbudget von rund 75 Mrd. Euro ist das EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 noch weit größer als Erasmus+. Der DAAD hat seinen Blick auf das Programm in den letzten Jahren intensiviert. Besonders aufmerksam verfolgt die Außenstelle Brüssel die Absicht der Kommission, mehr Synergien zwischen diesem Programm und Erasmus+ herstellen zu wollen.

Im April hat die Außenstelle Brüssel mit Vertretern der EU-Kommission und Akteuren der Forschungszusammenarbeit die Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der EU und in nationalen Programmen diskutiert. Hier wurden das vom DAAD und der EU gemeinsam finanzierte Programm P.R.I.M.E. („Postdoctoral Researchers International Mobility Experience“) sowie die DAAD-Doktorandenförderung vorgestellt und zu der zukünftigen Entwicklung der Mobilität Forschender im Folgeprogramm zu Horizont 2020 diskutiert.

### Empfehlungen des DAAD für die zukünftige Entwicklung von Erasmus+

Der DAAD nimmt seit dem Programmstart im Jahr 1987 im Auftrag des BMBF die Aufgaben

## DIE HU BESUCHT DIE EUROPÄISCHE HAUPTSTADT



Der Berliner Bär zu Besuch in Brüssel

Die Humboldt-Universität zu Berlin hat das Erasmus-Jubiläum – 30 Jahre Erasmus Programm und 25 Jahre Erasmus an der HU Berlin – zum Anlass genommen, die europäi-

sche Hauptstadt zu besuchen. Ziel der Gruppe von 23 Mitarbeitern aus dem International Office, den Fakultäten und der HU-Administration war, den politischen Rahmen des Programms und das Brüsseler Institutionengefüge besser kennenzulernen. Die Zwischenbewertung von Erasmus+ und die Planungen für die Ausgestaltung des neuen EU-Bildungsprogramms ab 2021 standen bei den Vorträgen der Brüsseler Akteure im Vordergrund. Diskutiert wurde jedoch auch über die Rolle Europas. So hat die Gruppe spontan bei der aktuellen DAAD-Kampagne #Europa bewegen mitgemacht: Das Foto zeigt den Berliner Bären im Europäischen Parlament! Die Außenstelle Brüssel empfängt regelmäßig Delegationen deutscher Hochschulen in Brüssel, um Dialog und Austausch mit den EU Institutionen zu stärken.

einer Nationalen Agentur wahr, setzt Erasmus im Hochschulbereich in Deutschland um und blickt damit auf 30 Jahre Erfahrung zurück. Für die zukünftige Entwicklung des Programms hat die Nationale Agentur sechs Empfehlungen entwickelt:

1. Die Wirkung von Erasmus+ soll durch virtuelle Formate gestärkt werden. Auslandsaufenthalte können durch Blended-Learning-Formate sprachlich, inhaltlich und kulturell vor- und nachbereitet werden. Neue Zielgruppen können durch Kurzaufenthalte in Verbindung mit digitalem Lernen erreicht werden und die „Internationalisierung @home“ fördern.

2. Das Erasmus+-Programm will die Hochschulen in ihrer Rolle für die Gesellschaft im lokalen und regionalen Bereich stärken.

Die Hochschulen sollen darin unterstützt werden, mit Kurzzeitmaßnahmen auf aktuell auftretende Ereignisse reagieren zu können und Graswurzel-Initiativen zur Stärkung des europäischen Gedankens (zum Beispiel Europa macht Schule) zu fördern. >



Es lohnt sich, für Europa einzustehen! Studierende und Vertreter Nationaler Erasmus+-Agenturen aus ganz Europa diskutieren über europäische Werte und unterstützen die DAAD-Kampagne #Europabewegen.

Tabelle 21 : Statistischer Überblick Europäische Union 2017

Daten	
Mitgliedstaaten	28
Bevölkerungszahl absolut	511,8 Mio.
BIP der EU-28 (2016, in EUR)	14,82 Bill.
Mehrfähriger EU-Haushalt 2014–2020 (in EUR und für 2018 angepasst)	1,08 Bill.
hiervon für das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ (in EUR)	14,7 Mrd.
EU-Haushalt (2017, in EUR)	155 Mrd.
Haushalt für Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung (2017) (Bildung, Forschung, Innovation, in EUR)	21,31 Mrd.
in % des Gesamthaushalts	13,5
Ausgaben für Bildung in der EU-28 (2015, in % des BIP)	Ø 4,9
Tertiäre Bildung (in % des BIP)	0,7
Hochschulen in der EU	ca. 3.300
Studierende im Tertiärbereich (2015)	19,5 Mio.
Erasmus-geförderte Studierende (2015/16)	303.880
seit 1987	rund 4,4 Mio.
Hochschulabsolventen 2016 (Prozentsatz der 30- bis 34-Jährigen)	39,1
Erwerbsquote bei Hochschulabsolventen im Alter von 20 bis 34 Jahren 2015 (in %)	78,2

Die drei wichtigsten EU-Institutionen	
<b>Rat der Europäischen Union</b> Vertretung der EU-Mitgliedstaaten Gesetzgebendes Organ (in den meisten Politikbereichen gemeinsam mit dem Europäischen Parlament)	Minister der EU-Mitgliedstaaten
<b>Europäisches Parlament</b> Vertretung der Bürger / Gesetzgebendes Organ (Zustimmung oder Mitentscheidung mit Rat)	1 Präsident 751 Mitglieder
<b>Europäische Kommission</b> Exekutive- / Ausführende Behörde Vorschlagsrecht für EU-Gesetzgebung	1 Präsident 1 Hohe Vertreterin/ Vize-Präsidentin 5 Vize-Präsidenten 21 Kommissare 32.546 Mitarbeiter 31 Generaldirektionen

Quellen:  
 Eurostat – Statistisches Amt der Europäischen Union (► <http://ec.europa.eu/eurostat/>)  
 Europäisches Parlament (► <http://www.europarl.europa.eu/>)  
 Europäische Kommission (► <http://ec.europa.eu/>)  
 Europäischer Rat (► <http://www.consilium.europa.eu/>)  
 Generaldirektion für Finanzen (► [http://ec.europa.eu/budget/mff/figures/index\\_de.cfm#COM\\_2015\\_320](http://ec.europa.eu/budget/mff/figures/index_de.cfm#COM_2015_320))  
 Generaldirektion für Bildung und Kultur (► [http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/resources/documents/erasmus-annual-report-2016-statistical-annex\\_en](http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/resources/documents/erasmus-annual-report-2016-statistical-annex_en))  
 Monitor für allgemeine und berufliche Bildung 2016 (► [https://ec.europa.eu/education/sites/education/files/monitor2017\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/education/sites/education/files/monitor2017_en.pdf))

3. Das Potenzial der Alumni ist im Programm besser zu nutzen. Wiedereinladungen und Seminare zu fachlichen und gesellschaftspolitisch europäischen Themen können die „Internationalisierung @home“ stärken und ehemalige Teilnehmende an das Programm binden.

4. Das Programm muss besser auf die Zielgruppen zugeschnitten werden, um diesen einen vereinfachten Zugang zu ermöglichen. Handbücher, Leitfäden, Datenbanken und Prozesse sollten aus der Sicht der Nutzer gestaltet werden.

5. Die internationale Dimension des Programms sollte ausgebaut und in ihrer Handhabung vereinfacht werden, um größtmögliche Wirkung zu erzielen.

6. Damit das Programm diese Ziele erreichen kann, bedarf es ab 2021 einer adäquaten Finanzierung, die über das Volumen der bisherigen Programmgeneration deutlich hinausgeht. Um das Finanzierungsniveau des Jahres 2020 im Folgeprogramm zu halten, bedarf es einer Steigerung von mindestens 40 Prozent gegenüber dem Vorläuferprogramm.

Die Außenstelle Brüssel bringt die Position des DAAD in die förderpolitischen Diskurse auf EU-Ebene ein. Im März hat die Außenstelle Brüssel ein „Brownbag Briefing“ ausgerichtet, auf dem die Direktorinnen und Direktoren der Nationalen Agenturen in Europa ihre Empfehlungen zur zukünftigen Entwicklung von Erasmus+ einem Publikum aus Vertretern des Europäischen Parlaments und der Ständigen Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten vorgestellt haben. <<

London



# In rauer See: Brexit und anderer Schlammassel



**Dr. Georg Krawietz leitet die Außenstelle London seit 2014. Die Vertretung des DAAD im Vereinigten Königreich besteht seit 1952 und hat zurzeit sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.**

Die maritime Tradition des Vereinigten Königreiches ist wohl der Ursprung für die sinnbildliche Formulierung „navigating choppy waters“. Die Wellen schlugen tatsächlich vielfach hoch im Jahr 2017, und tragischerweise sind viele Unschuldige darin untergegangen.

Gerade die erste Jahreshälfte mit islamistisch motivierten Terroranschlägen in London und Manchester sowie einem weiteren in London, der sich gegen muslimische Gläubige richtete, setzten schlimme Zeichen. Hinzu kam der katastrophale Brand des Grenfell Tower im Londoner Stadtteil Kensington & Chelsea am 14. Juni. Letzten Zahlen zufolge verloren 71 Menschen dabei ihr Leben. Um Kosten zu sparen, hatte man bautechnische Risiken in Kauf genommen – die Ermittlungen dauern weiter an.

Das politische Establishment zeigte unterdessen vollen Einsatz, den Willen des Volkes nach dem Referendumsentscheid am 23. Juni 2016 zu exekutieren. Seit dem 29. März 2017, als der britische EU-Botschafter Ratspräsident Donald Tusk das offizielle Schreiben von Premierministerin Theresa May in Brüssel aushändigte, läuft die Austrittsuhr. Vorbehaltlich einer anzunehmenden Transitionsphase von etwa zwei Jahren ist der 29. März 2019 der letzte offizielle Tag der britischen EU-Mitgliedschaft. Wie am Tag darauf die von May gegenüber Tusk beschriebene „deep and special relationship“ mit der EU aussehen wird, blieb bis zum Jahresende im Nebel.

Nicht, dass in der Referendumskampagne des sogenannten Leave-Lagers der Eindruck

entstanden wäre, irgendwelche Konsequenzen des Austritts seien bedacht worden. Auch seit Jahresbeginn wunderten sich neutrale Beobachterinnen und Beobachter über die – je nach Standpunkt – Unwilligkeit oder Unfähigkeit, die Komplexität der Angelegenheit zu begreifen. Können wir nach 45 Jahren Mitgliedschaft nicht einfach die Tür hinter uns zumachen? Und nun sollen wir auch noch viele Milliarden in einen Club einzahlen, dem wir nicht mehr angehören werden? Diese bittere Pille liegt schwer im Magen eines Landes, in dem das Credo von „value for money“ nahezu allumfassend gilt.

Die politischen Leitplanken hatte die Premierministerin zu Beginn des Jahres in ihrer Lancaster-House-Rede gesetzt. Die Zukunft des Vereinigten Königreiches (UK) außerhalb der EU bedeute unter anderem, dass Schluss sein werde mit der direkten Einflussnahme europäischer Gerichte auf das Land. Ende Januar entschied der Supreme Court, die Regierung müsse das Parlament umfassend in den Austrittsverhandlungsprozess einbinden. Die Premierministerin wird bald darauf erkannt haben, dass bei einer Mehrheit von nur 17 Abgeordneten unausweichliche Kompromisse mit der EU im Parlament zu scheitern drohten.



Im April kündigte sie Neuwahlen für den 8. Juni an. Gegen eine zerstrittene Labourpartei, die weiterhin mit ihrem linkslastigen Chef Jeremy Corbyn haderte und bis Jahresende in ihrer Haltung zum Wie des EU-Austritts widersprüchliche Signale aussandte, werde man an der Wahlurne gewiss siegen.

Umfragen hatten eine komfortable Mehrheit von bis zu 100 Mandaten vorausgesagt. Doch es kam anders. Anstelle eines Zugewinns verloren die Tories die Parlamentsmehrheit und nur das Zusammengehen mit der nordirischen Democratic Unionist Party (DPU) sichert überhaupt eine Mehrheit im Unterhaus. Labour hingegen gewann deutlich an Stimmen und 30 Parlamentssitze hinzu. Die Partei hatte einen geschickten, jugendaffinen Wahlkampf geführt und unter anderem die Abschaffung der hohen Studiengebühren gefordert.

Wie bereits im vorherigen Unterhaus respektiert die Mehrheit der Abgeordneten einerseits das Ergebnis des Volksentscheids, ist andererseits aber nicht willens, einen harten oder gar unregulierten EU-Austritt zu akzeptieren. Dabei bleibt die Stimmung aufgeheizt: Tory-Abgeordnete, die nicht schlicht abnickten, was ihnen regierungsseitig vorgehalten wurde und der Regierung im November stattdessen eine Abstimmungsniederlage beibrachten, wurden im Daily Telegraph zu „Brexit mutineers“. Und in einem von Seefahrtstradition geprägten Land weiß jedes Schulkind, welches Schicksal Meutern droht. >

**2017 besuchten sehr viel mehr Touristen London als noch ein Jahr zuvor. Denn Reisen in das Vereinigte Königreich sind 2017 sehr viel günstiger geworden. Der Grund: Seit dem Brexit ist der Kurs des englischen Pfunds rapide gefallen.**





**Noch weht in London – wie hier am Büro der EU – die europäische Flagge neben der des Vereinigten Königreichs.**

Unter normalen Umständen wäre eine Parteivorsitzende und Premierministerin nach dem Wahlergebnis vom Juni politisch am Ende. Aber normal oder gar rational geht es in der britischen Politik ob des alles dominierenden Themas Brexit schon lange nicht mehr zu. May durfte sich über den Sommer kaum anders als geduldet fühlen. Im Oktober trat sie beim Parteitag der Konservativen derart unglücklich auf, dass sie selbst innerparteilichen Gegnern leidtat. Doch die Premierministerin ist nicht

erst seit dem Jahr 2017 für ihr Beharrungsvermögen bekannt. Dass ihre Dienstanschrift auch zum Jahresende noch No 10 Downing Street lautete, lag vor allem an fehlenden Nachfolgeoptionen in einer über den EU-Austritt zerrissenen Partei. Die Zahl der Kandidaten reduzierte sich im Herbst weiter, als Parlament und Regierung diverse Vorwürfe sexueller Belästigungsfälle erreichten. Infolgedessen traten Verteidigungsminister Michael Fallon und kurz vor Weihnachten auch Mays Quasistellvertreter im Amt des Cabinet Minister, Damian Green, zurück. Außenminister Boris Johnson, in der Öffentlichkeit immer für einen markanten Auftritt zu haben und gleichzeitig bemüht, sich Ambitionen auf das Spitzenamt unverdächtig zu machen, traute die Mehrheit der Konservativen offenbar (noch?) nicht zu, May politisch zu beerben. Dasselbe galt für den irrlirternd-exzentrischen und bei der Parteibasis beliebten Abgeordneten Jacob Rees-Mogg, wie Johnson ein unbedingter Austrittsbefürworter.

Abgesehen von schillernden Personalien glänzte der Politikbetrieb in Westminster hinsichtlich Kompetenz eher selten. Besonders tat sich Brexit-Minister Davis hervor: 58 Gutachten zu den Auswirkungen des Brexits auf wirtschaftliche Schlüsselsektoren, die sein Haus erarbeitet hat und die das Parlament gerne sehen wollte, erwiesen sich als schlicht inexistent. Die Damen und Herren des Unterhauses waren wenig amüsiert, und die Forderung, Davis wegen Missachtung des Parlaments – ein Vergehen ersten Ranges in der Urheimat des Parlamentarismus – mit Disziplinarmaßnahmen zu belegen, stand im Raum. Der Grund für solches Politik-Spektakel? Nachdem die Regierung dem Parlament Details zum Austrittsprozess zur Verfügung stellen muss, wird deren Preisgabe so lange wie möglich verhindert. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Dokumente Unerfreuliches zum Brexit enthalten. >

## Kein Applaus für die Bildungsreform

Mit dem „Higher Education and Research Act“ beschloss das Parlament Ende April die wohl umfangreichste Reform seit 25 Jahren. Die politische Leitlinie des Gesetzes ist es, den Bildungsbereich noch stärker nach Marktmechanismen auszurichten. Neuen Anbietern soll es erleichtert werden, tertiäre Bildungsangebote zu machen. Profitieren sollen davon gerade auch Teilzeitstudierende, deren Zahl in den letzten Jahren stark rückläufig war. Auf der anderen Seite sieht das Gesetz zweijährige „fast track degrees“ zum Bachelorabschluss vor, die den traditionell dreijährigen Programmen qualitativ nicht nachstehen sollen. Hochschulen können für diese Intensivkurse bis zu 11.000 Pfund Gebühren im Jahr erheben. In der Summe ergebe sich, so die offizielle Rechnung, für Absolventen ein Vorteilspaket im Wert von je etwa 25.000 Pfund: weniger Studiengebühren und Kosten für die Lebenshaltung, der Berufseinstieg kann früher erfolgen und auch die regierungsseitig operierende Student Loans Company (SLC) würde entlastet, wenn sie einen geringeren Studienkredit bereitstellt. Die Verbindlichkeiten gegenüber der SLC erreichten im Sommer des Jahres schwindelerregende 100 Mrd. Pfund. Zum Verdruss der politisch Verantwortlichen

wollte allein die Hochschuleseite nicht applaudieren. Grundsätzliche Bedenken galten einem Studium mit immer mehr Inhalt in immer kürzerer Zeit. Weiterhin wurde moniert, dass die Kurse gesondert strukturiert und vorgehalten werden müssen, wenn Dreijahresprogramme weiterhin die Regel sind. Ein Mehr an zu leistender Lehre verringere zudem die Forschungskapazitäten.

Deren Qualität steht alle sechs Jahre im Research Excellence Framework (REF) auf dem Prüfstand. Dem REF stellt das neue Gesetz das Teaching Excellence Framework, kurz: TEF, an die Seite. Das TEF misst die Lehrqualität und vergibt hierfür Sportwettkämpfen entlehnte Bronze-, Silber- und Goldmedaillen. Ein gutes oder sehr gutes Abschneiden (Silber- oder Goldmedaille) wurde vorausgesetzt, um statt der bisherigen meist geltenden 9.000 ab sofort 9.250 Pfund Jahresgebühren für das Bachelorstudium von britischen und (noch) EU-Studierenden erheben zu können. Neben der Studierendenzufriedenheit sind die späteren Berufsaussichten im TEF entscheidend. Gerade die 24 forschungsintensiven Universitäten der Russell Group hatten von Beginn an befürchtet, schlechter abzuschneiden. Dies bestätigte sich beim ersten Durchlauf in drei Fällen: die London School of Economics (LSE) sowie die Universitäten Liverpool und



Southampton belegten lediglich Plätze in der dritten Kategorie, Bronze. Zwischen den nicht deckungsgleichen Anforderungen von REF und TEF manövrieren und gleichzeitig die Wogen des Brexits meistern: Der Druck auf die Hochschulen im UK nimmt nicht ab.

Neben finanziellen Implikationen hat der „Higher Education and Research Act“ grundlegende strukturelle Folgen. Das neu eingerichtete Office for Students (OfS) fungiert ab April 2018 als Aufsichtsbehörde mit weitreichenden Kompetenzen und löst den Higher Education Funding Council for England (Hefce) und das Office for Fair Access (OFFA) ab. Das OfS ist für Qualitätsstandards im Hochschulsektor verantwortlich und führt das TEF durch. Dabei ist der politische Wille klar ersichtlich, die Interessen von Studierenden als zahlenden Kunden vorrangig zu behandeln. Last but not least werden laut neuem Gesetz ab April 2018 die sieben Research Councils in United Kingdom Research and Innovation (UKRI) zusammengefasst und restrukturiert.

**Die Bildungsreform sieht eine Überholspur für Bachelorabschlüsse vor, mit denen Studierende Zeit und Geld sparen.**





**In der Long Room Library bewahrt das Trinity College 200.000 seiner ältesten Bücher auf.**

## **Irische Hochschulen setzen auf Europa**

Irland ist wie kein anderes Land in der EU vom Brexit betroffen. Abgesehen von der wichtigen Grenzfrage zwischen der britischen Provinz Nordirland und der Republik sind beide Länder historisch und ökonomisch eng miteinander verbunden. Die Jahrhunderte währende britische Herrschaft über die Nachbarn endete erst 1921. Die Wirtschaft beider Länder ist eng verzahnt, und nach dem Austritt wird Irland zusammen mit Malta das einzige EU-Land sein, in dem Englisch (neben Irisch) Amtssprache ist.

Mit Blick auf die Folgen des Brexits für Hochschule und Wissenschaft waren offizielle Stellen bisher zurückhaltend. Dies hat sich im Laufe des Jahres 2017 geändert, ohne dabei zu vergessen, dass auch in der Wissenschaft der stärkste Partner auf der anderen Seite der irischen See liegt. Gleichzeitig formulierte man aber klarer eigene Ziele und will zukünftig international und innerhalb europäischer Forschungsprogramme eine größere Rolle spielen. Anfang Oktober wurde das „International Academic Mobility Programme“ vorgestellt.

Es soll den Weg für eine verstärkte Kooperation mit internationalen Partnern innerhalb und außerhalb Europas freimachen. Dies sei „gerade in Zeiten des Brexits“ für die irische Wissenschaft von großer Bedeutung, hieß es. Es schließt eine deutlich kommunizierte Offenheit für Lehrende und Forschende aus dem Ausland, die eine Alternative zum UK suchen mögen, ein.

Die Zahl internationaler Studierender an irischen Hochschulen hat bereits vor dem EU-Referendum im UK zugenommen. Offizielle Bewerbungszahlen, die im August mit 17 Prozent den bisher höchsten Zuwachs aus der EU verzeichneten (etwa 1.900 gegenüber 1.600 im Vorjahr), wurden aufmerksam zur Kenntnis genommen und mit dem Brexit in Zusammenhang gebracht. Auch in Irland werden Berechnungen angestellt, welche wirtschaftliche Bedeutung die internationale Vermarktung von Bildung hat (etwa eine Milliarde Euro); im Unterschied zum UK fehlt aber die negativ besetzte Diskussion um die damit verbundene Migrationsfrage. Zudem ist die Möglichkeit, nach dem Studium für einige Zeit im Land bleiben und arbeiten zu können, auch

für Nicht-EU-Staatsangehörige prinzipiell gegeben, wohingegen Regelungen im UK deutlich eingeschränkt wurden.

Mehr internationale Offenheit zeigt sich auch im Bemühen der irischen Regierung, die Fremdsprachenkompetenz junger Menschen zu verbessern. Bildungsminister Richard Bruton veröffentlichte Anfang Dezember einen entsprechenden Zehnjahresplan. So sollen in Irland bis zum Jahr 2026 25 Prozent mehr Sekundarschulen zwei oder mehr Fremdsprachen anbieten, 20 Prozent mehr Studierende Hochschulkurse mit einer Fremdsprachenkomponente absolvieren und 50 Prozent mehr junge Irinnen und Iren an Erasmus+ teilnehmen. Dazu will man die Zahl irischer Lehramtsstudierender in studentischen Mobilitätsprogrammen verdoppeln; ebenfalls um 100 Prozent steigen soll die Zahl von Fremdsprachenassistenzen an irischen Schulen.

Einige finanzielle, strukturelle und kapazitive Fragen blieben vorerst offen. Im Vergleich zum benachbarten UK ist die Strategie dennoch bemerkenswert. Dies gilt für die ausformulierte Zielsetzung wie den zeitlichen Rahmen. Offenbar wird in Dublin verstanden, dass es sich um einen Prozess handelt, der Zeit benötigt und in dem vieles miteinander zusammenhängt und aufeinander aufbaut.

## Entwicklungen im Hochschulsektor

In den eingangs erwähnten schwierigen Gewässern befand sich auch der Wissenschafts- und Hochschulsektor. Universities UK (UUK), die britische Hochschulrektorenkonferenz, warb fortlaufend um den weiteren Zugang zu Horizon 2020 sowie eine möglichst uneingeschränkte Mitwirkung am 9. EU-Forschungsrahmenprogramm (FP9), das im Jahr 2021 anlaufen soll. Ende November veröffentlichte Daten der Regierung zeigten, dass sich trotz des weiterbestehenden Zugangs zu Horizon 2020 der britische Anteil insgesamt hinsichtlich Projektanzahl und Finanzvolumen verringert hat. UUK äußerte sich besorgt und forderte mehr politische Klarheit – womit es keineswegs alleine dasteht. Offizielle Verhandlungen zu FP9 haben zwar noch nicht begonnen, doch die Befürchtung, dass die britische Stimme weniger Gehör finden wird, wurde mehrfach geäußert.

Kann eine mögliche Antwort auf die Unsicherheit in dem kurz vor Jahresende bekannt gegebenen Kooperationsmodell zwischen der Universität Oxford und den drei Berliner Universitäten sowie der Charité liegen? Zumindest die institutionelle Motivation hat der bevorstehende Brexit wohl befördert, wie Professor Alastair Buchan, Leiter des Brexit Strategie-Teams der Universität Oxford sagte. Fachlich hätte es mit Blick auf Berlin bereits seit 30 oder 40 Jahren nahegelegen, so Buchan, der gleichzeitig Wert darauf legte festzustellen, es gehe nicht primär um den Zugriff auf EU- oder deutsche Fördergelder, die man mithilfe der Kooperation anzapfen wolle.

Erasmus+ ist das andere strittige Programm im Kontext der Austrittsverhandlungen. Für dessen Beibehaltung macht sich besonders der British Council (BC) stark. Anfang Oktober

## PLAUDERN MIT MARTIN LUTHER

Das 500. Jubiläum der Reformation fand im Land vielfache Resonanz, so auch am DAAD University of Cambridge Forschungszentrum für Deutschlandstudien. Vor einem vollbesetzten Auditorium diskutierte am 22. Januar ein hochrangig besetztes Panel zum Thema „Martin Luther, Germany and the Reformation“. Teilnehmende waren die Präsidentin des Kirchentages 2017, Christina Aus der Au, die Oxforder Historikerin und Autorin des Buches „Martin Luther: Renegade and Rebel“, Prof. Lyndal Roper, Elisabeth von Thadden, ZEIT-Journalistin und Mitglied des Kirchentagspräsidiums, sowie der vormalige Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams.

Vielleicht weniger prominent, aber nicht minder kreativ ging es bei einem von insgesamt zwei Schreibwettbewerben zu, die der DAAD erneut mit dem Institute for Modern Languages Research (IMLR) der Universität London und weiteren Partnern durchführte. Hier stand der Reformator höchstpersönlich im Mittelpunkt: „Chatting with Luther“ lautete das Thema, dem sich die Autorinnen und Autoren auf verschiedenen Sprachniveaus widmeten. Seiner Bedeutung angemessen überschritten er und die jeweiligen Dialogpartner Zeit und Raum.

So parlierte der Theologe auf Deutsch nicht nur mit den Zeitgenossen

Lucas Cranach und Erasmus von Rotterdam, sondern auch mit Vivienne Westwood und sogar Donald Trump. Die Preisverleihung am 11. Dezember fand in der British Library statt, die zu den Kooperationspartnern zählte.



wurde das 30-jährige Bestehen von Erasmus gefeiert. Martine Reicherts, Generaldirektorin für Bildung und Kultur in der Kommission, war Ehrengast in der Londoner BC-Zentrale und betonte, ihr Besuch solle die britischen Partner darin unterstützen, bei den heimischen politischen Akteurinnen und Akteuren für eine Fortsetzung der Kooperation über das Jahr 2020 hinaus zu werben. Angesichts einer weiterhin schwach ausgeprägten studentischen Mobilität, innerhalb derer zuletzt rund 45 Prozent aller Auslandsaufenthalte britischer Studierender im Rahmen von Erasmus+ stattfanden, ist dies wenig verwunderlich. >

## ZWISCHEN BÖLL UND BREXIT

Im Jahr 1997 wurde das Centre for Irish-German Studies / Zentrum für deutsch-irische Forschungen an der Universität Limerick gegründet. In diesem Zeitraum hat das Zentrum insgesamt 17 Konferenzen organisiert, an denen immer auch ehemalige DAAD-Geförderte zahlreich teilnahmen. Die Jubiläumsveranstaltung fand vom 13. bis 15. September statt und widmete sich einerseits dem deutschen Literaten und Nobelpreisträger Heinrich Böll, der vor hundert Jahren geboren wurde. Auf der anderen Seite stand das Thema des baldigen Austritts des UK aus der EU. Im Veranstaltungstitel – „Irish-German Relations 2017: Between Böll and Brexit“ – kam beides zusammen und wurde in verschiedenen Konferenzteilen beleuchtet.



Veranstaltungen des Zentrums an der Universität Limerick sind gewissermaßen Glanzpunkte in einem auch insgesamt positiven Umfeld, denn das Interesse an Deutschland und die Motivation, Deutsch an der Schule zu lernen oder im Anschluss zu studieren, steigt in Irland seit Jahren. Dies ist gerade auch deshalb erfreulich, weil das Fremdsprachenlernen allgemein und das von Deutsch besonders im benachbarten UK weiterhin weniger Interesse findet.

**Das Zentrum für deutsch-irische Forschungen in Limerick feierte 2017 20-jähriges Jubiläum.**

Im Kontext eines nicht auszuschließenden Wegfalls des Programms steht wohl auch die von UUK im November gestartete Kampagne „Go international: Stand out“. Ihr Ziel ist es, die studentische Mobilität von aktuell 6,6 Prozent auf 13 Prozent bis zum Jahr 2020 in etwa zu verdoppeln.

Fortgesetzte Appelle, internationale Studierende nicht in offizielle Migrationsstatistiken einzurechnen, waren wie schon in den Vorjahren auch 2017 zum Scheitern verurteilt, sobald die Premierministerin ins Spiel kam. Theresa May schreckte auch nicht davor zurück, Freihandelsminister Liam Fox, der den Bildungssektor als ein Exportgut allerersten Ranges betrachtet, öffentlich abzukanzeln. Mehr als um Inhalte geht es längst um die Glaubwürdigkeit der Premierministerin, die sechs Jahre lang als Innenministerin den „exzessiven“ Zuzug internationaler Studierender ins Land zu reduzieren suchte. Einer im August veröffentlichten Untersuchung zufolge hatten indes lediglich 3 Prozent derjenigen, die ein Studienvisum erhalten hatten, den damit verbundenen Zweck missbraucht oder die im Visum genannte Befristung überzogen. Auch die ökonomischen Daten zum Mehrwert internationaler Studierender sind eindeutig: Erträgen aus Studiengebühren, Lebenshaltungskosten und geschätzten indirekten ökonomischen Effekten von

22,6 Mrd. Pfund stehen Kosten für Bildung, Gesundheit und Soziales von 2,3 Mrd. Pfund gegenüber, wie eine Studie Anfang Januar 2018 ergab. Kann ein Geschäft, um bei der Terminologie zu bleiben, glänzender sein? Dass bereits im Frühjahr 2017 die internationalen Studienbewerberzahlen leicht rückläufig waren und der Anteil des UK am internationalen Bildungsmarkt stagniert, weiß man in Hochschul- wie Politikkreisen. Dessen ungeachtet hoffen viele weiterhin, die Fakten mögen doch endlich auch die Premierministerin überzeugen.

Die Sorge, Lehrende und Forschende mit EU-Pass könnten sich Brexit-bedingt weniger willkommen fühlen – mehr als die Hälfte der insgesamt rund 60.000 Nicht-Briten an Hochschulen im UK stammt aus der Union – erhielt Anfang Januar 2018 Auftrieb. Laut einem Bericht der Internetzeitung Independent ist die Zahl der Kündigungen nach dem Referendum um 19 Prozent gegenüber dem Zeitraum davor gestiegen. In Hochschulkreisen hat man schon länger die Gefahr eines „Brexodus“ ausgemacht: Gerade Hochtalentierte, die international flexibel und nicht auf Jobs im UK angewiesen sind, könnten dem Land den Rücken kehren.

Die Unabhängigkeit der Universitäten ist gesetzlich geregelt. Dessen ungeachtet sollen zukünftig die Gehälter der Vice-Chancellors



„kontrolliert“ werden, was gewiss zu den delikateren Aufgaben des OfS zählen wird. Sie sind zuletzt massiv gestiegen, lagen im Durchschnitt bei 272.000 Pfund und überschritten vielfach die Marke von 400.000 Pfund im Jahr. Dass es sich hierbei nicht um Petitesse handelt, unterstrich im Dezember das Magazin Times Higher Education (THE). Aufgrund dieser Entwicklung einerseits und immenser Gebührenschulden der Absolventinnen und Absolventen andererseits stehe die Glaubwürdigkeit des gesamten Hochschulsektors auf dem Spiel. Im Spätsommer kam es zum für hiesige Verhältnisse offenen Schlagabtausch zwischen dem für Hochschulen zuständigen Staatssekretär Jo Johnson und der Rektorin der Universität Oxford, Prof. Louise Richardson. Sie hatte ihr Jahresgehalt von 350.000 Pfund mit Einkommen von Fußballspielern oder Bankern verglichen, wovon sich ihres doch positiv nach unten absetze. Richardson ergänzte, Politiker seien „verlogen“ wenn sie behaupteten, die in den letzten Jahren verdreifachten Studiengebühren dienten dazu, Spitzengehälter in den Hochschul-Chefetenagen zu rechtfertigen. Johnson, selbst Absolvent der Universität Oxford, zeigte sich unbeeindruckt und konterte, wer solche Vergleiche anstelle, möge doch vielleicht eher an einen Branchenwechsel denken, als weiterhin eine Universität zu leiten. Ob dieser Vorgang mit dazu beigetragen hat, dass Johnson im Januar 2018 durch Sam Gyimah abgelöst wurde und ins Verkehrsministerium gewechselt ist?

## Die DAAD-Arbeit

Auch das Aufgabenspektrum der DAAD-Außenstelle erweiterte sich Brexit-bedingt im Jahresverlauf deutlich. Zahlreiche Anfragen zu den möglichen Auswirkungen auf akademischen Austausch und Wissenschaftskooperation aus Presse, Parlamentskreisen, Ministerien und Hochschulen gingen ein und wurden, soweit wie möglich, beantwortet. DAAD-Präsidentin Professor Margret Wintermantel folgte im

Tabelle 22 : Daten zum Bildungssystem Vereinigtes Königreich

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	65,11 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	7,91 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	43.080
Wirtschaftswachstum	1,79 %
Inflation	0,64 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 3
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 11
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 14
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,68 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	2.352.932
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	55,96 %
Immatrikulationsquote	56,48 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	772.362
PhD	26.636
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	1,7 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	182.849
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	18,22 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. China	
2. Indien	
3. Nigeria	
4. Malaysia	
5. USA	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	31.078
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	1,26 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	2.071
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Frankreich	
3. Deutschland	
4. Irland	
5. Australien	

Quellen: DAAD, Statistik  
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt  
 Wissenschaft weltoffen  
 The World Bank, Data  
 UNESCO, Institute for Statistics

Januar der Einladung des Bildungsausschusses des Unterhauses und nahm zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern britischer Institutionen an einer Anhörung in Oxford teil. Die Abgeordneten wollten wissen, wie eine große internationale Einrichtung, die seit Jahrzehnten eng mit dem UK verbunden ist und



**Tabelle 23 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2017 Vereinigtes Königreich**

A = Geförderte aus dem Ausland  
D = Geförderte aus Deutschland

Vereinigtes  
Königreich

<b>I. Individualförderung – gesamt</b>		A	222
		D	548
<b>1. nach akademischem Status</b>			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	133	
	D	76	
Studierende auf Master-Niveau	A	23	
	D	251	
Doktoranden	A	22	
	D	100	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	44	
	D	121	
<b>2. nach Förderdauer</b>			
< 1 Monat	A	111	
	D	84	
1–6 Monate	A	62	
	D	104	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	49	
	D	360	
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>		A	367
		D	720
<b>1. nach akademischem Status</b>			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	20	
	D	306	
Studierende auf Master-Niveau	A	34	
	D	163	
Doktoranden	A	79	
	D	145	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	186	
	D	90	
andere Geförderte *	A	48	
	D	16	
<b>2. nach Förderdauer</b>			
< 1 Monat	A	340	
	D	435	
1–6 Monate	A	18	
	D	240	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	9	
	D	45	
<b>III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt</b>		A	20
		D	5.781
<b>Mobilität mit Programmländern</b>			
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A		
	D	3.342	
2. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	A		
	D	1.803	
3. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	20	
	D	636	
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)</b>		A	609
		D	7.049
<b>DAAD-Förderung – A und D gesamt (I + II + III)</b>			7.658

\* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltöffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung mit Programmländern). Darüber hinaus wurden im Projekt 2015 erstmals Fördermittel an Hochschulen vergeben, die in Partnerländern der EU ansässig sind (EU-Mobilitätsförderung mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2015 und damit auf die Laufzeit 1.6.2015 – 31.5.2017.

Sir Christopher Clark, Regius Professor of History des St Catharine's College, spricht auf der Tagung „Martin Luther, Germany and the Reformation“, veranstaltet vom DAAD University of Cambridge Forschungszentrum für Deutschlandstudien.



die Zusammenarbeit fördert, Chancen und Risiken des Austritts aus der EU einschätzt. DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ wiederum sprach im September auf der Jahrestagung von Universities UK (UUK) in London zu den versammelten Vice-Chancellors. Beide betonten, wie wichtig der Erhalt des Bestehenden sei und dass Hindernisse für die Weiterentwicklung enger Kooperationen unbedingt vermieden werden sollten. Wintermantel und Rüländ verdeutlichten zudem, dass es nicht alleine um finanzielle Mittel gehe, denn ein möglicher „hard Brexit“ ohne Beteiligung an EU-finanzierten Programmen schade der internationalen Vernetzung, auf die die Wissenschaft angewiesen sei. Die negativen Folgen trügen britische wie deutsche Einrichtungen und der gesamte europäische Forschungsraum gleichermaßen.

Der angekündigte Brexit mindert nicht das Interesse der deutschen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft an den akademischen Beziehungen zum UK. Entsprechend führte die DAAD-Außenstelle vom 13. bis 15. März gemeinsam mit der internationalen DAAD-Akademie (iDA) das Seminar „Regionalkompetenz UK“ durch. 15 Mitarbeitende deutscher Hochschulen und Fördereinrichtungen nahmen teil. Zum Programm gehörten auch Besuche am Goldsmiths College der University of London sowie am King's College London (KCL). <<

Moskau

# Stabilität oder Stagnation?



**Die DAAD-Außenstelle Moskau besteht seit 1992. Der Leiter der Außenstelle Dr. Peter Hiller kehrte Ende Oktober in die Bonner DAAD-Zentrale zurück, sein Nachfolger Dr. Andreas Hoeschen übernahm Anfang 2018 die Leitung. Insgesamt sind dort zwölf Mitarbeiter tätig.**

Ungeachtet der sich verschärfenden Konfrontation zwischen Russland auf der einen, Europa, Deutschland und den USA auf der anderen Seite ist die Bevölkerung mit ihrem Präsidenten Wladimir Putin zufrieden. Der Ost-West-Konflikt hat auch kaum Auswirkungen auf die deutsch-russische Zusammenarbeit bei Bildung und Forschung. 2017 haben die Bildungsministerien beider Länder eine „Deutsch-Russische Roadmap für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation“ auf den Weg gebracht.

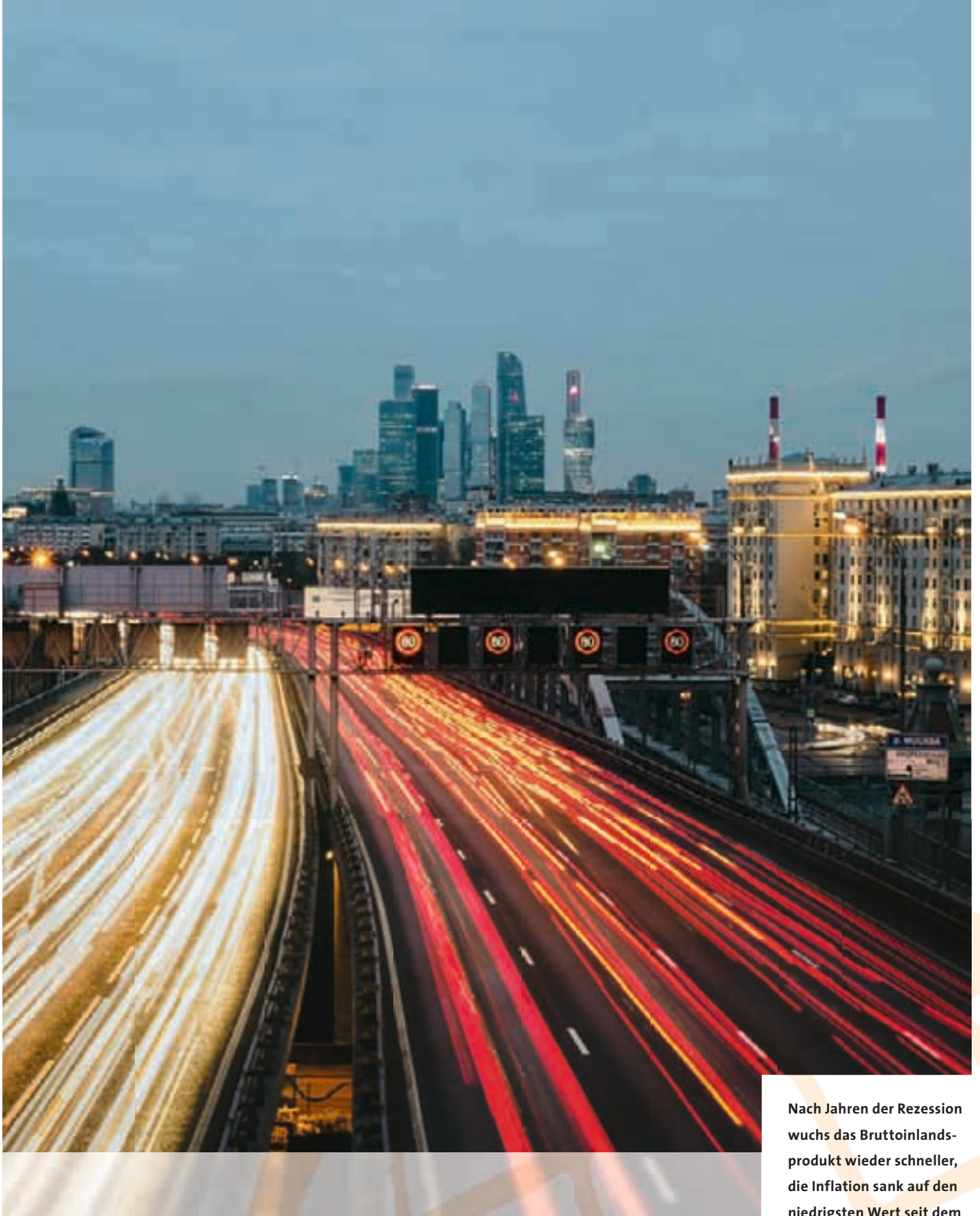
Im Oktober 2017 verkündete der russische Präsident Wladimir Putin bei einem Besuch des größten russischen Automobilherstellers GAZ in Nizhnij Novgorod, dass er im März 2018 bei der nächsten Präsidentenwahl für eine vierte Amtszeit antreten werde. Es zweifelt niemand daran, dass der 65-jährige Präsident wiedergewählt wird. Die große Mehrheit der russischen Wählenden steht hinter ihrem Präsidenten. Ihrer Meinung nach hat er Russland nach der Ära Jelzin Stabilität gebracht und dem Land in der Welt wieder Ansehen verschafft.

## Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Russland

Die außenpolitische Konstellation hat sich für die Russische Föderation im Jahr 2017 kaum verändert. Die Konzeption einer multipolaren Weltordnung, für die die russische Außenpolitik steht, wurde 2017 weiter umgesetzt. Die wichtigsten Partner dabei sind China, die Türkei und der Iran, mit denen Russland enge politische und wirtschaftliche Bindungen

pfllegt. Die Konfrontation zwischen Russland einerseits und den USA, der EU und Deutschland andererseits hat sich 2017 wegen der Rolle Russlands im Ukraine-Konflikt und im Krieg in Syrien weiter verschärft. Die Politik der Sanktionen und Gegensanktionen wurde fortgeführt, die USA haben wegen der Cyberattacken Russlands im amerikanischen Wahlkampf sogar die Sanktionen gegen Russland verschärft. Die Hoffnung in der russischen Öffentlichkeit, dass sich durch den neuen US-Präsidenten Trump die russisch-amerikanischen Beziehungen verbessern könnten, haben sich nicht erfüllt. Die politischen Sanktionen aufgrund des Ukraine-Konflikts haben dazu geführt, dass deutsche Wissenschaftsinstitutionen die Zusammenarbeit mit Forschungs- und Bildungsinstitutionen auf der Krim eingestellt haben.

Ein wichtiges Thema der russischen Innenpolitik ist die demografische Entwicklung. Zurzeit gibt es nach offiziellen Angaben 146,8 Millionen Einwohner und Einwohnerinnen (gerechnet einschließlich der Krim), bis zum Jahr 2050



**Nach Jahren der Rezession wuchs das Bruttoinlandsprodukt wieder schneller, die Inflation sank auf den niedrigsten Wert seit dem Ende der Sowjetunion.**

erwartet die Regierung einen Rückgang auf 130 Millionen. Diesem Trend versucht sie durch Geldtransfers an Familien und andere Maßnahmen entgegenzuwirken. Schon jetzt stehen dem Arbeitsmarkt nicht genug Arbeitskräfte zur Verfügung. Diesem strukturellen Problem ließe sich durch eine Anhebung des Rentenalters

begegnen. Das Renteneintrittsalter beträgt seit den Zeiten der Sowjetunion 55 Jahre für Frauen und 60 Jahre für Männer. Eine Anhebung des Renteneintrittsalters sieht die Regierung jedoch als „heißes Eisen“ an, man fürchtet den Unmut der Bevölkerung. >





**In Russland leben weitaus mehr Frauen als Männer. In der Politik sind sie allerdings stark unterrepräsentiert. In der Staatsduma lag ihr Anteil 2017 bei nur etwa 15 Prozent.**

Weiterhin virulent sind die Themen Korruption und Terrorgefahr. Laut Transparency International liegt Russland im Korruptionsindex unter 176 Ländern auf Platz 131. Im März und im Juni fanden landesweite, nicht genehmigte Demonstrationen gegen die Korruption der herrschenden Eliten statt. Nach Berichten der regierungskritischen Nowaja Gaseta (Neue Zeitung) wurden allein im Juni 1.200 Demonstranten festgenommen. Regelmäßig berichten russische Medien über Verhaftungen von Politikern und Beamten, die der Unterschlagung und Korruption verdächtigt werden. Derartige Beschuldigungen können auch der politischen Einschüchterung dienen. Dies zeigt sich am Fall des Theaterregisseurs Kirill Serebrennikov. Der Leiter des wichtigsten Moskauer Reform-Theaters Gogol-Zentrum, der auch in Deutschland inszeniert hat, wurde wegen angeblicher Unterschlagung unter Hausarrest gestellt und darf das Land trotz internationaler Proteste nicht verlassen.

## Hohe Terrorgefahr

Die Terrorgefahr ist in Russland weiterhin groß. In einem Interview hat Präsident Putin die Zahl der aus Russland stammenden IS-Kämpfer in Syrien und dem Irak mit circa 5.000 Personen angegeben. Zum Vergleich: Medienberichten zufolge kämpfen dort nach Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes (BKA) circa 900 Islamisten aus Deutschland. Im April tötete ein Terroranschlag in der U-Bahn von St. Petersburg 16 Personen.

Für positive Emotionen in der Bevölkerung sorgt die 2018 in Russland stattfindende Fußballweltmeisterschaft. Russland will sich der Welt als modernes Land präsentieren und investiert viel Geld in moderne Infrastrukturprojekte und Sportstadien. Als Vorbereitung auf die Weltmeisterschaft veranstaltete das Land 2017 erfolgreich den Confederations Cup, den die deutsche Nationalmannschaft gewonnen hat. >

## Das DAAD-Informationszentrum St. Petersburg stellt sich vor

Der DAAD verfügt in Russland über drei Informationszentren (IC). Seit 2002 existiert an der Staatlichen Pädagogischen Herzen-Universität das IC St. Petersburg. St. Petersburg ist mit mehr als fünf Millionen Einwohnern die zweitgrößte Stadt Russlands und eines der wichtigsten akademisch-wissenschaftlichen Zentren des Landes. Die Stadt zählt insgesamt 74 Hochschulen, an denen gegenwärtig 395.000 Studierende eingeschrieben sind. Hinzu kommen mehr als 200 Forschungseinrichtungen und Akademie-Institute, die zum Teil mit den Hochschulen kooperieren.

Die Petersburger Universitäten zählen zu den besten des Landes, allen voran die St. Petersburger Staatliche Universität, die zweitgrößte Hochschule Russlands. In der „Assoziation der führenden russischen Hochschulen“ befinden sich außerdem vier weitere Petersburger Hochschulen: die Bergbauuniversität, die Universität für Informationstechnologie, Mechanik und Optik (ITMO), die Polytechnische Universität sowie die sogenannte Akademie-Universität. Auch die Präsenz des DAAD in St. Petersburg unterstreicht das große Potenzial dieses Wissenschafts- und Hochschulstandorts für die deutsch-russische Bildungs- und Forschungszusammenarbeit. Neben dem IC sind an insge-

samt vier St. Petersburger Hochschulen fünf DAAD-Lektorate und zwei Langzeitdozenturen eingerichtet. Mit dem sozialwissenschaftlich ausgerichteten Zentrum für Deutschland- und Europastudien (ZDES) und dem mathematisch-naturwissenschaftlichen German-Russian Interdisciplinary Science Center (G-RISC) fördert der DAAD darüber hinaus zwei anerkannte Leuchtturmprojekte der deutsch-russischen Wissenschaftskooperation.

Das IC St. Petersburg führt regelmäßig Hochschul- und Stipendienberatung für ein Studium in Deutschland durch, nimmt an Hochschulmessen teil und unterstützt die vielfältigen Kooperationen zwischen deutschen und russischen Hochschulen. Zudem veranstaltet das IC regelmäßig Informationsveranstaltungen, Science Lectures und Konferenzen. Highlight 2017 war die im Rahmen der „14. Deutschen Woche in St. Petersburg“ gemeinsam mit dem DWIH Moskau und der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer organisierte Konferenz „Nachhaltigkeitsmanagement in Hochschulen und Unternehmen“, auf der deutsche und russische Hochschulen mit Wirtschaftsvertretern ihre Nachhaltigkeitskonzepte vorstellten.



**Welche Rolle spielt Nachhaltigkeit in Campus Management und Unternehmensführung? Darüber debattierten Teilnehmende auf einer Veranstaltung in der „14. Deutschen Woche in St. Petersburg“. Organisiert hatte diese unter anderem das DWIH Moskau.**





**Auf der Konferenz der Städtepartner in Krasnodar diskutierten im Juni 2017 über 600 Vertreter aus deutschen und russischen Städten über die deutsch-russische Zusammenarbeit.**

Auch wenn die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland angespannt sind, gibt es viele Bereiche der Zusammenarbeit, die gut funktionieren. Dazu gehören auch die knapp 90 Städtepartnerschaften. In Krasnodar fand im Juni eine von beiden Außenministern eröffnete Konferenz statt, in der die kommunale Zusammenarbeit und Zukunftsprojekte präsentiert wurden. Die Konferenz läutete das Jahr der deutsch-russischen kommunalen und regionalen Partnerschaften ein.

Die Wirtschaft hat sich 2017 nach mehreren Jahren der Rezession positiv entwickelt: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs um knapp 2 Prozent, der Rubelpreis hat sich stabilisiert (circa 65 Rubel für einen Euro), die Inflation lag im Oktober 2017 mit 2,7 Prozent so niedrig wie letztmalig beim Ende der Sowjetunion. Ein Vergleich der Wirtschaftsdaten mit denen aus Deutschland ist erhellend. Das BIP pro Kopf der Bevölkerung lag 2016 in Deutschland mit 37.849 Euro fast fünfmal so hoch wie in Russland (7.899 Euro). Zum 1. Juli 2017 wurde der monatliche Mindestlohn in Russland auf 7.800 Rubel (circa 115 Euro) angehoben und liegt damit bei 73 Prozent des staatlich festgelegten Existenzminimums. Erst 2019 soll der Mindestlohn das Niveau des Existenzminimums erreichen.

## Wissenschaft und Hochschulen

Im Vergleich mit westlichen Industriestaaten gibt Russland wesentlich weniger Mittel für Forschung und Entwicklung (F&E) aus. Wendete Russland im Jahr 2014 1,19 Prozent des BIP für diesen Bereich auf, so waren es in Deutschland 2,85 Prozent. Wegen der Rezession in Russland sanken die Ausgaben in den Jahren 2016 und 2017 deutlich, jetzt wurde das Ziel „1,77 Prozent im Jahr 2020“ gesetzt. Mehr als zwei Drittel für Forschung und Entwicklung kommen vom Staat, die Wirtschaft trägt weniger als 30 Prozent bei. In den westlichen Industriestaaten ist das Verhältnis genau umgekehrt.

Der Transformationsprozess, den die russische Hochschul- und Wissenschaftslandschaft seit einigen Jahren durchläuft, ist in vollem Gange. Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft (MON) hat eine Reform angestoßen, die insbesondere die Qualität von Wissenschaft und Hochschulen steigern will. Ein wichtiges Ziel ist die Internationalisierung der Hochschulen, außerdem fördert das MON den Wettbewerb unter den Hochschulen und deren Profilierung. Seit 2006 hatte das MON zehn „Föderale Universitäten“ (pro Bezirk je eine Hochschule) definiert, in zwei Wettbewerben wurden 29 „Nationale Forschungsuniversitäten“ gekürt sowie 21 Universitäten ausgewählt, die zum elitären Zirkel der „5 TOP 100“- Universitäten gehören. Von diesen 21 Hochschulen sollen fünf bis zum Jahr 2020 unter die besten Hochschulen in internationalen Ranking-Listen kommen. Im Jahr 2017 wurden nun die Ergebnisse des Wettbewerbs um den Status einer „Stützuniversität“ (opornyj vuz) veröffentlicht. Die 33 ausgewählten Hochschulen werden mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Regionen zu flankieren.

Das MON ist außerdem dabei, das Doktorstudium neu zu ordnen. Im letzten Bildungsgesetz von 2013 war versucht worden, die aus der

Sowjetunion übernommene Form des Doktorstudiums, die sogenannte Aspirantur (aspirantura), in den Bologna-Prozess einzupassen. Das Gesetz definiert die Aspirantur als dritten Teil der Hochschulausbildung, in dem das Personal für die Hochschulen ausgebildet wird. Jeder Institution, die einen Dokortitel verleihen darf – das sind in Russland Hochschulen und Forschungseinrichtungen –, wurde vorgeschrieben, ein dreijähriges Curriculum für ihre Doktoranden zu entwerfen. Nach Abschluss dieses „Studiums“ erhalten Graduierte das staatliche Diplom eines Hochschullehrer-Forschers (prepodawatel-issledowatel). Die Anfertigung einer Dissertation soll während oder nach der Aspirantur erfolgen.

Durch diese Verschulung ist die Zahl der in Russland veröffentlichten Dissertationen um zwei Drittel eingebrochen. Außerdem ist es für die Doktoranden fast unmöglich geworden, während der Aspirantur mit einem Stipendium ins Ausland zu gehen. Das MON versucht nun gegenzusteuern. Dafür erlaubte es 25 Hochschulen und Forschungseinrichtungen, den Titel eines Kandidaten der Wissenschaft (dieser Titel entspricht dem deutschen Dokortitel) oder eines Doktors der Wissenschaften (entspricht dem deutschen Dr. habil.) nach eigenen Regeln zu verleihen. Zu diesen Hochschulen gehören neben der Moskauer und der St. Petersburger Staatlichen Universität viele Universitäten, die zur Assoziation der führenden Hochschulen in Russland gehören. Damit verliert die Staatliche Attestationskommission (VAK), die bisher alle Verfahren zur Erlangung eines wissenschaftlichen Titels überprüft hat, deutlich an Einfluss.

### Deutsch-russische Roadmap in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation

Grundlagenforschung betrieben in der Sowjetunion nur die Institute der heutigen Russischen Akademie der Wissenschaften (RAN).

### EIN LEUCHTTURMPROJEKT DER GERMANISTIK IN MOSKAU

Das Institut für Russisch-Deutsche Literatur- und Kulturbeziehungen (IRDLK) ist unter russischen Germanistinnen und Germanisten eine bekannte Institution. Das Institut befindet sich an der Russischen Staatlichen Universität für Geisteswissenschaften (RGGU) im Herzen Moskaus. Gegründet wurde es 2008 aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem DAAD, der RGGU und der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Das Institut leitet Prof. Dirk Kemper, der seine Karriere in Russland als DAAD-Langzeitdozent begonnen hat. Am Institut arbeitet darüber hinaus noch eine DAAD-Lektorin. Das Institut betreibt eine Doktorandenschule für germanistische Literaturwissenschaft sowie den gemeinsam mit der Universität Freiburg betriebenen Masterstudiengang „Literaturwissenschaft international: deutsch-russische Transfers“, der für deutsche und russische Absolventen ein Doppeldiplom anbietet. Im Jahr 2014 erhielt die Universität Freiburg außerdem den Zuschlag zur Einrichtung des zurzeit einzigen von der DFG in Russland geförderten internationalen Graduiertenkollegs „Kulturtransfers und kulturelle Identität. Deutsch-Russische Kontakte im europäischen Kontext“ am IRDLK. Ziel des Instituts ist es, durch den Aufbau einer mehrstufigen Ausbildungsstruktur Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen für die germanistische Literaturwissenschaft auszubilden und damit die Germanistik in Russland landesweit zu unterstützen.

Russland liegt bei der Zahl der Deutschlernenden weltweit an zweiter Stelle nach Polen. Mehr als 1,5 Millionen Russen lernen die deutsche Sprache. Wie überall auf der Welt steht aber auch in Russland die deutsche Sprache unter dem Druck des Englischen. Neben den 33 DAAD-Lektorinnen und -Lektoren, die an russischen Hochschulen unterrichten, ist das IRDLK das sichtbarste DAAD-Projekt in Russland zur Stärkung der deutschen Sprache und zur Unterstützung der Germanistik vor Ort.

Die Hochschulen waren reine Lehranstalten. In den letzten Jahren hat die Regierung versucht, eine Reform der RAN einzuleiten. Der Staat garantiert nur noch eine minimale Grundfinanzierung der Akademieinstitute.

Wie auch die Hochschulen müssen sich die Institute nun bei den verschiedenen Wissenschaftsfonds (die größten sind der Russische Wissenschaftsfonds RNF und der Russische Fonds für Grundlagenforschung RFFI) um Projektförderungen bewerben. >





Begrüßungsgeschenk für die Lektoren

**DAAD-Lektorentreffen aus Sibirien und Mittelasien in Novosibirsk**

Viele Institute wurden regional zu Clustern zusammengeschlossen. Durch die Gründung der Föderalen Wissenschaftsagentur (FANO) im Jahr 2013 wurde die organisatorische Eigenständigkeit der RAN aufgehoben und ihr sämtliche Liegenschaften entzogen. Der Staat verlagert außerdem verstärkt Forschung an die Universitäten, etwa durch die Gründung von Nationalen Forschungsuniversitäten. Die Reform der RAN ist nun allerdings ins Stocken geraten. Im September wählten die Akademiemitglieder



den Physikprofessor Alexander Sergejew aus Nishnij Nowgorod zum neuen Präsidenten der RAN. Der Wissenschaftler gilt als entschlossener Vertreter einer unabhängigen Wissenschaft. Es bleibt abzuwarten, wie sich Regierung und Wissenschaft in Zukunft arrangieren werden.

Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland im Bereich Hochschulen und Wissenschaft blickt auf eine lange Tradition zurück und ist überaus vielfältig.

**DAS DEUTSCHE WISSENSCHAFTS- UND INNOVATIONSHAUS (DWIH) MOSKAU**



Das DWIH Moskau ist ein Forum für den deutsch-russischen Austausch im Bereich von Wissenschaft, Forschung und Technologie. Es wurde 2009 auf Anregung des Auswärtigen Amtes ins Leben gerufen. Unter der administrativen Führung des DAAD, der eine Koordinationsstelle für die DWIH 2017 in der Bonner Zentrale eingerichtet hat, nehmen an der Tätigkeit des DWIH Moskau die in Moskau vertretenen deutschen Forschungsorganisationen, Universitäten und Bundesländer sowie die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer teil. Das DWIH hat verschiedene Veranstaltungsformate wie Science Lectures und Infoseminare entwickelt. Zu den Highlights gehört die jährlich stattfindende „Deutsch-Russische Woche des jungen Wissenschaftlers“, die 2017 zum siebten Mal stattfand. In der neu gegründeten Universität Skolkovo Institute of Science and Technology (Skoltech) in Skolkowo bei Moskau trafen sich deutsche und russische Nachwuchswissenschaftler und debattierten über das Thema „Computational biology and biomedicine“.

**Teilnehmende der „Deutsch-Russischen Woche des jungen Wissenschaftlers“ besuchen die Eröffnung der Ausstellung in „Lespromural“ in Jekaterinburg (oben), nutzen die Woche aber auch für den persönlichen Austausch.**

Auch die Ministerien haben langjährige Kooperationserfahrungen. Es gibt regelmäßige Arbeitstreffen zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das russische Ministerium für Bildung und Wissenschaft (MON) vereinbarten im Frühjahr 2017 die Erarbeitung einer „Deutsch-Russischen Roadmap für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation“. Die Roadmap soll der strategischen Orientierung der deutsch-russischen Kooperation in diesen Bereichen dienen und auf einen Zeitraum von zehn Jahren ausgelegt sein. In einem vom DAAD organisierten Arbeitstreffen der deutschen und russischen Wissenschaftsorganisationen und -förderer am 9. November 2017 vereinbarten die Akteurinnen und Akteure in Berlin Handlungsfelder der zukünftigen Zusammenarbeit. Diese gemeinsamen Empfehlungen wurden im Rahmen eines deutsch-russischen Treffens auf Leitungsebene vorgestellt, diskutiert und offiziell an die Vertreter der Ministerien beider Länder übergeben. Die Roadmap soll 2018 verabschiedet werden.

### Die Arbeit des DAAD in Russland

Der DAAD ist in Russland mit einem breiten Netzwerk vertreten. Neben der Außenstelle in Moskau gibt es drei Informationszentren an den Standorten Nowosibirsk, Kasan und St. Petersburg. Außerdem gehören 33 Lektoren und zwei Langzeitdozenten zu diesem Netzwerk. Der DAAD unterstützt darüber hinaus drei Fach- und Exzellenzzentren in Moskau und St. Petersburg. Das größte Projekt des DAAD in Russland ist das German-Russian Institute of Advanced Technologies (GRIAT) in Kasan. Dabei handelt es sich um eine deutsch-russische Hochschule, die 2016 die ersten Doppeldiplome verliehen hat.

Verschiedene DAAD-Stipendienprogramme unterstützen die individuelle Mobilität von Studierenden. >

Tabelle 24 : Daten zum Bildungssystem Russische Föderation

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	146,8 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	14,46 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	23.162
Wirtschaftswachstum	1,8 %
Inflation	4,24 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 16
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 13
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 55
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	3,86 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	6.592.416
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	53,43 %
Immatrikulationsquote	80,39 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	1.398.969
PhD	36.533
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	1,13 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	73.207
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	3,43 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. Kasachstan	
2. Belarus	
3. Usbekistan	
4. Turkmenistan	
5. Aserbaidschan	
35. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	56.328
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,86 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	10.204
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. Deutschland	
2. USA	
3. Tschechien	
4. Vereinigtes Königreich	
5. Frankreich	

Quellen: DAAD, Statistik  
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt  
 Wissenschaft weltoffen  
 The World Bank, Data  
 UNESCO, Institute for Statistics

**Tabelle 25 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2017 Russische Föderation**

		Russische Föderation
A = Geförderte aus dem Ausland		
D = Geförderte aus Deutschland		
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>	A	<b>883</b>
	D	<b>416</b>
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	344
	D	276
Studierende auf Master-Niveau	A	212
	D	39
Doktoranden	A	194
	D	8
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	133
	D	93
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	268
	D	211
1–6 Monate	A	277
	D	112
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	338
	D	93
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>	A	<b>2.726</b>
	D	<b>1.402</b>
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	1.046
	D	596
Studierende auf Master-Niveau	A	679
	D	290
Doktoranden	A	234
	D	86
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	589
	D	395
andere Geförderte *	A	178
	D	35
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	1.969
	D	1.049
1–6 Monate	A	641
	D	322
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	116
	D	31
<b>III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt</b>	A	<b>266</b>
	D	<b>109</b>
<b>Mobilität mit Partnerländern</b>		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	178
	D	53
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	88
	D	56
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)</b>	A	<b>3.875</b>
	D	<b>1.927</b>
<b>DAAD-Förderung – A und D gesamt (I + II + III)</b>		<b>5.802</b>

\* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltöffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung mit Programmländern). Darüber hinaus wurden im Projekt 2015 erstmals Fördermittel an Hochschulen vergeben, die in Partnerländern der EU ansässig sind (EU-Mobilitätsförderung mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2015 und damit auf die Laufzeit 1.6.2015 – 31.5.2017.

Neben den Standardprogrammen führt der DAAD gemeinsam mit russischen Partnern acht Matching-Funds-Programme durch. Der letzte Vertrag dieser Art, das Pawel Melnikow-Programm, wurde 2017 mit der Assoziation der Transporthochschulen unterzeichnet. Der Rückgang der Studierendenzahlen an russischen Hochschulen aufgrund der demografischen Entwicklung macht sich auch bei den Antragszahlen für individuelle Stipendien bemerkbar, die Zahl der Anträge ist seit einigen Jahren rückläufig. Deutschland bleibt für russische Studierende und Forschende jedoch weiterhin das Zielland Nummer eins. Mit mehr als 11.000 Studierenden an deutschen Hochschulen liegt Russland nach China und Indien an Platz 3 in der Statistik der Bildungsausländerinnen und -ausländer an deutschen Hochschulen. In der DAAD-Statistik der geförderten Ausländer und Ausländerinnen belegte Russland mit 3.836 Personen 2016 den zweiten Platz. Das beliebteste Programm für Deutsche nach Russland ist weiterhin „Russland in der Praxis“, in dem deutsche Studierende ein sechsmonatiges Auslandspraktikum in einem russischen Unternehmen mit deutschem Kapital machen können. Pro Jahr werden mehr als 60 Stipendien verliehen. <<





# La révolution en marche



**Dr. Christian Thimme leitet das Pariser Büro des DAAD seit 2017. Die Außenstelle wurde im Jahr des Elysée-Vertrages 1963 gegründet. Das Team besteht aus sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.**

**Wahlplakate der Kontrahenten Marine Le Pen und Emmanuel Macron um das Präsidentenamt**

**Nicht rechts abgebogen, sondern klar Richtung Europa gestartet: Mit der Wahl Macrons setzt Frankreich spannende Akzente in Europa – auch in der Hochschulpolitik.**

## Das Superwahljahr 2017

Das Ergebnis der französischen Präsidentschaftswahlen 2017 hatte ganz Europa mit Spannung erwartet. Alle politischen Warnsignale standen nach den Wahlsiegen rechtspopulistischer und europakritischer Parteien in Polen, der Slowakei und Ungarn, nach dem Brexit-Votum und dem Wahlsieg Trumps auf Rot. Nach diversen Wahlprognosen schien es nicht mehr ausgeschlossen, dass Marine Le Pen beim ersten Wahlgang um das Amt des Präsidenten die meisten Stimmen bekommen und damit ihr Sieg bei der Präsidentschaft in greifbare Nähe rücken könnte.

Das traditionelle Gleichgewicht der politischen Parteien der fünften Republik, bei dem wechselweise die Spitzen der Sozialisten (PS) und der Rechten (zuletzt umbenannt in LR – Les Républicains) die Präsidentschaft stellten, schien im Laufe des Wahlkampfes aus den Fugen zu geraten. Der Kandidat der Rechten, François Fillon, galt lange Zeit als Favorit bei den anstehenden Wahlen, sank aber erheblich in der Wählergunst, nachdem im März 2017 offiziell Anklage gegen ihn wegen der Scheinbeschäftigung seiner Frau und seiner Kinder erhoben wurde. Auch die Sozialisten waren geschwächt in den Wahlkampf gegangen.

Die Popularität von Präsident Hollande war so stark gesunken, dass er – ein einmaliger Vorgang in der fünften Republik – sich nicht einmal als Kandidat für eine zweite Präsidentschaft aufstellen ließ. Zum Niedergang des PS haben sicher auch die unversöhnlichen Flügelkämpfe innerhalb der Partei beigetragen. Namhafte Mitglieder der Sozialisten desavouierten ihren eigenen Präsidenten und verweigerten ihm bei wichtigen Abstimmungen die Gefolgschaft. So konnte die lang angekündigte Wirtschaftsreform, der sich der linke Parteiflügel, die sogenannten „frondeurs“, widersetzte, nur per Notverordnung ohne Zustimmung des Parlaments verabschiedet werden. Als Präsidentschaftskandidaten stellten die Sozialisten einen Vertreter der „frondeurs“, den ehemaligen Bildungsminister Benoît Hamon, auf.





Gegen diesen umstrittenen und eher farblosen Kandidaten konnte sich links von den Sozialisten der rhetorisch gewandte, linkspopulistische und europa- und insbesondere deutschlandkritische Politiker Jean-Luc Mélenchon mit seiner Partei La France insoumise (etwa: das unbeugsame Frankreich) positionieren, der in den Wahlumfragen zum Schaden der Sozialisten immer mehr an Bedeutung gewann.

Mit Emmanuel Macron, dem ehemaligen Wirtschaftsminister der Regierung von Hollande, ging ein neuer Stern am Himmel der politischen Parteienlandschaft auf. Innerhalb kürzester Zeit wurde seine erst 2016 gegründete Bewegung En marche (später La République en marche) zur mitgliederstärksten Partei Frankreichs. Mit einer Politik des „weder rechts noch links“ und einem als sozialliberal einzuschätzenden



Programm gelang es ihm, vor allem Wähler der Republikaner und der Sozialisten anzuziehen. Als einziger Kandidat führte Macron einen betont EU-freundlichen Wahlkampf. Bemerkenswert war der rasante Aufbau der Partei. Der Präsidentschaftswahlkampf war ganz auf seine Person ausgerichtet und die Öffentlichkeit war gespannt, wer für die Parlamentswahlen nominiert werden würde. Denn die Partei hatte bisher kaum bekannte Gesichter. Emmanuel Macron ließ ein regelrechtes Casting durchführen. 19.000 Frauen und Männer bewarben sich, eine parteiinterne Jury wählte zunächst 1.700 Personen aus, mit denen Einzelgespräche geführt wurden und aus denen die Partei einen großen Teil der Kandidierenden rekrutierte. Ungefähr die Hälfte waren Politneulinge, 50 Prozent waren Frauen. Eine nicht unbeträchtliche Zahl kam auch aus anderen Parteien, wie Macron selbst, der vorher Mitglied der sozialistischen Partei war.

Im ersten Wahlgang erreichte Emmanuel Macron mit 24 Prozent das beste Wahlergebnis, gefolgt von Marine Le Pen vom rechtsradikalen Front National mit 21,3 Prozent. In der Stichwahl gegen Marine Le Pen wurde Emmanuel Macron im Mai 2017 mit 66,1 Prozent zum Präsidenten der französischen Republik gewählt.

Im Juni 2017 folgten die Parlamentswahlen, in denen die junge Partei von Macron im ersten Wahlgang auf Anhieb zur stärksten Partei wurde. Im zweiten Wahlgang erreichte La République en marche mit 308 Abgeordneten die absolute Mehrheit der Sitze. Die bisher stärkste Partei der Sozialisten verlor 250 Abgeordnete und kam nur noch auf 30 Sitze. Die Wahlen 2017 haben somit das Parteiensystem Frankreichs gründlich umgekehrt. Die einst starke und stolze sozialistische Partei glitt mit 7,4 Prozent der Stimmen fürs Erste in die Bedeutungslosigkeit ab, die ebenfalls traditionell starke Partei Les Républicains musste herbe Verluste hinnehmen.

Mit der Regierungsbildung trieb Emmanuel Macron einen weiteren Keil in die anderen Parteien. Zum Premierminister ernannte er Edouard Philippe, ein Mitglied der Partei Les Républicains. Die Mehrheit der Ministerinnen und Minister seines ersten Kabinetts gehörte verschiedenen anderen Parteien an oder war parteilos. Im Laufe des Jahres wurden diese dann zum Teil aus ihren eigenen Parteien ausgeschlossen, blieben entweder parteilos oder schlossen sich der Partei Macrons an.



## Präsident als Jupiter

Wie sehr sich der Stil Macrons von seinem Vorgänger unterscheidet, konnte man schon bei seinem ersten Auftritt im Louvre nach dem Wahlsieg sehen, bei dem er zu den Klängen von Beethovens Europahymne ins Scheinwerferlicht trat und sich vor der Pyramide des Louvre feiern ließ. Während sich François Hollande als „président normal“ sah und möglichst volksnah auftreten wollte, inszeniert sich Emmanuel Macron mit perfekt durchgeplanten symbolträchtigen Auftritten als „président jupitérien“, was ihm schnell den Vorwurf der Abgehobenheit und einer gewissen Eitelkeit eingebracht hat.

Geschickt nutzte Präsident Macron die Aufbruchstimmung und die Begeisterung, die seine Wahl und die rasante Entwicklung seiner Bewegung En marche ausgelöst hat, um die schwierigsten Reformen gleich zu Beginn seiner Amtszeit umzusetzen. In der Sommerpause, in der halb Paris die Stadt verlässt, um in die Sommerferien zu fahren, wurden die Gesetzestexte für die Arbeitsmarktreform vorbereitet und die Entwürfe vorab mit den Sozialpartnern diskutiert und angepasst. Auch hier zeigt sich ein neuer Stil, der auf Konsensbildung mit den wesentlichen Akteuren abzielt. Gleichwohl umging Macron bei der Verabschiedung das zeitaufwändige normale Gesetzgebungsverfahren und erließ diese und auch andere Reformen per Notverordnung (ordonnance).

## Das deutsch-französische Paar – le couple franco-allemand

Offensiv bekennt sich die neue Regierung zur deutsch-französischen Freundschaft und dem Wunsch, in europa- und außenpolitischen Fragen eng mit Deutschland zusammenzuarbeiten. Gleich mehrere wichtige Politiker sind ausgezeichnete Deutschlandkenner, wie zum Beispiel der Premierminister Edouard Philippe, der in Deutschland Abitur gemacht hat,



Der französische Präsident Emmanuel Macron bei seiner viel beachteten Grundsatzzrede zu seiner Vision der Zukunft Europas an der Universität Sorbonne im September 2017.

der Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire sowie der ehemalige Botschafter in Deutschland, Philippe Etienne, der Macron in außenpolitischen Fragen berät.

Während sich Deutschland im Wahlkampf befand und später in lähmenden Koalitionsverhandlungen mühte, eine Regierung zu bilden, setzte Macron entscheidende Akzente für eine Erneuerung Europas. So ist es sicher kein Zufall, dass der Meister der Inszenierung die Grundsatzzreden zu diesem Thema in Frankfurt und an der Sorbonne in Paris vor Studierenden hielt.



## DEUTSCH-FRANZÖSISCHE FREUNDSCHAFT

Am 26. Januar 2017 war die Universität Paris-Sorbonne Schauplatz eines außerordentlichen Festakts. Die Verleihung der Ehrendoktorwürde dieser prestigeträchtigen französischen Hochschule war Höhepunkt des letzten Paris-Besuchs in der Amtszeit von Joachim Gauck.

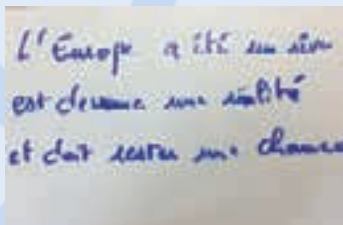


Von links: Barthélémy Jobert (Präsident der Universität Sorbonne), Gilles Pécout (Rektor der Académie de Paris) und Joachim Gauck (ehemaliger Bundespräsident) bei der Zeremonie zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an Gauck im Januar 2017.



**Oben: Eindruck von der DAAD-Kunsttournee „Silent Neighbours goes Europe“**

**Rechts: Beispiel einer Antwort auf die Frage „Was bedeutet Europa für dich?“ im Rahmen der Tournee**



## Kampagne „Unser Europa – Ideen für die Zukunft“ in Frankreich

Im Jubiläumsjahr des Erasmus-Programms hat der DAAD mit vielfältigen Akzenten ein Zeichen gegen die grassierende Europafeindlichkeit gesetzt.

Auch die Pariser Außenstelle des DAAD hat sich engagiert und im Rahmen einer Kunsttournee sowie einer Veranstaltungsreihe mit europäischen Forschenden vielfältige Möglichkeiten angeboten, um über den Nutzen eines vereinten Europas nachzudenken und zu diskutieren.

### „Silent Neighbours goes Europe“

Im September 2017 ist die DAAD-Außenstelle Paris mit der Künstlerin und DAAD-Alumna Nica Junker und ihrer Fotokabine auf Frankreichtournee

gegangen. Seit neun Jahren reist Nica Junker mit ihrer Fotokabine durch verschiedene Länder, sammelt Fotos und kurze Antworten zum Alltag der Teilnehmenden, macht Menschen in der ganzen Welt somit füreinander wahrnehmbar. Mehr als 300 Personen haben sich während der zehntägigen Frankreichtour in Nantes, Lyon und Paris fotografieren lassen und die Frage beantwortet, was Europa für sie bedeutet. Anhand der zahlreichen Diskussionen und Antworten auf diese Frage konnten wir feststellen, dass das europäische Projekt bei den französischen Studierenden sehr vielfältige Assoziationen hervorruft und sehr positiv besetzt ist.

Auch der Zeitpunkt war geschickt gewählt. Im deutschen Wahlkampf hatte das Thema Europa so gut wie keine Rolle gespielt. Mit seiner Grundsatzrede nahm Macron unmittelbar Einfluss auf die beginnenden Sondierungsverhandlungen und zwang die deutschen Parteien dazu, Farbe zu bekennen.

Es ist allerdings bezeichnend, dass sich Politiker und Presse vor allem auf das Reizthema Finanzpolitik mit dem Vorschlag der Einsetzung eines europäischen Finanzministers mit eigenem Budget stürzten und die vielfältigen anderen Elemente seiner europapolitischen Ideen weitgehend undiskutiert blieben. In der Sorbonne-Rede vom 26. September spricht er sich für eine Neubegründung eines souveränen Europas

aus und schlägt sehr grundsätzliche und weitreichende Reformen mit zum Teil sehr konkreten Maßnahmen vor. Vor dem Hintergrund des Rückzugs der Vereinigten Staaten und der dauerhaften Terrorgefahr fordert Macron eine europäische Sicherheitspolitik. Konkret schlägt er vor, jedes Land solle Soldaten aus den jeweils anderen europäischen Ländern in die eigene Armee aufnehmen. Ergänzend zur NATO soll Europa eine eigene sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit erreichen.

Weiterhin fordert er eine gemeinsame Migrationspolitik, die einen Schutz der europäischen Grenzen gewährleistet. Asylberechtigte sollen würdig aufgenommen und wirklich integriert werden, während diejenigen zügig zurück-

geschickt werden sollen, die kein Anrecht auf diesen Schutz haben. Auch hier wird Macron konkret und fordert eine europäische Asylbehörde, um die Verfahren zu beschleunigen und zu vereinheitlichen. Dabei setzt er sich für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge ein. Ein heißes Thema in Frankreich, das bisher vergleichsweise wenige Flüchtlinge aufgenommen hat und wo nicht nur der rechtsradikale Front National ausländerfeindliche Ressentiments schürt.

In der Außenpolitik wünscht sich Macron eine stärkere Partnerschaft mit Afrika. Die notwendige Entwicklungshilfe soll aus einer europäischen Finanztransaktionssteuer finanziert werden. Auch hinsichtlich des ökologischen Wandels schlägt er konkrete Schritte vor. Durch einen ausreichend hohen CO<sub>2</sub>-Preis sollen die Kosten für die ökologische Erneuerung der

### DER DAAD IN DER SORBONNE

In diese ereignisreiche Woche fiel auch der Umzug des Büros der DAAD-Außenstelle Paris in die Maison de la Recherche der Université Paris-Sorbonne. Die Sorbonne nutzte das Ereignis, um eine viel beachtete deutsch-französische Woche durchzuführen, an welcher der DAAD und andere deutsche Kultur- und Bildungseinrichtungen aktiv beteiligt waren.



Blick aus dem Büro der DAAD-Außenstelle



Studierende der  
Universität Sorbonne  
in einem Hörsaal

Transportmittel, der Industrie und des Wohnungswesens finanziert werden. Der Wandel soll durch einen gemeinsamen europäischen Energiemarkt und die Zusammenschaltung der Netze umgesetzt werden. Schließlich fordert er, Akzente bei der Digitalisierung zu setzen. Der digitale Binnenmarkt soll so gestaltet werden, dass er Schutz der individuellen Freiheit und Vertraulichkeit gewährleistet und gleichzeitig fairen Wettbewerb möglich macht. Aufhorchen lässt die Forderung, die Wertschöpfung der Unternehmen dort zu besteuern, wo sie entsteht, um somit der weitgehenden Steuerfreiheit von Amazon und Co ein Ende zu setzen.

Obwohl alle Parteien in Deutschland im Rahmen der verschiedenen Sondierungen zur Regierungsbildung immer wieder Antworten auf die medienwirksamen europapolitischen Vorstöße Macrons forderten, ist es doch erstaunlich, wie wenig im Einzelnen auf die konkreten Vorschläge Bezug genommen wurde.

### Und die Hochschulbildung?

Eine Rede vor Studierenden der Sorbonne musste selbstverständlich auch Vorschläge für die Europäisierung der Hochschulen enthalten. Emmanuel Macron formuliert ehrgeizige Ziele. Bis 2024 soll jeder Studierende mindestens zwei europäische Sprachen sprechen und die Hälfte einer Altersgruppe bis zum 25. Lebensjahr mindestens sechs Monate in





**Am Eingang zur Sorbonne wehen die europäische und die französische Flagge.**

einem anderen europäischen Land verbracht haben, seien es Studierende oder Auszubildende. Konkret möchte er bis 2024 mindestens 20 europäische Netzwerkuniversitäten schaffen, in denen jeder Studierende obligatorisch Auslandsaufenthalte absolviert und Seminare in mindestens zwei Sprachen belegen soll. In der deutschen Hochschullandschaft sind diese Vorschläge auf reges Interesse gestoßen und Hochschulen, DAAD und Hochschulrektorenkonferenz (HRK) wie auch die Presse beteiligen sich an der Debatte, wie dieses ambitionierte Vorhaben in die Praxis umgesetzt werden kann. Finanziert werden sollen die europäischen Netzwerkuniversitäten nach heutigem Stand aus Mitteln der Europäischen Union im Rahmen des Erasmus-Programms.

Medienwirksam lenkte Emmanuel Macron gleich zu Beginn seiner Amtszeit mit einer viel beachteten Rede den Blick auf den Bildungs- und Forschungsstandort Frankreich.

### **EUROPÄISCHE FORSCHUNGSKOOPERATION**

In der zweiten Jahreshälfte 2017 haben sich mehr als 120 europäische Studierende und (Nachwuchs-)Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei vier Veranstaltungen in Paris und Aix-en-Provence getroffen, um unter anderem den Mehrwert der europäischen Forschungskooperation, die Herausforderungen der Mobilität für Nachwuchsforscher sowie die Chancen und Gefahren des Brexit für die Forschung in Europa zu diskutieren und zu analysieren.

Nachdem Donald Trump sich unter dem Slogan „Make America great again“ von den Klimazielen des Pariser Abkommens verabschiedet hatte, hielt Präsident Macron eine fulminante Rede in englischer Sprache, die mit dem Slogan „Make our planet great again“ endete. In der Rede lud er Klimaforscherinnen und -forscher aus aller Welt nach Frankreich ein und versprach ein Förderprogramm mit einer Summe von 30 Mio. Euro, um entsprechende Forschung in Frankreich zu ermöglichen. Inzwischen wurden 18 Klimaforscher, darunter 13 aus den USA, mit Forschungsstipendien bedacht. Der DAAD hat diese Initiative aufgegriffen und ein paralleles Förderprogramm aufgelegt, das ebenfalls auf enormes Interesse gestoßen ist. In einem zweistufigen Verfahren wählte der DAAD aus 217 Interessenbekundungen 62 Projekte aus und forderte die Interessenten auf, einen Antrag zu stellen. Gefördert werden Vorhaben aus den Themenfeldern Klimawandel, Erdsystemforschung und Energie. 2018 will der DAAD mit seinen französischen Partnern im Rahmen dieser Kooperation gemeinsame Aktivitäten und Veranstaltungen durchführen.

Die Spitzen der Ministerien für Bildung (Schulen) und Hochschulbildung, Forschung und Innovation wurden mit erfahrenen, parteilosen Experten besetzt. Hochschulministerin ist die Professorin Frédérique Vidal, die ehemalige Präsidentin der Universität Nizza Sophia-Antipolis. Für die Schulen wurde der ehemalige Direktor der renommierten Wirtschaftshochschule ESSEC, Prof. Jean-Michel Blanquer, zum Minister ernannt. Beide Ministerien konnten eine Erhöhung ihrer Budgets verzeichnen. Das Hochschulministerium erhielt etwa 700 Mio. Euro mehr als im Vorjahr, wobei berücksichtigt werden muss, dass die französischen Universitäten jährlich steigende Studierendenzahlen zu verzeichnen haben und zum Wintersemester 2017 der Aufwuchs gegenüber dem Vorjahr 40.000 Studierende betrug.



Als eine der ersten Reformen führte der neue Bildungsminister die Zweisprachenklassen (classes bilangues) wieder ein. Der Vorgängerregierung waren diese Klassen zu elitär und zu kostenintensiv. Die Abschaffung dieser Klassen, in denen ab der 6. Klasse zwei Fremdsprachen unterrichtet wurden, hatte heftige Debatten in Frankreich, aber auch in Deutschland ausgelöst, da sie zu einem starken Rückgang des Deutschunterrichts geführt hätten. Außerdem wurden in den Grundschulen in den sozialen Brennpunkten die Klassenstärken von bisher 21 auf nur noch 12 Schüler reduziert.

## Reform des Hochschulzugangs

Im Bereich der Hochschulpolitik konnte man gespannt sein, welchen Hebel die neue Regierung als Erstes ansetzen würde. In den letzten 15 Jahren folgte ein neues Hochschulgesetz dem anderen und der Zwang zum Wettbewerb hat längst auch die französischen Hochschulen erreicht. Dabei soll nicht vergessen werden, dass die französische Exzellenzinitiative sowie die zwangsweise Fusion von Hochschulen und Instituten zu regionalen Verbänden, den sogenannten COMUE (Communautés d'universités et établissements), und andere Reformen den Hochschulen erhebliche Anstrengungen abverlangt haben. Auch Außenstehende können eine gewisse Reformmüdigkeit feststellen.

Schon im Wahlkampf war die hohe Quote des Scheiterns im grundständigen Studium Thema. Rund 60 Prozent der Studierenden erreicht nach vier Jahren nicht den Bachelorabschluss (beziehungsweise die Licence). In einzelnen Bereichen sind die Abbruch-Quoten noch wesentlich höher. In besonders nachgefragten Studiengängen wie Psychologie, Sport, Medizin und Jura wurden die Studienplätze am Ende per Auslosung vergeben. Ein großes Ärgernis bei Lehrenden, Studierenden sowie Schülerinnen und Schülern war außerdem das komplizierte Online-Bewerbungsverfahren (ABP),

Tabelle 26 : Daten zum Bildungssystem Frankreich

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	64,67 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	7,52 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	41.466
Wirtschaftswachstum	1,19 %
Inflation	0,18 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 2
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 3
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 24
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,49 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	2.388.880
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	54,52 %
Immatrikulationsquote	64,39 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	524.038
PhD	13.774
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	2,23 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	112.796
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	3,93 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. China	
2. Marokko	
3. Algerien	
4. Tunesien	
5. Senegal	
7. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	80.635
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	3,3 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	6.826
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. Belgien	
2. Vereinigtes Königreich	
3. Kanada	
4. Schweiz	
5. Deutschland	

Quellen: DAAD, Statistik  
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt  
 Wissenschaft weltoffen  
 The World Bank, Data  
 UNESCO, Institute for Statistics

in das die Bewerbenden viel Zeit und Nerven investieren mussten. Wie im Wahlkampf angekündigt, machte sich die neue Ministerin Vidal sofort an die Reform des Hochschulzugangs. Als Erstes wurde das Losverfahren gekippt und ein neues Bewerbungsportal (Parcoursup) eingeführt, das bereits online ist. ➤

**Tabelle 27 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunft/- Zielländern und Förderbereichen 2017 Frankreich**

A = Geförderte aus dem Ausland  
D = Geförderte aus Deutschland

		Frankreich
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>		<b>207</b>
	D	304
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	105
	D	59
Studierende auf Master-Niveau	A	22
	D	60
Doktoranden	A	42
	D	48
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	38
	D	137
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	44
	D	79
1–6 Monate	A	126
	D	82
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	37
	D	143
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>		<b>218</b>
	D	485
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	32
	D	150
Studierende auf Master-Niveau	A	77
	D	74
Doktoranden	A	50
	D	126
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	42
	D	129
andere Geförderte *	A	17
	D	6
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	121
	D	393
1–6 Monate	A	80
	D	40
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	17
	D	52
<b>III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt</b>		<b>3</b>
	D	6.216
<b>Mobilität mit Programmländern</b>		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	
	D	4.992
2. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	A	
	D	889
3. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	3
	D	335
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)</b>		<b>428</b>
	D	7.005
<b>DAAD-Förderung – A und D gesamt (I + II + III)</b>		<b>7.433</b>

\* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltöffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung mit Programmländern). Darüber hinaus wurden im Projekt 2015 erstmals Fördermittel an Hochschulen vergeben, die in Partnerländern der EU ansässig sind (EU-Mobilitätsförderung mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2015 und damit auf die Laufzeit 1.6.2015 – 31.5.2017.

Auch dieses ist umstritten, funktioniert aber anscheinend besser. Bei insgesamt fehlenden Ausbildungsplätzen in bestimmten Studiengängen bedeutet dies, dass jetzt eine gewisse Auswahl getroffen werden muss. Man muss wissen, dass allein das Wort Auswahl (sélection) zu reflexartigem Widerspruch insbesondere bei den linken Parteien führt und schon weitaus harmlosere Reformvorhaben der Vergangenheit das universitäre Leben über Monate lahmgelegt hatten. Konkret soll an den Lycées eine bessere Orientierung von Schülern und Schülerinnen stattfinden. In jeder Abschlussklasse sollen zwei Lehrende für die Orientierung und Studienberatung eingesetzt werden. Gleichzeitig haben die Hochschulen die Möglichkeit, Bewerberinnen und Bewerber vor der endgültigen Einschreibung propädeutische Kurse zu verordnen, wenn aufgrund der schulischen Leistungen kein Studienerfolg zu erwarten ist. Diese Kurse können bis zu einem Jahr dauern. Die Reform wurde in der Presse heiß diskutiert, Protest stellte sich allerdings erst mit einer gewissen Verzögerung im Frühjahr 2018 ein, als sich in verschiedenen sozialen Bereichen Widerstand gegen die Reformpläne der Macron-Regierung regte und an einigen Hochschulen Studierende mit Demonstrationen und Institutsbesetzungen gegen die als „elitär“ bezeichnete Auswahl protestierten. <<

Warschau

# Eine Reform wie keine andere?



**Dr. Klaudia Knabel leitet die DAAD-Außenstelle Warschau seit 2016. Der DAAD unterhält seit 1997 das Büro in Polen, das derzeit sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.**

Die polnische nationalkonservative Regierung will den Staat und seine Institutionen grundlegend verändern. Insbesondere der Umbau der Justiz hat national und international Kritik hervorgerufen und das Land auf Konfrontationskurs mit der EU gebracht. Auch die Hochschul- und Forschungslandschaft soll sich verändern – der zuständige Minister setzt dabei jedoch auf Dialog. Vor diesem Hintergrund feierte der DAAD das 20. Jubiläum seiner Außenstelle in Warschau. Im Zentrum standen die aktuellen europapolitischen Herausforderungen.

Seit ihrem Amtsantritt 2015 unterzieht die polnische nationalkonservative Regierung unter dem Stichwort „der gute Wandel“ das Land einem tief greifenden Veränderungsprozess. Die regierende Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) und ihr Vorsitzender Jarosław Kaczyński lassen sich dabei von der Überzeugung leiten, dass eine „Reparatur des Staates“ unabdingbar ist. Worum geht es konkret? Im Fokus steht der Transformationsprozess, den Polen nach der

politischen Wende von 1989 durchlaufen hat. Der damals von Lech Wałęsa am runden Tisch ausgehandelte Kompromiss habe postkommunistische Netzwerke in der liberal-demokratischen Gesellschaft der Nachwendezeit verankert, die noch heute aktiv seien und die es auszuschalten gelte. Die PiS will verschiedene Bereiche von Staat und Gesellschaft erneut oder erstmalig einer „Lustration“ (Durchleuchtung) unterziehen, darunter den diplomatischen Dienst sowie Führungspositionen in Wissenschaft und Hochschulen. In diesem Kontext erfährt auch die jüngere polnische Geschichte eine Neubewertung: Emblematische Figuren der polnischen Transformation wie Wałęsa und Bartoszewski werden diskreditiert; andere – allen voran der 2010 bei einem Flugzeugabsturz getötete Zwillingsbruder des Parteichefs – werden zu nationalen Helden erhoben. Die Regierung benennt in ganz Polen Straßen um, schreibt Schulbücher neu und richtet die Kulturförderung auf nationale Erinnerungskultur und Identitätsstiftung aus.



**Marsch der Demokratieanhänger am polnischen Unabhängigkeitstag**



Politischen Analysen zufolge herrscht in der polnischen Politik nicht erst seit 2015 die Auffassung, dass die parlamentarische Mehrheit vom Volk legitimiert sei, in der laufenden Legislaturperiode das eigene Programm ohne Rücksicht auf einen gesellschaftlichen Konsens kompromisslos umzusetzen. Dem Dialog mit der Opposition oder mit gesellschaftlichen Minderheiten misst die jeweilige Administration daher keine besondere Bedeutung bei. Was die jetzige Regierung jedoch von ihren Vorgängerinnen unterscheidet, sind das Tempo und die Verfahren, mit denen Gesetze und Reformvorhaben den parlamentarischen Prozess durchlaufen: Manche von ihnen wurden nach extrem kurzer Debatte über Nacht verabschiedet.

Schwerer wiegt jedoch, dass die Regierungspartei für sich in Anspruch nimmt, durch die Verfassung definierte Grenzen per Volksauftrag überschreiten zu dürfen. Da die PiS in beiden Parlamentskammern dominiert, könnten ihrem Veränderungswillen theoretisch nur zwei Gewalten Paroli bieten: Die Medien und die Justiz. Die öffentlich-rechtlichen Medien hat die Regierung allerdings gleich zu Beginn der aktuellen Amtszeit auf Parteilinie gebracht. Das Justizwesen dagegen ordnet sie schrittweise neu: Das Verfassungsgericht wurde faktisch schon 2016 ausgeschaltet. In diesem Jahr folgten weitere Reformvorhaben, die aus Sicht vieler Beobachter im In- und Ausland die Unabhängigkeit der Justiz unterminieren. >

Der Kulturpalast in  
Warschau eingerahmt  
von moderner Architektur





Für die Verfassung und gegen die Justizreform – allabendliche Lichterkette im Sommer



### Zugriff auf Gerichte

Die neuen Gesetze gewähren dem Parlament beziehungsweise der Exekutive Zugriff auf das Oberste Gericht, die regionalen Gerichte und den Landesjustizrat, der für die Bestellung von Richtern zuständig ist. Obwohl es auf nationaler Ebene durchaus einen breiten Konsens darüber gibt, dass das polnische Gerichtswesen reformbedürftig ist, mobilisierten diese Pläne nicht nur die Opposition, sondern auch Teile der Bevölkerung. Tausende demonstrierten im Sommer gegen die Justizreform und forderten Präsident Andrzej Duda auf, sein Veto einzulegen. Duda – ein treuer Gefolgsmann des Parteichefs – intervenierte zwar gegen zwei von drei Gesetzesvorhaben und landete damit einen Überraschungscoup. Am Jahresende jedoch

unterzeichnete er eine nur unwesentlich entschärfte Version der beiden Texte.

Die Neuordnung der Justiz hat international für Negativschlagzeilen gesorgt und die Europäische Kommission sowie den Europarat auf den Plan gerufen. Bereits Ende 2015 kamen erste Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit in Polen auf, so dass der Europarat die Venedig-Kommission mit einer Prüfung beauftragte. Parallel dazu nahm die Europäische Kommission den Dialog mit der polnischen Regierung auf. Das Ansinnen stieß erwartungsgemäß auf wenig Gegenliebe, handelt es sich bei der Justizreform aus polnischer Sicht doch um eine rein innerstaatliche Angelegenheit. Am Jahresende griff die EU-Kommission zum äußersten Mittel, nämlich zur Anwendung des Artikels 7 des EU-Vertrages. Dieser sieht in letzter Konsequenz den Entzug von Stimmrechten für Mitgliedsstaaten vor, die grundlegende Werte der EU schwerwiegend verletzen. Allerdings ist kaum anzunehmen, dass es zu diesem Schritt kommen wird. Eine solche Entscheidung müssen die Mitgliedsländer einstimmig beschließen, und Ungarns Premier Orban zeigt sich entschlossen, Polen in dieser Frage beizustehen. Vor diesem Hintergrund scheint die polnische Regierung die europäische Kritik gelassen hinzunehmen. Was sie jedoch tatsächlich beunruhigen könnte, ist die neue Debatte darüber, ob die Auszahlung von Fördermitteln an die Achtung von Rechtsstaatlichkeit und anderen EU-Grundwerten gekoppelt werden sollte. Bisher hält das Land, das die höchsten europäischen Regionalbeihilfen bezieht, unbeirrt an seinem Kurs fest. Damit nimmt es die wachsende Marginalisierung im Kreis der Gemeinschaft bewusst in Kauf. Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, sieht in diesem Verhalten Hinweise auf einen drohenden „Polexit“. Das Regierungslager bestreitet dies vehement und sieht in seinem Vorgehen eine überfällige Emanzipation Polens von westlicher Bevormundung. >





## 20 Jahre DAAD in Warschau – fast 60 Jahre in Polen aktiv

Erste Überlegungen zur Gründung einer DAAD-Vertretung in der polnischen Hauptstadt gab es schon 1989, realisiert wurden sie jedoch erst 1997 auf Grundlage eines bilateralen Abkommens. Die Aktivitäten des DAAD in Polen setzten jedoch nicht erst mit der Gründung der Außenstelle ein: Schon 1958 erhielt die erste polnische Wissenschaftlerin ein Stipendium für ihren Aufenthalt an mehreren bundesdeutschen Universitäten. Danach baute der DAAD das Angebot von Individualstipendien rasch aus und ergänzte es ab 1978 um die Förderung von Hochschulpartnerschaften. Aktuell unterstützt der DAAD solche Kooperationen im Rahmen so unterschiedlicher Programme wie „Ostpartnerschaften“, „Doppelabschlussprogramm“, „Deutschsprachige Studiengänge“ oder „Germanistische Institutspartnerschaften“. Aber auch die Individualförderung spielt nach wie vor eine große Rolle, auch wenn die Bewerberzahlen aus Polen – nicht zuletzt wegen des demografischen Wandels – von mehr als 12.000 (2005) auf heute unter 9.000 zurückgegangen sind und Polen von Platz 3 der wichtigsten Herkunftsländer auf Platz 15 gefallen ist.

### DAAD feiert 20. Jubiläum mit ehemals Geförderten

Aufgrund der großen Zahl von DAAD-Alumni in allen Bereichen der polnischen Gesellschaft lag es nahe, das Jubiläum der Außenstelle mit den ehemals Geförderten zu feiern. Die Resonanz auf das Treffen im Frühjahr war riesig – mehr als 800 Alumni wollten in Warschau dabei sein; 250 konnten teilnehmen. Wie überall in der Welt ist auch bei vielen polnischen Alumni die Dankbarkeit für die Förderung und die emotionale Bindung an den DAAD sehr groß: „Ohne mein Studium in Hamburg mit einem DAAD-Stipendium wäre ich nicht dort, wo ich heute bin“, sagt Mariusz Majkut, einst Stipendiat in Hamburg, heute Chef von E.ON in Polen.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen in der europäischen Zusammenarbeit und der bilateralen Spannungen auf Regierungsebene fand das Alumnitreffen unter dem Motto „Vertraute Fremde – Polen und Deutschland gemeinsam in Europa“ statt. Das Thema kam gut an: Die europäischen Werte waren unumstritten, allerdings zeigten sich viele Teilnehmende über das aktuelle deutsch-



Zwanzig Jahre DAAD-Außenstelle in Warschau, von links: Gründungsdirektor der Außenstelle Hans Golombek und Dr. Klaudia Knabel, jetzige Leiterin des Büros, schneiden die Torte an.

Dr. Dorothea Rüländ, Generalsekretärin des DAAD, spricht auf dem Alumnitreffen in Warschau, an dem 250 Alumni teilnahmen (Fotos unten).

polnische Verhältnis besorgt. Eine wichtige Rolle in den Workshops und informellen Gesprächen spielten die europäische Flüchtlingskrise und ihre Auswirkungen auf Deutschland. Viele Ehemalige betonten, sich engagieren und etwas zurückgeben zu wollen, als Botschafter oder Botschafterin Deutschlands in dem aktuell schwierigen politischen Umfeld.





**Minister Gowin präsentiert seine Hochschulreform „Eine Reform wie keine andere!“ in Krakau.**



Ein weiterer Streitpunkt, der allerdings Warschau mit Prag und Budapest eint, ist die Weigerung, Flüchtlinge nach dem 2015 beschlossenen Verteilungsschlüssel aufzunehmen.

Trotz ihres Konfrontationskurses mit Europa erfreut sich die PiS einer wachsenden Zustimmung im Land – und dies, obwohl die polnischen Zustimmungsraten zur EU mit 80 Prozent die höchsten Werte europaweit erreichen. Die Beliebtheit der Regierungspartei lag am Jahresende bei 46 Prozent – eine bis dato unerreichte Marke. Warum erzeugt die Distanzierung von wichtigen europäischen Partnern keinen größeren Widerstand?

### Wandel zum Guten?

Eine Antwort liefert zweifellos die aktuelle Sozialpolitik. 2016 erhöhte die Regierung das Kindergeld deutlich und senkte das Renteneintrittsalter. Des Weiteren stieg der Mindestlohn, die Regierung kündigte ein Wohnungsbauprogramm an, das mittelfristig auch den sozial Schwächeren zu Eigentum verhelfen soll. Die regierende Partei schafft es, sowohl mit ihrer Rhetorik als auch mit ihrem politischen Handeln großen Teilen der Bevölkerung glaubhaft den Eindruck zu vermitteln, dass sie diese wahrnimmt und ihre Interessen vertritt. Fehler, die in der Vergangenheit bei der Reprivatisierung von Immobilien und Grundstücken offenbar gemacht worden sind, werden nun medienwirksam korrigiert.

Zahlreiche Forderungen, die von den liberalen Vorgängerregierungen als unmöglich oder zu kostspielig bezeichnet wurden, wie zum Beispiel die Gratisabgabe bestimmter Medikamente an Senioren, setzt sie nun um.

Bislang gibt der Erfolg der Partei recht: Die von vielen Fachleuten prognostizierte wirtschaftliche Krise infolge der gestiegenen Staatsausgaben ist nicht erkennbar, im Gegenteil: Das Wirtschaftswachstum von über vier Prozent liegt im europäischen Vergleich vorn; der Durchschnittslohn ist gegenüber 2015, dem Jahr der Regierungsübernahme durch die PiS, stabil; die Arbeitslosigkeit befindet sich im November 2017 mit 6,5 Prozent auf dem niedrigsten Niveau seit Ende 1990 und ausländische Investoren wandern nicht massenhaft ab. Laut einer Anfang 2018 durchgeführten Umfrage ist fast die Hälfte der Polen davon überzeugt, dass die Regierung tatsächlich den „Wandel zum Guten“ schafft.

### Polen in Europa

Der wirtschaftliche Erfolg, der die aktuelle Sozialpolitik ermöglicht und die PiS nachhaltig stützt, wäre allerdings ohne EU-Förderung nicht denkbar. Das Verhältnis der Polinnen und Polen zur EU ist jedoch offenbar ambivalent – trotz der weitverbreiteten Europabegeisterung können sich 37 Prozent der Bevölkerung eine Zukunft ihres Landes außerhalb der EU vorstellen. Beobachter sprechen von einer wachsenden Frustration der Mitteleuropäer und einer zunehmenden Entfremdung von den westlichen Mitgliedsstaaten. Der kaum kontrollierte Wirtschaftsliberalismus, unter dem beispielsweise viele Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen ohne Sozialschutz leiden, scheint sich heute, dreizehn Jahre nach dem EU-Beitritt, nicht für alle ausgezahlt zu haben. Die Hoffnung vieler, rasch den Lebensstandard anderer EU-Mitglieder zu erreichen, wurde enttäuscht, so dass sich das Gefühl breitmacht, Europäer zweiter Klasse



## EIN EUROPA – VIELE NATIONEN

Im Rahmen der DAAD-Aktion „Europa bewegen“ fand an der Universität Warschau eine europapolitische Veranstaltung der Außenstelle statt. Rund 70 deutsche und polnische Studierende und DAAD-Alumni diskutierten kontrovers die unterschiedlichen Erwartungen, Herausforderungen und Perspektiven für die Europäische Union. Den Auftakt machte die Präsentation einer aktuellen Umfrage zu Europa, die sowohl Differenzen als auch Verbindendes in Zentral- und Westeuropa deutlich machte. Befragt wurden Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren in den vier Visegrád-Staaten sowie Österreich und Deutschland. Während die Jugendlichen länderübergreifend von der großen Bedeutung der EU-Mitgliedschaft ihres Landes überzeugt waren, zeigten sich bei den Gründen dafür große Unterschiede: Junge Menschen in Deutschland schätzen die EU vor allem als Friedensprojekt. Das unkomplizierte Studium in anderen europäischen Staaten ist für sie ein weiteres Plus. Aus polnischer Sicht ist die Freizügigkeit innerhalb des europäischen Arbeitsmarktes hingegen von weit größerer Bedeutung. Eine regelrechte Kluft besteht zwischen Deutschland und den Visegrád-Ländern bei der Einstellung der Jugendlichen zu Flüchtlingen: Während drei Viertel der deutschen Befragten ihre Aufnahme gutheißt, spricht sich in Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Polen eine gleich große Gruppe gegen die Aufnahme von Flüchtlingen im eigenen Land aus. Die Warschauer Veranstaltung ließ Raum für den Dialog über die strittigen Punkte.



**DAAD-Seminar „Ein Europa, viele Nationen: Erwartungen, Herausforderungen, Perspektiven“**

zu sein. Der Mehrheitsbeschluss der EU, Flüchtlinge nach einem bestimmten Schlüssel auf die Mitgliedsländer aufzuteilen, wird in diesem Kontext als Diktat von Brüssel und Berlin empfunden. Da verwundert es nicht, dass sich die deutsch-polnischen Beziehungen am Jahresende an einem historischen Tiefpunkt befanden. Davon zeugen auch die Forderungen nach Reparationszahlungen für den Zweiten Weltkrieg, die Regierungsvertreter und der Parteivorsitzende scharf formuliert und mithilfe einer Medienkampagne lanciert hatten.

### Hochschulreform – eine Reform wie keine andere

Inmitten dieser innen- wie außenpolitisch bewegten Zeiten lancierte der Wissenschafts- und Hochschulminister Jarosław Gowin seinen Entwurf einer „Verfassung für die Wissenschaft“. Das Gesetzesvorhaben traf die Hochschulwelt nicht unvorbereitet, war doch seiner Präsentation im September ein einjähriger, breiter Konsultationsprozess vorausgegangen. Drei Expertenteams arbeiteten an Vorschlägen und Visionen für die künftigen Ziele, Strukturen und Funktionsweisen des Hochschulsystems. Parallel dazu diskutierte die Wissenschaftsgemeinde

im Rahmen mehrerer Konferenzen an unterschiedlichen Hochschulstandorten zentrale Aspekte des Hochschulwesens wie Finanzierung, Internationalisierung und Governance.

Dieses Gesprächsangebot des Ministeriums wurde breit und hochrangig wahrgenommen. Auch die Europäische Kommission unterstützte auf Wunsch der polnischen Seite den Prozess: Ein internationales Expertengremium erstellte ein Gutachten über den Zustand des Hochschulwesens und präsentierte seine Empfehlungen auf dem Nationalen Wissenschaftskongress in Krakau. Den Vorwurf mangelnder Konsultation, der immer wieder gegen Schulministerin Anna Zalewska vorgebracht wurde, kann man Gowin daher keineswegs machen.

Ministerin Zalewska hatte in einem beispiellosen Tempo die sogenannte Mittelschule gestrichen, ohne allen beteiligten Akteuren genügend Zeit zu lassen, sich auf diese Reform vorzubereiten. Massenproteste und Demonstrationen von Eltern und Lehrern waren die Folge. So ist es sicher kein Zufall, dass Gowin sein eigenes Gesetzesvorhaben mit dem Attribut „Eine Reform wie keine andere!“ versah. Die Widerstände gegen die Justizreform mögen ebenfalls

## POLNISCHE DEUTSCHLANDFORSCHER ZU GAST IN BRESLAU

Das Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien hatte im Dezember zum dritten Mal Wissenschaftler und Forscherinnen, die sich mit Deutschland und den deutsch-polnischen Beziehungen beschäftigen, zu einem Kongress eingeladen. Unter dem Titel „Offenes Deutschland? 500 Jahre nach Luther“ präsentierten sie so unterschiedliche Themen wie die grenzüberschreitende Kulturvermittlung im Reformationsjahr, die Rezeption polnischer Kultur in Deutschland sowie die aktuelle deutsche Filmproduktion. Das Zentrum, das in diesem Jahr seinen 15. Geburtstag feiert und unter anderem als Vermittler im



deutsch-polnischen Dialog fungiert, hat die aktuell von polnischer Regierungsseite formulierten Reparationsforderungen aufgegriffen. Ein hochkarätig besetztes Podium von Wissenschaftlern diskutierte die rechtlichen und politischen Aspekte der Reparationsdebatte, die das bilaterale Verhältnis am Jahresende belastet hat.

**Dritter Kongress der Deutschland-Forscherinnen und -Forscher, von links: Rolf Nickel, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Polen, Dr. Klaudia Knabel, Leiterin der DAAD-Außenstelle Warschau, Prof. Krzysztof Ruchniwicz, Direktor des Willy Brandt Zentrums Breslau**

eine Rolle bei der Wahl dieses – in dieser Lesart provokanten – Mottos gespielt haben.

Worum geht es bei dem neuen Hochschulgesetz? Zentrales Ziel ist es, das polnische Wissenschaftssystem stärker mit der Wirtschaft zu verzahnen und international wettbewerbsfähig zu machen. Die einschlägigen Hochschulrankings zeigen, dass das Land in der Tat noch einiges aufholen muss: Als führende polnische Hochschule taucht die Universität Warschau in dem neuesten THE-Ranking in dem Feld der 500 bis 600 besten Hochschulen weltweit auf; im Shanghai-Ranking gehört sie immerhin zur Gruppe der 300 bis 400 Besten. Ein weiterer Indikator sind die Ergebnisse des Landes im Rahmen des EU-Programms „Horizont 2020“: Mit Blick auf die Zahl der eingeworbenen ERC-Projekte gehört Polen zu den Schlusslichtern unter den teilnehmenden Ländern und wurde 2017 von seinem Rang als erfolgreichstes Land Mittel- und Osteuropas von Ungarn verdrängt.

Ein weiteres Problem ist die Überalterung des Wissenschaftsbereichs: Rund 40 Prozent der Professorinnen und Professoren sind mehr als 60 Jahre alt. Sie arbeiten in der Regel weit über das Rentenalter hinaus, während der wissenschaftliche Nachwuchs ins Ausland abwandert: Zwischen 2003 und 2014 verzeichnete Polen mit einem Minus von 30.000 die höchste Abwanderungsquote Hochqualifizierter innerhalb der EU.

Es gibt daher kaum Hochschulexperten, die keinen Handlungsbedarf sähen.

Um die Defizite anzugehen, will der Minister verschiedene Hebel in Bewegung setzen. So sollen die Hochschulen ihr Profil schärfen: Während einige die Forschung stärken, sollen sich andere auf Lehre und Berufsqualifizierung konzentrieren. Innerhalb der forschungsstarken Hochschulen soll mittelfristig eine international konkurrenzfähige „Erste Liga“ entstehen. Dafür schwebt dem Minister eine Exzellenzinitiative nach deutschem Vorbild vor. Kleinere Hochschulen sollen im Rahmen einer Regionalinitiative ebenfalls zusätzliche Mittel erhalten. Die Reform will außerdem die Leitungsstrukturen ändern, Graduiertenschulen flächendeckend einführen und eine bessere Betreuung von Studierenden realisieren.

Eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg des Reformvorhabens sind zusätzliche Finanzmittel. Die staatlichen Investitionen für die Forschung sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und lagen 2017 bei 0,44 Prozent des BIP. Minister Gowin möchte diesen Prozentsatz innerhalb von fünf Jahren mehr als verdoppeln und 1 Prozent des BIP erreichen. Ob er diese Investitionen angesichts der Haushaltslage und dringender Bedürfnisse anderer Ressorts wirklich mobilisieren kann, ist unklar.

Die polnische Academia hat in großen Teilen die Pläne vorsichtig begrüßt, es gibt aber auch kritische Stimmen: Viele warnen vor einem Eingriff in die Hochschulautonomie durch die Einführung von Hochschulräten unter Beteiligung externer Mitglieder. Andere kritisieren die Machtfülle, die den Rektoren künftig zukommen soll. Insbesondere kleinere Hochschulen fürchten die Aberkennung des Promotionsrechts und eine Reduzierung auf berufsbezogene Lehre. In einem Punkt ist sich jedoch die Scientific Community offenbar einig: Der Dialog zwischen den Beteiligten sei sehr konstruktiv verlaufen. Das Ergebnis jedoch ist noch offen. Das Gesetz muss noch den parlamentarischen Prozess durchlaufen. Es ist zu befürchten, dass die Reform in das innenpolitische Räderwerk geraten könnte. Die PiS hat schon während der Projektvorstellung in Krakau Einwände gegen Gowins Pläne geäußert, der nicht der Regierungspartei angehört.

### Polnische Hochschulen auf Internationalisierungskurs

Eines hat der Minister jedoch schon erreicht: Im Oktober nahm die Nationale Agentur für den internationalen Austausch (NAWA) ihre Tätigkeit auf. Viele Amtsvorgänger hatten Pläne für eine Internationalisierungsagentur – Jaroslaw Gowin hat sie umgesetzt.



Tabelle 28 : Daten zum Bildungssystem Polen

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	38,59 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	4,3 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	27.922
Wirtschaftswachstum	3,84 %
Inflation	1,91 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 8
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 6
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 38
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	4,91 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	1.762.566
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	59,37 %
Immatrikulationsquote	68,11 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	512.232
PhD	3.787
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	1,0 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	42.555
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	4,9 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. Ukraine	
2. Belarus	
3. Indien	
4. Norwegen	
5. Spanien	
8. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	24.051
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	1,36 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	4.791
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. Deutschland	
2. Vereinigtes Königreich	
3. Frankreich	
4. Italien	
5. USA	

Quellen: DAAD, Statistik  
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt  
 Wissenschaft weltoffen  
 The World Bank, Data  
 UNESCO, Institute for Statistics

Studieren in einem modernen Ambiente: zum Beispiel an der Physikfakultät der Universität Bialystok im Osten Polens.

**Tabelle 29 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2017 Polen**

		Polen
A = Geförderte aus dem Ausland		
D = Geförderte aus Deutschland		
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>		<b>278</b>
		110
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	151
	D	48
Studierende auf Master-Niveau	A	56
	D	10
Doktoranden	A	34
	D	5
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	37
	D	47
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	160
	D	45
1–6 Monate	A	52
	D	21
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	66
	D	44
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>		<b>1.089</b>
		<b>698</b>
<b>1. nach akademischem Status</b>		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	302
	D	291
Studierende auf Master-Niveau	A	210
	D	155
Doktoranden	A	151
	D	47
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	363
	D	197
andere Geförderte *	A	63
	D	8
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	A	949
	D	623
1–6 Monate	A	122
	D	49
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	18
	D	26
<b>III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt</b>		<b>7</b>
		<b>1.473</b>
<b>Mobilität mit Programmländern</b>		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	
	D	983
2. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	A	
	D	103
3. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	7
	D	387
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)</b>		<b>1.374</b>
		<b>2.281</b>
<b>DAAD-Förderung – A und D gesamt (I + II + III)</b>		<b>3.655</b>

\* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltöffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung mit Programmländern). Darüber hinaus wurden im Projekt 2015 erstmals Fördermittel an Hochschulen vergeben, die in Partnerländern der EU ansässig sind (EU-Mobilitätsförderung mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2015 und damit auf die Laufzeit 1.6.2015 – 31.5.2017.

Die Agentur soll unter anderem den Studien- und Forschungsstandort Polen stärken und zu diesem Zweck Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus dem Ausland in die heimischen Hörsäle und Labore holen. Eine wichtige Zielgruppe sind dabei polnische Forscher, die mangels Perspektiven in der Heimat ausgewandert sind. Im Fokus sind aber auch ausländische Studierende, die für ein Studium an polnischen Hochschulen gewonnen werden sollen.

Laut OECD-Statistiken gehören polnische Hochschulen zwar zu den am wenigsten internationalisierten, aber das Land erfreut sich aktuell eines wachsenden Interesses aus dem Ausland. Allein im letzten Jahr ist die Zahl der ausländischen Studierenden in Polen um 15 Prozent gestiegen. Sie machen nun 4,9 Prozent aller Studierender aus. Haben im Jahr 2000/2001 nur rund 6.500 Ausländer und Ausländerinnen in Polen studiert, waren es 2016/2017 mehr als zehnmals so viele. Dieser Zuwachs speiste sich in den letzten Jahren vor allem aus dem großen Zulauf aus den Nachbarländern Ukraine, Weißrussland, Schweden und Norwegen. 2017 kamen außerdem sehr viele asiatische Studierende nach Polen: Im Berichtsjahr belegte Indien mit über 2.000 Studierenden den dritten Platz auf der Liste der wichtigsten Herkunftsländer, noch vor Norwegen, Spanien und der Türkei. Auch Deutsche kommen gerne nach Polen: In diesem Jahr schrieben sich 1.200 deutsche Studierende ein, dies ist ein Plus von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ähnlich wie Studierende aus den skandinavischen Ländern kommen Deutsche vorrangig wegen des Medizinstudiums nach Polen. Schon seit mehr als zehn Jahren wird der Studienstandort Polen intensiv beworben, das rasant wachsende Angebot an englischsprachigen Kursen ist dabei ein wichtiges Argument. <<



# Anhang

## Adressen im In- und Ausland

### DAAD-Zentrale Bonn

Deutscher Akademischer  
Austauschdienst  
Kennedyallee 50  
53175 Bonn (Deutschland)  
Postfach 200404  
53134 Bonn (Deutschland)  
Tel. +49 (228) 882-0  
Fax +49 (228) 882-444  
postmaster@daad.de  
www.daad.de

### Büro Berlin

Deutscher Akademischer  
Austauschdienst  
WissenschaftsForum  
am Gendarmenmarkt  
Markgrafenstraße 37  
10117 Berlin (Deutschland)  
**Hauptstadtbüro**  
Tel. +49 (30) 20 22 08-0  
Fax +49 (30) 20 4 12 67  
**Berliner Künstlerprogramm**  
Tel. +49 (30) 20 22 08-20  
bkp.berlin@daad.de  
www.berliner-  
kuenstlerprogramm.de

### DAAD-Außenstellen

#### Außenstelle Brüssel (seit 2006) zuständig für die EU-Institutionen

Deutscher Akademischer  
Austauschdienst  
Rue d'Arlon 22-24  
1050 Brüssel (Belgien)  
Tel. +32 (2) 609 52 85  
buero.brussel@daad.de  
www.daad-brussels.eu

#### Außenstelle Hanoi (seit 2003) zuständig für Vietnam, Kambodscha, Laos und Myanmar

Deutscher Akademischer  
Austauschdienst  
Vietnamesisch-Deutsches Zentrum  
Trung Tam Viet Duc  
Hanoi University of Science  
and Technology  
Dai Co Viet/Tran Dai Nghia  
Hanoi (Vietnam)  
Tel. +84 (4) 38 68 37 73  
Fax +84 (4) 38 68 37 72  
daad@daadvn.org  
www.daad-vietnam.vn

#### Außenstelle Jakarta (seit 1990) zuständig für Indonesien, Malaysia und Singapur

German Academic Exchange Service  
Summitmas Tower II, 14 Floor  
Jl Jend. Sudirman, Kav. 61-62  
12190 Jakarta (Indonesien)  
Tel. +62 (21) 520 08 70, 525 28 07  
Fax +62 (21) 525 28 22  
info@daadjkt.org  
www.daad.id

#### Außenstelle Kairo (seit 1960) zuständig für Ägypten und Sudan

Deutscher Akademischer  
Austauschdienst  
11 Street El-Saleh Ayoub  
Kairo-Zamalek (Ägypten)  
Tel. +20 (2) 27 35 27 26-0  
Fax +20 (2) 27 38 41 36  
info@daadcairo.org  
www.daad.eg

#### Außenstelle London (seit 1952) zuständig für das Vereinigte Königreich und Irland

German Academic Exchange Service  
1 Southampton Place  
WC1A 2DA London (Großbritannien)  
Tel. +44 (20) 78 31-95 11  
Fax +44 (20) 78 31-85 75  
info@daad.org.uk  
www.daad.org.uk

#### Außenstelle Mexiko-Stadt (seit 2000) zuständig für Mexiko

Servicio Alemán de Intercambio  
Académico  
Calle Kepler 157  
Col. Nueva Anzures  
Del. Miguel Hidalgo  
C.P. 11590 México, D.F.  
(Mexiko)  
Tel. +52 (55) 52 50 18 83  
Fax +52 (55) 52 50 18 04  
info@daadmex.org  
www.daad.mx

#### Außenstelle Moskau (seit 1993) zuständig für die Russische Föderation

Deutscher Akademischer  
Austauschdienst  
Leninskij Prospekt 95a  
119313 Moskau  
(Russische Föderation)  
Tel. +7 (499) 132 49 92  
Fax +7 (499) 132 49 88  
daad@daad.ru  
www.daad.ru

#### Außenstelle Nairobi (seit 1973) zuständig für Kenia, Äthiopien, Burundi, Ruanda, Südsudan, Tansania und Uganda

German Academic Exchange Service  
Upper Hill Close, 3rd floor Madison  
Insurance Hse  
Nairobi, P.O. Box 14050  
00800 Nairobi (Kenia)  
Tel. +254 (733) 92 99 29  
info@daadafrica.org  
www.daad.or.ke

**Außenstelle Neu Delhi (seit 1960)**

zuständig für Indien, Bangladesch,  
Bhutan, Nepal und Sri Lanka

German Academic Exchange Service  
c/o DLTA Complex,  
R.K. Khanna Stadium,  
1 Africa Avenue  
110 029 New Delhi (Indien)  
Tel. +91 (11) 66 46 55 00  
Fax +91 (11) 66 46 55 55  
info@daaddelhi.org  
www.daad.in

**Außenstelle New York (seit 1971)**

zuständig für USA und Kanada

German Academic Exchange Service  
871 United Nations Plaza  
10017 New York, N.Y. (USA)  
Tel. +1 (212) 758 32 23  
Fax +1 (212) 755 57 80  
daadny@daad.org  
www.daad.org

**Außenstelle Paris (seit 1963)**

zuständig für Frankreich

Office Allemand d'Echanges  
Universitaires  
Maison de la Recherche  
Université Paris-Sorbonne  
28, rue Serpente  
75006 Paris (Frankreich)  
Tel. +33 (0) 153 10 58 32  
info-paris@daad.de  
www.daad-france.fr

**Außenstelle Peking (seit 1994)**

zuständig für die Volksrepublik  
China (einschließlich Hongkong)

Deutscher Akademischer  
Austauschdienst  
Landmark Tower 2, Unit 1718  
8 North Dongsanhuan Road  
Chaoyang District  
100004 Beijing (VR China)  
Tel. +86 (10) 65 90-66 56  
Fax +86 (10) 65 90-63 93  
postmaster@daad.org.cn  
www.daad.org.cn

**Außenstelle Rio de Janeiro**

(seit 1972)

zuständig für Brasilien

Serviço Alemão de Intercâmbio  
Acadêmico  
Rua Professor Alfredo Gomes, 37  
Botafogo  
22251-080 Rio de Janeiro (Brasilien)  
Tel. +55 (21) 25 53 32 96  
Fax +55 (21) 25 53 92 61  
info@daad.org.br  
www.daad.org.br

**Außenstelle Tokio (seit 1978)**

zuständig für Japan und Südkorea

Deutscher Akademischer  
Austauschdienst  
Deutsches Kulturzentrum  
Akasaka 7-5-56, Minato-ku  
107-0052 Tokio (Japan)  
Tel. +81 (3) 35 82 59 62  
Fax +81 (3) 35 82 55 54  
daad-tokyo@daadjp.com  
www.daad.jp

**Außenstelle Warschau (seit 1997)**

zuständig für Polen

Niemiecka Centrala Wymiany  
Akademickiej  
ul. Zielna 37  
00-108 Warszawa (Polen)  
Tel.: +48 (22) 395 54 00  
Fax: +48 (22) 395 54 07  
daad@daad.pl  
www.daad.pl

**DAAD-Informationszentren**

**Argentinien**

Buenos Aires  
info@daad-argentina.org  
www.daad-argentina.org

**Armenien**

Eriwan  
info@daad.am  
www.daad.am

**Aserbaidshan**

Baku  
info@daad.baku.az  
www.daad.az

**Äthiopien**

Addis Abeba  
office@daad-ethiopia.org  
www.daad-ethiopia.org

**Australien**

Sydney  
daad.australia@gmail.com  
www.daad-australia.de

**Bangladesh**

Dhaka  
dhaka@daadbangladesh.org  
www.daad-bangladesh.org

**Belarus**

Minsk  
daad-ic-minsk@bntu.by  
www.daad.by

**Brasilien**

São Paulo  
daad\_sao\_paulo@daad.org.br  
www.daad.org.br

**Chile**

Santiago de Chile  
ic@daad.cl  
www.daad.cl

**China**

**Guangzhou**  
guangzhou@daad.org.cn  
www.daad.org.cn

**Shanghai**  
shanghai@daad.org.cn  
www.daad.org.cn

**Costa Rica**

**San José**  
daad@conare.ac.cr  
www.centroamerica.daad.de

**Georgien**

**Tiflis**  
info@daad.org.ge  
ic.daad.de/tbilissi

**Ghana**

**Accra**  
info@daad-ghana.org  
www.daad-ghana.org

**Griechenland**

**Athen**  
daad@athen.goethe.org  
www.daad.gr

**Hongkong (CN)**

**Hongkong und Macau**  
daadhk@hkbu.edu.hk  
ic.daad.de/hongkong

**Indien**

**Bangalore**  
bangalore@daadindia.org  
www.daad.in/ic-bangalore

**Chennai**  
chennai@daadindia.org  
www.daad.in/ic-chennai

**Mumbai**  
mumbai@daadindia.org  
www.daad.in/ic-mumbai

**Pune**  
pune@daadindia.org  
www.daad.in/ic-pune

**Irak**

**Erbil**  
ic\_erbil@daad-iraq.info  
www.daad-iraq.info

**Iran**

**Teheran**  
info@daad-iran.org  
www.daad-iran.org

**Israel**

**Tel Aviv**  
info@daad-israel.org  
www.daad.org.il

**Italien**

**Rom**  
info.rom@daad-netzwerk.de  
www.daad.it

**Jordanien**

**Amman**  
director@daad-jordan.org  
www.daad-jordan.org

**Kamerun**

**Yaoundé**  
info@daad-kamerun.org  
www.daad-kamerun.org

**Kanada**

**Toronto**  
daadca@daad.org  
www.daad-canada.ca

**Kasachstan**

**Almaty**  
info@daad.kz  
www.daad.kz

**Kirgisistan**

**Bischkek**  
info@daad.kg  
www.daad.kg

**Kolumbien**

**Bogotá**  
info@daad.co  
www.daad.co

**Korea, Republik**

**Seoul**  
info@daad.or.kr  
www.daad.or.kr

**Lettland**

**Riga**  
ic@daad.lv  
www.daad.lv

**Libanon**

**Beirut**  
info@daad-lebanon.org  
www.daad-lebanon.org

**Malaysia**

**Kuala Lumpur**  
info@daadkl.org  
ic.daad.de/kualalumpur

**Pakistan**

**Islamabad**  
director@daad.org.pk  
ic.daad.de/islamabad

**Palästinensische Gebiete**

**Ost-Jerusalem**  
daadeastjerusalem@gmail.com  
www.daad-eastjerusalem.org

**Rumänien**

**Bukarest**  
info@daad.ro  
www.daad.ro

**Russische Föderation**

**Kasan**  
daad-kasan@mail.ru  
www.daad.ru/kasan

**Nowosibirsk**

info@daad-novosibirsk.ru  
www.daad.ru/nowosibirsk

**St. Petersburg**

daad@herzen.spb.ru  
www.daad.ru/st-petersburg



### **Serbien**

**Belgrad**  
info@daad.rs  
www.daad.rs

### **Singapur, Republik**

**Singapur**  
info@daad-singapore.org  
www.daad-singapore.org

### **Spanien**

**Madrid**  
info@daad.es  
www.daad.es

### **Sri Lanka**

**Colombo**  
colombo@daadindia.org  
www.daad-sri-lanka.org

### **Südafrika**

**Johannesburg**  
daad@wits.ac.za  
www.daad.org.za

### **Tadschikistan**

**Duschanbe**  
info@daad.tj  
www.daad.tj

### **Taiwan**

**Taipeh**  
info@daad.org.tw  
www.daad.org.tw

### **Thailand**

**Bangkok**  
info@daad.or.th  
www.daad.or.th

### **Tschechische Republik**

**Prag**  
info@daad.cz  
www.daad.cz

### **Türkei**

**Ankara**  
ankara@daad-turkiye.org  
www.daad-turkiye.org

**Istanbul**  
istanbul@daad-turkiye.org  
www.daad-turkiye.org

### **Tunesien**

**Tunis**  
info@daad.tn  
www.daad.tn

### **Ukraine**

**Kiew**  
info@daad-ukraine.org  
www.daad-ukraine.org

### **Ungarn**

**Budapest**  
mail@daad.info.hu  
www.daad.info.hu

### **USA, Vereinigte Staaten**

**San Francisco**  
daadsf@daad.org  
www.daad.org/ic-san-francisco

### **Vietnam**

**Ho-Chi-Minh-Stadt**  
hcmc@daadvn.org  
www.daad-vietnam.vn/  
ho-chi-minh-stadt

Die Webseiten der Außenstellen  
und Informationszentren (IC)  
des DAAD finden Sie auch unter:  
www.daad.de/offices

**Herausgeber**

Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)  
German Academic Exchange Service  
Kennedyallee 50  
53175 Bonn (Deutschland)  
www.daad.de

Ulrich Grothus, DAAD (verantwortlich)

**Redaktion** Jörn Breiholz, Michael Netzhammer,  
netzhammer & breiholz (PartG), Hamburg

**Bildredaktion** Thomas Pankau, DAAD

**Gestaltung und Satz** LPG Loewenstern Padberg GbR,  
Bonn

**Druck** W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co. KG,  
Stuttgart

**Auflage** April 2018 – 3.000

Alle Rechte vorbehalten.

© DAAD

**Bildnachweis** Michael Jordan (Titel, S. 2, 96 oben, 103, 115 oben), Andreas Paasch (S. 4) Thomas Pankau (S. 8, 18, 28, 38, 48, 60, 70, 80, 90, 100 oben, 120, 130, 140), Dieter Schütz pixelio.de (S. 9), Roman Luckscheiter (S. 10), Michael Asaad (S. 11, 12, 13), DAAD Kairo (S. 14), Fotolia 80740032 (S. 19), Julian Manjahi (S. 20, 22), Gerald Heusing (S. 21), Helmut Blumbach (S. 24 oben), DAAD Nairobi (S. 24 unten, 26), DAAD Mexiko (S. 28 unten, 29, 30, 31, 32, 34), Anodual Alemania-Mexico 2016-2017 (S. 35), Stefanie Gruber-Sliva (S. 38 unten, 39 oben, 40 Mitte), Doug Mills / The New York Times (S. 39 unten), LPG (S. 40 oben, 92 unten), Hanni Geist (S. 40 Mitte links und rechts, unten), DWIH New York (S. 41), Dave Weatherall / University of Ottawa (S. 42), DAAD New York (S. 44, 46 unten), Beowulf Sheehan (S. 46 oben), Martina Schulze (S. 49), Marcia Foletto / Agencia O Globo (S. 50), Custodio Coimbra (S. 51), Fabiola Gerbase (S. 53, 56, 57), Bruno Todeschini (S. 55 oben), Maria Julia Torres (S. 55 unten), Tran The Binh (S. 61), DAAD Hanoi (S. 62), Dörthe Hagenguth (S. 63), DAAD IC Saigon (S. 64), Ngoc Nguyen (S. 65), Qan Hyp (S. 66), Ivan Annusyirvan (S. 71, 72, 74, 75, 76 unten), SHARE (S. 73), Ellyzar (S. 76 oben), istockphoto-159371791 (S.81), Heike Mock (S. 82), Shikha Sinha (S. 83), DAAD IC Chennai (S. 84), Rachit Arora (S. 85 oben), DAAD Neu Delhi (S. 85 unten, 87), Nadeesha IC Colombo (S. 86), William Christen / Unsplash (S. 90), DAAD Peking (S. 91, 92 oben, 94, 95, 96 unten), Deutsche Botschaft Peking (S. 93), Laura Blecken (S. 100 unten, 104, 106 oben, 107), Katharina Dalko (S. 101, 102), DWIH Tokyo (S. 105), DAAD Tokio (S. 106 unten), Sander de Wilde (S. 110 oben, 112), European Union (S. 110 unten links, 111 unten, 115 unten), Etienne Ansotte / European Union (S. 110 unten rechts), European Communities (S. 111 oben), Nina Salden (S. 113 oben), Felix Kindermann (S. 113 unten), Iris Haidau (S. 116), Svenja Neubauer (S. 117), Natalie Hill (S. 118), Karin Pankau (S. 121), Georg Krawietz (S. 122), Himsel Ausserhofer (S. 123), Trinity College Dublin (S. 124), Stephanie Homer (S. 125), Gisela Hofter (S. 126), Nic Marchant (S. 128), Tom Grimbert / Unsplash (S. 131), Mikhail Vasilyev / Unsplash (S. 132), Alexander Petrosyan (S. 133 oben), Anton Lukinsky (S. 133 Mitte und unten), Artem Lysenko (S. 134), DWIH Moskau (S. 136 unten), Sergej Teplyakov DWIH Moskau (S. 136 unten), DAAD Moskau (S. 136 oben, beide), Laurie Shall (S. 140 unten), Paul Dufour / Unsplash (S. 141), Heiko Sakurai (S. 142), Sylvain Lhermie (S. 143 oben), Olivier Jacquet (S. 143 unten, 145 oben, 146), Lotta Resch (S. 144), Christian Timme (S. 145 unten), Mirosław Kazmierczak (S. 150, 153, 155), Agencja Gazeta (S. 150 unten, S. 152 unten), Kamil Gliwi ski / Unsplash (S. 151), Agencja PAP (S.152 oben) Ministry of Science and Higher Education of the Republic of Poland (S. 154), Barbara Cöllen (S. 156), Universität Białystok (S. 157)





[www.daad.de](http://www.daad.de)